



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit:

„Der Einfluss der EU auf die Beziehungen zwischen
Serbien und Kosovo“

verfasst von

Dren Elezi, BA

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2015

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von:

Univ.- Prof. Dr. Dieter Segert

Danksagung

Nun bin ich am Ende eines weiteren Abschnitts meiner akademischen Laufbahn angelangt und möchte hiermit die Gelegenheit nutzen, um mich bei denjenigen zu bedanken, die mich während dieser Phase begleitet und unterstützt haben. In erster Linie möchte ich mich bei meiner Familie und insbesondere bei meinen Eltern bedanken, die es mir nicht nur ermöglicht haben mich sorgenfrei auf mein Studium und meinen akademischen Werdegang zu konzentrieren, sondern eine lebenslange Unterstützung waren und nicht nur finanziell sondern auch emotional für mich da waren. Ich hatte das Glück von einer Mutter und einem Vater erzogen zu werden, die mich bei all meinen Sorgen mit Rat und Tat unterstützt haben. Auch bei meiner Schwester Edina möchte ich mich bedanken, denn auch sie hat mich stets unterstützt und besonders das zahlreiche Korrekturlesen und Hinweisen auf Verbesserungsmöglichkeiten haben maßgeblich dazu beigetragen, dass diese Masterarbeit nun in dieser Form vorliegt.

Ganz besonders möchte ich auch meinem Betreuer, Herrn Prof. Dieter Segert für seine ausgiebige Unterstützung und Geduld danken. Seine kritischen Fragen und seine konstruktive Kritik verhalfen mir zu einer durchdachten und reflektierten politikwissenschaftlichen Forschungsarbeit. Es war mir eine Freude und eine Ehre von seiner Expertise im Bereich der Politikwissenschaft und insbesondere im Bereich des Ost- und Südosteuropäischen Raumes zu profitieren.

Und last but not least. Ein besonderer Dank gilt auch meiner Verlobten, Egzona, die mich vor allem in der letzten Phase meines Studiums unterstützt, motiviert und in meinem Vorhaben stets bestärkt hat.

Inhalt

Einleitung	7
Fragestellung und Hypothesen	13
1 Theorie	17
1.1 Der Actorness-Ansatz nach Jupille und Caporaso	21
2 Die EU und die Entwicklung ihrer Außenpolitik	26
3 Der Einfluss der EU auf Serbien und Kosovo	35
3.1 Die EU-Beitrittsperspektive	35
3.2 Die finanzielle Unterstützung der EU	40
3.3 Kosovos Unabhängigkeit und die Uneinigkeit der EU Staaten.....	44
4 Serbien und Kosovo – aktuelle Herausforderungen und die Beziehungen zur EU	51
4.1 Serbien	51
4.2 Kosovo.....	62
5 Die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo	72
5.1 Der Dialog zwischen Serbien und Kosovo.....	76
5.2 Implementierung der Abkommen.....	80
6 Zusammenfassung und Schlussfolgerung.....	94
7 Literaturverzeichnis	109
7.1 Wissenschaftliche Literatur	109
7.2 Journalistische Quellen.....	116
7.3 Dokumente.....	131
8 Abkürzungsverzeichnis:.....	135
9 Anhang.....	137
9.1 Abstract.....	137
9.2 Eigenständigkeitserklärung	139
9.3 Curriculum Vitae	141

Einleitung

Die Idee des europäischen Einigungsprozesses bestand ursprünglich darin, ein Konzept für das friedliche Zusammenleben der Staaten und Völker in Europa zu entwickeln um eine langfristige Überwindung der nationalen Gegensätze in Europa garantieren zu können. Eine gemeinsame Verwaltung der wirtschaftlich wichtigen Kohle- und Stahlsektoren sollte das enorme Konfliktpotenzial einstiger Kriegsgegner entschärfen. Frieden auf der Grundlage von Zusammenarbeit, wirtschaftlichem Wohlstand und der gemeinsamen Verteilung und Verwaltung von Gütern.¹ Das aus diesen Visionen entstandene Friedensprojekt der Europäischen Gemeinschaft, wurde im Laufe der Jahrzehnte zu einem Garant für Stabilität und Sicherheit in Europa. Eine Europäische Gemeinschaft, die sich unter anderem auf den Werten der Demokratie und der Menschenrechte, Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit beruft um den Frieden zwischen den Völkern zu garantieren.²

Das Ende der Ost-West-Konfrontation und der Fall des Eisernen Vorhangs stellte die EG/EU vor eine Reihe neuer Herausforderungen. Der Zusammenbruch des politischen System in den kommunistischen Staaten Osteuropas, die Auflösung der Sowjetunion und das Ende des Warschauer Pakts, sowie der Zerfall des jugoslawischen Staates und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten kennzeichnen einen raschen und einschneidenden Wandel des internationalen Systems. Seither sind zahlreiche Staaten neu entstanden, neue Sicherheitsstrukturen wurden geschaffen und traditionelle Ordnungs- und Erklärungsmodelle mussten überdacht werden. Es war also nicht nur das Ende der Periode des Kalten Krieges sondern auch das Ende der Bipolaren Weltordnung.³

Mit dem Zerfall des jugoslawischen Staates in den 90er Jahren und dem damit zusammenhängenden Kosovo-Krieg der im Jahr 1999 endete, entstand in Kosovo ein ethnischer Territorialkonflikt, der bis in die Gegenwart nicht gelöst werden kann. Die Verschlechterung der politischen Lage in Kosovo in den 1980ern, der Aufstieg von Slobodan Milošević bis hin zur Vertreibung der Albaner aus Kosovo stellte die EG/EU vor einer neuen Herausforderung mit dessen Folgen die EU sich seit mittlerweile 15 Jahren beschäftigt. Nach wiederholten Massakern gegen die albanische Zivilbevölkerung, der

¹ Vgl. Entstehungsgeschichte der EU, Website Republik Österreich.

² Vgl. Die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union: Politische und institutionelle Grenzen, Newsletter des Österreichischen Instituts für Europäische Sicherheitspolitik, 12.12.2006, S.1-3.

³ Vgl. Höll, Otmar (2002): „Europäisierung“ der Österreichischen Politik? Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft, Demokratiezentrum Wien, S2.

Flucht von mehreren zehntausend bis hunderttausenden von Menschen und der endgültigen Zuspitzung des Konflikts,⁴ kam es im März 1999 zu einer von der NATO angeführten militärischen Intervention der internationalen Gemeinschaft.⁵ Offizielle Zahlen des Humanitarian Law Center (HLC) mit Sitz in Belgrad und Prishtina gehen davon aus, dass von Januar 1998 bis Dezember 2000 13.517 Menschen getötet wurden oder bis heute noch als vermisst gelten.⁶ Diese Liste umfasst 10.415 (8.661 Zivilisten) Albaner, 2.197 (1.797 Zivilisten) Serben, 528 (447 Zivilisten) Roma, Bosniaken und weitere Minderheiten.⁷ Bis kurz vor Ende des Krieges sollten insgesamt etwa 800.000 Albaner aus Kosovo flüchten, während die Kapitulation Serbiens eine Fluchtwelle von 100.000 bis 150.000 Serben führte.⁸ Um hierbei Zahlen über die ethnische Zusammensetzung Kosovos zu nennen. Kosovo hatte im Jahr 1991, 1,9 Mio. Einwohner, davon knapp 1,6 Mio. Albaner (81,6 Prozent; 1981, 1.226.736 bzw. 77,4 Prozent) und etwa 195.000, (9,9 Prozent; 1981: 209.497 bzw. 13,2 Prozent) Serben. Der natürliche Bevölkerungseffekt ließ den Anteil der albanischen Bevölkerung vor 1999 sogar auf ca 85 Prozent der Gesamtbevölkerung steigen. Ein wichtiger Grund für die schwache Wirkung der jugoslawischen Ansiedlungspolitik und die tendenziell sinkende serbische Bevölkerung (1931, 27 Prozent Serben in Kosovo) ist vor allem auf die schwache ökonomische Entwicklung zurück zu führen. Neu hinzugezogene oder auch altansässige Serben verließen Kosovo trotz politischer Dominanz Kosovo aufgrund eines Mangels an ökonomischen Perspektiven.⁹

Nachdem das Abkommen von Kumanovo¹⁰ den Krieg beendete, verabschiedete der UN-Sicherheitsrat einen Tag später die Resolution 1244 welche die Stationierung einer NATO-Sicherheitstruppe¹¹ vorsah, die zugleich den Abzug der jugoslawischen Truppen, die Entmilitarisierung der Region Kosovo und die Überwachung nach Recht und Ordnung vorsah. Mit dem Einmarsch der NATO-Truppen (KFOR) und dem Abzug der serbischen Sicherheitskräfte, wurde eine neue Phase der internationalen Administration Kosovos eingeleitet. Die UNMIK-Mission wurde als Friedensmission für die Wiederherstellung und den Wiederaufbau Kosovos eingerichtet, die außerdem die Entwicklung von autonomen und

⁴ Vgl. Rüger, Johannes / Schmidt, David (2010): Der Kosovo-Konflikt Analyse und zivilgesellschaftliche Lösungsperspektiven, Lehrforschungsprojekt: „Internationales Konfliktmonitoring“, Justus-Liebig-Universität Gießen, S.12.

⁵ Vgl. Kurbogaj-Ajeti, Resmije / Ajeti, Faruk (2012): Die Rolle der EU-Außenpolitik im Kosovo (1989 – 2008), S.11.

⁶ Kosovo Memory Book 1998-2000, <http://www.kosovomemorybook.org/>

⁷ Milka Domanovic (2014): List of Kosovo War Victims Published, Balkan Insight, 10.12.2014.

⁸ Ristic, Marija (2013): Serbian Police Official Apologises for Kosovo War Crimes, Balkan Insight, 14.05.2013.

⁹ Chiari, Bernhard / Keßelring, Agilolf (2008): Wegweiser zur Geschichte, S.23-25.

¹⁰ Das Abkommen beendete die von der NATO stattfindende militärische Operation „Operation Allied Force“ welche vom 24. März bis 10. Juni 1999 gegen die Bundesrepublik Jugoslawien im Rahmen des Kosovokriegs geführt wurde.

¹¹ Kosovo Force – KFOR.

demokratischen Institutionen unterstützen sollte. Der Aufgabenbereich der Europäischen Union bezog sich dabei auf den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Entwicklung, wodurch die entscheidenden Maßnahmen von der EU geleitet wurden. Obwohl Kosovo im Juni 1999 de facto zu einem UN-Protectorat wurde, bestätigte die Resolution zugleich auch die Souveränität und Gebietshoheit der Bundesrepublik Jugoslawien über das Kosovoterritorium, wodurch Kosovo weiterhin als Teil Jugoslawiens betrachtet wurde. Die UNMIK-Mission hat dabei weder den Status der Provinz, noch die Grenzen verändert. Jedoch sollte die Mission Gespräche über den endgültigen Status fördern. Diese Übergangsverwaltung die mit den Vereinten Nationen eingerichtet wurde, hat die Lösung des staats- und völkerrechtlichen Status der ehemaligen jugoslawischen Provinz offengelassen.¹²

Die vergangenen Jahre an denen die diametral entgegengesetzten Positionen zwischen Belgrad und Prishtina keinerlei Raum für eine Einigung ließen, war die Internationale Gemeinschaft dennoch der Auffassung, dass ein Aufschub der Statuslösung angesichts der zunehmend schwierigeren politischen, ökonomischen und sozialen Situation in Kosovo nicht mehr zu rechtfertigen sei. Die Unzufriedenheit über diese Situation war besonders unter der kosovo-albanischen Bevölkerung weit verbreitet. Denn anders als bei der kosovo-albanischen Bevölkerung die eine rasche Statuslösung herbeisehnte und den „Status Quo“ verantwortlich für die politischen, ökonomischen und sozialen Probleme machte, war eine schnelle Lösung der Statusfrage für die kosovo-serbische Bevölkerung keine derart bedeutsame Frage. Nichtsdestotrotz verfügte die Kosovo-Frage auf beiden Seiten über ein hohes nationalistisches Mobilisierungspotential, das von vielen politischen Parteien für eigene politische Zwecke missbraucht wurde.

Einer ruhigen Phase, folgten im Jahr 2004 gewaltsame Ausschreitungen mit Angriffen auf Einrichtungen der internationalen Zivilbevölkerung von UNMIK, OSZE und Auseinandersetzungen mit der KFOR-Truppe. Diese Ausschreitungen bestätigten die unsichere Lage in Kosovo, wodurch der internationalen Gemeinschaft veranschaulicht wurde wie schnell eine im Aufbau befindliche gesellschaftliche Ordnung trotz militärischer Präsenz innerhalb kürzester Zeit aus den Fugen geraten kann und wie schwierig es ist einen solchen gewaltsamen Widerstand unter Kontrolle zu bringen. Die instabile Lage und die Angst vor einer neuerlichen Eskalation steigerten den Druck auf die internationale Gemeinschaft.¹³ Am 14. November 2005 ernannte der Generalsekretär der Vereinten Nationen den finnischen Präsidenten Martti

¹² Vgl. Mission der Vereinten Nationen zur Übergangsverwaltung des Kosovo (UNMIK), Informationszentrum der Vereinten Nationen, 10.1999.

¹³ Vgl. Petritsch, Wolfgang / Pichler, Robert (2005): Kosovo: Entscheidung in der Statusfrage, S.61-63.

Ahtisaari zum Sondergesandten.¹⁴ Dieser erhielt einen großen Spielraum zur Einleitung eines politischen Prozesses zur Festlegung des Kosovo-Status.¹⁵ Unter der Leitung des ehemaligen finnischen Staatspräsidenten Martti Ahtisaari und des österreichischen Diplomaten Albert Rohan wurden im Februar des Jahres 2006 die Verhandlungen mit beiden Parteien über den künftigen Status gestartet.¹⁶ Serbien beharrte darauf, dass eine Veränderung der Grenzen in der Region nicht nur den Interessen Serbiens zuwider fiel, sondern auch serbische Extremisten an die Macht bringen könnte was ein Risiko für die Nachbarstaaten darstellen könnte.¹⁷ Der Vorschlag Serbiens Kosovo „mehr als Autonomie und weniger als Unabhängigkeit“ zu gewähren war kaum umsetzbar und schien zu keiner Zeit die Unterstützung der westlichen Staaten zu haben.¹⁸ Anhand des Vorwandes der Verteidigung der territorialen Integrität versuchte Russland sich in der Statusfrage ins Spiel zu bringen.¹⁹ In dem die ernstesten Absichten Russlands durch die Quint (USA, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien) lange Zeit unterschätzt worden sind, mussten die fünf Resolutionsentwürfe im Jahr 2007 die im Sicherheitsrat vorgelegt worden sind aufgrund der Androhung des russischen Vetos schlussendlich doch zurückgenommen werden.²⁰

Die Absicht einer einheitlichen Linie der Kontaktgruppe schien immer mehr in den Hintergrund gerückt während Russland sich immer mehr auf dem Weg einer kompromisslosen Unterstützung der serbischen Seite befand. Und während sich diese Haltung immer mehr verhärtete, schien der Westen dennoch fest davon überzeugt zu sein, dass Russland dazu bewegt werden könnte sich der Stimme im UN-Sicherheitsrat zu enthalten. Doch Russland beharrte auf seine Position. Zu diesem Zeitpunkt wurde auch sichtbar, dass es für Russland kaum Anreize gibt einem Kompromiss mit den westlichen Staaten zuzustimmen.²¹

Zwölf Monate intensive Verhandlungen über den zukünftigen Kosovo-Status zwischen Serbien und Kosovo führten zu keiner Einigung.²² Die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft die kosovo-albanische und serbische Delegation zu einer Einigung zu bewegen, scheiterten auf

¹⁴ Vgl. Knoll, Bernhard (2009): Kosovo: Statusprozess und Ausblick auf die staatliche Souveränität, S.133-135.

¹⁵ Vgl. Petritsch, Wolfgang / Pichler, Robert (2005): Kosovo: Entscheidung in der Statusfrage, S.69.

¹⁶ Vgl. Rüger, Johannes / Schmidt, David (2010): Der Kosovo-Konflikt Analyse und zivilgesellschaftliche Lösungsperspektiven, Lehrforschungsprojekt: „Internationales Konfliktmonitoring“, Justus-Liebig-Universität Gießen, S.14.

¹⁷ Vgl. Knoll, Bernhard (2009): Kosovo: Statusprozess und Ausblick auf die staatliche Souveränität, S.141-142.

¹⁸ Vgl. Petritsch, Wolfgang / Pichler, Robert (2005): Kosovo: Entscheidung in der Statusfrage, S.72,76.

¹⁹ Vgl. Knoll, Bernhard (2009): Kosovo: Statusprozess und Ausblick auf die staatliche Souveränität, S.146.

²⁰ Vgl. Reljić, Dušan (2009): Russlands Rückkehr auf den Westbalkan, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, S.7.

²¹ Vgl. Knoll, Bernhard (2009): Kosovo: Statusprozess und Ausblick auf die staatliche Souveränität, S.145-146.

²² Vgl. Reljić, Dušan (2009): Russlands Rückkehr auf den Westbalkan, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, S.8.

ganzer Linie. Trotz eines fehlenden Übereinkommens zwischen Serbien und Kosovo, präsentierte Ahtisaari einen Vorschlag mit der Bezeichnung „Umfassender Vorschlag zur Lösung des Kosovo-Status“. Seine Beweggründe beliefen sich dabei auf die Anerkennung des geschehenen Unrechts in der Vergangenheit, der Gegebenheiten in Kosovo, der Notwendigkeit politischer und wirtschaftlicher Stabilität, der gemeinschaftlichen Verantwortung und den Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit entgegenzuwirken. Ahtisaari begründete diesen Schritt auch damit, dass Kosovo acht Jahre lang von Serbien getrennt regiert wurde was nicht zu leugnen und unumkehrbar gewesen war.²³ Der Vorschlag beinhaltete, auch wenn explizit nicht erwähnt, ein Grundgerüst einer Selbstbestimmung im Rahmen einer befristeten „überwachten Unabhängigkeit“ für Kosovo mit den Eigenschaften eines multiethnischen Staates.²⁴ Der Ahtisaari Plan, welcher von serbischer Seite abgelehnt wurde²⁵, wurde von der kosovarischen Seite als Kompromisslösung gewertet.²⁶

In Abstimmung mit den USA und einer Reihe europäischer Staaten darunter Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien, erklärte Kosovo im Februar 2008 auf Basis des Ahtisaari Vorschlags seine Unabhängigkeit von Serbien.²⁷ Serbien erkennt die Unabhängigkeit Kosovos nicht an und betrachtet Kosovo auch weiterhin als serbische Provinz. Nach der Auflösung des Staatenbundes mit Montenegro wurde im September 2006 eine Verfassung verabschiedet, in der Kosovo in der serbischen Verfassung als Bestandteil Serbiens verankert wurde.²⁸

Als beim Europäischen Gipfeltreffen vom 19. bis zum 21. Juni 2003 in Thessaloniki die Staaten der Europäischen Union in einem Abschlussdokument deutlich auf eine europäische Perspektive für die Staaten des westlichen Balkans geeinigt hatten,²⁹ wurde in Absatz zwei der sogenannten Agenda von Thessaloniki die Unterstützung für die westlichen Balkanstaaten die Perspektive eines Beitritts zur Europäischen Union eindeutig zugesagt.³⁰ Bei der Westbalkan-Konferenz in Berlin im August 2014 zu der Außen- und Wirtschaftsminister der Staaten des

²³ Vgl. Knoll, Bernhard (2009): Kosovo: Statusprozess und Ausblick auf die staatliche Souveränität, S.163,174.

²⁴ Vgl. Kurbogaj-Ajeti, Resmije / Ajeti, Faruk (2012): Die Rolle der EU-Außenpolitik im Kosovo (1989 – 2008), S.12.

²⁵ Nachdem Russland jede weitere Resolution der westlichen Staaten ablehnte, führte die Kosovo-Troika (USA/EU/Russland) mit der Hoffnung auf eine Einigung weitere Gespräche zwischen Serbien und Kosovo, die Ende Dezember 2007 erneut ohne eine Einigung endeten. Dies führte dazu, dass die USA, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien weitere Gespräche für aussichtslos erklärten.

²⁶ Vgl. Knoll, Bernhard (2009): Kosovo: Statusprozess und Ausblick auf die staatliche Souveränität, S.171.

²⁷ Vgl. Kosovo Troika Calls It Quits After Failed Negotiations, Deutsche Welle, 10.12.2007.

²⁸ Kosovo als "Bestandteil" Serbiens: Belgrad will Verfassung ändern, Der Standard, 13.12.2014.

²⁹ Vgl. Gipfeltreffen in Thessaloniki, ein Meilenstein der Beziehungen zwischen der EU und den Ländern des westlichen Balkans, Website EU-Kommission, 18.06.2003.

³⁰ Vgl. EU Gipfeltreffen Thessaloniki - westliche Balkanstaaten, Website der EU-Kommission, 21.06.2003.

„Westbalkans“ eingeladen worden sind, wurde das Versprechen von Thessaloniki vom deutschen Vizekanzler Sigmar Gabriel erneuert.³¹ Sowohl für Serbien als auch für Kosovo wurde damit die europäische Perspektive bestätigt, was jedoch mit der Voraussetzung geknüpft ist, dass Serbien und Kosovo ihren Konflikt beilegen. Die Europäische Union bekräftigte diesbezüglich mehrmals, dass sie keine Konflikte importieren und einen zweiten Zypern-ähnlichen Konflikt innerhalb der EU vermeiden möchte.

Um erste Akzente zu setzen, startete die EU im März 2011 erstmals wieder direkte Gespräche mit Vertretern aus Kosovo und Serbien zur Regelung von „technischen und behördlichen Fragen“. Es war der erste direkte Kontakt seit den Verhandlungen über den Kosovo-Status unter der Leitung von dem UN-Sondergesandten Martti Ahtisaari. Dieser Fortschritt ist besonders deshalb so bedeutend, zumal der Konflikt zwischen Serbien und Kosovo zeitweise einem eingefrorenen Konflikt glich und sich beide Staaten auf ihrem EU-Annäherungsprozess gegenseitig blockiert haben. Als Reaktion auf die anhaltenden Unruhen im Norden Kosovos wurden die Verhandlungen immer intensiver geführt, wodurch der Dialog zur Lösung technischer Fragen immer stärker von politischen Themen geprägt war.

Die zweite Phase des Dialogs die zu einer sogenannten „Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo“ führen soll, hat die heikle Statusfrage ausgeklammert. Zu Beginn sollten Fortschritte und Lösungen über praktische Fragen mithilfe von „technischer Zusammenarbeit“ erreicht werden. Im späteren Verlauf wurde aus der „technischen Zusammenarbeit“ ein Dialog zur Klärung von politischen Fragen. Die Europäische Union hat auf diese Weise einen Mechanismus gefunden, beide Seiten an den Tisch zu setzen, um gemeinsam Lösungen zu finden und damit Differenzen überwinden zu können, wodurch konfliktreiche Spannungen zwischen beiden Seiten abgebaut werden sollen. Dieser Vorschlag der EU, Gespräche über eine Normalisierung der Beziehungen zu führen, erweckt nun den Eindruck, als könnte es der Europäischen Union gelingen, Serbien und Kosovo in eine kooperierende Richtung zu leiten. Mittlerweile gilt der Dialog zwischen Serbien und Kosovo als Voraussetzung für weitere Annäherungsschritte beider Staaten an die Europäische Union.

Diese Forschungsarbeit setzt sich mit den Beziehungen von zwei Staaten auseinander, die nicht fähig sind ihre Streitigkeiten eigenständig beizulegen wodurch der Konflikt bereits über 15 Jahre andauert. Die Europäische Union, neben Serbien und Kosovo, ein wichtiger Akteur meiner Forschungsarbeit, hat mittlerweile eine gewichtige Rolle im Kosovo-Konflikt eingenommen. Während einst die USA und Russland als erste Ansprechpartner und Vertreter

³¹ Vgl. Deutschland will Balkan-Staaten an EU heranzuführen, Handelsblatt, 28.08.2014.

der serbisch/kosovarischen Interessen galten, zeigen aktuelle Forschungen von Jitske Hoogenboom und Neill Nugent, dass der Einfluss der EU auf die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo aufgrund der aktuellen Vermittlerrolle der EU im Dialog und der EU-Beitrittsperspektive immer größer wird.³² Aufgrund der Tatsache, dass die Außenpolitik der Europäischen Union von unterschiedlichen Interessen verschiedener EU-Staaten geprägt ist, verfügt die EU in der Frage des Kosovo-Status über keine Übereinstimmung, wodurch sie nicht in der Lage ist mit einer Stimme zu sprechen. So einigten sich die EU-Staaten aufgrund ihrer Differenzen darauf, dass der Schritt der Anerkennung jedem einzelnen EU-Staat selbst überlassen ist.³³ Während gegenwärtig 23 Staaten der 28 EU die Unabhängigkeit anerkennen, zählen Spanien, die Slowakei, Rumänien, Griechenland und Zypern zu den Staaten die eine Anerkennung Kosovos ablehnen.

Fragestellung und Hypothesen

Meine Forschungsarbeit setzt sich mit dem Einfluss der EU auf die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo auseinander. Die EU nimmt demzufolge die Position eines Akteurs ein, der versucht die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo anhand ihrer EU-Beitrittsperspektive und Erweiterungspolitik und dem Dialog zwischen Serbien und Kosovo näher aneinander und dadurch näher an die EU zu führen um friedvolle und stabile Verhältnisse garantieren zu können. Ich gehe davon aus, dass die EU-Beitrittsperspektive und die von der EU geleiteten Gespräche zur Normalisierung der Beziehungen zwei wesentliche Vorbedingungen sind, um geregelte, stabile und friedliche Verhältnisse erwirken zu können. Kurz gesagt: Je mehr EU, umso geringer das Konfliktpotenzial. Die Beitrittsperspektive und der EU-Erweiterungsmechanismus orientiert beitrittswillige Staaten Richtung EU-Mitgliedschaft und fördert dadurch eine regionale Zusammenarbeit zwischen Serbien und Kosovo. Geregelte Formen des Konfliktaustragens an denen die von der EU geleiteten Verhandlungen zwischen Serbien und Kosovo anknüpfen, bieten demnach neue Möglichkeiten um Differenzen überwinden zu können. Der Dialog zur Normalisierung der Beziehungen stellt eine neue Chance für einen besseren Umgang miteinander dar. Eine neue Dialogkultur

³² Vgl. Hoogenboom, Jitske (2011): The EU as a peacebuilder in Kosovo, Civil Society Dialogue Network, S.13.

³³ Vgl. Stahl, Bernhard / Harnisch, Sebastian (2009): Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008, S.281, 286.

basierend auf „europäischen“ Werten zwischen beiden Konfliktparteien könnte dazu führen, dass Differenzen in Zukunft auch ohne fremdes Einwirken überwunden werden.

Indem geklärt werden soll, wie die EU Einfluss auf die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo ausüben kann, soll erforscht werden, wie die Europäische Union ihren Einfluss umsetzt, welche politischen und wirtschaftlichen Handlungsmöglichkeiten die EU hat und welche Mechanismen und Maßnahmen angewendet werden, um eine Konfliktbeilegung und eine EU-Annäherung zu erwirken. Zudem soll analysiert werden, warum die fünf EU-Staaten Kosovo nicht anerkennen und inwiefern diese Uneinigkeit der Mitgliedsstaaten Einfluss auf die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo hat. Denn Serbien und Kosovo erhoffen sich eine möglichst rasche Realisierung ihrer zugesicherten EU-Perspektive in dem sie durch den von der EU geleiteten Dialog eine Vermeidung von weiteren Verzögerungen im EU-Integrationsprozess erwarten.³⁴

Zusammenfassend sollen daher folgende Fragen bearbeitet werden und im Schlussteil diskutiert werden:

- Welchen Einfluss hat die EU auf die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo und wie setzt sie ihn um? Welche Maßnahmen werden dabei eingesetzt und wie tragen diese Maßnahmen zur Normalisierung der Beziehungen bei? Welche Fortschritte konnten im Dialog zwischen Serbien und Kosovo unter der Leitung der EU erzielt werden?
- Aus welchen Gründen erkennen die fünf EU-Staaten die Unabhängigkeit Kosovos nicht an?
- Welche Konsequenzen hat die Uneinigkeit der EU-Staaten auf die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo?

Ausgehend davon, dass der „Fall Kosovo“ ein wichtiger Faktor für eine nachhaltige Stabilität am Balkan ist, wird im Rahmen dieser Forschungsarbeit herausgearbeitet inwiefern die EU die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo „positiv“ beeinflusst. „Positiv“ im Sinne einer Entwicklung hin zu einer sogenannten „Normalisierung der Beziehungen“ zwischen Serbien und Kosovo. In Bezug auf die „Normalisierung der Beziehungen“ spreche ich von einem Zustand der erreicht ist, wenn beide Seiten eine Kooperationsbasis finden und die Situation der letzten Jahre durch eine Überwindung ihrer Differenzen verbessern. Dazu gehören unter anderem Abkommen zwischen beiden Seiten wie auch eine Konfliktaustragung am Verhandlungstisch wodurch Spannungen zwischen beiden Staaten im Dialog abgebaut werden.

³⁴ Nugent, Neill (2013): The EU-Kosovo Relationship in the Context of EU Enlargement Policy, Group for Legal and Political Studies (GLPS), S.13.

Im Umkehrschluss betrachte ich eine Verbesserung der Beziehungen gleichbedeutend mit einer Verbesserung der politischen Stabilität in der Region. Die EU steht in diesem Konflikt vor einer ihrer schwierigsten Aufgaben, da sich dieser Konflikt auf europäischem Boden befindet und die EU spaltet, während er zuvor jahrelang von amerikanischen und russischen Interessen beeinflusst wurde. Demzufolge wird sich in Folge der Forschungsarbeit herausstellen, ob die EU trotz ihrer inneren Differenzen eine Lösung des Konfliktes oder zumindest eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo erwirken kann. Ausgehend von den angeführten Forschungsfragen habe ich folgende Hypothesen erstellt:

- Trotz der Uneinigkeit der EU Staaten in Bezug auf die Unabhängigkeit Kosovos, gelingt es der EU die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo in Richtung einer Normalisierung der Beziehungen zu beeinflussen.
- In dem sich die EU-Staaten auf keine einheitliche Linie einigen können, wird die Akteursqualität der EU auf die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo deutlich gemindert

Um die aktuelle Lage besser nachvollziehen zu können, habe ich bereits einleitend einen Überblick über die jüngere Geschichte des Konflikts erläutert. Dies soll die aktuellen Positionen der Akteure und die Zusammenhänge der gegenwärtigen Situation veranschaulichen. Methodisch stützt sich die Forschungsarbeit dabei auf die Analyse und Auswertung von EU und UN-Dokumenten, Abkommen, Reports, aktuelle Zeitungsberichte, Beschlüsse, Presseaussendungen, Berichte, Verordnungen, Resolutionen und weiteren wichtigen Quellen die meine Forschungen unterstützen. Verwendete wissenschaftliche Zeitschriftenartikel, Publikationen von Thinktanks, wissenschaftliche Papers und Publikationen sowie Journalartikel zum diesem Thema fördern dabei ein besseres Verständnis der Lage und ermöglichen eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Primärquellen. Diese sollen die Möglichkeit bieten, Zusammenhänge aktueller Geschehnisse, Verhandlungsergebnisse und politische Abläufe diskutieren und analysieren zu können.

Im Hinblick auf die Aktualität des Themas, hat dieser Konflikt in den letzten Jahren schon häufig die Aufmerksamkeit der Medien und der Wissenschaft erregt. Aufgrund vieler entscheidender Ereignisse wurde der Kosovo-Konflikt auch nach dem Kosovo-Krieg 1999 mit den März Ausschreitung 2004, der Unabhängigkeitserklärung 2008, den aktuellen Auseinandersetzungen im Norden Kosovos und dem Dialog über eine Normalisierung der

Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo in den Mittelpunkt der Medien und der Wissenschaft gerückt. Der Forschungszeitraum beginnt ab dem Jahr 2008 und der damit zusammenhängenden Unabhängigkeit Kosovos. Die Unabhängigkeit führt dazu, dass die politische Asymmetrie zwischen Serbien und Kosovo sowohl auf regionaler als auch auf internationaler Ebene abnimmt.

Um meine Hypothesen diskutieren zu können, werde ich mich im nächsten Kapitel dem Theorieteil widmen, welcher sich mit dem von mir angewandten actorness-Ansatz von Jupille und Caporaso auseinandersetzt. Dieser Ansatz beschäftigt sich unter Berücksichtigung meiner Forschungen, mit dem Einfluss der EU als Akteur und ihrer Handlungsfähigkeit auf die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo. Dieses Kapitel soll dazu dienen, die Akteursqualität der EU anhand der Theorie von Jupille und Caporaso und ihrer Kategorien sichtbar und erfassbar zu machen. Anhand von vier Kategorien (Kohärenz, Autonomie, Autorität und Anerkennung) wird dabei der Grad der Akteursqualität bestimmt, wodurch ich im letzten Kapitel meiner Arbeit in der Lage sein werde, Schlussfolgerungen über den Einfluss der EU auf die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo ziehen zu können.

In Kapitel 2 gebe ich einen Überblick über die historische Entwicklung der EU-Außenpolitik. Hierbei soll die Entwicklungsphase der „europäischen Außenpolitik“ seit dem zweiten Weltkrieg näher beleuchtet werden, um ein besseres Verständnis über den Weg der Entstehung der Veränderungsprozesse des europäischen auswärtigen Handels der Union darzulegen.

In Kapitel 3 widme ich mich dem politischen und ökonomischen Einfluss der EU auf Serbien und Kosovo. Dieses Kapitel umfasst die EU-Perspektive beider Staaten, die Beziehungen der EU zu Serbien und Kosovo und die finanzielle Unterstützung im Rahmen der Erweiterungspolitik. Außerdem beschäftige ich mich in diesem Kapitel mit den Gründen, weshalb die fünf EU-Staaten nach sieben Jahren der Unabhängigkeitserklärung Kosovos weiterhin nicht bereit sind diese anzuerkennen.

Kapitel 4 widmet sich den aktuellen Herausforderungen in Serbien und Kosovo und der jüngsten Geschichte beider Staaten. Dies soll unter anderem auch die schwere politische und ökonomische Lage beider Staaten erläutern, wodurch ich zu erklären versuche, warum für Serbien und Kosovo die EU-Beitrittsperspektive und der Annäherungsprozess ein unumgängliches Vorhaben ist. Dieses Kapitel behandelt die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten die beide Konfliktparteien bewältigen müssen und ohne (finanzielle) EU-Unterstützung nicht bewältigen können. Dies betrifft nicht nur die bereits erwähnte schlechte politische und wirtschaftliche Situation sondern auch das Fehlen einer Lösung des Konflikts

und die notwendige Aufnahme von Beziehungen zwischen zwei Staaten, ohne die ein EU-Beitritt nicht möglich sein wird. Denn während Serbien sich weigert Kosovo anzuerkennen und diesen in der Verfassung als Teil des serbischen Territoriums betrachtet, ist Kosovo weiterhin kein staatliches Mitglied der UN.

In Kapitel 5 beziehe ich mich auf die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo mit besonderem Blick auf den Dialog zur Normalisierung der Beziehungen. Dabei beschäftige ich mich mit den bis dato stattgefundenen technischen und politischen Verhandlungen, den daraus resultierenden Abkommen und ihrer Bedeutung für die Beziehungen zwischen beiden Staaten. Da die EU die Rolle des Vermittlers übernommen hat und für den nötigen Druck während der Verhandlungen gesorgt hat, wird sich anhand der Abkommen zeigen, inwiefern die EU beide Konfliktparteien zu Kompromissen bewegen kann.

In Kapitel 6 wird die Akteursqualität der EU in den Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo anhand der vier Kriterien von Joseph Jupille und James A. Caporaso untersucht. Dieses Kapitel soll dazu dienen, die Akteursqualität der EU im Serbien-Kosovo Konflikt anhand meiner Ergebnisse darzulegen.

Im letzten Kapitel meiner Forschungsarbeit versuche ich meine Ergebnisse zusammenfassen und Schlussfolgerungen abzuleiten. In diesem Kapitel wird abschließend erläutert, inwiefern die EU auf die in den letzten Jahren praktisch nicht-vorhandenen Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo Einfluss nimmt.

1 Theorie

Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation, der Einführung eines gemeinsamen Marktes, einer gemeinsamen Währung und einer Reihe neuer Mitgliedsstaaten (16 neue EU-Mitglieder seit dem Jahr 1995) hat sich die Europäische Union verändert und weiterentwickelt. Die politischen Entwicklungen in Europa und auf globaler Ebene bedeuteten nicht nur neue Möglichkeiten sondern auch neue Herausforderungen. Dies gilt besonders für das außenpolitische Handeln der Union. Die Veränderung der EU ist dabei nicht nur auf die Neugestaltung der vertraglichen Grundlage sondern auch auf die wachsende Akzeptanz der EU als Akteur im internationalen System zurück zu führen.³⁵ Mit dem Vertrag von Maastricht hat die EU eine außen- und

³⁵ Vgl. Lescher, Timotheus B. (2000): Die EU als eigenständiger Akteur in der Entstehung des internationalen Klimaregimes, S.7.

sicherheitspolitische Dimension erhalten, wodurch sie zu einem wichtigen internationalen politischen Akteur gereift ist. Die fortschreitende Globalisierung und der damit zusammenhängende Strukturwechsel im Welthandel Mitte der 80er Jahre, forderte eine Anpassung der EU an die neuen Maßstäbe einer globalen Welt.³⁶ Ein neues globales Handlungsprogramm bedeutete auch neue Zielsetzungen für die EU.³⁷ Dies bedeutete außerdem, dass immer mehr Politikfelder die einst in den Grenzen des Nationalstaates lagen, auf die internationale Ebene verschoben werden mussten um auf internationaler Ebene eine wichtige Rolle spielen zu können.³⁸ Dies lässt sich unter anderem daran erkennen, wenn man die im Laufe der Jahrzehnte immer größer werdende Anzahl von Politikfeldern betrachtet, in denen die EU sich engagiert hat. Dennoch blieb die EU auch im Laufe ihrer Entwicklungsgeschichte ein Konstrukt, in welchem ihre Mitgliedsstaaten die Ziele und Maßnahmen der EU festlegten.

Die vielen unterschiedlichen außen- und sicherheitspolitischen Interessen der EU-Mitgliedsstaaten die in einem System bestehen, in dem eine Teilung der Befugnisse zwischen mitgliedstaatlichen und supranationalen Kompetenzen vorherrscht, machen die EU zu einem Akteur „sui generis“. Aufgrund ihrer Einzigartigkeit und ihrer Eigenschaften stellt die Analyse der Europäischen Union innerhalb der Politikwissenschaft und der Außenpolitikforschung nach wie vor eine zentrale Herausforderung dar.³⁹ Anhänger eines klassischen Verständnisses sahen die Außenpolitik als untrennbar zur Staatlichkeit, wodurch der Begriff der EU-Außenpolitik mangels Staatlichkeit ein Widerspruch in sich selbst schien. Mit dem Vertrag von Lissabon wurde auf alle Staatlichkeit suggerierenden Elemente des Verfassungsvertrags und auf begriffliche Bezeichnungen wie „Gesetz“ oder „Außenminister“ verzichtet. Damit wird auch deutlich, dass die EU auf absehbare Zeit kein Staat werden soll.

In Bezug auf den europäischen Vertragsrechts der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sprechen Anhänger einer klassischen Definition der Außenpolitik nicht von einer EU-Außenpolitik, sondern einer Außenpolitik der EU, in der Mitgliedsstaaten in ihrer Gesamtheit außenpolitisch aktiv werden. Parallel dazu besteht allerdings kein Zweifel an der Existenz einer eigenständigen europäischen Außenpolitik.

³⁶ Vgl. Barnickel, Christiane / Böhm, Jana, Brandt, Tiago et al. (2009): Das europäische Chamäleon. Ist die EU ein normativer, ein realistischer oder ein imperialer Akteur?, S.2.

³⁷ Vgl. Schulmeister, Stephan (1988): Zur Krise der Weltwirtschaft in den siebziger und achtziger Jahren – ein Rekonstruktionsversuch, S.145–169.

³⁸ Vgl. Barnickel, Christiane / Böhm, Jana, Brandt, Tiago et al. (2009): Das europäische Chamäleon. Ist die EU ein normativer, ein realistischer oder ein imperialer Akteur?, S.16.

³⁹ Vgl. Stahl, Bernhard / Harnisch, Sebastian (2009): Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008, S.275.

Durch den Vertrag von Lissabon, der der EU eine explizite Rechtspersönlichkeit verleiht, trifft dies auch für den Bereich der GASP ein. Dadurch eröffnet sich für die Politikwissenschaft ein Konzept der Außenpolitik für den Akteur „EU“. Dabei wird der Staatenbund der EU zumindest als „staatsähnlicher“ bzw. als Akteur „sui generis“ betrachtet in erweiterter Auslegung und der herkömmlichen Definition als Außenpolitik verstanden. Diesbezüglich finden sich auch zahlreiche Definitionen, die europäische Außenpolitik als Vertretung der Interessen und Werte der EU gegenüber ihrem internationalen Umfeld beschreiben.⁴⁰ Weniger traditionelle Begriffe nabeln sich von der klassischen Außenpolitik ab. Diese beschäftigen sich mit den Rahmenbedingungen in welchen die EU ein Akteur darstellt, der eine Rolle in der internationalen Politik wahrnehmen kann. Diese Vorstellung geht von einem internationalen System aus, dass aus einer Vielzahl von Akteuren unterschiedlicher Bedeutung und unterschiedlichem Aktionsradius besteht. Dadurch wird der Nationalstaat zu einem Akteur unter mehreren. In der Diskussion solcher und ähnlicher Konzepte wird auf das Bekenntnis zu übergreifenden Werten, die Definition politischer Prioritäten und das Vorhandensein eines umfangreichen Instrumentariums zurückgegriffen, wodurch diese Faktoren in der Debatte der Begriffsbestimmung der EU-Außenpolitik weitgehend als selbstverständlich erachtet werden.

In Bezug auf das Handeln der EU-Außenpolitik außerhalb ihrer Grenzen zur Wahrnehmung und Durchsetzung ihrer Interessen und Werte, gibt es aus begrifflicher Sicht keinen Grund für eine bereichsspezifische Eingrenzung. Denn trotz eines weitverbreitenden Missverständnisses, das auf die historisch bedingte Trennung zwischen der ersten und zweiten Säule der EU begründet ist, beschränkt sich die Europäische Außenpolitik nicht ausschließlich auf Themen der GASP.⁴¹ Mit dem Vertrag von Lissabon wurde der Umfang der europäischen Außenpolitik klar bestimmt und festgelegt, in dem eine klare europäische Außenpolitik auch weit über die GASP gespannt wird.⁴² Um die Definition der Begrifflichkeiten weiter zu fassen, kann auch zwischen „europäische Außenpolitik“ und „EU-Außenpolitik“ unterschieden werden. Im Bereich der europäischen Außenpolitik wird nicht nur das außenpolitischen Handeln der Europäischen Union, sondern auch die Handlungen der 28 EU-Mitgliedsstaaten miteinbezogen. Dieser Begriff wird oft deshalb bevorzugt, da sein Verständnis als Begriff breiter angelegt ist und eine eindeutige Festlegung vermeidet. Dennoch ist eine Differenzierung zwischen beiden Begriffen nicht zweckdienlich, da beide Bezeichnungen im Grunde als Synonyme für das außenpolitische Handeln der EU gebraucht werden und sich im öffentlichen Diskurs

⁴⁰ Vgl. Gaedtke, Jens-Christian (2009): Europäische Außenpolitik, S.14.

⁴¹ Vgl. Gaedtke, Jens-Christian (2009): Europäische Außenpolitik, S.15.

⁴² Vgl. Gaedtke, Jens-Christian (2009): Europäische Außenpolitik, S.16.

europäischer Ebene durchgesetzt haben. Die EU ist in einer zwiespältigen Situation in der nicht nur sie als außenpolitischer Akteur wahrgenommen wird, sondern parallel zur ihr auch ihre Mitgliedsstaaten, wodurch sie sich von Bundesstaaten in denen die auswärtige Gewalt der Bundesebene untersteht, unterscheidet. Die Kompetenzverteilung ist in der EU außerdem deutlich komplexer. Der europäischen Ebene wurde mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon eine explizit ausschließliche Zuständigkeit zugewiesen. Die Zuständigkeit in der GASP ist für alle Bereiche und Fragen im Zusammenhang mit der Sicherheit zwar der EU zugeteilt, dieser Zuständigkeit stehen aber außenpolitische Aktivitäten der Mitgliedsstaaten nicht entgegen. Parallel zur Außenpolitik befinden sich also auch die nationalen Außenpolitiken der 28 EU-Staaten, wodurch sich dadurch ein hohes Potenzial für Inkohärenz ergibt.⁴³

Von den Angelegenheiten abhängig, handelt die EU oft koordiniert und doch nicht selten widersprüchlich was man beispielsweise am Kosovo-Konflikt erkennen kann. Konnte sich die EU auf internationaler Ebene mehrfach als Großmacht profilieren, so wurde sie oft auch als sogenannter politischer Zwerg in den Schatten anderer Großmächte gedrängt. Aufgrund des Fehlens einer primärrechtlichen Definition und dem Mangel einer ausdrücklich festgelegten Eingrenzung der Adressaten im Bereich der Sicherheitspolitik, entstand über einen langen Zeitraum ein breiter Anwendungsbereich.⁴⁴ Wenig hilfreich ist dabei die Tatsache, dass die Souveränitätsansprüche der Mitgliedstaaten und nationalstaatliche Politiktraditionen das Politikfeld der Sicherheitspolitik festlegten.⁴⁵ Die Differenzen basieren meist auf unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten, die ein einheitliches sicherheitspolitisches Handeln nach außen erschweren.

Trotz fortlaufender Reformen der institutionellen Strukturen leidet die Sicherheitspolitik der EU besonders unter einer Beeinträchtigung ihrer Effizienz und Kohärenz. Durch den Dualismus der Kommission und dem Europäischem Rat und dem Einstimmigkeitserfordernis in vielen Fragen der EU-Außenpolitik, wurden stets die strukturellen Schwächen der Außenpolitik betont.⁴⁶ Während einst die Definition der Identität der Akteure und ihre Teilnahme am internationalen System anhand von Staaten und ihrem alleinigem Recht und ihrer Befähigung simpel erklärt werden konnte, hat die Entstehung einer Vielzahl von neuen Akteuren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine neue weltpolitische Realität entstehen lassen. Dadurch hat

⁴³ Vgl. Gaedtker, Jens-Christian (2009): Europäische Außenpolitik, S.17.

⁴⁴ Vgl. Barnickel, Christiane / Böhm, Jana, Brandt, Tiago et al. (2009): Das europäische Chamäleon. Ist die EU ein normativer, ein realistischer oder ein imperialer Akteur?, S.18.

⁴⁵ Vgl. Einem, Caspar (2014): Die EU gemeinsam verteidigen, Die Presse, 17.01.2014.

⁴⁶ Vgl. Barnickel, Christiane / Böhm, Jana, Brandt, Tiago et al. (2009): Das europäische Chamäleon. Ist die EU ein normativer, ein realistischer oder ein imperialer Akteur?, S.17-20.

sich die Definition von außenpolitischem Handeln im klassischen Sinne verändert. Viele Jahrzehnte war die Ansicht des außenpolitischen Handels von der Ansicht geprägt war, dass nur den Regierungen der Nationalstaaten die exekutive Vollmacht und die Fähigkeit des Handels zugeschrieben werden konnte.⁴⁷ Die Teilnahme von NGOs, internationalen Organisationen wie die UN oder die Welthandelsorganisation im internationalen System forderten neue Theorien der Erfassung. Ein weiteres neues Gebilde, das sich ebenfalls in seiner speziellen Eigenart von anderen Organisationen unterscheidet und daher nach eigenen wissenschaftlichen Maßstäben analysiert werden muss, betrifft das Konzept der Europäischen Union. Die letzten Jahre im Bereich der wissenschaftlichen Forschung der EU als Akteur haben gezeigt, dass sich Ansätze entwickelt haben, in denen die EU und ihre Außenpolitik mit keiner bekannten Analysekategorie verglichen werden kann und demnach als Einzelfall betrachtet werden muss.⁴⁸ Insofern ist es notwendig neue Kategorien zu entwickeln um die internationale Rolle der EU und ihr außenpolitisches Handeln beschreiben und erklären zu können.⁴⁹

1.1 Der Actor-Netzwerk-Ansatz nach Jupille und Caporaso

Im Bereich der Außenbeziehungen sieht sich die EU in einem Dilemma mit ihren eigenen Mitgliedsstaaten. Die EU-Mitgliedsstaaten verstehen sich dabei nicht selten in ihrer Souveränität bedroht und sehen ihre Interessen und Handlungsfähigkeit durch Aktivitäten der Union in Gefahr. Dabei hat die Bedeutung der EU auf internationaler Ebene deutlich zugenommen und erfordert aufgrund der wachsenden Zahl neuer Mitgliedsstaaten und ihrer unterschiedlichen Interessen eine immer größere Anstrengung, um die einzelnen politischen Linien aufeinander abzustimmen.⁵⁰ Die Ausweitung der außenpolitischen Kompetenzen hat dazu geführt, dass die EU mittlerweile an außenpolitischem Gewicht hinzugewonnen hat. Die EU befindet sich im Wettbewerb mit anderen „Big Players“ des Internationalen Systems und möchte als dabei „Global Player“ anerkannt und ernst genommen werden wodurch parallel dazu der Druck mit einer Stimme sprechen zu müssen beträchtlich steigt. Der vertragliche und institutionelle Handlungsspielraum der EU-Außenpolitik hat sich im Laufe ihres Daseins erweitert, wodurch die Forderung nach einer größeren Übernahme außenpolitischer

⁴⁷ Vgl. Mayer, Sebastian (2004): Die EU als weltpolitischer Akteur. Anmerkungen zum Forschungsstand, S.67.

⁴⁸ Vgl. Lescher, Timotheus B. (2000): Die EU als eigenständiger Akteur in der Entstehung des internationalen Klimaregimes, S.20-22.

⁴⁹ Vgl. Stahl, Bernhard / Harnisch, Sebastian (2009): Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008, S.18.

⁵⁰ Vgl. Stahl, Bernhard / Harnisch, Sebastian (2009): Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008, S.16.

Verantwortung immer größer wird.⁵¹ Ähnlich verhält sich diese Situation auch im Fall Kosovo. Während einst die USA und Russland als bedeutendste Akteure und Vertreter der Interessen Kosovos bzw. Serbiens den Konflikt am stärksten beeinflussten, versucht die EU sich immer stärker in den Vordergrund zu stellen, um anhand eines leistungsstimulierenden Anreiz- und Sanktionssystems eine nachhaltige Lösung des Konfliktes zu bewirken.⁵²

Um eine Untersuchung des Einflusses der EU auf die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo in einem theoretischen Rahmen erfassen zu können, beschäftige ich mich mit dem actorness-Ansatz von Joseph Jupille und James A. Caporaso. Dieser Ansatz gibt mir die Möglichkeit die Akteursqualität der EU-Außenpolitik durch ihre Handlungen und Aktionen in einer theoretischen Dimension zu erfassen.⁵³ Laut Jupille und Caporaso ist die EU als ein „collection of States“ zu beschreiben, da sie aus einer großen Anzahl von Mitgliedstaaten und Institutionen besteht, in der auf verschiedenen Ebenen nach unterschiedlichsten nationalen Interessen Entscheidungen getroffen werden.⁵⁴ Der actorness-Ansatz von Jupille und Caporaso nimmt die Handlungen eines Akteurs nicht schlichtweg als gegeben hin, sondern meint, dass diese erst durch Interaktion bestimmt werden. Dabei versucht dieser Ansatz nicht nur rein formalrechtliche Entscheidungsregeln und Kompetenzen zu analysieren, sondern geht einen Schritt weiter und erfasst dabei die politische Handlungsfähigkeit des Akteurs. Nach Jupille und Caporaso wird die Akteursqualität dabei nicht mit Einfluss und Effektivität gleichgesetzt. Vielmehr ermöglicht diese Akteursqualität erst die Einflussnahme auf einen Bereich oder Konflikt.⁵⁵

In den letzten Jahren haben sich Ansätze entwickelt, die immer stärker betonen, dass die EU mit keiner bekannten Analysekategorie verglichen werden kann.⁵⁶ Dadurch kann gewährleistet werden, dass die EU als „sui generis“ behandelt wird.⁵⁷ In diesem Zusammenhang wird häufig das actorness-Konzept verwendet um Kriterien als Voraussetzung für die Akteursqualität bestimmen zu können. Jupille und Caporaso gehen davon aus, dass es drei grundlegende

⁵¹ Vgl. Stenuick, Jean-Yves (2013): Carrot and stick, Eyes on Europe, 09.04.2013.

⁵² Vgl. Lescher, Timotheus B. (2000): Die EU als eigenständiger Akteur in der Entstehung des internationalen Klimaregimes, S.21-22.

⁵³ Vgl. Barnickel, Christiane / Böhm, Jana, Brandt, Tiago et al. (2009): Das europäische Chamäleon. Ist die EU ein normativer, ein realistischer oder ein imperialer Akteur?, S.3.

⁵⁴ Vgl. Kurbogaj-Ajeti, Resmije / Ajeti, Faruk (2012): Die Rolle der EU-Außenpolitik im Kosovo (1989 – 2008), S.25.

⁵⁵ Vgl. Groen, Lisanne / Niemann, Arne (2012): The European Union at the Copenhagen climate negotiations: A Case of Contested EU Actorness and Effectiveness, Mainz Papers on International and European Politics, S.3.

⁵⁶ Vgl. Kass, Ralph (2010): Die EU-Nahostpolitik im Rahmen des Nahostquartetts (2002-2008): Die Europäische Union als kohärenter außenpolitischer Akteur.

⁵⁷ Vgl. Lescher, Timotheus B. (2000): Die EU als eigenständiger Akteur in der Entstehung des internationalen Klimaregimes, S.22-23.

Denkrichtungen gibt, wonach sich die Rolle der Außenpolitik bestimmen lässt. Als eine Sammlung von Staaten, die EU als polity bzw. als eine sich entwickelnde polity und drittens als eine entstehende Einheit die unterschiedliche Themenbereiche umfasst, wodurch sich je nach Thema und Zeit der Grad der Akteursqualität aufzeigt. An die dritte Denkrichtung knüpfen Jupille und Caporaso an und entwickelten den actorness-Ansatz der eine Erfassung der Handlungsfähigkeit von Akteuren in der internationalen Politik erfassbar macht ⁵⁸ Dieser Ansatz kann mehrere Dimensionen der Handlungsfähigkeit erfassen, wodurch die Fähigkeit der EU als Akteur auftreten zu können, von bestimmten Kriterien erfasst werden kann. Indem der actorness-Ansatz versucht, die verschiedenen Rechtsgrundlagen, Akteure und Instrumente die eine Außenpolitik ausmachen zu analysieren versucht, sollen diese entsprechenden Akteursqualitäten mit der daraus resultierenden Handlungsfähigkeit verbunden werden, wodurch der Einfluss des Akteurs sichtbar gemacht werden kann. Um eine solche Analyse zu ermöglichen haben Jupille und Caporaso vier Kriterien zur Messung der Akteursqualität entworfen: „recognition“ (Anerkennung), authority (Autorität / Einfluss), autonomy (Autonomie) und „cohesion“ (Zusammenhalt / Kohäsion).⁵⁹

Mit dem Kriterium „recognition“ (Anerkennung) ist im Grunde die rechtliche oder auch politische Anerkennung der EU durch andere Akteure gemeint. Jupille und Caporaso meinen, dass diese Kategorie nur eine Minimalbedingung ist. Sie beschäftigt sich weniger mit dem Verständnis eines Akteurs, sondern beschreibt vielmehr ob dieser Akteur überhaupt existiert.

„The EU is not sovereign, and it is not conferred with any kind of automatic recognition; instead, diplomatic recognition of the EU is at the discretion of third parties. In practice, the interactions of third states with the EU may implicitly confer de facto recognition upon it.[...] According to Jupille and Caporaso, the criterion of recognition may be considered satisfied whenever a third party interacts with the EU itself, rather than, or in addition to, EU member states.“⁶⁰

Hierbei kann von zwei Arten der Anerkennung gesprochen werden, der „de jure“ und der „de facto“ Anerkennung. Vor einer de jure Anerkennung kann gesprochen werden, wenn eine völkerrechtliche oder eine diplomatische Anerkennung vorhanden ist oder Mitglied einer internationalen Organisation wird. Anders als Staaten deren völkerrechtliche Anerkennung ein Element ihrer Souveränität ist, kann die EU nicht von einer automatischen Anerkennung

⁵⁸ Vgl. Klein, Tanja (2014): Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der Krise? Nationale Rollenkonzepte und Souveränität als Herausforderung europäischer Handlungsfähigkeit, Institute for European Global Studies, S.10.

⁵⁹ Vgl. Stahl, Bernhard / Harnisch, Sebastian (2009): Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008, S.20.

⁶⁰ Rozée, Stephen (2011): The European Union as a Comprehensive Police Actor, Journal of Contemporary European Research, S.437.

ausgehen, da sie als Staatenbund charakterisiert wird aber kein Staat ist. Die de jure-Anerkennung ist für Jupille und Caporaso keine Bedingung um den Status der EU als globalen Akteur zu bestimmen, da die Anerkennung auch de facto stattfinden kann in dem andere sich dazu entscheiden, mit der EU zu interagieren, jedoch nicht mit ihren Mitgliedsstaaten.^{61 62}

„Authority“ (Einfluss) umfasst die rechtliche Zuständigkeit und Kompetenz der Union. Sie beschäftigt sich mit der Autorität bzw. dem Einfluss nach außen zu handeln. Im Grunde handelt es sich hierbei um rechtliche Zuständigkeit und Kompetenz der Union. Als Auftragsgeber ermächtigen die Mitgliedstaaten die Europäische Union in bestimmten Bereichen ihre Interessen zu vertreten, wenn möglich auch mit einer Stimme zu sprechen.⁶³ In meinem Fall wäre das beispielsweise die Autorität über die die EU in Serbien und Kosovo bzw. auf die Beziehungen beider Seiten zueinander als Akteur verfügt.⁶⁴

Die Kategorie „autonomy“ (Autonomie) umfasst die Frage inwieweit die EU eine autonome europäische Politik gegenüber den einzelnen Mitgliedern aufweisen kann und sich als eigenständiger Akteur profilieren kann.

„According to Jupille and Caporaso, autonomy implies distinctiveness, and to some extent independence from other actors, especially states.[...]An institution's independence from states should make a difference compared to what would result from an international system comprised just of self-interested state actors.“⁶⁵

Dies kann durch die Faktoren der institutionellen Unterscheidbarkeit und Unabhängigkeit festgestellt werden.⁶⁶ Um eine institutionelle Unterscheidbarkeit gewährleisten zu können, sollte ein Akteur über einen eigenen unterscheidbaren institutionellen Apparat verfügen. Die Unabhängigkeit legt sich in der Wirkungskraft der supranationalen EU-Institutionen fest. Diese Unabhängigkeit ist erst dann gegeben, wenn sich die Außenpolitik der supranationalen Institutionen von den Außenpolitiken der Mitgliedsstaaten unterscheidet. Ein weiterer Faktor, welcher sich in dieser Kategorie mit der Möglichkeit zu Handeln beschäftigt, betrifft auch den

⁶¹ Vgl. Stahl, Bernhard / Harnisch, Sebastian (2009): Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008, S.20-21.

⁶² Vgl. Lescher, Timotheus B. (2000): Die EU als eigenständiger Akteur in der Entstehung des internationalen Klimaregimes, S.23-24.

⁶³ Vgl. Hasani, Shkelzen (2013): Die EU als internationaler Akteur: Eine Untersuchung am Fallbeispiel des Kosovokonflikts, S.8.

⁶⁴ Vgl. Jupille, Joseph/Caporaso, James A. (1998): States, Agency, and Rules: The European Union in Global Environmental Politics, S.215-216

⁶⁵ Rozée, Stephen (2011): The European Union as a Comprehensive Police Actor, Journal of Contemporary European Research, S.438.

⁶⁶ Vgl. Lescher, Timotheus B. (2000): Die EU als eigenständiger Akteur in der Entstehung des internationalen Klimaregimes, S.24-25.

Faktor der Verfügbarkeit außenpolitischer Ressourcen.⁶⁷ Eine „autonomy“ lässt sich auch daran erkennen, wenn beispielsweise die EU in der Form der Kommission EU-Integrationsschritte setzen kann⁶⁸, die nicht mit der außenpolitischen Linie der EU-Mitgliedsstaaten übereinstimmen.⁶⁹

Das letzte Kriterium, „cohesion“ (Kohärenz), beschäftigt sich mit der Qualität eines internationalen Akteurs und behandelt den Grad der politischen Übereinstimmung innerhalb eines Akteurs. Hierbei handelt es sich um ein besonders wichtiges Kriterium, da die Akteursqualität ein Minimum an Kohäsion erfordert und stark von der Kohäsion des Akteurs abhängig ist.⁷⁰ Jupille und Caporaso unterscheiden dabei vier Formen von Kohärenz. Die Ziel- und Wertekohärenz beschäftigt sich mit der Übereinstimmung bzw. Vereinbarkeit von Zielen und Werten der Staaten, die an der Entscheidung beteiligt sind. Um eine prozedurale Kohärenz handelt es sich, wenn die Akteure Konsens in Bezug auf die Entscheidungsfindung ein gemeinsames Verständnis der Regeln und Vorgehensweisen in der Handhabung von Konflikten haben. Sofern sich die Staaten untereinander jedoch nicht einigen können, trifft die taktische Kohärenz ein, indem sich die Akteure beispielsweise für eine Kompromissfindung engagieren.⁷¹ Die Output-Kohärenz erfasst im Abschluss den Grad der Übereinstimmung von Politikergebnissen⁷², welche vorliegt wenn die Mitgliedsstaaten es schaffen, sich auf eine gemeinsame Position zu einigen.⁷³



Abbildung 1

Quelle: Eigene Ausarbeitung

⁶⁷ Vgl. Stahl, Bernhard / Harnisch, Sebastian (2009): Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008, S.22.

⁶⁸ Hasani, Shkelzen (2013): Die EU als internationaler Akteur: Eine Untersuchung am Fallbeispiel des Kosovokonflikts, S.34.

⁶⁹ Jupille, Joseph/Caporaso, James A. (1998): States, Agency, and Rules: The European Union in Global Environmental Politics, S.217.

⁷⁰ Vgl. Rozée, Stephen (2011): The European Union as a Comprehensive Police Actor, Journal of Contemporary European Research, S.438-439.

⁷¹ Vgl. Lescher, Timotheus B. (2000): Die EU als eigenständiger Akteur in der Entstehung des internationalen Klimaregimes, S.25-26.

⁷² Vgl. Stahl, Bernhard / Harnisch, Sebastian (2009): Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008, S.21.

⁷³ Jupille, Joseph/Caporaso, James A. (1998): States, Agency, and Rules: The European Union in Global Environmental Politics, S.219-220.

Der theoretische Ausgangspunkt meiner Forschungsarbeit setzt sich folglich mit Fragen auseinander, inwieweit die EU ein kohärent agierender Akteur im Serbien-Kosovo-Konflikt ist und inwiefern sie ihren Einfluss trotz der Uneinigkeit der EU-Staaten auf die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo ausüben kann. Die Handlungsfähigkeit der EU als Akteur hängt dabei auch vom Konflikttypus, der angewandten Strategie und Mittel sowie auch der Durchhaltefähigkeit des Akteurs ab.⁷⁴ Dabei soll geklärt werden, ob die EU die Ansprüche eines internationalen Akteurs erfüllen kann, der die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo in eine positive Richtung leiten kann, wonach am Ende zumindest eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Seiten erreicht werden soll, im besten Fall sogar eine nachhaltige Lösung des Konflikts herausgearbeitet werden kann. Während bis zur Unabhängigkeit Kosovos die USA und Russland die dominierenden Akteure des Konflikts waren, stellt sich spätestens seit dem technischen Dialog zwischen Serbien und Kosovo ein neues Engagement der EU als wichtigster Akteur heraus.⁷⁵

2 Die EU und die Entwicklung ihrer Außenpolitik

Der Fall des Eisernen Vorhangs und das Ende der Trennung Europas durch die NATO und dem Warschauer Pakts führten dazu, dass die Sicherheitsstruktur der EG neu strukturiert werden musste. Kommunistische Systeme brachen zusammen und wurden durch frei gewählte Regierungen ersetzt. Die EU entwickelte Pläne, um diese Staaten bei ihrer Heranführung an die EU unterstützen zu können, um am Aufbau stabiler demokratischer Einrichtungen, der Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten sowie der Errichtung einer funktionierenden Marktwirtschaft mitwirken zu können. Seither haben eine Reihe ehemalige Ostblockstaaten die Kriterien für den EU-Beitritt erfüllt, wodurch seit dem Jahr 2004 die Tschechische Republik, Polen, Lettland, Litauen, Estland, Ungarn, die Slowakei, Slowenien, Rumänien, Bulgarien und Kroatien der EU beitreten konnten.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1957 hat sich die EU fünf Mal erweitert, wodurch sie von ursprünglich sechs auf 28 Mitgliedsstaaten angewachsen ist. Die Erweiterungen der Jahre 2004 und 2007 war nicht nur in der Anzahl der beitretenden Staaten eine Herausforderung, sondern erforderte zusätzlich eine politisch und wirtschaftlich intensive Beitrittsvorbereitung. Hinzu

⁷⁴ Vgl. Stahl, Bernhard / Harnisch, Sebastian (2009): Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008, S.15.

⁷⁵ Kurbogaj-Ajeti, Resmije / Ajeti, Faruk (2012): Die Rolle der EU-Außenpolitik im Kosovo (1989 – 2008), S.100.

kommt, dass die EU sich selbst auf den Beitritt dieser Staaten vorbereiten musste, wodurch der Beitrittsprozess der Kandidatenländer in ihrem Übergangs- und Reformprozess besonders intensiv unterstützt werden musste.⁷⁶

Rückblickend betrachtet ist es der EU jedoch gelungen für Sicherheit und Stabilität in Europa zu sorgen, in dem sie die einstige „Trennung Europas“ durch politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit überwinden konnte und Nachbarn auf dem Weg zur Mitgliedschaft unterstützte. Die europäischen und globalen politischen Umwälzungen des internationalen Systems forderten allerdings eine stetige Neugestaltung der Außenbeziehungen, Friedens- und Sicherheitskonzepte der EU. Diese historisch langwierige Entwicklung der EU-Außenpolitik ist somit ein Produkt von inneren Reformprozessen, geprägt von regionalen wie globalen politischen Veränderungen. Seit über fünfzig Jahren wird in Europa der Versuch eines gemeinsamen Handelns auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik unternommen.⁷⁷ Besonders Krisen und Bürgerkriege auf dem Balkan haben gezeigt, dass Frieden im Rahmen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gelingen muss, da von der EU aufgrund der vielen regionalen Krisenherde die Übernahme weltpolitischer Verantwortung erwartet wird.⁷⁸

Die Phase der Nachkriegszeit war von der Debatte um die Vision einer Europäischen Außenpolitik zwischen den Supermächten USA und UdSSR geprägt. Schon während des Zweiten Weltkrieges und besonders nach dem Krieg gab es zahlreiche Ideen, die Kompetenzen der Nationalstaaten in Europa einzuschränken, um ihre Rolle ein wenig zu relativieren und darauffolgend eine gemeinsame europäische Außenpolitik zu schaffen.⁷⁹ Dabei führte in der Endphase des Zweiten Weltkrieges besonders die Frage nach dem zukünftigen politischen und militärischen Einfluss in Mittel- und Osteuropa zu Spannungen zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion. In dieser Phase waren einige europäische Protagonisten davon überzeugt, dass sich über die Bildung einer integrierten Wirtschaftsunion auch politische Mechanismen einer gemeinschaftlichen Außenpolitik erreichen ließen. Europa sollte in der Nachkriegsphase zusammenwachsen und nicht zum Stützpunkt der Supermächte werden, sondern vielmehr eine Vermittlerrolle zwischen Ost und West einnehmen oder zumindest ein eigenes Gewicht gegenüber den Supermächten USA und der Sowjetunion darstellen. Die Phase des Korea-Krieges und die Einflussausdehnung der USA in Westeuropa weiteten zwar die Vorstellungen

⁷⁶ Vgl. Der Prozess bis zum Beitritt eines neuen Mitgliedstaates, Website der Europäischen Union, 28.02.2007.

⁷⁷ Vgl. EU-Informationen Deutschland, EU-Info Deutschland.

⁷⁸ Vgl. Katsioulis, Christos (2008): Europäische Außenpolitik auf dem Prüfstand, Auf halber Strecke zum globalen Akteur?, Friedrich Ebert Stiftung, S.2.

⁷⁹ Vgl. Schwarz, Siegfried (2004): Zur Geschichte einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik, S.51.

einer westeuropäischen Integration aus, das Ziel von Europa als „Dritte Kraft“ und Gegengewicht zur USA und der Sowjetunion stießen jedoch immer mehr in den Hintergrund.⁸⁰

Erst der vom französischen Ministerpräsidenten René Pleven erarbeitete „Pleven Plan“ zur Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) sollte eine europäische Armee unter einem einheitlichen Oberbefehl bilden.⁸¹ Diese Entwicklung veranlassten die westlichen Alliierten zu neuen Überlegungen wie etwa einer Nutzung des militärischen Potenzials ihrer Besatzungsgebiete in Deutschland, wodurch auch die Idee einer europäischen Armee unter einer gemeinsamen Kontrolle der europäischen Staaten und parallel dazu die Wiederbewaffnung Deutschlands wieder ein Thema wurde.⁸² Für die Bundesregierung kamen dabei zwei Möglichkeiten eines westdeutschen Verteidigungsbeitrags in Frage: Entweder im Rahmen des Nordatlantikpaktes oder innerhalb einer zu bildenden europäischen Armee. Frankreich, das Deutschland die Gleichberechtigung verweigerte, versuchte die Bundesrepublik aus dem Atlantikpakt herauszuhalten, um eine Aufstellung nationaler deutscher Streitkräfte zu verhindern.

Bei der „Konferenz für die Organisation einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ in Paris im Jahr 1951 wurden die französischen Absichten immer deutlicher. So sollten westdeutsche Streitkräfte in einer EVG eingegliedert werden in der überwiegend französische Kräfte einem französischen Kommando unterstehen. Die französische Politik stand der westdeutschen Aufrüstung sehr misstrauisch gegenüber.⁸³ Man befürchtete, dass die Bundesregierung innerhalb einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft die beherrschende Stellung einnehmen könnte.⁸⁴ In den USA, die ebenfalls eine europäische Armee mit deutschem Verteidigungsbeitrag befürwortete, setzte sich die Vorstellung einer europäischen Verteidigungsstreitmacht unter der Führung der NATO durch. Um diesem Risiko einer NATO-Lösung zu entgehen, gab Frankreich dem Drängen Deutschlands nach und veranlasste eine uneingeschränkte Gleichberechtigung, wodurch die europäische Lösung eines deutschen Verteidigungsbeitrages skizziert wurde. Der am 26. und 27. Mai 1952 unterzeichnete Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, sah eine langfristige Perspektive einer europäischen Verschmelzung Europas zu einer politischen Union vor.

⁸⁰ Vgl. Schwarz, Siegfried (2004): Zur Geschichte einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik, S.52.

⁸¹ Vgl. Gaedtke, Jens-Christian (2009): Europäische Außenpolitik, S.27.

⁸² Vgl. NATO oder EVG, Aspekte der Tätigkeit der Bundesregierung im Jahre 1952.

⁸³ Vgl. Schwarz, Siegfried (2004): Zur Geschichte einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik, S.53-54.

⁸⁴ Vgl. Schwarz, Siegfried (2004): Zur Geschichte einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik, S.51-54.

Doch in Frankreich kam ein Jahr später eine EVG-skeptische Regierung an die Macht wodurch die Nationalversammlung die Ratifizierung des EVG-Vertrags im Jahr 1954 verhinderte.⁸⁵ Die Pläne und die Vision einer europäischen Armee scheiterten, wodurch sich die Staaten auf wirtschaftliche Aspekte der Integration konzentrierten, in dem die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg und Niederlande die Römischen Verträge über die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) unterzeichneten.⁸⁶ Dennoch wurden die Versuche der Weiterentwicklung einer europäischen Integration fortgeführt.⁸⁷

Mit den sogenannten Fouchet-Plänen wurden während der 60er Jahre Versuche gestartet, Rahmenbedingungen für eine Kooperation zwischen den EWG-Staaten zu schaffen. Unter dem Vorsitz des damaligen französischen Botschafters Christian Fouchet sollte diesbezüglich eine Kommission entstehen, die ein europäisches Statut entwerfen sollte. Demzufolge brachte Fouchet einen Vertragsentwurf ein (den sogenannten Fouchet-Plan I) der zwar zwischenstaatlich geprägt war, aber für eine weitere Entwicklung supranationaler Strukturen offen blieb.⁸⁸ Dieses Projekt einer Europäischen Politischen Union scheiterte jedoch, da kein Kompromiss gefunden werden konnte und auch keine Kommission mit dieser Aufgabe beauftragt wurde.⁸⁹

In den siebziger Jahren wurden die EG-Staaten immer stärker von internationalen Konflikten herausgefordert, womit der Drang einer außenpolitischen Abstimmung unter den Mitgliedsstaaten immer größer wurde. In den frühen siebziger Jahren fand im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit im Bereich des außenpolitischen Handelns ein koordinierter Austausch unter den Mitgliedsstaaten statt. Eine Politik der jahrelangen Passivität wandelte sich zu einer Koordinierten und Abgestimmten Politik. Durch diese außervertragliche und zwischenstaatliche Zusammenarbeit in welcher die Staaten nicht auf ihre Souveränitätsansprüche verzichten mussten, entstand der Mechanismus der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ). Die angestrebte Zusammenarbeit die zur EPZ führte, basierte auf der Grundlage des Luxemburger Berichts, des Davignon-Berichts (1970), des Kopenhagener-Berichts sowie des Londoner-Berichts. Ab diesem Zeitpunkt verfügten die Mitgliedsstaaten auf internationaler Ebene über ein gemeinschaftliches und bis zu einem

⁸⁵ Vgl. Kurbogaj-Ajeti, Resmije / Ajeti, Faruk (2012): Die Rolle der EU-Außenpolitik im Kosovo (1989 – 2008), S.35.

⁸⁶ Vgl. Schwarz, Siegfried (2004): Zur Geschichte einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik, S.54.

⁸⁷ Vgl. Ucar, Karl / Gschiegl, Stefan (2010): Das politische System Österreichs und die EU, S.191.

⁸⁸ Vgl. Gaedtker, Jens-Christian (2009): Europäische Außenpolitik, S.28.

⁸⁹ Vgl. Fouchet-Pläne, EUABC.com.

gewissen Maß auch abgestimmtes Auftreten.⁹⁰ Dadurch wurde die Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte innerhalb der EG-Staaten ermöglicht.⁹¹ Diese Abkommen beschlossen die Entstehung der Institutionen die zur Abstimmung der außenpolitischen Handlungen benötigt wurden. Die Koordination selbst basierte im Grunde auf einem informellen Austausch über außenpolitische Entscheidungen. Diese neue Art der Konsultation zwischen den europäischen Staaten betrafen außenpolitische Bereiche wie die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten und den Euro-Arabischen Dialog, die Spannungen und Konflikte im Mittelmeerraum, die Beziehungen zu den USA, die Entwicklungen im Süden Afrikas und die Vereinten Nationen.⁹²

In den achtziger und frühen neunziger Jahren versuchten die Staaten der EG anhand der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) eine Erweiterung und Festigung der EPZ Strukturen zu erwirken. Die 1987 in Kraft getretene EEA stellte die EPZ auf eine völkerrechtliche Grundlage.⁹³ Der Vertrag von Maastricht (1992) erweiterte die EPZ im späteren Verlauf zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), wodurch die GASP um eine sicherheits- und verteidigungspolitische Dimension der koordinierten Außenpolitik erweitert und erst durch den Vertrag von Maastricht in das europäische Vertragswerk aufgenommen wurde.⁹⁴ Innerhalb der Mitgliedsstaaten war man sich nun mittlerweile länger bewusst, dass sich eine politische Union nicht ausschließlich auf eine Integration des Wirtschafts- und Währungsraumes stützen kann, womit die Weiterentwicklung einer gemeinsamen Handlungsfähigkeit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen vorangetrieben wurde.⁹⁵ Die Ambitionen zur Verwirklichung einer Europäischen Union wurden daher besonders durch den Vertrag von Maastricht auf eine neue Ebene befördert. In das Vertragswerk wurden drei Säulen aufgenommen. Die „erste Säule“ der EG und ihrer „Wirtschaftsgemeinschaft“ wurde um eine „zweite Säule“ zur Gemeinsamen Außenpolitik und Sicherheitspolitik und eine „dritte Säule“ für den Bereich der Justiz und Inneres erweitert. Die Instrumente der GASP befanden sich zu diesem Zeitpunkt noch in der Formulierung von „gemeinsamen Standpunkten“ und „gemeinsamen Aktionen“.

⁹⁰ Vgl. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), Website der Deutschen Bundesregierung.

⁹¹ Vgl. Gaedtke, Jens-Christian (2009): Europäische Außenpolitik, S.31-32.

⁹² Vgl. Schwarz, Siegfried (2004): Zur Geschichte einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik, S.55.

⁹³ Vgl. Mayer, Sebastian (2004): Die EU als weltpolitischer Akteur. Anmerkungen zum Forschungsstand, S.65.

⁹⁴ Schwarz, Siegfried (2004): Zur Geschichte einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik, S.60.

⁹⁵ Vgl. Die Entwicklung der GASP, Auswärtiges Amt, 02.02.2012.

Mit dem Vertrag von Amsterdam der 1999 in Kraft getreten ist, fügte man der „zweiten Säule“ zusätzlich noch eine sicherheits- und verteidigungspolitische Dimension hinzu. Die bereits vom Ministerrat der Westeuropäischen Union im Jahr 1992 festgelegten Verteidigungskomponenten (Petersberg-Aufgaben) wurden nun dem EU-Vertrag beigelegt und umfassten humanitäre Aufgaben, Rettungseinsätze, Friedenserhaltende Aufgaben und Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen.⁹⁶ Eine wichtige Entscheidung des Vertrags von Amsterdam zur stärkeren Effizienz und besseren Auswirkung der EU-Außenpolitik war die Ernennung einer Hohen Vertreterin für die GASP.⁹⁷ Zu den Aufgaben des Hohen Vertreters zählten unter anderem die Vertretung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU und die Unterstützung der jeweiligen Ratspräsidentschaft der EU in ihren Kontakten zu Drittstaaten.

Mit dem Vertrag von Nizza, der im Jahr 2001 in Kraft getreten ist, erweiterte die EU ihre sicherheits- und verteidigungspolitischen Instrumente, womit die GASP ihre Ziele klar definierte: Die Wahrung der gemeinsamen Werte, der grundlegenden Interessen, der Unabhängigkeit und der Unversehrtheit der Union, die Stärkung der Sicherheit der Union und ihrer Mitgliedstaaten, die Wahrung des Friedens und Stärkung der internationalen Sicherheit im Einklang mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, die Förderung der internationalen Zusammenarbeit, die Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Dieser Vertrag schuf die Voraussetzungen um die Petersberg-Aufgaben selbst übernehmen zu können womit diese auf die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union (ESVP) übertragen wurden.⁹⁸

Während der Jugoslawienkriege musste die EG/EU feststellen, dass die Instrumente unzureichend und ihre Handlungsfähigkeit eingeschränkt vorhanden waren. Angesichts der Schwierigkeiten im Umgang mit der Jugoslawienkrise insbesondere im Kosovo-Konflikt, wurde der EU ihre Schwäche in der Handhabung solcher Konflikte vor Augen geführt. Dies führte schlussendlich auch zur Entstehung der "Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik" (ESVP). Diese wurde in den Vertrag von Nizza im Jahr 2001 aufgenommen und später im Vertrag von Lissabon zur "Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik" (GSVP) geändert.⁹⁹ Innerhalb kürzester Zeit hat die EU begonnen

⁹⁶ Vgl. Petersberger Aufgaben, Offizielle Website der Europäischen Union.

⁹⁷ Vgl. Gaedtke, Jens-Christian (2009): Europäische Außenpolitik, S.34.

⁹⁸ Vgl. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), Website der Deutschen Bundesregierung.

⁹⁹ Vgl. Gaedtke, Jens-Christian (2009): Europäische Außenpolitik, S.35-36.

Strukturen und Verfahren für autonome Krisenmanagementaktionen vorzubereiten, um zivile Missionen als auch militärische Operationen durchführen zu können. Die Verwandlung von der ESVP zur GSVP hatte den Zweck, dass die EU die Positionen der neutralen EU-Mitgliedsstaaten berücksichtigen musste, wodurch das neue Instrument der "Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit" (SSZ) einzelnen Mitgliedern der Union die Möglichkeit gegeben hat, Integrationsschritte bei der Entwicklung militärischer Fähigkeiten zu gehen, ohne dass sich alle Mitgliedsstaaten beteiligen müssen. Auf diese Weise konnte auch der neutrale Status von Staaten wie Österreich gewahrt werden. Mithilfe der unterschiedlichen zivilen, polizeilichen und militärischen Instrumente verfügte die EU über einen Rahmen wonach die GSVP die gesamte Bandbreite der Aufgaben von Krisenprävention, Krisenbewältigung und Krisennachsorge abdecken konnte.¹⁰⁰

Diese Schritte sollten der EU die Kompetenzen verleihen, die in der Phase des Jugoslawienkrieges notwendig gewesen waren um eine Krisenprävention bzw. Krisenbewältigung zu ermöglichen. Die sicherheits- und verteidigungspolitischen Aufgaben wurden nun in eine selbstständige Politik umgesetzt wodurch sich die EU mit Kompetenzen des Krisenmanagements ausgerüstet hat. Mit dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK), dem Militärausschuss der EU (EUMC), dem Militärstab der EU (EUMS), der Politisch-Militärischen Gruppe (PMG) und dem Ausschuss für die zivilen Aspekte des Krisenmanagements (CIVCOM) hat die EU auch die nötigen Instrumente gegründet um Aufgaben rund um den zivilen und militärischen Krisenmanagement wahrnehmen zu können.

Der 11. September 2001 und die Zerwürfnisse der Europäischen Union über das Verhalten zum geplanten Krieg im Irak wurden zu einem regelrechten Belastungstest für die EU-Staaten und die GASP. Der EU wurde einmal mehr bewusst, dass die Ausrichtung der GASP eine gemeinsame Strategie als Grundlage benötigte. Im Zuge dessen, beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) die im Jahr 2003 verabschiedet wurde. Unter den genannten Hauptbedrohungen der ESS zählen unter anderem der Terrorismus in Europa, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, gescheiterte Staaten und die organisierte Kriminalität wodurch sie zudem auch die Stabilität und eine gute Staatsführung in der direkten Nachbarschaft der EU fordert.¹⁰¹ Mit dem Vertrag von Nizza wurden auch qualifizierte Mehrheitsentscheidungen in der GASP eingeführt,

¹⁰⁰ Vgl. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), Auswärtiges Amt, 15.11.2012.

¹⁰¹ Vgl. Algieri, Franco (2004): Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, S.420–440.

welche jedoch nur in bestimmten Bereichen gelten oder wenn zuvor ein Einstimmigkeitsprinzip beschlossen wurde.

Mit dem Vertrag von Lissabon versuchte die EU erneut ihre Rolle auf internationaler Ebene zu stärken. Der am 1. Dezember 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon hat dazu geführt, dass der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) geschaffen wurde.¹⁰² Dieser unterstützt die Hohe Vertreterin für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), Federica Mogherini bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, werden die Organisation und die Arbeitsweise der EAD durch einen Beschluss des Rates festgelegt. Die Arbeit der EAD erfolgt in Zusammenarbeit mit den diplomatischen Diensten der Mitgliedstaaten wobei dies auch Beamte aus den Abteilungen des Generalsekretariats des Rates, der Kommission sowie mit dem Personal der nationalen diplomatischen Dienste umfasst. Eine große Neuerung war, dass die Position des Hohen Vertreters von den Strukturen des Ratssekretariates getrennt wurde und mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) eine neue eigene Grundlage erhalten hat. Die GASP und der Außenhandel der Kommission wurden unter einer koordinierenden Person mit dem Ziel der Stärkung der Kohärenz des EU-Außenhandelns vereint. Einer der wichtigsten Bestandteile des Vertrags von Lissabon betraf die Stärkung der Handlungsfähigkeit und die Kohärenz der EU im Bereich ihrer Außenpolitik, wodurch sie dadurch in der Lage sein sollte mit einer Stimme zu sprechen.¹⁰³

Hinter der Idee der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union steht die Vorstellung, wonach die EU-Mitgliedstaaten nur gemeinsam ein ernstzunehmender Akteur sind. Je größer die Kohärenz umso größer die Handlungsfähigkeit der EU.¹⁰⁴ Aufgrund der wirtschaftlichen Größe wird die EU als „globaler Player“ wahrgenommen. Doch die EU möchte international nicht als „rein wirtschaftlicher big player“ wahrgenommen werden, weswegen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik von großer Bedeutung für die EU ist, sofern sie ihren wirtschaftlichen Einfluss auch auf politischer Ebene umsetzen will.¹⁰⁵ Die Position der Hohen Vertreterin erhält durch die neuen Änderungen der EU eine außenpolitisch starke Position.¹⁰⁶ Diese ist Vorsitzende des Außenministerrats und zugleich Außenkommissarin und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission.¹⁰⁷ Sie vertritt

¹⁰² Vgl. Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD), EurActiv, 06.09.2010.

¹⁰³ Vgl. Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD), Auswärtiges Amt, 08.12.2014.

¹⁰⁴ Vgl. Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Offizielle Website der Europäischen Union.

¹⁰⁵ Vgl. Ziele und Charakteristika der GASP, Auswärtiges Amt, 02.02.2012.

¹⁰⁶ Vgl. Die Entwicklung der GASP, Auswärtiges Amt, 02.02.2012.

¹⁰⁷ Vgl. Geschichte der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, Website Bundesministerium der Verteidigung, 03.12.13.

damit nicht nur die EU im Bereich der GASP, sondern hat zusätzlich den Vorsitz im Rat für Außenbeziehungen (RfAB) und führt einen politischen Dialog mit Dritten. Hinzu kommt, dass die HV die EU bei internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen vertritt. Eine Stütze in der Arbeit der HV bei der Erfüllung ihres Auftrages ist der Europäische Auswärtige Dienst, welcher zugleich mit diplomatischen Diensten der Mitgliedstaaten zusammenarbeitet. Die HV ist neben der GASP und der Kommission auch für andere Bereiche des auswärtigen Handelns zuständig. So muss sie das Europäische Parlament regelmäßig zu den wichtigsten Aspekten und den grundlegenden Weichenstellungen der GASP und der GSVP informieren. Laut EU-Vertrag umfasst die GASP alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik.¹⁰⁸ Dabei verfügt sie über die zivilen und militärischen Mittel und Fähigkeiten der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP).¹⁰⁹ Die Arbeitsbereiche der GASP umfassen dabei einen breiten, unvorhersehbaren internationalen Raum an Krisenprävention, Krisenbewältigung und Konfliktnachsorge, wobei sich ihre Agenda nach aktuellen außenpolitischen Geschehnissen richtet und stets ein langfristiges Engagement vorsieht. Innerhalb der GASP stellen die Mitgliedsstaaten in gewisser Weise die exekutive Gewalt der GASP dar und entscheiden bis auf einige Ausnahmen einstimmig über GASP-Fragen und den Kurs der Außen- und Sicherheitspolitik der Union. Die Kommission verfügt über eine begrenzte Rolle in der GASP, da sie kein Initiativrecht hat und keine wichtigen exekutiven Aufgaben ausübt. Die Kommission und das Europäische Parlament haben jedoch Mitentscheidungsrechte in Bezug auf den Haushalt der GASP und der EAD. Dadurch können sie durch eine Lenkung der finanziellen Mittel ihren begrenzten Einfluss auf die GASP ausüben.¹¹⁰ Die GASP unterliegt keiner geographischen Einschränkung und existiert parallel zur Außenpolitik der einzelnen EU-Mitgliedstaaten, wobei die EU-Staaten nichts tun dürfen, was im Widerspruch zu ihr stehen würde. Ihre Ziele werden in Art. 21 EUV aufgeführt:

- *„Festigung, Förderung und Wahrung der Werte, grundlegenden Interessen, Sicherheit, Unabhängigkeit und Unversehrtheit der Union;*
- *Festigung und Förderung o.g. Werte;*
- *Friedenserhaltung, Konfliktverhütung und Stärkung der internationalen Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris;*

¹⁰⁸ Vgl. Gaedtke, Jens-Christian (2009): Europäische Außenpolitik, S.37-38.

¹⁰⁹ Vgl. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), Auswärtiges Amt, 15.11.2012.

¹¹⁰ Vgl. Die Akteure der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP), Auswärtiges Amt, 01.07.2013.

- *nachhaltige Entwicklung in Bezug auf Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt, und Beseitigung von Armut;*
- *Förderung der Integration aller Länder in die Weltwirtschaft und Abbau von Handelshemmnissen;*
- *Beitrag zu internationalen Maßnahmen, zum Umweltschutz und zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Ressourcen, um eine nachhaltige Entwicklung sicher zu stellen;*
- *Katastrophenhilfe und*
- *Förderung einer Weltordnung basierend auf multilateraler Zusammenarbeit und verantwortungsvoller Weltordnungspolitik.* ¹¹¹

Die Grundlagen und der institutionelle Rahmen für diese politischen Dialoge werden in Abkommen (z.B. Assoziierungs-, Partnerschafts- und Kooperationsabkommen etc.) oder gemeinsamen Erklärungen bzw. Briefwechseln festgelegt. Politischer Dialog wird auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs, der Außenminister und Hoher Beamten geführt. Im Rahmen der GASP hat sich der politische Dialog mit Drittstaaten zu einem wichtigen Instrument der Einflussnahme und Machtausübung entwickelt. Somit kann die EU dafür sorgen, dass sie durch einen Informationsaustausch und einer intensiveren Zusammenarbeit auf das Vorgehen und Verhalten von Dialogpartnern Einfluss nehmen kann. ¹¹²

3 Der Einfluss der EU auf Serbien und Kosovo

3.1 Die EU-Beitrittsperspektive

Es ist vertraglich festgehalten, dass jedes europäische Land die Mitgliedschaft in der EU beantragen kann, sofern es die demokratischen Werte der EU achtet. Das beitrittswillige Land muss dabei die wichtigsten Kriterien erfüllen, sich allen EU Normen und Standards anpassen und die Regeln der EU befolgen, die Zustimmung der EU-Institutionen und Mitgliedsstaaten erlangen und die Einwilligung der eigenen Bevölkerung etwa in Form einer Volksabstimmung einholen. Dabei werden Prüfverfahren verwendet die dafür sorgen, dass diese Staaten in der Lage sind ihre Rolle als Mitglieder der EU in vollem Umfang wahrnehmen zu können. ¹¹³ Die

¹¹¹ Vgl. Ziele und Charakteristika der GASP, Auswärtiges Amt, 02.02.2012.

¹¹² Vgl. Instrumente der GASP, Auswärtiges Amt, 02.06.2014.

¹¹³ Vgl. Voraussetzungen für die Mitgliedschaft, Website der EU-Kommission.

Verhandlungen werden dabei von der Kommission überwacht, wobei die Kommission auch die Fortschritte des Bewerberlandes bei der Anwendung der EU-Gesetze und die Erfüllung der Pflichten miteinbezieht. Die grundlegenden Bedingungen die als allgemeiner Maßstab für eine EU-Annäherung dienen, finden sich in den Beitrittskriterien bzw. in den Kopenhagener Kriterien.¹¹⁴ Der Status eines Bewerberlandes bedeutet nicht, dass dieser Staat der EU automatisch beitreten wird. Die Kommission überprüft den Antrag anhand der Kopenhagener Kriterien und erarbeitet eine Stellungnahme, während der Europäische Rat die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit dem Bewerberland beschließt.¹¹⁵ In den Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates vom 21. und 22. Juni 1993 heißt es wortwörtlich:

*„Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft muss der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben; sie erfordert ferner eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten. Die Mitgliedschaft setzt außerdem voraus, dass die einzelnen Beitrittskandidaten die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen übernehmen und sich auch die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu Eigen machen können. Die Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen, dabei die Stoßkraft der europäischen Integration zu erhalten, stellt ebenfalls einen sowohl für die Union als auch für die Beitrittskandidaten wichtigen Gesichtspunkt.“*¹¹⁶

Die Kopenhagener Kriterien stützen sich dabei auf drei Punkte. Das erste Kriterium behandelt den Bereich der politischen Kriterien. Hierzu muss die institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung gewährleistet werden, sowie die Wahrung der Menschenrechte und die Achtung und den Schutz von Minderheiten.¹¹⁷ Das zweite Kriterium behandelt den wirtschaftlichen Aspekt. Dem Kriterium zufolge muss eine funktionierende Marktwirtschaft aufgebaut werden, die die Fähigkeit besitzt dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften der EU standzuhalten. Das dritte und letzte Kriterium setzt sich mit den administrativen und institutionellen Fähigkeiten auseinander. Das Kriterium bezieht sich dabei auf die Fähigkeit, die Übernahme sowie die effektive Umsetzung der Pflichten welche im Rahmen einer EU-Mitgliedschaft anfallen. Demzufolge muss sich das Bewerberland die Ziele

¹¹⁴ Vgl. Podrimja, Fellanza (2013): Die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien: Eine Analyse am Beispiel des Normalisierungsabkommens, S.12.

¹¹⁵ Vgl. Bewerberländer, Website der EU-Kommission.

¹¹⁶ Europäischer Rat Kopenhagen, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 21.-22.06.1993, S.13.

¹¹⁷ Stein, Frank / Feucht, Michael (2013): Die Ehemalige Jugoslawische Republik Makedonien, Perspektiven des EU-Beitritt, S.1.

der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu Eigen zu machen. Eine Voraussetzung betrifft die Frage, ob die EU überhaupt in der Lage ist, neue Mitgliedsstaaten integrieren zu können. Diese Frage ist eine innenpolitische Angelegenheit der EU und behandelt die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union. Bereits während der Verhandlungen zum Maastrichter Vertrag und spätestens mit der Unterzeichnung des Vertrages zur Gründung der Europäischen Union im Jahr 1992 wurde klar, dass die Umsetzung der grundlegenden Ziele der EU eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik erfordert.

Zwischen 1991 bis 1995 fehlten nicht nur die politische Willenskraft, sondern auch die institutionellen Instrumente um den Bürgerkrieg und die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien zu verhindern. Erst nach der Unterzeichnung des Dayton-Abkommens was vor allem auf den Druck der USA zurück zu führen ist, erkannte die Europäische Union, dass sie in Südosteuropa eine aktivere und effizientere Stabilitäts- und Sicherheitspolitik betreiben muss. Im Jahr 1996 machte die EU ihre ersten Erfahrungen, indem sie sich für den Regionalen Ansatz entschieden hat mit welchem die EU begonnen hatte, bilaterale Zusammenarbeit mit den einzelnen Westbalkanstaaten zu regeln. Zu dieser Zeit erkannte die EU die essentielle Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit mit den Staaten dieser Region als Garant für dauerhafte Stabilität und Sicherheit. In einer weiterentwickelten Phase des Regionalen Ansatzes mussten die Westbalkanstaaten für den EU-Beitritt neben dem Kopenhagener Kriterien auch besondere politische Ziele erfüllen. Die EU forderte demzufolge neben der Einhaltung des Dayton-Abkommen und der Grundsatzvereinbarung von Erdut auch die Festigung der Stabilität in der Region, die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten sowie die Repatriierung der Flüchtlinge und Vertriebenen. Dabei hat besonders der Kosovo-Konflikt sehr stark dazu beigetragen, dass die EU ihre Westbalkan-Politik neu und vor allem dynamischer gestalten wollte.¹¹⁸ Der EU wurde immer klarer, dass wirtschaftliche Kooperationen und Abkommen alleine nicht ausreichen werden, um die Region politisch stabilisieren zu können.¹¹⁹

Im Jahr 2000 wurden im Rahmen der speziell für den Westbalkan angepasste Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP), Kriterien für eine „Europäisierung“ der Westbalkanstaaten erarbeitet. Im März 2000 wurde in der Schlussfolgerung des Rates in Lissabon festgehalten, dass ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit den Staaten des „Westbalkans“ ein

¹¹⁸ Vgl. Sela, Ylber / Shabani, Lirim (2011): The European Union Politics in the Western Balkans, Kosovo Public Policy Center, S 26-28.

¹¹⁹ Vgl. Stahl, Bernhard / Harnisch, Sebastian (2009): Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008, S.279.

wesentlicher Schritt auf dem Weg zu einer vollwertigen Mitgliedschaft betrachtet wird.¹²⁰ Die Geschwindigkeit in der sich ein Land auf dem Annäherungsprozess befindet, sollte dabei von jedem Land selbst beeinflusst werden. Diesbezüglich wurde schon damals das Prinzip der Konditionalität ausdrücklich unterstrichen, wodurch die Erfüllung bestimmter Kriterien die Fähigkeit eines Landes für einen EU-Beitritt bestimmt.¹²¹ Erstmals konnte von einer Vision bzw. einem Mechanismus für die Westbalkanstaaten gesprochen werden, die eine einheitliche Präventionspolitik geboten hat, wodurch die zur Verfügung gestellten Mittel eine gezielte Verwirklichung dieser Politik realisieren sollten.¹²² Da für die Länder des westlichen Balkans zusätzliche Bedingungen für den EU-Beitritt festgelegt worden sind, vollzogen sich die Beziehungen der EU zu den westlichen Balkanländern im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses.¹²³ Dieser Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess zielt dabei auf die politische Stabilisierung der Länder durch die Schaffung von Anreizen um einen raschen Übergang zu einer funktionierenden Marktwirtschaft zu bewirken und eine regionale Kooperation mit guten nachbarschaftlichen Beziehungen zu ermöglichen. Mittels Förderung von Stabilität, Sicherheit und Wohlstand sollte eine Einbindung an die europäischen Strukturen vollzogen werden wodurch das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen für die EU zu einem essentiellen Mechanismus der EU zur Annäherung der Westbalkanstaaten geworden ist. Jedes Land nähert sich durch die Erfüllung seiner Verpflichtungen im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses Schritt für Schritt der EU-Mitgliedschaft. Die Kommission bewertet daraufhin die erzielten Fortschritte anhand von jährlichen Fortschrittsberichten.¹²⁴ Die EU ist dadurch in der Lage den Progress einzelner Staaten aufzuzeichnen womit sowohl die EU als auch die Staaten die der Union beitreten möchten, ihre Fortschritte als auch die Bereiche in denen es noch Engagement gefordert wird, im Blickfeld zu haben. Wird einem Staat die Möglichkeit der EU-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt, wird dieser zu einem potenziellen Kandidatenland, wodurch dieser offiziell den Status „Bewerberland“ erhält. Die Kommission informiert den Rat und das Europäische Parlament

¹²⁰ Vgl. Hajrullahu, Arben (2007): Langfristiger Frieden am Westbalkan durch EU-Integration: Der EU-Integrationsprozess als Chance für die Überwindung des serbisch-kosovarischen Konfliktes, S.176.

¹²¹ Vgl. Dzihic, Vedran (2013): Bilanz und Zukunft des Westbalkans: Ungelöste Grenz- und Minoritätsfragen im Kontext der EU-Beitrittsbemühungen, Eine Bestandsaufnahme anlässlich des Beitritts Kroatiens zur EU, Österreichisches Institut für Internationale Politik, S.3-4.

¹²² Vgl. Nugent, Neill (2013): The EU-Kosovo Relationship in the Context of EU Enlargement Policy, Group for Legal and Political Studies (GLPS), S.16-17.

¹²³ Vgl. Kocjancic, Rudi (2006): Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, S.438-440.

¹²⁴ Vgl. Der Weg zur EU-Mitgliedschaft, Website der EU-Kommission.

während des gesamten Prozesses anhand von regelmäßigen Berichten, Strategiepapieren und Angaben zu Voraussetzungen für weitere Fortschritte.

Dieser koordinierte Prozess hilft den betreffenden Ländern, ihre Fähigkeit zur Übernahme und Umsetzung des EU-Rechts sowie europäischer und internationaler Normen zu erweitern. Im Rahmen dieser Partnerschaft in dem die Beziehungen zwischen der EU und den betroffenen Ländern immer enger wird, bietet die EU Handelszugeständnisse wie etwa den zollfreien Zugang zu den EU-Märkten, Wirtschafts- und Finanzhilfen, die Unterstützung beim Wiederaufbau, der Entwicklung und Stabilisierung sowie das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen.¹²⁵ Diese Maßnahmen sind notwendig, um die Staaten des Balkans an die EU heranzuführen. Serbien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien und Albanien haben mit wirtschaftlichen, politischen und sozialen Problemen zu kämpfen und sind daher besonders anfällig für nationalistische Bewegungen, Korruption, die organisierte Kriminalität sowie Terrorismus oder Radikalismus. Die hohe Arbeitslosigkeit insbesondere unter der jungen Bevölkerung und die berufliche Perspektivlosigkeit zeigt wie wichtig eine EU-Perspektive für die Staaten dieser Region ist.

Beim Europäischen Gipfeltreffen in Thessaloniki vom 19. bis 21 Juni 2003 haben sich die Staaten der Europäischen Union in einem Abschlussdokument unmissverständlich für eine europäische Perspektive für die Staaten des westlichen Balkans geeinigt. In Absatz zwei der sogenannten Agenda von Thessaloniki bekräftigt die EU die Unterstützung der europäischen Ausrichtung der westlichen Balkanstaaten und erläutert unmissverständlich, dass die Zukunft der Staaten in dieser Region in der Europäischen Union liegt. Dieses Gipfeltreffen in Thessaloniki hat dafür gesorgt, dass die EU-Beitrittsperspektive den Staaten des westlichen Balkans zugesichert wurde. Die große Herausforderung, die Integration in europäische Strukturen an deren Ende der Beitritt zur Union geknüpft ist, soll durch die Übernahme europäischer Normen und Standards bewältigt werden.¹²⁶ Bei der Westbalkan-Konferenz im August 2014 in Berlin zu der Außen- und Wirtschaftsminister aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Slowenien eingeladen worden sind, wurde das Versprechen von Thessaloniki vom deutschen Vizekanzler Sigmar Gabriel erneuert, in dem er von der Zukunft des Balkans in Europa sprach.¹²⁷

¹²⁵ Vgl. Podrimja, Fellanza (2013): Die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien: Eine Analyse am Beispiel des Normalisierungsabkommens, S.11-13.

¹²⁶ Vgl. EU Gipfeltreffen Thessaloniki - westliche Balkanstaaten, Website der EU-Kommission, 21.06.2003.

¹²⁷ Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Website der Bundesregierung, 28.08.2014.

Die allgemeinen Rahmenbedingungen der EU-Annäherung und die Entwicklung des „Westbalkans“ haben sich jedoch nicht sonderlich verbessert. Etwa 15 Jahre nach dem Kosovo-Krieg, bleiben weiterhin Fragen im Bereich der Territorial- und Souveränitätsfragen offen. Die wirtschaftliche und sozialökonomische Lage hat sich besonders durch die Finanzkrise innerhalb der EU deutlich verschlechtert. Während der Wirtschaftsaufschwung zwischen 2000 und 2008 durch direkte Unterstützungen der EU und der internationalen Gemeinschaft durch massive ausländische Direktinvestitionen positiv beeinflusst wurde, kämpfen die Staaten nun mit einem Verlust von Direktinvestitionen und einem geringeren Wirtschaftswachstums und negativen Wirtschaftsbilanzen. Die letzten Jahre waren von steigenden Arbeitslosenquoten geprägt, einer Belastung des öffentlichen Budgets, einer wachsenden Anzahl von armutsgefährdenden Menschen, sowie der Schwierigkeit eine stabile wirtschaftliche Entwicklung aufrechtzuerhalten. Politiker stehen demgegenüber unter einem besonderen Druck in dem sie sich zwischen der Aufrechterhaltung der Unterstützung der Bürger und Sparmaßnahmen entscheiden müssen, wodurch die Flucht aus dieser Zwangslage nicht selten über Populismus und Nationalismus der politischen Parteien erfolgt.¹²⁸

3.2 Die finanzielle Unterstützung der EU

Ein wichtiger Bestandteil der Erweiterungspolitik der EU umfasst den Bereich der finanziellen Unterstützung. Das Ziel der EU-Erweiterungspolitik basiert auf Artikel 49 des Vertrags über die Europäische Union und stellt allen europäischen Staaten eine EU-Mitgliedschaft in Aussicht, wenn sie bereit sind die Grundwerte der EU achten und sich für deren Förderung einsetzen. Dabei werden die politischen Ziele der Kommission auf dem Gebiet der Erweiterung durch das Instrument für Heranführungshilfe (IPA) unterstützt. Dieses Instrument versucht die Staaten mithilfe finanzieller und technischer Unterstützung zu Reformen und der Anpassung an die Normen der Union zu führen, wodurch sie einen Kapazitätsaufbau fördert und versucht, Fortschritte in der Entwicklungen der Region zu erzielen.¹²⁹ Diesbezüglich wurden die Heranführungs- und Strukturfonds im Jahr 2007 politisch reformiert.

Eine der sichtbarsten und bedeutendsten Veränderungen war die Entstehung des IPA und die Ablöse vieler Programme und Finanzinstrumente der EU wie zum Beispiel PHARE, PHARE

¹²⁸ Vgl. Džihic, Vedran (2013): Bilanz und Zukunft des Westbalkans: Ungelöste Grenz- und Minoritätsfragen im Kontext der EU-Beitrittsbemühungen, Eine Bestandsaufnahme anlässlich des Beitritts Kroatiens zur EU, Österreichisches Institut für Internationale Politik, S.6-7.

¹²⁹ Jahresbericht 2013 über die finanzielle Unterstützung des Erweiterungsprozesses, Website der EU-Kommission, 30.9.2014, S.1.

CBC, ISPA, SAPARD, CARDS oder das Finanzinstrument für die Türkei.¹³⁰ Das IPA wurde gegründet um sich den Bedürfnissen der Staaten anzupassen, die im Rahmen der Beitrittsvorbereitungen Anspruch auf finanzielle Heranführungshilfe haben. Zu den Zielen des IPA gehörten unter anderem die Unterstützung der Institutionen und Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und Grundfreiheiten, der Minderheitenrechte, der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Nichtdiskriminierung, der administrativen und wirtschaftlichen Reformen, der wirtschaftlichen und soziale Entwicklung, der Aussöhnung und dem Wiederaufbau sowie die Unterstützung für eine regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit.¹³¹ Die Finanzhilfe des IPA I baute auf fünf Grundpfeiler (Komponenten) auf. Dazu gehörten:

- *„Die Übergangshilfe und der Aufbau von Institutionen,*
- *Die Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit EU Mitgliedstaaten und anderen im Rahmen von IPA förderfähigen Ländern,*
- *Eine Regionale Entwicklung (Verkehr, Umweltinfrastruktur, Wettbewerbsfähigkeit, Reduzierung der regionalen Unterschiede)*
- *Die Entwicklung von Humanressourcen.“*¹³²

Die ersten beiden Komponenten (Hilfe beim Übergang und Aufbau von Institutionen und Grenzübergreifende Zusammenarbeit) stehen allen begünstigten Staaten offen, wohingegen die letzten drei Komponenten (Regionale Entwicklung, Entwicklung der Humanressourcen, Entwicklung des ländlichen Raums) nur den Bewerberländern offen stehen. Dadurch sollen Struktur-, Kohäsions- und Agrarfonds als Vorbereitungsmaßnahmen zur Verwaltung solcher Fonds nach einem Beitritt dienen, wodurch den Ländern ein Musterentwurf für eine spätere erfolgreiche Beteiligung an der Kohäsionspolitik der EU ermöglicht wird.¹³³ Das IPA stützt sich auf einer langjährigen strategischen Planung welche sich auf die Grundlagen des Erweiterungspaketes der Kommission zurückführen lässt in dem auch der Mehrjährige Indikative Finanzrahmen (MIF) miteinbezogen ist. Die strategische Planung umfasst Indikative Mehrjahresplanungsdokumente, deren Bezugsrahmen der MIF bildet, welche für jedes Empfängerland ausgearbeitet und die wichtigsten Interventionsbereiche in diesen Ländern

¹³⁰ Vgl. Sela, Ylber / Shabani, Lirim (2011): The European Union Politics in the Western Balkans, Kosovo Public Policy Center, S.30-32.

¹³¹ Vgl. Lochbihler, Barbara (2009): Die Förderprogramme der Europäischen Union 2007-2013, The Greens, S.59.

¹³² Jahresbericht 2013 über die finanzielle Unterstützung des Erweiterungsprozesses, Website der EU-Kommission, 30.9.2014, S.2.

¹³³ Instrument für Heranführungshilfe (IPA), Die Fonds, Website der EU-Kommission.

abdecken. Maßnahmen vor Ort lassen sich im Rahmen von Jahres- oder Mehrjahresprogrammen finden die von der Kommission angenommen werden und sich auf Planungsdokumente stützen. Die Unterstützung des IPA kann folgende Formen annehmen:

- *„Investitionen, öffentliche Aufträge oder Finanzhilfen;*
- *Verwaltungszusammenarbeit mit Entsendung von Sachverständigen aus den Mitgliedstaaten;*
- *Teilnahme an Programmen oder Gemeinschaftseinrichtungen;*
- *Unterstützungsmaßnahmen für den Durchführungsprozess und die Verwaltung der Programme;*
- *Budgethilfe (in Ausnahmefällen und unter Überwachung).“*¹³⁴

Bereits im September 2004 hat die EU-Kommission zugesagt, die Reformanstrengungen der Westbalkan Staaten mit 11 Milliarden Euro (IPA I) zu unterstützen. Diese Unterstützung sollte eine direkte Auswirkung auf die Bürger haben, für Unterstützung bei angehenden Reformen sorgen und den Weg zum EU-Beitritt forcieren. Im Zeitraum von 2007 bis 2013 betrug das Finanzierungsvolumen des IPA für den Westbalkan etwa 11.5 Milliarden Euro, allein im Jahr 2013 etwa 1.28 Milliarden Euro.¹³⁵

Seit 2014 ist das Nachfolgeinstrument des IPA, das IPA II gestartet welches auf bisherigen Ergebnissen aufbauen wird und bis 2020 laufen soll. In diesem Zeitraum stehen dem IPA II etwa 11.7 Milliarden Euro zur Verfügung. Momentan erhalten neben Serbien und Kosovo auch Albanien, Bosnien und Herzegowina, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und die Türkei Unterstützung durch das IPA. Das IPA II, welche einen neuen Rahmen für die Heranführungshilfe schafft, enthält eine neue strategische Ausrichtung wonach für jeden Empfänger ein spezifisches Planungsdokument („Länderstrategiepapier“) ausgearbeitet wird. Diese Länderstrategiepapiere die sich auf einen Zeitraum von 7 Jahren belaufen wird, fördern eine stärkere Übernahme der Eigenverantwortung der Empfängerstaaten.¹³⁶ Ein zusätzliches Mehrländerstrategiepapier konzentriert sich parallel auf die Prioritäten für die regionale Zusammenarbeit.

¹³⁴ Instrument für Heranführungshilfe (IPA), Zusammenfassungen der EU-Gesetzgebung, Website der Europäischen Union.

¹³⁵ Vgl. EU budget 2013 Financial Report, Also covering Multiannual Financial Framework 2007–13, Publications Office of the European Union, S.107.

¹³⁶ Vgl. Hoogenboom, Jitske (2011): The EU as a peacebuilder in Kosovo, Civil Society Dialogue Network, S.4.

Das IPA II soll Reformen im Bereich der Demokratie und verantwortungsvolle Staatsführung, Rechtsstaatlichkeit, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit voranbringen und ermöglicht zudem eine systematischere Verwendung sektorspezifischer Budgethilfen. Es ermöglicht eine stärker zielgerichtete Hilfe, die sich durch Effizienz, Nachhaltigkeit und Ergebnisorientierung charakterisieren soll. Mehr Gewicht erhält außerdem die Leistungskontrolle: Anhand der mit den Empfängern vereinbarten Indikatoren wird sich nun leichter feststellen lassen, inwieweit die erwarteten Ergebnisse tatsächlich umgesetzt werden, da die Durchführung des IPA II ein umfassendes Überwachungssystem über die Fortschritte vorsieht.¹³⁷

Die Umsetzung bleibt weiterhin durch gemeinsame Monitoringausschüsse überwacht, die direkte Mittelverwaltung erfolgt allerdings direkt durch die Kommission als zuständige nationale Behörde zur Verwaltung der Finanzmittel, während die indirekte Mittelverwaltung eine Übertragung der Haushaltsausführung an Einrichtungen vorsieht, die von der Kommission beauftragt werden. Somit überträgt sie die Verwaltung bestimmter Maßnahmen auf externe Einrichtungen, verfügt aber weiterhin über die Verantwortung für den allgemeinen Haushaltsvollzug.¹³⁸ Der Zugang zu finanziellen Mittel der IPA Komponente hängt dabei sehr stark von Fortschritten im Annäherungsprozess ab. Im Rahmen des IPA-II betragen die Finanzhilfen für Serbien im Jahr 2015 201,4 Millionen Euro. Serbien hat als Beitrittskandidat Zugang zu allen fünf Komponenten des IPA. Die Schwerpunkte der EU-Unterstützung beziehen sich in Serbien auf die Bereiche der Justiz und Inneres. Hierbei rückt die Schaffung eines leistungsfähigen Justizwesens den Blick auf die Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption. Weitere Schwerpunktbereiche betreffen die Reform der öffentlichen Verwaltung und zwar sowohl auf lokaler als auch auf zentraler Ebene, die Soziale Entwicklung und die soziale Integration, die Förderung von Beschäftigten und Menschenrechten wie auch die Entwicklung von Humanressourcen.¹³⁹ Der letzte Schwerpunkt betrifft den Bereich der Umwelt und Energie bzw. den Naturschutz, die Wasser- und Luftqualität, die Abfallbewirtschaftung, den Klimaschutz, erneuerbare Energien, und die Energieeffizienz, und Versorgungssicherheit.¹⁴⁰ Wie man in Abbildung 2 erkennen kann, belaufen sich die Mittelzuweisungen des IPA-II für Serbien von 2014 bis 2020 auf insgesamt 1,5 Mrd. Euro.

¹³⁷ Instrument für Heranführungshilfe, Website der EU-Kommission.

¹³⁸ Schritt für Schritt, Planung und Programmierung von IPA-II, Website Europäische Kommission.

¹³⁹ Instrument for Pre-Accession Assistance (IPA II), Indicative Strategy Paper for Serbia (2014-2020), EU-Kommission, S.40.

¹⁴⁰ Finanzhilfe für Serbien, Website der EU-Kommission.

Für Kosovo beträgt die Finanzhilfe für das Jahr 2015 etwa 85,9 Millionen Euro. Kosovo hat als potenzielles Bewerberland Zugang zu Komponente I und II. Die Schwerpunkte der EU-Unterstützung in Kosovo werden von dem EU-Büro in Kosovo verwaltet und betreffen die Bereiche der Rechtsstaatlichkeit, Justiz und Inneres, die Entwicklung des privaten Sektors, die Reform der öffentlichen Verwaltung und die Landwirtschaft und ländliche Entwicklung.¹⁴¹ Die Mittelzuweisungen zwischen 2014 und 2020 belaufen sich auf insgesamt 645,5 Mio. Euro.¹⁴² Anhand des IPA II zeigt sich, dass die Fortschritte in Bezug auf die Mittelzuweisung der EU von den Staaten selbst beeinflusst und teils auch verwaltet werden können.¹⁴³ Wie im nächsten Hauptkapitel zu sehen sein wird, handelt es sich hierbei um eine finanzielle Unterstützung, auf die beide Staaten sehr stark angewiesen sind.

IPA II-Mittelzuweisungen (2014-2020) in Mio. EUR zu jeweiligen Preisen

Abbildung 2

Land	2014	2015	2016	2017	2018 - 2020	Insgesamt
Albanien	83,7	86,9	89,7	92,9	296,3	649,5
ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	85,7	88,9	91,6	94,9	303,1	664,2
das Kosovo	83,8	85,9	88,7	91,9	295,2	645,5
Montenegro	39,6	35,6	37,4	39,5	118,4	270,5
Serbien	195,1	201,4	207,9	215,4	688,2	1 508,0
Türkei	620,4	626,4	630,7	636,4	1 940,0	4 453,9
Länderübergreifend*	348,0	365,0	390,0	410,4	1 445,3	2 958,7

Europäische Kommission (2014): 11 Mrd. Euro zur Unterstützung der Reformanstrengungen in Südosteuropa, Pressemitteilung,

3.3 Kosovos Unabhängigkeit und die Uneinigkeit der EU Staaten

Als Kosovo seine Unabhängigkeit proklamierte, geschah dies in Absprache mit vielen Staaten Europas und den USA. Im ersten Jahr wurde Kosovo von rund fünfzig Staaten der Welt anerkannt, mittlerweile von etwa 110 Staaten. Und obwohl bislang 23 von 28 EU Staaten die Unabhängigkeit Kosovos anerkannt haben, lehnen fünf EU-Staaten die Anerkennung Kosovos ab. Zu diesen Staaten zählen Spanien, Griechenland, Zypern, Rumänien und die Slowakei.¹⁴⁴ Diese Spaltung machte sich bereits Ende 2007 bemerkbar, als einige Monate bevor Kosovo

¹⁴¹ Instrument for Pre-Accession Assistance (IPA II), Indicative Strategy Paper for Kosovo* (2014-2020), EU-Kommission, S.37-38.

¹⁴² Finanzhilfe für den Kosovo, Website der EU-Kommission.

¹⁴³ Europäische Kommission (2014): 11 Mrd. Euro zur Unterstützung der Reformanstrengungen in Südosteuropa, Pressemitteilung, Brüssel, S.2.

¹⁴⁴ Who Recognized Kosova as an Independent State?, kosovothankyou.com.

seine Unabhängigkeit erklären sollte, Spanien, Rumänien, die Slowakei und Griechenland weitere Verhandlungen zwischen Serbien und Kosovo forderten, während Staaten der Kosovo Troika unter der Führung von Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien nach dem Scheitern der Verhandlungen weitere Verhandlungen für zwecklos erklärten. In dieser Phase schien sich bereits herauszustellen, welche Staaten eine Unabhängigkeit unterstützten und welche sich aufgrund eigener politischer Interessen enthalten würden.¹⁴⁵ Diese EU-Staaten und ihre Gründe für eine Nichtanerkennung sollen nun dargelegt werden.

Spanien

Spanien gehörte innerhalb der EU Staaten bereits vor der Unabhängigkeitserklärung Kosovos zu den größten Gegner der Kosovo-Unabhängigkeit und hat sich dazu entschlossen, die „Abspaltung Kosovos“ nicht anzuerkennen.¹⁴⁶ Spanien hat zwar mittlerweile eine konstruktive Haltung eingenommen wonach es den Annäherungsprozess Kosovos an die EU unterstützt, befürchtet allerdings mit der Anerkennung Kosovos einen Präzedenzfall zu schaffen, der die eigenen nach Unabhängigkeit strebenden Kräfte im Land stärken würde. Spaniens Haltung wurde nicht nur von EU-Mitgliedsstaaten, sondern auch von der NATO als herber Rückschlag betrachtet, insbesondere als die spanischen Regierung den Abzug seiner Soldaten aus dem Kosovo ohne Abstimmung mit der EU und der NATO angekündigt hatte. Spanien wurde auch heftig kritisiert, da es die Hoffnungen auf eine kohärente Außenpolitik der EU zerstört hat.¹⁴⁷

Als Spanien im Jahr 1978 eine neue Verfassung verabschiedete und einen friedlichen Übergang von der Franco-Diktatur zu einem modernen demokratischen Staat in Europa vollzog, wurde die Autonomiefrage bewusst offen gelassen. Katalanen, Basken und Galicier wurden besonders während der Franco Diktatur stark benachteiligt und unterdrückt, weshalb die Zentralregierung den Regionen die Möglichkeit bieten wollte, ihre eigene Identität in Spanien neu zu definieren. Den autonomen Regionen wurde bis zu einem gewissen Grad eine Selbstverwaltung gewährt und in den einzelnen Regionen wurden eigene Flaggen und Embleme zuerkannt. Spanien definiert sich seither als dezentralisierter Einheitsstaat. Die Verfassung stellt in Spanien einen Kompromiss zwischen Vertretern eines föderalen Staatsgebildes und den Anhängern eines Zentralstaates dar.¹⁴⁸ Mit dem Beginn der Demokratie in Spanien begannen die territorialen

¹⁴⁵ Unser Protektorat, Zeit Online, 05.12.2007.

¹⁴⁶ Vgl. Ungelöste Kosovo-Frage spaltet die EU, EurActiv, 07.03.2014.

¹⁴⁷ Vgl. Kurbogaj-Ajeti, Resmije / Ajeti, Faruk (2012): Die Rolle der EU-Außenpolitik im Kosovo (1989 – 2008), S.198-200.

¹⁴⁸ Vgl. Dia de la Constitucion - Tag der Verfassung, Denia-Info.com.

Konflikte welche zu schwierigen politischen und verfassungsrechtlichen Debatten geführt haben.¹⁴⁹

Hinter der schwierigen Debatte rund um den Kosovo-Status sitzt die ungelöste Frage um das Verhältnis des spanischen Zentralstaates zu den Autonomen Regionen und den damit zusammenhängenden Forderungen nach mehr Autonomie und Abspaltung. In Spanien befürchtet die Zentralregierung, dass eine Anerkennung der Kosovo Unabhängigkeit die Autonomiebewegungen und Unabhängigkeitsbestrebungen im eigenen Land bestärken wird. Im Baskenland waren drei Jahrzehnte lang Regierungen an der Macht, die bis in die Gegenwart nach Unabhängigkeit streben.¹⁵⁰ Erst nach 43 Jahren einer gewaltsamen Strategie, etwa 4000 Terroranschlägen und der Tötung von 800 Menschen erklärte die baskische Separatistengruppe ETA im Jahr 2011 ihre bewaffneten Aktivitäten für beendet womit der Weg zu einer politischen Einigung gefunden werden soll.¹⁵¹ Im Juli 2014 gingen mehr als 100.000 Basken auf die Straße um mit einer 123 Kilometer langen Menschenkette auf friedliche Weise für die Unabhängigkeit des Baskenlandes zu demonstrieren.

Ähnlich die Situation in Katalonien. Katalonien ist eine von 17 autonomen spanischen Gemeinschaften mit etwa 7.5 Millionen Einwohnern, was etwa 16 Prozent der spanischen Gesamtbevölkerung entspricht.¹⁵² Die Katalanen haben ihren „Bürgerbeteiligungsprozess“ über die politische Zukunft ihrer Region bereits durchgeführt. Ursprünglich hatten die Katalanen geplant, nach schottischem Beispiel, ein bindendes Referendum über die Unabhängigkeit abzuhalten. Madrid hat die Befragung zwar toleriert, die Volksbefragung wurde jedoch vom Verfassungsgericht verboten. Das Verbot des spanischen Verfassungsgerichts führte allerdings dazu, dass die Katalanen von diesem Vorhaben abgerückt sind. Bei dem vom spanischen Verfassungsgericht untersagten „Referendum“ die später zur Volksbefragung umgewandelt wurde, wählten laut statistischen Daten (es gab kein Wählerverzeichnis) etwa 80 Prozent für die Abspaltung von Spanien. Die Regierung in Madrid stufte die inoffizielle Volksabstimmung als „wertlos“ ein.¹⁵³ Die spanische Zentralregierung lehnt eine Volksabstimmung strikt ab. Katalonien gehört zu den wohlhabendsten Regionen mit

¹⁴⁹ Vgl. Däumer, Michael (2008): Kosovo – Präzedenzfall für Spanien? Auslandsbüro, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., S.1-4.

¹⁵⁰ Kellner, Hans-Günter (2008): Die baskische Nationalistische Partei, Auf Kurs in Richtung Unabhängigkeit, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., S.1-2.

¹⁵¹ Vgl. ETA will den Terror einstellen, Handelsblatt, 20.10.2011.

¹⁵² Vgl. Mosser-Schuöcker, Birgit (2014): Alles regional?, Die Presse, 24.10.2014.

¹⁵³ Vgl. Spanien: 80 Prozent stimmen für unabhängiges Katalonien, Der Standard, 10.11.2014.

einem überdurchschnittlich hohen Industrialisierungsgrad.¹⁵⁴ Sie ist zudem die wirtschaftliche stärkste Region Spaniens und verfügt über eine eigene Sprache und Kultur.¹⁵⁵

Die Gefahr einer Unabhängigkeit wäre für das ökonomisch angeschlagene Spanien ein herber Verlust. Die Unabhängigkeit Kosovos stellt aus der Sicht der Zentralregierung in Spanien zwar eine Gefahr für zunehmende Autonomiebestrebungen dar, allerdings unterstützt Spanien wie alle anderen fünf EU-Staaten Kosovos EU-Perspektive.

Griechenland und Zypern

Griechenland und Zypern lehnen die Unabhängigkeit Kosovos ab und betrachten diese als ein Verstoß gegen das Völkerrecht. Der Ursprung der griechisch-zypriotischen Position gründet zu einem großen Teil auf den Zypernkonflikt. Seit 1974 ist der nördliche Teil Zyperns vom türkischen Militär besetzt.¹⁵⁶ Trotz der Unabhängigkeitserklärung der „Türkischen Republik Nordzypern“ wurde Nordzypern bis auf die Türkei von keinem anderen Staat anerkannt. Zypern strebt eine Wiedervereinigung mit dem Nordteil an, wodurch es sich in Gefahr sieht, die Interessen von „sezessionistischen Bewegungen“ zu fördern. Griechenland als sogenannte „Schutzmacht“ der Zyperngriechen ist der wichtigste Verbündete Zyperns und unterstützt die Haltung Zyperns, wodurch Griechenland in Bezug auf Nordzypern und Kosovo für die Einhaltung des Völkerrechts plädiert. Demgegenüber sind auch die Beziehungen zu Serbien ein Faktor die Griechenlands Politik gegenüber Kosovo beeinflussen. Griechenland gehört zu den strategisch und politisch wichtigsten Partner Serbiens in der Region des Balkans.¹⁵⁷

Die Beziehungen zwischen der griechisch-orthodoxen und der serbisch-orthodoxen Kirche gelten als exzellent.¹⁵⁸ Griechenland gehörte lange Zeit zu den Top-Investoren in Serbien und ist zugleich einer größten Unterstützer der serbischen EU-Integration.¹⁵⁹ Griechenland gehörte zu den EU-Staaten, die sich öffentlich gegen die NATO-Bombardierung Belgrads ausgesprochen haben¹⁶⁰ und Serbien nach der Beendigung der Bombardierungen durch die Nato mehrere hundert Millionen Euro an Entwicklungshilfe zugesichert hat.¹⁶¹

¹⁵⁴ Spain court suspends Catalonia independence referendum, BBC, 29.09.2014.

¹⁵⁵ Volksbefragung trotz Verbot, Zeit Online, 09.11.2014.

¹⁵⁶ Vgl. Die Türkei und die EU, Der Zypernkonflikt, Centrum für angewandte Politikforschung an der LMU München.

¹⁵⁷ Vgl. Kurbogaj-Ajeti, Resmije / Ajeti, Faruk (2012): Die Rolle der EU-Außenpolitik im Kosovo (1989 – 2008), S.207.

¹⁵⁸ Vgl. Serbia, Greece could improve economic relations, B92, 19.06.2013.

¹⁵⁹ Vgl. Grci spremni da uloze 3 mlrd. Evra, B92, 01.04.2008.

¹⁶⁰ Vgl. "Greece supports Serbia as friendly country", B92, 13.06.2008.

¹⁶¹ Vgl. "Serbia getting ever closer to EU", B92, 16.10.2008.

In Bezug auf den Kosovokonflikt tritt Griechenland für einen EU-Beitritt Serbiens ein, ohne dabei die Lösung des Kosovokonflikts als Bedingung zu stellen.¹⁶² Auch nach der Unabhängigkeitserklärung Kosovos positionierte sich Griechenland sehr deutlich gegen die Unabhängigkeit und befürchtete eine Präcedenzwirkung auf Zypern. In diesen traditionell guten „freundschaftlichen Beziehungen“ zwischen den beiden christlich-orthodoxen Staaten, die von historisch-kulturellen Verbindungen geprägt sind, möchte Griechenland nicht den Stempel eines Verräters der orthodoxen Glaubensgemeinschaft aufgedrückt bekommen.¹⁶³ Griechenland wie auch Zypern befürchteten außerdem eine indirekte Legitimierung Nordzyperns sofern sie Kosovo als Staat anerkennen.¹⁶⁴ Dennoch unterstützte die Regierung in Athen die Mitgliedschaft Kosovos in internationalen Organisationen unter anderem in die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. In einem Interview im Jahr 2012 erläuterte Dimitris Moschopoulos, Leiter des griechischen Verbindungsbüros in Prishtina gegenüber der kosovarischen Zeitung „Gazeta Express“, dass eine Anerkennung Kosovos „Schritt für Schritt“ stattfinden werde und Griechenland die EU-Integration des gesamten Westbalkan unterstütze.¹⁶⁵ Im Gegensatz zu den anderen vier EU-Staaten, die Kosovo nicht anerkennen, war Griechenland das einzige Land, das beim Internationalen Gerichtshof keine Anfrage eingereicht hat.¹⁶⁶ Griechenland betrachtet die unilaterale Unabhängigkeitserklärung Kosovos zwar als eine „Missachtung des International Rechts“, akzeptiert jedoch die kosovarischen Pässe als offizielles Reisedokument und betrachtet den Fall Kosovo ähnlich wie die Mehrheit der westlichen Staaten als einen Einzelfall. Seit März 2013 befindet sich Griechenland in offiziellen Handelsbeziehungen mit Kosovo.¹⁶⁷

Rumänien und die Slowakei

Zwei weitere EU-Staaten, die sich ebenfalls aus innenpolitischen Gründen gegen die Anerkennung der Unabhängigkeit entschieden haben, sind Rumänien und die Slowakei.¹⁶⁸ In beiden Staaten lebt eine einwohnerstarke ungarische Minderheit. Allein in Rumänien leben geschätzt etwa 1.4 Millionen Ungarn, in der Slowakei etwa 500.000.

¹⁶² Vgl. NATO and Greece, Clinton's visit, Coverge.Org, 27.11.1999.

¹⁶³ Vgl. Time for Greece to Lead on Kosovo, The Globalist, 09.11.2014.

¹⁶⁴ Vgl. Hasani, Shkelzen (2013): Die EU als internationaler Akteur: Eine Untersuchung am Fallbeispiel des Kosovokonflikts, S.9-10.

¹⁶⁵ Vgl. Gradualisht te njohja, Kosova Press, 21.03.2012.

¹⁶⁶ Vgl. Kurbogaj-Ajeti, Resmije / Ajeti, Faruk (2012): Die Rolle der EU-Außenpolitik im Kosovo (1989 – 2008), S. 208.

¹⁶⁷ Vgl. Griechenland tritt in Handelsbeziehungen mit Kosovo, Radio Stimme Russlands, 08.03.2013.

¹⁶⁸ Vgl. Romania will not recognize Kosovo independence, Reuters, 18.02.2008.

In keinem anderen Land hat die Unabhängigkeitserklärung Kosovo für so viel Aufregung gesorgt wie in Rumänien. Beide Regierungen betrachten die Unabhängigkeit Kosovos als einen illegalen Schritt wodurch Rumänien und die Slowakei befürchten, dass Kosovo einen Präzedenzfall liefern könnte, wonach die ungarischen Minderheiten eine weitreichende Autonomie oder gar die Spaltung des Landes durch ein Unabhängigkeitsbegehren fordern könnten.¹⁶⁹ Unruhen, Autonomiebewegungen bis hin zu Plänen zur Entstehung eines „Großungarns“ mit den Grenzen vor der Teilung im Jahr 1920 werden befürchtet. Trotz des Demokratisierungsprozesses in Osteuropa seit der Wende 1989, wird nicht selten Misstrauen gegenüber Ungarn gehegt, wenn sich die Regierung in Budapest für eine Unterstützung der Ungarn außerhalb des eigenen Territoriums einsetzt. Dies ist unter anderem auf die Gebietsverluste Ungarns im Vertrag von Trianon zurück zu führen. Der Vertrag von Trianon in dem das Königreich Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg rund zwei Drittel seines ursprünglichen Territoriums verlor, schockierte die Ungarn, was bis in die Gegenwart als traumatisches Erlebnis beschrieben und nicht selten von populistischen Parteien missbräuchlich aufgegriffen wird. Trianon führte dazu, dass etwa drei Millionen Magyaren vom heutigen Ungarn getrennt wurden. Dies ist nicht selten ein Grund für Differenzen und Streitigkeiten in den Beziehungen zwischen Ungarn und Rumänien bzw. Ungarn und der Slowakei.

Rumänien ist in Bezug auf die Situation in Kosovo sowohl von den guten Beziehungen zwischen Serbien und Rumänien, von einer religiösen orthodoxen Verbindung als auch von historischen Ereignissen geprägt. Nicht umsonst wurde in den letzten Jahren von serbischen Politikern von einem Wiederaufleben des „Balkanbundes“ gesprochen. Serbische Politiker versuchten damit ein Militärbündnis aus der Zeit der Balkankriege für politische Zwecke zu politisieren.¹⁷⁰

Die ungarisch-tschechoslowakischen und später ungarisch-slowakischen Beziehungen sind bis in die Gegenwart belastet und werden Phasenweise seit dem Ersten Weltkrieg als Dauerkonflikt fortgesetzt. Während Budapest in Bezug auf die Minderheitenfrage in der Slowakei und Rumänien versucht, die Rechte der Ungarn zu stärken, herrscht in den Nachbarstaaten hingegen die Befürchtung, dass dies nur eine Vorstufe für Autonomieforderungen und spätere Loslösungen sein könnte. Während die rumänische Regierung den Rumänienungarn seit der Wende schrittweise kulturelle Autonomierechte zugestehen wollte, will sie gleichzeitig von

¹⁶⁹ Vgl. Nugent, Neill (2013): The EU-Kosovo Relationship in the Context of EU Enlargement Policy, Group for Legal and Political Studies (GLPS), S.14.

¹⁷⁰ Vgl. Kurbogaj-Ajeti, Resmije / Ajeti, Faruk (2012): Die Rolle der EU-Außenpolitik im Kosovo (1989 – 2008), S.204-206.

einer steuerlichen oder verwaltungstechnischen Unabhängigkeit der Ungarn-Bezirke nichts wissen, wodurch die immer offenere finanzielle Unterstützung und die politische Einmischung der Fidesz-Regierung zunehmend mit Ärger und Besorgnis betrachtet wird.¹⁷¹

Für Verstimmung sorgte besonders das von Viktor Orbán erlassene Gesetz über den „nationalen Zusammenhalt“, welcher den im Ausland lebenden Ungarn die ungarische Staatsbürgerschaft per „Eilverfahren“ verleihen sollte. Die „Retourkutsche“ kam noch am selben Tag vom slowakischen Parlament, wonach alle Personen die slowakische Staatsbürgerschaft verlieren sollen, wenn sie die Staatsbürgerschaft eines anderen Staates annehmen. Diese Maßnahmen sorgten schlussendlich für einen Tiefpunkt in den diplomatischen Beziehungen beider Länder. Eine Verschlechterung dieser Lage wurde zusätzlich durch die Meldung erzeugt, wonach Auslandsungarn das aktive Wahlrecht erhalten sollten.¹⁷² Und nicht zufällig wurde in Ungarn auch der 4. Juni, der Tag der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Trianon zum „Tag der Zusammengehörigkeit“ erklärt¹⁷³, was aus der Sicht der Slowakei als Provokation betrachtet wurde.¹⁷⁴ Das heutige Staatsgebiet, das Staatsgebiet von 1918 und die ungarisch besiedelten Gebiete in den Nachbarstaaten sind mittlerweile symbolische Bilder die tief in der ungarischen Bevölkerung verwurzelt sind und im öffentlichen Diskurs besonders von populistischen Bewegungen und Parteien hervorgerufen werden.¹⁷⁵

Während Ministerpräsident Robert Fico keinerlei Grund für eine Kursänderung sah, wurde ein Überdenken der slowakischen Position von Außenminister Miroslav Lajčák in Betracht gezogen sofern eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Parteien erkennbar wäre.¹⁷⁶ Innerhalb der Slowakei wurden mehrmals kontradiktorische Äußerungen getätigt.¹⁷⁷ Auch nach mehr als zwei Jahren nach diesem Statement von Miroslav Lajcak werden zwar die Reisepässe Kosovos anerkannt wobei die Slowakei wie auch Rumänien über ein Verbindungsbüro in Prishtina verfügen, es gibt jedoch keinerlei Hinweise, dass die Slowakei eine Anerkennung Kosovos plant.¹⁷⁸

Die Position in Rumänien ist vergleichbar mit der in der Slowakei. Im Jahr 2008 lehnte der rumänische Staatspräsident Traian Băsescu eine Anerkennung Kosovos ab. Băsescu verwies

¹⁷¹ Vgl. Székler-Marsch: Orbán-Regierung unterstützt "territoriale Autonomie"-Forderungen der Rumänienungarn, Pester Lloyd.net, 28.10.2013.

¹⁷² Vgl. Ungarn und die Slowakei steuern auf neue Konflikte zu, Pester Lloyd, 21.02.2012.

¹⁷³ Vgl. Tschechiens Solidarität mit der Slowakei: Ungarn gefährdet die Stabilität, Radio Praha, 07.06.2010.

¹⁷⁴ Vgl. Thanei, Christoph (2010): 90 Jahre nach Trianon: Träume von „Großungarn“, Die Presse, 03.06.2010.

¹⁷⁵ Vgl. Das Burgenland war für Ungarn noch verschmerzbar, Interview mit Ostmitteleuropa Experte Peter Haslinger, Der Standard, 31.08.2009.

¹⁷⁶ Vgl. Slowakei erwägt Anerkennung des Kosovo, Wiener Zeitung, 13.04.2012.

¹⁷⁷ Vgl. Slovak PM: No recognition of Kosovo, B92, 21.09.2009.

¹⁷⁸ Vgl. Rumunia njeh pasaportat e Kosovës, Gazetatema.net, 10.05.2013.

auf die Souveränität und territoriale Integrität Serbiens hin und schloss eine Änderung der rumänischen Position zu Kosovo aus.¹⁷⁹ Im Jahr 2013 erklärte der rumänische Premier Victor Ponta nach einer Unterredung über die rumänische Außenpolitik mit dem rumänischen Präsidenten Traian Băsescu, dass Ponta eine schnelle Anerkennung Kosovos unterstütze¹⁸⁰, während ein solcher Schritt durch Băsescu blockiert wurde.¹⁸¹ Eine Kursänderung könnten eventuell die neu gewählten Präsidenten in Rumänien und der Slowakei anregen.¹⁸² Robert Fico unterlag im März 2014 dem parteilosen Millionär Andrej Kiska, der die Sorgen Ficos bei einer möglichen Anerkennung Kosovos für völlig übertrieben hält und die Kosovopolitik des Landes ändern möchte. Abzuwarten bleibt inwiefern dies gelingen wird, da Kiska ein Regierungschef gegenübersteht, der allgemein als ein Gegner der Kosovounabhängigkeit gilt.¹⁸³ In Rumänien trat im November 2014 der Siebenbürger Sachse Klaus Johannis die Nachfolge von Präsident Traian Băsescu an und besiegte dabei seinen Konkurrenten Victor Ponta. Obwohl mit Băsescu ein Präsident abgelöst wurde, der wohl zu den größten Kritikern der Kosovounabhängigkeit gehörte, bleibt abzuwarten wie sich Johannis mit Ponta als seinen Ministerpräsidenten in der Kosovofrage positionieren werden.¹⁸⁴

4 Serbien und Kosovo – aktuelle Herausforderungen und die Beziehungen zur EU

4.1 Serbien

Serbien befindet sich momentan auf einem soliden Weg Richtung EU-Beitritt und wird voraussichtlich dieses Jahr die ersten Verhandlungskapitel mit der EU eröffnen. Mittlerweile herrscht in Serbien auch ein politischer Konsens über die europäische Zukunft des Landes.¹⁸⁵ Die EU-Mitgliedschaft ist für Serbien die wichtigste strategische Priorität der Außenpolitik. Die EU ist der wichtigste Handels- und Investitionspartner Serbiens und ist damit einer der wichtigsten Faktoren für die wirtschaftliche Stabilität Serbiens.¹⁸⁶ Serbien hatte bereits im Jahr

¹⁷⁹ Vgl. Rumänien lehnt Anerkennung der Unabhängigkeit weiter strikt ab, Der Standard, 05.06.2008.

¹⁸⁰ Vgl. Ponta: I am in favor of a rapid recognition of Kosovo. Băsescu is more cautious than I am, Antena3.ro, 04.06.2013.

¹⁸¹ Vgl. Rumania njeh pasaportat e Kosovës, Telegrafi.com, 10.05.2013.

¹⁸² Vgl. Ungelöste Kosovo-Frage spaltet die EU, EurActiv, 07.03.2014.

¹⁸³ Vgl. Parteiloser Millionär wird slowakischer Präsident, Die Welt Online, 30.03.2014.

¹⁸⁴ Vgl. Klaus Johannis gewinnt Präsidentschaftswahl, Zeit Online, 17.11.2014.

¹⁸⁵ Vgl. Serbiens größte EU-Hürde heißt Kosovo, Der Standard, 21.01.2014.

¹⁸⁶ Vgl. Political Relations Between the Republic of Serbia and the European Union, Website Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Serbia.

2000 erste Gespräche über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU geführt, während konkrete Verhandlungen erst gegen Ende des Jahres geführt wurden. Zu dieser Zeit war Serbien nicht nur mit der Forderung der EU nach einer vollen Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag konfrontiert, sondern auch mit der Bekämpfung von Armut und Korruption, der schlechten Wirtschaftslage und vor allem mit dem Kosovo-Konflikt. Serbien hat seit 2001 über 2.2 Milliarden Euro an Zuschüssen und Subventionen von der EU erhalten und 3.6 Milliarden Euro an finanzieller Hilfe in den letzten zehn Jahren.¹⁸⁷

Während sich Serbien unter Zoran Đinđić sehr klar Richtung Westen positionierte, wurde besonders der Konflikt um Kosovo (unter der Regierung von Vojislav Koštunica) zur Belastungsprobe für die Beziehungen zwischen Serbien und der EU. Je mehr sich die diplomatischen Auseinandersetzungen zum künftigen Status Kosovos zuspitzten, umso mehr litten auch die Beziehungen zwischen Belgrad und Brüssel. Aufgrund der flüchtigen Kriegsverbrecher Radovan Karadžić und Ratko Mladić, wurden von der EU die Verhandlungen mit Serbien im Jahr 2006 ausgesetzt, wodurch sowohl der Reformprozess als auch das Beitrittstempo abnahm.

Im November 2007 wurde das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen Serbien und der EU schlussendlich doch unterzeichnet was unter anderem auf die bessere Zusammenarbeit Serbiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof zurückzuführen war. Nach langen Verzögerungen wonach die 27 EU-Staaten aufgrund der Auslieferung der Kriegsverbrecher einer Ratifizierung abwartend und skeptisch gegenüberstanden, konnte das Abkommen erst im September 2013 in Kraft treten.

Ende Dezember 2009 stellte Serbien auch den Antrag zur EU-Mitgliedschaft. Nach der Verhaftung von Radovan Karadžić im Jahr 2008, Ratko Mladić 2011 und Goran Hadžić 2011 wurden alle gesuchten Kriegsverbrecher verhaftet, wodurch Serbien damit einen großen Teil der Forderungen der EU erfüllt hatte. Serbien erhoffte sich dadurch auch einen schnelleren Beitritt zur EU. Der Kandidatenstatus wurde jedoch bis zum März 2012 von Deutschland aufgrund des Grenzkonflikts mit Kosovo und der damit zusammenhängenden Eskalation im Norden Kosovos blockiert. Im März 2012 bestätigte der Europäische Rat den Status Serbiens

¹⁸⁷ Vgl. Podrimja, Fellanza (2013): Die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien: Eine Analyse am Beispiel des Normalisierungsabkommens, S.13.

als Bewerberland und Ende Juni 2013 verabschiedete der Europäische Rat die Empfehlung der Europäischen Kommission um die Beitrittsverhandlungen mit Serbien zu beginnen.¹⁸⁸

Am 1. September 2013 trat das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Serbien in Kraft und drei Monate später verabschiedete der Rat den Verhandlungsrahmen mit Serbien.¹⁸⁹, womit im Januar 2014 die Beitrittsverhandlungen mit Serbien aufgenommen wurden.¹⁹⁰ Serbien ist der Musterschüler unter den Beitrittskandidaten und ist auf dem Weg zum EU-Beitritt allen anderen Staaten des „Westbalkans“ weit voraus.¹⁹¹ Auch der Handel mit der EU floriert. Serbien profitierte von einem EU-Marktzugang und dadurch gesteigerten Exportanteils womit Serbien mittlerweile mehr als die Hälfte des gesamten Warenwerts in die EU exportiert. Serbische Unternehmen haben zwischen 2009 und 2011 etwa 1.4 Milliarden Euro durch den Export mit der EU eingenommen. Dies verdankt Serbien der Unterzeichnung des SAA wodurch bspw. Unternehmer des Agrarsektors einen zollfreien Zugang zum EU-Markt genießen. Weitere EU-Annäherungsprozesse werden auch künftig zu einem Abbau von Handelshemmnissen führen.¹⁹² Es zeigt sich auch, dass sich die Kooperationsbereitschaft Serbiens ausgezahlt hat und zu Handelserleichterungen und finanziellen Hilfen seitens der EU geführt hat. Je kompromissbereiter sich Serbien im Dialog mit Kosovo zeigte, umso kompromissbereiter zeigte sich die EU im Hinblick auf die Beitrittsverhandlungen und Handelsabkommen. Insofern ist eine serbische Kompromissbereitschaft besonders von Vorteil, um weitere Öffnungen des EU-Absatzmarktes für serbische Waren erreichen zu können.

Bereits 2011 unterzeichnete Serbien mit der EU ein Abkommen über handelsbezogene Angelegenheiten, die einen Zollabbau für Importe aus der EU ermöglichen, wodurch Serbien ein Jahr später Zollgebühren für Importe aus der EU senken konnte. Mit der Unterzeichnung des SAA waren ab 2014 nahezu alle Waren aus der EU vom Zollgebühren befreit, wovon die Wirtschaftsakteure der verarbeitenden Industrie und des Handelssektors profitieren. Der Wegfall von Zollgebühren und der damit zusammenhängende Profit durch Handelserleichterungen lässt sich an 4 der 10 umsatzstärksten Unternehmen in Serbien (Delhaize, Mercator S, Delta Holding, Tarkett) ablesen. Die Wirtschaftsakteure in Serbien haben ein großes Interesse an weiteren Handelserleichterungen für Importe aus der EU.

¹⁸⁸ Vgl. Beitrittsverhandlungen Serbiens mit der Europäischen Union, Wikipedia.org.

¹⁸⁹ Vgl. Stabilitäts- und Assoziationsrat EU-Serbien, Beschluss des Rates und der Kommission, 18.10.2013, S.278/1-278/2.

¹⁹⁰ Vgl. First Accession Conference with Serbia, Council of the European Union, 21.01.2014.

¹⁹¹ Vgl. Serbien, Erweiterung und Beitrittswillige Länder, Website EU-Kommission.

¹⁹² Vgl. Podrimja, Fellanza (2013): Die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien: Eine Analyse am Beispiel des Normalisierungsabkommens, S.24.

Das Ansehen Serbiens wurde durch die Bürgerkriege und das Milošević Regime stark beeinträchtigt. In den letzten Jahren waren besonders die hohe Korruptionsrate, der Kosovo-Konflikt und die häufigen Regierungswechsel ausschlaggebend dafür, dass ausländische Investitionen in Serbien abgeschreckt wurden, worunter besonders der Dienstleistungssektor gelitten hat. Dieser Sektor ist mit 65 Prozent des BIP der größte Wirtschaftssektor in Serbien und ist besonders stark von den Auslandsinvestitionen abhängig. Die wichtigsten Bereiche sind die Banken-, Finanz-, und Versicherungsbranchen. Insbesondere die proeuropäischen Kräfte in Serbien sind sich deshalb einig, dass eine proeuropäische Politik für eine weitere EU-Annäherung notwendig ist um Investoren zu locken. Ein Blick auf die Direktinvestitionen zeigt, dass besonders Unternehmen aus dem EU-Raum in Serbien investieren. Bereits gegen Ende 2008 waren 75 Prozent aller serbischen Banken in Besitz ausländischer Investoren. Weitere ausländische Direktinvestitionen betreffen die verarbeitende Industrie an denen sich auch der Agrarsektor beteiligt. Politische Stabilität und rechtlich-regulative Faktoren gelten als besondere Anreize für ausländische Investitionen. Die Anforderungen der EU für einen zukünftigen EU-Beitritt fördern neue Maßstäbe im Rechtssystem und gelten daher als besonders investitionsfördernd. Die Angleichung der rechtlichen Standards an die der EU führen zu Erleichterungen für Investition europäischer Unternehmen. Die Unterzeichnung des SAA ermöglicht Freihandelszonen mit allen EU-Staaten und lockt Investoren an. Im Umkehrschluss bedeutet eine EU-Annäherung und die damit verbundene rechtliche Anpassung an EU-Normen eine Steigerung der Attraktivität Serbiens als Investitionsstandort.¹⁹³

Mittlerweile deckt Serbiens Handel bereits 70 Prozent seines Außenhandels mit den Staaten der Europäischen Union ab. Laut EU-Kommission flossen als sogenannte Vor-Beitritts-hilfe 1.5 Milliarden Euro nach Serbien. Vom Jahr 2000 bis 2010 wurden allein für den serbischen Energiesektor etwa 521 Millionen bereitgestellt. Allein Deutschland hat 1.3 Milliarden Euro für bilaterale Entwicklungs-Kooperationen mit Serbien zur Verfügung gestellt. Serbien hat die nationalistische Rhetorik zugunsten eines neuen Pragmatismus aufgegeben. Die Wirtschaftsakteure in Serbien erhoffen sich eine Steigerung der EU-Investitionen womit sich auch die Kompromissbereitschaft Serbiens im Dialog über eine Normalisierung der Beziehungen erklären lassen lässt.¹⁹⁴ Serbiens neues Kalkül lautet: Mit Kompromissen den Weg Richtung EU ebnen, Stabilität nach außen demonstrieren und wirtschaftlichen Investitionen anziehen. Eine zweckbestimmte Maßnahme der serbischen Regierung angesichts

¹⁹³ Vgl. Podrimja, Fellanza (2013): Die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien: Eine Analyse am Beispiel des Normalisierungsabkommens, S.26.

¹⁹⁴ Vgl. Podrimja, Fellanza (2013): Die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien: Eine Analyse am Beispiel des Normalisierungsabkommens, S.27.

der wirtschaftlichen Lage.¹⁹⁵ Trotz des Handels mit der EU, hat sich die anhaltend schlechte Wirtschaftslage allerdings zu einem immer größeren Problem entwickelt. Prognosen berichteten von einer jährlichen Neuverschuldung von 7,3 Prozent des BIP (2015). Prognosen im Bereich der Staatsverschuldung betragen im Jahr 2014 bereits 65,7 Prozent.¹⁹⁶ Außerdem verzeichnet die serbische Wirtschaft mit 8 Milliarden US-Dollar ein überaus hohes Außenhandelsdefizit.¹⁹⁷ Die Arbeitslosenquote lag im Jahr 2013 bei 21 Prozent. Im Jahr 2014 lag sie bei 21,6 Prozent und im Jahr 2015 wird ein Anstieg auf 22 Prozent erwartet.¹⁹⁸ Laut offiziellen Statistiken wird die Arbeitslosenrate im Jahr 2014 auf etwa 700.000 geschätzt, während inoffiziell von einer Zahl von rund 1 Million Arbeitslosen ausgeht. Aktuell liegt die Arbeitslosenquote bei 17,6 Prozent, eine deutliche Verbesserung zum Jahr 2012 mit einer Arbeitslosenquote von 26 Prozent.¹⁹⁹ Die Notenbank schätzte die faulen Kredite im Jahr 2014 auf 21,3 Prozent. Die EU und der IWF drängen die serbische Regierung zu strukturellen Reformen und einem Abbau der Staatsschulden.²⁰⁰

Zum einen drückt die Krise in Griechenland, Italien, Slowenien die Wirtschaft des Landes. Andererseits liegen die Probleme auch in der Korruption, in der hohen Inflation und der fehlenden Rechtssicherheit. Das World Economic Forum setzte Serbien im letzten Jahr in seiner wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit mit Ägypten und Kambodscha gleich.²⁰¹ Premier Vučić warnt seit seinem Amtsantritt vor einem drohenden Konkurs des serbischen Staates.²⁰² Abseits von Finanzspritzen durch die EU rechnete Serbien auch mit Krediten aus Russland oder den Vereinten Arabischen Emiraten. Neben Verhandlungen mit Russland über einen Kredit von 1 Milliarde Euro wurde auch mit den Vereinigten Arabischen Emiraten über ein Darlehen in Milliardenhöhe verhandelt. Im Raum stand eine Summe von etwa 2-3 Milliarden Dollar bis Ende 2014. Im Gegenzug sehen die VAE neben geopolitischen Interessen und einem Ausbau des Einflusses, ein Interesse in der serbischen Rüstungsindustrie.²⁰³

¹⁹⁵ Vgl. Džihic, Vedran (2013): Bilanz und Zukunft des Westbalkans: Ungelöste Grenz- und Minoritätsfragen im Kontext der EU-Beitrittsbemühungen, Eine Bestandsaufnahme anlässlich des Beitritts Kroatiens zur EU, Österreichisches Institut für Internationale Politik, S.16.

¹⁹⁶ Serbien steht praktisch am Rande des Bankrotts“, Format.at, 08.10.2013.

¹⁹⁷ Roser, Thomas (2014): EU-Anwärter Serbien droht der Bankrott, 20.07.2014.

¹⁹⁸ Wirtschaftsdaten kompakt, Germany Trade and Invest, Serbien, 11.2014.

¹⁹⁹ Serbien: Rekord-Erfolg am Arbeitsmarkt, Kosmo Online, 14.11.2014

²⁰⁰ Vgl. Džihic, Vedran / Sagmüller, Maximilian (2014): Serbien zwischen EU-Pragmatismus und neuen autoritären Tendenzen, Österreichisches Institut für Internationale Politik, S.14.

²⁰¹ Vgl. Proissl, Anneliese (2014): Serbien: Wirtschaft immer stärker im Abwärtssog, Format.at, 06.03.2014.

²⁰² Vgl. Ladjevac, Bojan (2012): Russland und Serbien, Eine neue Ära der Beziehungen? Friedrich Ebert Stiftung, S.2.

²⁰³ Serbien verbrennt EU-Steuer Gelder und steht vor dem Bankrott, Deutsche Wirtschafts Nachrichten, 09.10.2013.

Doch besonders die Beziehungen Belgrads zu Moskau sorgten jüngst für Unruhe in Brüssel. Seit der Ukraine-Krise beobachtet die EU die Beziehungen zwischen Belgrad und Moskau sehr genau. Serbien möchte zwar in die EU, scheint jedoch auf den Beistand Moskaus nicht verzichten zu wollen. Als der Konflikt in der Ukraine sich verschärft hatte und die EU sich mit den USA auf Sanktionen einigten, nahm Serbien eine neutrale Haltung ein und schloss sich den Sanktionen nicht an. Serbien ist zwar nicht verpflichtet die Brüsseler Sanktionen mitzutragen, die ist EU jedoch unzufrieden und erwartet von Beitrittskandidat Serbien eine Anfreundung mit der EU-Linie. Dies bestätigte auch EU-Kommissar Johannes Hahn in Belgrad.²⁰⁴ Denn auch wenn Belgrad die Krim weiterhin als ukrainisches Gebiet betrachtet, so folgt Serbien einer sichtbar anderen außenpolitischen Linie als die EU. Dieser Spielraum wird in Serbien genützt um die traditionellen Beziehungen zu Russland nicht zu gefährden. Russische Spitzenpolitiker wie Konstantin Kosachev haben Belgrad bereits vorgewarnt, dass Serbien seine nationale Identität und seine wirtschaftlichen Interessen aufgeben würde, wenn es sich den Sanktionen gegen Russland anschließen würde. Laut Aleksandra Joksimović, der Direktorin des Belgrader Zentrums für Außenpolitik, stellt eine neutrale Politik zwar weder die EU noch Russland zufrieden, doch scheint der politische Schaden geringer zu sein, wenn Serbien sich in diesem Konflikt nicht eindeutig positioniert.²⁰⁵

Im letzten Fortschrittsbericht der EU, der im Oktober 2014 erschienen ist, wurde festgehalten, dass Serbien sich nur an 28 von 45 der Erklärungen des Europäischen Rates angeschlossen hat. Auch an der Abstimmung der UN-Vollversammlung über die Ukraine hatte man nicht teilgenommen.²⁰⁶ In dem Serbien aktuell die Schlüsselrolle der russischen Interessen im Westbalkan einnimmt, befindet sich Belgrad nun aufgrund seiner Positionierung im Ukraine-Konflikt in einem Interessenskonflikt, in welchem sich die USA zusammen mit Europa eine Konfrontation mit Russland liefern.²⁰⁷ Mit den von der Bundesregierung kritisch gesehenen russischen Bemühungen um wirtschaftliche, militärische und politische Präsenz in Serbien und dem Westbalkan hat sich mittlerweile auch das Berliner Auswärtige Amt in einem vertraulichen Papier unter der Überschrift "Einfluss Russlands in Serbien" Ende 2014 im Auftrage der Bundesregierung beschäftigt. Als eine besonders sensible Angelegenheit wird dabei die Einrichtung eines regionalen Zentrums für Katastrophensituationen am Flughafen Niš gesehen. Auf Druck Deutschlands sollten Putins Bemühungen diplomatisch durchkreuzt werden, indem

²⁰⁴ Vgl. Hahn Tells Serbia to Join Sanctions on Russia, Balkan Insight, 20.11.2014.

²⁰⁵ Vgl. Rujevic, Nemanja (2014): Serbischer Spagat zwischen Moskau und Brüssel, Deutsche Welle, 07.08.2014.

²⁰⁶ Serbia Progress Report, Enlargement, EU-Kommission, 10.2014, S.62.

²⁰⁷ Vgl. Randow, Gero von (2014): Stützt Serbien sich auf Putin?, Zeit Online, 23.11.2014.

Bundeskanzlerin Angela Merkel ihrem serbischen Amtskollegen Alexander Vučić in einem Telefonat von der Einrichtung dieses regionalen Zentrums abgeraten hat. Deutschland befürchtet, dass dies das erste Anzeichen einer Absicht Russlands ist, ein Zentrum für eine Dauerpräsenz russischer Geheimdienste auf serbischem Territorium einzurichten.²⁰⁸

In Brüssel wird auch die Zusammenarbeit zwischen Belgrad und Moskau im Erdöl- und Erdgassektor aufmerksam beobachtet.²⁰⁹ Einer der spürbarsten Fortschritte in den Beziehungen zwischen Belgrad und Moskau ist das Abkommen über die Zusammenarbeit im Bereich der Öl- und Gasindustrie. Während sich die russische Seite in einem Öl-Deal im Jahr 2008 die Mehrheitsanteile am serbischen Öl-Monopolisten NIS erkaufte, sollte das nächste große Projekt folgen. Das russische Gasprojekt, an dem Gazprom zu 50 Prozent beteiligt war, plante mit dem Projekt „South Stream“ den Bau einer Gaspipeline mit 422 Kilometer Pipelineabschnitt durch Serbien. Ein Erdgasprojekt für russisches Erdgas welches von Russland bis nach Italien und Österreich reichen sollte ohne dabei das Transitland der Ukraine passieren zu müssen.²¹⁰ South Stream sollte ursprünglich pro Jahr 30-45 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus Russland nach Südosteuropa bringen.²¹¹ Doch der Verkauf der 51 Prozent des serbischen NIS Konzerns an Gazprom war fragwürdig.²¹² Der Preis von rund 400 Millionen Euro löste nicht nur in den Medien sondern auch im Parlament heftige Debatten aus.²¹³ Um kurz festzuhalten: Allein im Jahr 2013 erreichte NIS einen Nettogewinn von 400 Millionen Euro und ein Anstieg von fünf Prozent zum Jahr davor.²¹⁴ Der Konzern, welcher 12.000 Mitarbeiter beschäftigte und dem die beiden einzigen Erdölraffinerien in Serbien gehören²¹⁵, wurde deutlich unter seinem tatsächlichen Wert verkauft.²¹⁶

Als Anfang Dezember 2014 das Ende des Projekts South Stream bekannt wurde, war man in Serbien besonders enttäuscht, denn damit werden die erwarteten Investitionen von 2 Mrd. Euro

²⁰⁸ Vgl. Blome, Nikolaus / Koelbl, Susanne / Müller, Peter et al. (2014): Zurück im Kalten Krieg, Der Spiegel, 16.11.2014, S.20-22.

²⁰⁹ Vgl. Ladjevac, Bojan (2012): Russland und Serbien, Eine neue Ära der Beziehungen?, Friedrich Ebert Stiftung, S.6.

²¹⁰ Vgl. Lawrow überzeugt Slowenien und Serbien zu South-Stream-Bau, Russia Beyond the Headlines Online, 11.07.2014.

²¹¹ Vgl. Reljić, Dušan (2009): Russlands Rückkehr auf den Westbalkan, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, S.22.

²¹² Vgl. Reljić, Dušan (2009): Russlands Rückkehr auf den Westbalkan, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, S.7.

²¹³ Vgl. Ladjevac, Bojan (2012): Russland und Serbien, Eine neue Ära der Beziehungen?, Friedrich Ebert Stiftung, S.25.

²¹⁴ Vgl. Brey, Thomas (2014): Serbien dient sich Russland an – zum eigenen Schaden, Impulse.de, 14.05.2014.

²¹⁵ Vgl. Ladjevac, Bojan (2012): Russland und Serbien, Eine neue Ära der Beziehungen?, Friedrich Ebert Stiftung, S.4.

²¹⁶ Dempsey, Judy (2008): Russia's Gazprom Takes Control of Serbian Oil Monopoly, New York Times, 23.01.2008.

und Budgeteinnahmen von Gastransportgebühren von jährlich 300 Mio. Euro ausbleiben. Die Hoffnungen auf Einnahmen über Gebühren und der Schaffung von tausenden neuen Jobs wurden durch den Baustopp zunichte gemacht.²¹⁷ Besonders enttäuschend, da der NIS-Verkauf unter anderem damit begründet wurde²¹⁸, dass Russland eine Beteiligung Serbiens an South Stream garantiert hatte.²¹⁹ Abseits der großen Kritik an dem Deal handelte es sich von Belgrader Experten zufolge²²⁰, um eine politische Geste Serbiens an Russland um sich für die Unterstützung in Kosovo-Konflikt zu bedanken bzw. auch langfristig abzusichern.²²¹

Diese für die EU besorgniserregende Situation aufgrund des russischen Einflusses ist unter anderem auch auf die Einflussabnahme der USA aufgrund von Interessensverschiebungen auf andere Regionen der Welt zurück zu führen.²²² Bereits in den Jahren 2007 bis 2012 erkannte Gordon N. Bardos, ein Sicherheits- und Balkanexperte sowie Kolumnist, dass die USA am Balkan immer mehr an Einfluss verlieren, während Mächte wie Russland, die Türkei oder Israel in dieser Region immer aktiver werden. Er verwies in seinem Artikel „The Balkans, Post-Pax Americana“ aus dem Jahr 2012 darauf hin, dass diese Region eine Übergangsphase durchlebt. Eine Phase destabilisierender Verhältnisse die von einst wohldefinierten Sicherheitskonstruktionen geprägt war tendenziell zu unbekannten und unbestimmten Machtstrukturen geführt hat, insbesondere aufgrund der Einflussnahme neuer Mächte in dieser Region. Das zeitliche Zusammentreffen der Wirtschaftskrise verfestigte den Verlust des Führungsanspruches der USA in Südosteuropa. Tendenzen eines immer größer werdenden Machtvakuum machten sich dadurch bemerkbar.²²³ Es war die Zeit angebrochen in der auch von der „Rückkehr Russlands“ auf den Westbalkan gesprochen wurde.²²⁴ Indem es Russland verstanden hatte, politische und wirtschaftliche Interessen miteinander zu verbinden, ist es ihnen durch die Vertretung serbischer Interessen gelungen, auf den machtpolitischen Tisch der Region des Balkans zurück zu kehren. Russland nützte im Jahr 2005 den Zeitpunkt, um eine Rückkehr in der Region zu ermöglichen, als sich die diplomatischen Auseinandersetzungen zum künftigen Status Kosovos zuspitzten. Russland nutzte dabei die Auseinandersetzungen über den Status Kosovos und die Krise der Beziehungen zwischen Belgrad (Regierung

²¹⁷ OMV-Chef Roiss: Aus für South Stream „kein Beinbruch“, Tiroler Tageszeitung Online, 02.12.2014,

²¹⁸ Aus für South Stream bedeutet Schiffbruch für Serbien, Focus Online, 02.12.2014.

²¹⁹ South-Stream-Stopp - Serbien entgeht Investment von 2 Mrd. Euro, Tiroler Tageszeitung, 02.02.2014.

²²⁰ Gazprom übernimmt Mehrheit bei serbischer NIS, Die Presse, 24.12.2008.

²²¹ Vgl. Reljić, Dušan (2009): Russlands Rückkehr auf den Westbalkan, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, S.25.

²²² Gazprom übernimmt Mehrheit bei serbischer NIS, Die Presse, 24.12.2008.

²²³ Vgl. Bardos, Gordon N. (2012): The Balkans, Post-Pax Americana, The National Interest, 10.2012.

²²⁴ Vgl. Reljić, Dušan (2009): Russlands Rückkehr auf den Westbalkan, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, S.6.

Koštica) und der EU aus, um Serbien politisch an sich zu binden und die eigene Position in der internationalen Politik zu stärken.²²⁵ Serbien sicherte sich mit Russland eine starke Position im UN-Sicherheitsrat und in den diplomatischen Auseinandersetzungen gegen die Unabhängigkeit Kosovos.

Doch trotz des russischen Einflusses gibt es für Serbien keine Alternative zu einem EU-Beitritt. Vielmehr erinnern diese außenpolitischen Vorstellungen an Zeiten vor dem Zerfall des jugoslawischen Staates. Im kollektiven Gedächtnis ist diese Phase als eine Zeit des allgemeinen Wohlstands verankert und mit einem hohen Ansehen Jugoslawiens auf der internationalen Ebene verbunden. Diese Außenpolitik erinnert an die Politik des ehemaligen Präsidenten Boris Tadić und seinem Außenminister Vuk Jeremić. Im Sinne einer Außenpolitik auf vier Säulen, legte man Erwartungen wonach Beziehungen in einem Gleichgewicht zwischen China, Russland, der EU und der USA geführt werden könnten. Ein ähnliches Muster wie in Titos Jugoslawien, das von Widersprüchen und Opportunismus während des Kalten Krieges geprägt war um als eine Art „blockfreier Akteur“ wahrgenommen zu werden.²²⁶ Das sogenannte „Haus mit zwei Türen“, womit einst alle außenpolitischen Fragen der SNS beantwortet wurden, hat also eher einen symbolischen Charakter.²²⁷

Je größer die Glaubwürdigkeit in der EU-Beitrittsperspektive wirkt, umso stärker sinkt die Attraktivität Russlands als politisches und ideologisches Gegenmodell zur EU. Dies lässt sich nicht nur an Serbien, sondern auch an anderen Staaten feststellen die aufgrund der gemeinsamen kulturellen Traditionen und historischen Verbindungen zu einem guten Verhältnis zu Russland neigen wie Bulgarien, Rumänien, Griechenland oder Mazedonien.²²⁸ Am Beispiel der Russland-Ukraine Krise zeigt sich inwiefern die engen Beziehungen zu Russland aus serbischer Sicht auch destruktiv für Serbiens Weg zur EU-Mitgliedschaft sein können. Langfristig betrachtet wird Serbien zwar nicht gänzlich auf die „speziellen“ Beziehungen zu Russland verzichten müssen, es ist jedoch vorstellbar, dass der Integrationsprozess in europäische Strukturen und die phasenweise Übernahme europäischer Normen und Standards Serbien auf einer Linie mit der EU bringen wird.²²⁹ Ebenso dürfen auch die sentimental Elemente bzw. die kulturelle Nähe aufgrund des gemeinsamen orthodoxen Glaubens und der slawischen

²²⁵ Vgl. Reljić, Dušan (2009): Russlands Rückkehr auf den Westbalkan, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, S.11.

²²⁶ Vgl. Ramani, Samuel (2014): Serbia's Future- EU Accession or A Closer Alliance with Russia, Huffington Post, 25.11.2014.

²²⁷ Vučić: Edhe Evropa edhe Kosova!, Zeri.info, 07.12.2014.

²²⁸ Vgl. Reljić, Dušan (2009): Russlands Rückkehr auf den Westbalkan, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, S.18.

²²⁹ Vgl. Ladjevac, Bojan (2012): Russland und Serbien, Eine neue Ära der Beziehungen?, Friedrich Ebert Stiftung, S.7.

Herkunft nicht überbewertet werden. Vielmehr handelt es sich um eine Situation wonach Serbien aufgrund seiner ökonomischen Situation einen wirtschaftlichen Nutzen aus den Beziehungen erzielen möchte und mit Russland einen Vertreter seiner Interessen in der Kosovofrage gefunden hat. In Russland herrschen zudem keine aus der Geschichte hochgepriesenen Freunde mehr, sondern Politiker die nationale, geostrategische Interessen und Ziele verfolgen. Russland unterstützt den EU-Beitritt Serbiens zwar, Serbien bleibt für Russland allerdings nur ein kleiner Markt. Vielmehr stecken nationale Interessen dahinter, wodurch Russland bei einer serbischen EU-Mitgliedschaft einen erleichterten Zugang zum gesamten EU-Markt hätte und Einfluss auf die EU-Politik ausüben könnte. Insofern wäre es mehr als bedenklich um nicht zu behaupten naiv, würden die Beziehungen zwischen beiden Staaten auf einer bedingungslosen Vertrauensbasis interpretiert werden.²³⁰ Denn auch wenn Präsident Tomislav Nikolić von „Freunden Serbiens“ spricht und viele in Serbien nach wie vor davon überzeugt sind, dass Moskau „der Hüter“ der serbischen Interessen eines „serbischen „Kosovo“ ist. Wahrscheinlicher ist, dass Moskau seinen Einfluss in Europa über eine kulturelle und religiöse Identität und engeren Verbindungen zu Serbien ausweiten möchte.²³¹

Die Wahlen im März 2014 haben Vučić eine parlamentarische Mehrheit ermöglicht. Die erste parlamentarische Mehrheit in Serbien seit dem Post- Milošević Übergang zur Demokratie. Dies sollte Vučić die Möglichkeit bieten, breit angelegte Reformen und einen Dialog mit Kosovo führen zu können, um Serbien auch weiterhin auf dem EU-Beitrittskurs zu halten. Sofern ein Politiker in Serbien die notwendigen Reformen bewältigen kann und parallel dazu einen Dialog mit Prishtina führen kann, dann trifft dies auf Ministerpräsident Vučić zu. Seine politische Herkunft aus dem radikalen Lager Serbiens könnte die nationalistischen Kräfte in Serbien bändigen und dem heimischen Druck standhalten.²³²

Darüber hinaus waren es ausgerechnet die beiden ehemaligen Nationalisten Ivica Dačić (SPS) und Aleksander Vučić (SNS) die zu einer deutlichen Verbesserung der Beziehungen zur EU und wohl auch zum Kosovo beigetragen haben. *„Die neue Regierungskonstellation mit Ivica Dačić als Regierungschef und Aleksandar Vučić von der Serbischen Fortschrittspartei, als dem ersten stellvertretenden Premierminister, vollzog nach den Wahlen eine für die meisten Beobachter überraschende und konsequente Hinwendung zur EU.“*²³³ Ivica Dačić, kein neues

²³⁰ Vgl. Ladjevac, Bojan (2012): Russland und Serbien, Eine neue Ära der Beziehungen?, Friedrich Ebert Stiftung, S.7-8.

²³¹ Vgl. Rujevic, Nemanja (2014): Umstrittener Putin-Besuch in Serbien, Deutsche Welle, 15.10.2014.

²³² Vgl. Blockmans, Steven (2013): Kosovo-Serbia deal shows value of EU diplomatic service, EUobserver, 23.04.2013.

²³³ Vgl. Dzihic, Vedran / Sagmüller, Maximilian (2014): Serbien zwischen EU-Pragmatismus und neuen autoritären Tendenzen, Österreichisches Institut für Internationale Politik, S.8.

Gesicht der serbischen Politiklandschaft, ist neben seinen aktuellen politischen Tätigkeiten auch als ehemaliger Sprecher der Regierung von Slobodan Milošević bekannt. Aleksander Vučić, ebenfalls kein unbekanntes Gesicht der serbischen Politik, war einst Mitglied der „Serbisch Radikalen Partei“ (SRS) welche 1991 vom Ultranationalisten Vojislav Šešelj gegründet wurde. Ausgerechnet diese beiden Politiker waren es, die sich in den von der EU geleiteten Verhandlungen zu einem Kompromiss mit Kosovo einigten und sich damit die Beitrittsverhandlungen sicherten.²³⁴

Serbien hat mit dem Brüsseler Abkommen sein internationales Ansehen verbessert und große Schritte im EU-Integrationsprozess gemacht, denn während Belgrad einst als Teil des Problems betrachtet wurde, so wird Serbien mittlerweile als Teil der Lösung des Konflikts gesehen. Im Dialog mit Kosovo hat Serbien zumindest bis zur zweiten Phase des Dialogs das Thema der Anerkennung der Unabhängigkeit umgehen können. Während die erste Phase der Normalisierung der Beziehungen sich noch mit technischen Fragen auseinander gesetzt hat und die zweite Phase sich hauptsächlich mit dem Norden Kosovos beschäftigt hat, wird sich erst in der nächsten Phase des Dialogs herausstellen, ob die Anerkennung Kosovos zum großen Beitrittshindernis wird. Betrachtet man den Rahmen für Beitrittsverhandlungen der auch die Prinzipien festlegt die den Verhandlungen zu Grunde liegen, so lässt sich bereits die Bedeutung des Normalisierungsprozesses regelrecht herauslesen.²³⁵ So heißt es im EU Opening Statement for Accession Negotiations unter Punkt 38:

*„In all areas of acquis, Serbia must ensure that its position on the status of Kosovo does not create any obstacle nor interfere with Serbia’s implementation of the acquis. Any such obstacles will be addressed in the course of the negotiations in the context of the chapter of the acquis concerned. As part of its efforts to align with the EU acquis, Serbia shall in particular ensure that adopted legislation, including its geographical scope, does not run counter to the comprehensive normalisation of relations with Kosovo“*²³⁶

Auf Serbien wartet eine neue Phase des Dialogs und demzufolge ein schwieriger Schritt hin zur Verfassungsänderung, um den Absatz in dem Kosovo als Bestandteil des Gebietes Serbiens festgeschrieben ist zu entfernen.²³⁷ Was von einigen EU-Staaten offenkundig gefordert wird um die Verhandlungen nicht zu gefährden, wird innenpolitisch zu einer Belastungsprobe der

²³⁴ Vgl. Dzihic, Vedran / Sagmüller, Maximilian (2014): Serbien zwischen EU-Pragmatismus und neuen autoritären Tendenzen, Österreichisches Institut für Internationale Politik, S.5.

²³⁵ Vgl. EU-Erweiterung: Serbien, Auswärtiges Amt, 15.07.2014.

²³⁶ Ministerial meeting opening the Intergovernmental Conference on the Accession of Serbia to the European Union, General EU Position, 21.01.2014, S.17.

²³⁷ Serbische Verfassung: Die Provinz Kosovo wird als Bestandteil Serbiens verankert, News.at, 27.10.2006.

aktuellen Regierung in Serbien. Während sich der Ministerpräsident zu diesem Thema kaum äußert, ist Außenminister Dačić deutlich pragmatischer zu dieser Frage als etwa Präsident Tomislav Nikolić der laut eigener Aussage einen solchen Schritt unter seiner Amtszeit nicht akzeptieren würde. Als problematisch könnte sich für Serbien auch die Ankündigung von EU-Kommissar Johannes Hahn erweisen, demzufolge die Möglichkeit besteht, dass einige EU-Staaten darunter Deutschland darauf beharren werden²³⁸, dass das 35. Kapitel (das sogenannte „Kosovo-Kapitel“) vor allen anderen Kapitel geöffnet wird.²³⁹ Dies würde bedeuten, dass Serbien seine Beziehungen zu Kosovo normalisieren müsste, um das sogenannte „Kosovo-Kapitel“ abschließen zu können wodurch erst danach ein neues Kapitel geöffnet werden könnte.²⁴⁰

4.2 Kosovo

Kosovo hat am 17.02.2008 seine Unabhängigkeit von Serbien erklärt und wird gegenwärtig von 108 Staaten anerkannt. Die größte Herausforderung Kosovo ist die internationale Anerkennung durch die Vereinten Nationen während Kosovo auch die Aufnahme in die EU und internationalen Organisationen anstrebt.²⁴¹ Kosovo ist seit 2009 Mitglied der Weltbankgruppe, des Internationalen Währungsfonds, seit 2012 Mitglied der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und seit Juni 2013 Mitglied der Entwicklungsbank des Europarats. Kosovo nimmt am Regional Cooperation Council (RCC) teil und ist Mitglied im Mitteleuropäischen Freihandelsabkommen (CEFTA) und in der Energiegemeinschaft. Die oberste Priorität der kosovarischen Außenpolitik ist die schrittweise Integration in die euro-atlantischen Strukturen der EU und der NATO. Um Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Unabhängigkeit Kosovos zu bekräftigen und neue Verhandlungen erwirken zu können, wurde auf Anfrage Serbiens der Internationale Gerichtshof zur Rechtmäßigkeit der Unabhängigkeit Kosovos aufgerufen.²⁴² Auf den Etappen Kosovos zur internationalen Anerkennung gelangte der Internationale Gerichtshof (IGH) am 22. Juli 2010 zu einem rechtlich nicht bindenden Ergebnis, wonach die Unabhängigkeitserklärung Kosovos nicht gegen das Völkerrecht verstößt, wobei es der IGH vermieden hat, den völkerrechtlichen Status Kosovos zu bewerten

²³⁸ Vgl. Gjermania bllokoi bisedimet e Serbisë me BE-në, shkaku i Kosovës, Zeri.info, 13.11.2014.

²³⁹ Die Kapitel des Besitzstands, Website EU-Kommission.

²⁴⁰ Vgl. Chapter 35 on Kosovo cannot open new topics, B92, 23.01.2014.

²⁴¹ Nugent, Neill (2013): The EU-Kosovo Relationship in the Context of EU Enlargement Policy, Group for Legal and Political Studies (GLPS), S.18.

²⁴² Niederlage für Serbien, Spiegel Online, Gerichtshof erkennt Kosovos Unabhängigkeit an, Spiegel Online, 22.07.2010.

und die Gültigkeit der UN-Resolution 1244 anerkannte.²⁴³ Als strategische Partner der Regierung in Prishtina werden neben der USA auch Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien aufgezählt.²⁴⁴

Seit 1999 sind die Beziehungen Kosovos zur EU von einer konstanten Partnerschaft gekennzeichnet.²⁴⁵ Ein konstruktiver Ansatz und die Entschlossenheit Kosovo auf dem Weg zur EU zu begleiten führten dazu, dass die Europäische Union seit 1999 die für Kosovo so wichtigen finanziellen Mittel bereitstellt, aber auch die Entwicklung der institutionellen Organe und die Aneignung der EU-Norm und Prinzipien der EU unterstützt.²⁴⁶ Zudem hat die EU in Kosovo die Rolle eines Akteurs eingenommen, der anhand des Annäherungsprozesses für Stabilität und Friedenssicherung sorgt.²⁴⁷ Seit Beginn der United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (UNMIK) stand der zukünftige Status Kosovos regelmäßig auf der internationalen Tagesordnung. Auch nach dem Scheitern des Versuchs mit Serbien zu einer einvernehmlichen Lösung zu gelangen und der darauf folgenden Unabhängigkeitserklärung durch das kosovarischen Parlament, bleibt der Fall Kosovo weiterhin ein ungelöstes Problem.

Die proklamierte Unabhängigkeit Kosovos leitete eine neue Phase dieses Konflikts ein. In Abstimmung mit vielen europäischen Staaten und der USA wurde der Entschluss gefasst, dass weitere Statusgespräche mit Serbien zwecklos sind. Obwohl die USA, Deutschland, Großbritannien, Italien und Frankreich sich für eine Anerkennung Kosovos entschieden hatten, haben einige Staaten der EU weiterhin Zweifel daran, diesem Schritt zu folgen. Mit dem Ahtisaari-Plan, der als Grundlage der Unabhängigkeit Kosovos gilt, wurden von der EU drei Missionen bestätigt: die EUSR (EU-Sonderbeauftragten), die „Überwachungsbehörde der Kosovounabhängigkeit“ ICO und die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union „EULEX“. Die EULEX-Mission wurde als eine Mission im Rahmen der Europäischen Union gegründet in deren Rahmen zwischen 1.800 und 2.000 Polizisten, Richter, Gefängnisaufseher und Zollbeamte nach Kosovo entsandt wurden, die beim Aufbau von Polizei, Justiz und Verwaltung helfen sollten und über weitreichende und von der Kosovoadministration unabhängige Befugnisse verfügte. Eine rein „technische Mission“, die eine beobachtende und

²⁴³ Nach IGH-Entscheidung: EU stellt Serbien und Kosovo Integration in Aussicht, Spiegel Online, 22.07.2010.

²⁴⁴ EU-Perspektive für Kosovo, Auswärtiges Amt, 15.05.2014.

²⁴⁵ Länderinfo: Kosovo, Wirtschaftspolitik, Auswärtiges Amt, 09.2014.

²⁴⁶ Länderinfo: Kosovo, Außenpolitik, Auswärtiges Amt, 09.2014.

²⁴⁷ Vgl. RIDEA (2013): Kosovo's Rocky Road To EU - Stabilisation and Association Agreement: Challenges and Opportunities, Research Institute of Development and European Affairs, S.15.

zugleich beratende Funktion ausüben sollte.²⁴⁸ Die gespaltene Haltung innerhalb der EU-Staaten über den Kosovo-Status und dem aufgrund des Vetos Russlands misslungenen Versuches die UN-Resolution 1244 durch eine neue UN-Resolution zu ersetzen, führte zu einer EULEX-Mission die gegenüber Kosovo statusneutral bleiben muss.²⁴⁹ Die EULEX-Mission übernahm bis auf den Norden Kosovos größtenteils die Aufgaben der UNMIK während auf der nördlichen Seite des Ibarflusses weiterhin die UNMIK präsent blieb.²⁵⁰

Die Unabhängigkeit Kosovos markiert den Beginn einer neuen Phase der Beziehungen zwischen der EU und Kosovo. Kosovo wird von der EU zwar noch nicht anerkannt, der Rat der Europäischen Union hat die Unabhängigkeitserklärung Kosovos aber zur Kenntnis genommen.²⁵¹ Während sich auch die EU-Kommission und der Rat Kosovo gegenüber statusneutral verhalten, verabschiedete das EU-Parlament eine Resolution in der die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert werden, Kosovo anzuerkennen.²⁵²

Trotz der statusneutralen Haltung der EU wäre Kosovo ohne das Engagement der EU allerdings nicht in der Lage gewesen, die Unabhängigkeit zu proklamieren. Die Unterstützung der EU in Kosovo ist unbestritten. Insbesondere nach dem Kosovo-Krieg entwickelte sich die EU zu einem Hauptunterstützer der Hilfsprojekte und -programme in Kosovo. Gegenwärtig unterstützt die EU Kosovo anhand von verschiedenen Maßnahmen und Missionen. Dazu gehört unter anderem die EULEX-Mission, das European Union Office in Kosovo und das European Union Special Representative (EUSR). Mit der Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX unterhält die EU die größte zivile Mission im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU.²⁵³ Während die europäische Perspektive Kosovos bereits fest verankert und regelmäßig von der EU bestätigt wird²⁵⁴, befindet sich Kosovo bereits in den ersten Schritte eines langen Annäherungsprozesses der durch die Europäische Partnerschaft und besonders durch das Instrument des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess begonnen und unterstützt wird.²⁵⁵ Diesbezüglich wurde im November 2002 das „Stabilisation Tracking

²⁴⁸ Vgl. Rossbacher, Dina (2008): Die Interimsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) und die Rechtsstaatsmission EULEX der Europäischen Union, S.95-100.

²⁴⁹ Vgl. Hamilton, Aubrey (2012): From Technical Arrangements to Political Haggling: the Kosovo-Serbia Dialogue and the North of Kosovo, Group for Legal and Political Studies, S.6.

²⁵⁰ Vgl. Lunacek, Ulrike (2012): Kosovo–Serbia: Will They Ever Come to Terms? What is the European Union’s Role?, Center for Transatlantic Relations, S.151.

²⁵¹ Vgl. RIDEA (2013): Kosovo's Rocky Road To EU - Stabilisation and Association Agreement: Challenges and Opportunities, Research Institute of Development and European Affairs, S.18, 20-22.

²⁵² Vgl. Ejodus, Filip / Minić, Jelica / Musliu, Vjosa (2014): Kosova - Serbia: Potenciali për bashkëpunim dhe sfidat kyçe të perspektivës së përbashkët evropiane, S.12.

²⁵³ EU relations with Kosovo*, Website European Union External Action.

²⁵⁴ „Thessaloniki 2003“ „Eine europäische Zukunft für das Kosovo“ 2005.

²⁵⁵ Vgl. Nugent, Neill (2013): The EU-Kosovo Relationship in the Context of EU Enlargement Policy, Group for Legal and Political Studies (GLPS), S.6.

Mechanism for Kosovo“ gegründet.²⁵⁶ Dieser Mechanismus beinhaltete regelmäßige Treffen zwischen der EU und Kosovo zur Überwachung des Reformstands, einschließlich eines politischen Dialogs.²⁵⁷

Im Jahr 2009 schlug die EU-Kommission im Fortschrittsbericht eine Beteiligung Kosovos am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess vor.²⁵⁸ Der SAP Dialog soll Kosovo vor allem bei weiteren Reformen und dem institutionellen Aufbau unterstützen, sowie ein besseres Verständnis der EU-Politiken und der europäischen Standards vermitteln.

Im Jahr 2012 lancierte die Europäische Kommission einen strukturierten Dialog über Rechtsstaatlichkeit ein, während sie einen Monat später einen Fahrplan Richtung Visaliberalisierung mit Kosovo vorlegte. Im Oktober 2012 legte die Kommission eine Machbarkeitsstudie über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Kosovo vor. Im Juli 2014 paraphierten die Verhandlungsführer der EU und Kosovo das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen²⁵⁹ zwischen der EU und Kosovo in Brüssel.²⁶⁰

Trotz der (geringen) Fortschritte bleibt die Beitrittsperspektive an einer Lösung des Konflikts mit Serbien geknüpft, denn so lange dieser Konflikt nicht gelöst ist und die restlichen fünf EU-Staaten sich weigern Kosovo anzuerkennen, ist ein EU-Beitritt ausgeschlossen. Während die EU-Institutionen die EU-Perspektive Kosovo besonders in den letzten Jahren immer wieder bestätigten und Berichte des Europäischen Parlaments bezeugen, dass das EP den Aufbau eines funktionstüchtigen Staates Kosovo unterstützt und die Eingliederung in die internationale Staatengemeinschaft fördert, sprechen Rats- und Kommissionstexte eine klare „status-neutrale Sprache. Während die Kommission in der EU über die exekutiven Kompetenzen verfügt und die Funktion zwischen wirtschaftlicher und politischer Ebene verknüpft, so verfügt das Europäische Parlament allerdings über geringe Kompetenzen im Bereich der EU-Außenpolitik.²⁶¹

Im Gegensatz zum Europäischen Parlament befindet sich die EU-Kommission in einer paradoxen Situation. Einerseits hat die Union Kosovo bei der Staatlichkeitswerdung unterstützt,

²⁵⁶ Vgl. Kurbogaj-Ajeti, Resmije / Ajeti, Faruk (2012): Die Rolle der EU-Außenpolitik im Kosovo (1989 – 2008), S.13.

²⁵⁷ Vgl. Hamilton, Aubrey / Merja, Albana (2013): Readyng Kosovo for SAA Negotiations: A blueprint of achievements, slow reforms and the path ahead, Group for Legal and Political Studies, S.5.

²⁵⁸ Vgl. Sutterlüty, Tamara (2011): Externes Nation- und Statebuilding der Europäischen Union zwischen Anspruch und Wirklichkeit am Beispiel des Kosovo, S.111.

²⁵⁹ Vgl. RIDEA (2013): Kosovo's Rocky Road To EU - Stabilisation and Association Agreement: Challenges and Opportunities, Research Institute of Development and European Affairs, S.21.

²⁶⁰ Kosovo, Erweiterung, Website der Europäischen Kommission.

²⁶¹ Vgl. Kurbogaj-Ajeti, Resmije / Ajeti, Faruk (2012): Die Rolle der EU-Außenpolitik im Kosovo (1989 – 2008), S.75.

wodurch eine Reihe der Maßnahmen der EU-Kommission letzten Endes auf den Aufbau und die Festigung eines politischen Systems gerichtet waren. Hinzu kommt, dass die EU in der Form der EU-Kommission den wirtschaftlichen Aufbau unterstützt hat und zugleich den Annäherungsprozess forcierte damit Kosovo in diesem Prozess nicht zurück fällt, wodurch die Kommission somit auch zum Aufbau der Institutionen massiv beigetragen hat.²⁶² Andererseits steht die Kommission der Unabhängigkeit Kosovos statusneutral gegenüber.²⁶³ Auch wenn Vertreter der EU-Mitgliedstaaten zu den wichtigsten Entscheidungsträger gehören, so ist viel von dem was auf dem Gebiet der Erweiterungspolitik geschieht von der EU-Kommission angeführt. Alle wichtigen Entscheidungen im Bereich der EU-Erweiterung werden zu einem Großteil von Berichten und Empfehlungen der Kommission beeinflusst.²⁶⁴ Der Einfluss der Kommission führte auch dazu, dass Kosovo sich beim Aufbau ihrer Institutionen und Gesetze an europäischen Normen orientierte. Gegenwärtig verfügt die Kommission zudem über die meisten Finanzinstrumente in Kosovo und einem Büro vor Ort.²⁶⁵

Das Europäische Parlament wie auch die Europäische Kommission unterstützten einst gemeinsam den Ahtisaari-Plan und erläuterten per Pressemitteilung, dass sie den Ahtisaari-Plan als beste Kompromiss-Variante zur Herbeiführung einer Vereinbarung zwischen Serbien und Kosovo betrachteten.²⁶⁶ Dieser Plan sah eine durch die internationale Gemeinschaft überwachte Souveränität vor um die Schaffung nachhaltiger Rahmenbedingungen zu schaffen um Stabilität, Schutz für alle Gemeinschaften in Kosovo und eine selbsttragende wirtschaftliche und soziale Entwicklung gewährleisten zu können. Dieser Vorschlag wurde schlussendlich nicht nur zur Grundlage für die Unabhängigkeit Kosovos sondern auch für die Entsendung der EULEX Mission.²⁶⁷

Die EU behandelt Kosovo teils wie einen Staat, teils besteht keine Einigung über weitere Schritte aufgrund mangelhafter Kohärenz in Annäherungsprozessen an die EU.²⁶⁸ Diese Uneinigkeit innerhalb der EU hat dabei besonders der EU und ihrer Glaubwürdigkeit unter der albanischen Bevölkerung in Kosovo geschadet. Die Uneinigkeit der EU-Staaten behindert

²⁶² Vgl. Hasani, Shkelzen (2013): Die EU als internationaler Akteur: Eine Untersuchung am Fallbeispiel des Kosovokonflikts, S.5.

²⁶³ Vgl. Saito, Jun (2011): EU-Ansatz zur Konfliktlösung: Am Beispiel des Kosovo-Konflikts, Wissenschaftsplattform des Akademisches Forum für Außenpolitik, S.12.

²⁶⁴ Vgl. Nugent, Neill (2013): The EU-Kosovo Relationship in the Context of EU Enlargement Policy, Group for Legal and Political Studies (GLPS), S.15.

²⁶⁵ Vgl. Hasani, Shkelzen (2013): Die EU als internationaler Akteur: Eine Untersuchung am Fallbeispiel des Kosovokonflikts, S.13-14.

²⁶⁶ European Parliament urges EU members to recognise Kosovo, SETimes.com, 09.07.2010.

²⁶⁷ Vgl. Kosovo-Status: EU-Kommission hält Ahtisaari-Plan für beste Variante, RIA Novosti, 13.08.2007.

²⁶⁸ Vgl. Hamilton, Aubrey / Merja, Albana (2013): Readying Kosovo for SAA Negotiations: A blueprint of achievements, slow reforms and the path ahead, Group for Legal and Political Studies, S.6.

dabei Erweiterungsschritte, wodurch Verfahrens-, Entscheidungs- und Konsensprozesse verzögert werden. Kosovo ist außerdem der einzige Staat in der Region, der über keine Visaliberalisierung verfügt. Der Beginn der Machbarkeitsstudie bestätigt die statusneutrale Haltung der EU in dem festgehalten ist, dass eine Machbarkeitsstudie auch mit „nicht allgemein anerkannten unabhängigen Staaten oder internationalen Organisationen“ abgeschlossen werden kann.²⁶⁹ Auch im Bereich des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Kosovo, hat die EU eine rechtliche Grundlage suchen müssen, um ein solches Abkommen zu unterzeichnen. Im Unterschied zu allen anderen SAA, welche einst durch alle EU-Staaten ratifiziert werden mussten, verfügt die EU seit dem Vertrag von Lissabon über die Vollmacht das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen selbst zu unterzeichnen.²⁷⁰ Damit hat die EU ihre Befugnisse deutlich erhöht und kann sich als supranationaler Akteur profilieren.

Die Uneinigkeit der EU hinsichtlich der Statusfrage bleibt allerdings weiterhin das größte Problem Kosovos auf dem Weg zur EU, womit Integrationsprozesse und Regelungen speziell für Kosovo diskutiert und angepasst werden müssen. Diese politische Uneinigkeit der EU schlägt sich jedoch nicht auf die finanzielle und technische Unterstützung aus. Die EU hat Kosovo von 1999 bis 2011 über 2.3 Milliarden Euro an Unterstützung für Aufbau- und Infrastrukturmaßnahmen zukommen lassen²⁷¹, während sich die EU-Ausgaben zur Unterstützung der internationalen Präsenz auf etwa eine Milliarde Euro belaufen.²⁷²

Die ökonomische Situation Kosovos befindet sich in einem äußerst schlechten Zustand weshalb die finanzielle Unterstützung der EU eine außerordentlich große Bedeutung für Kosovo hat. Die Wirtschaft in Kosovo gilt als sehr schwach entwickelt. Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner lag bei 2,935 Euro im Jahr 2013. Das BIP (insgesamt) liegt bei ca. 5,14 Mrd. Euro. Das Haushaltsdefizit lag im Jahr 2012 bei 2,6 Prozent und im Jahr 2013 bei 2,1 Prozent des BIP. Das Wirtschaftswachstum lag im Jahr 2013 bei 3.4 Prozent des BIP. Für das Jahr 2014 wurde vom IWF sogar ein Wachstum des BIP von 4 Prozent (4.5 im Jahr 2015) geschätzt. Im regionalen Vergleich ist dies ein starkes Wachstum, was besonders auf die weiterhin stark fließenden Transferleistungen der Diaspora zurückzuführen ist. Die Höhe der Transferleistung der Diaspora wird unterdessen auf 500 Mio. Euro pro Jahr geschätzt. Die Arbeitslosenquote beträgt etwa 30 Prozent; im Alter zwischen 15 und 24 Jahren liegt die Arbeitslosenquote bei

²⁶⁹ Europäische Kommission (2012): Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat, 10.10.2012, S.3.

²⁷⁰ Kosovo Launches Crucial SAA Talks With EU, Balkan Insight, 28.10.2013.

²⁷¹ Vgl. Dzihic, Vedran (2013): Bilanz und Zukunft des Westbalkans: Ungelöste Grenz- und Minoritätsfragen im Kontext der EU-Beitrittsbemühungen, Eine Bestandsaufnahme anlässlich des Beitritts Kroatiens zur EU, Österreichisches Institut für Internationale Politik, S.32.

²⁷² Kosovo & EU: Political & economic relations, Website EU-Office in Kosovo.

55,9 Prozent.²⁷³ Die Inflationsrate betrug im Jahr 2011 über 7 Prozent, in den Jahren 2012 und 2013 zwischen 2,5 und 1,9 Prozent. Kosovo verfügt zwar über große Vorkommen von Braunkohle, Chrom-, Blei- und Zink, aufgrund der wirtschaftlichen Situation ist der wirtschaftliche Abbau dieser Vorkommen jedoch nur begrenzt möglich. Wichtigster Rohstoff ist die Braunkohle mit 14.700 Mio. Tonnen. Damit liegt Kosovo in Europa an zweiter Stelle und weltweit an fünfter Stelle.²⁷⁴ Ein großer Teil aller Investitions- und Verbrauchsgüter müssen importiert werden. Ein großes Problem ist indessen das enorme Außenhandelsdefizit. Das Außenhandelsdefizit lag im Jahr 2013 bei 2,15 Milliarden Euro, was etwa 41 Prozent des BIP entspricht. Der Import beträgt 2,4 Milliarden Euro, die Exportzahlen etwa 294 Millionen Euro. Serbien gehört mit 285 Millionen Euro an erster Stelle der Staaten die nach Kosovo exportieren. An zweiter Stelle steht Deutschland mit 253 Mio. Euro, Italien mit 229 Mio. die Türkei, Mazedonien, China und Griechenland. Hauptabnehmerländer sind Italien mit 74 Mio. Euro, Albanien mit 44 Mio. Euro, Indien mit 29 Mio. Euro, gefolgt von Mazedonien (26. Mio. Euro), Montenegro (26. Mio.), Serbien mit 14. Mio. Euro und Deutschland mit 11 Mio. Euro. Von der Staatengemeinschaft wurden seit Ende des Krieges bis zum Jahr 2011 etwa vier Milliarden Euro investiert, der industrielle Sektor ist aber weiterhin sehr schwach ausgeprägt. Ein besonders gravierendes Problem Kosovos, das direkt mit den Investitionen verknüpft ist, betrifft die Gesetzeslage für Investoren, die stark ausgeprägte Korruption und die organisierte Kriminalität. Kosovo ist zudem von einer rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Instabilität geprägt, wobei insbesondere der völkerrechtlichen Status, die Misswirtschaft und die Korruption erheblich zur wirtschaftlichen Situation beitragen.²⁷⁵

Die Nichtanerkennung Kosovos von Staaten der Region, aber auch durch Staaten der EU verhindert bi- und multilaterale Handelsabkommen und Freihandelszonen, wodurch der Außenhandel betroffen ist und der Exportmarkt nur einen sehr kleinen Anteil des kosovarischen BIP ausmacht. Die kosovarische Wirtschaft ist zudem nur sehr gering in die regionale Ökonomie integriert. Waren die aus Kosovo exportiert werden, können oftmals nicht die Transitrouten der Staaten benützen, die Kosovo nicht anerkennen was den Handel mit kosovarischen Waren deutlich erschwert. Ähnlich verhält es sich beim kosovarischen Import. Aufgrund der fehlenden Handelsübereinkünfte ergeben sich deutlich höhere Zölle für den Import von EU-Waren, was besonders für die Wirtschaftsakteure in Kosovo ein großes Problem

²⁷³ Agjencia e Statistikave të Kosovës, Republika e Kosovës.

²⁷⁴ Länderinfo: Kosovo, Wirtschaftspolitik, Auswärtiges Amt, 09.2014.

²⁷⁵ Vgl. Heyer, Julia Amalia (2011): Die Puppenspieler, Der Spiegel Online, 08.08.2011.

darstellt.²⁷⁶ Laut der ehemaligen Wirtschafts- und Handelsministerin Mimoza Kusari-Lila würde eine Unterzeichnung des SAA eine 10-prozentige Senkung der Lebensmittelpreise bedeuten. Hinzu kommt auch, dass die florierende Baubranche ein Interesse an Importerleichterung hat, um hochwertige Baumaterialien aus der EU importieren zu können. Indem Einfuhrbeschränkungen entfallen und neue Handelsbeziehungen geschaffen werden, könnte sich ein neuer Absatzmarkt erschließen. Dadurch könnte ein Produktionszuwachs erzielt werden und der Anteil der Exporte steigen.

Der größte Wirtschaftssektor in Kosovo ist der Dienstleistungssektor der großteils aus Banken, Finanz-, und Versicherungsunternehmen besteht und etwa 65 Prozent des BIP ausmacht. Dieser Sektor erwirtschaftet im Jahr umgerechnet 3.5 Milliarden Euro. Ein Zuwachs an ausländischen Investitionen könnte für eine Zunahme der Einlagen im Banken- und Finanzsektor sorgen. Aber auch die Bauunternehmerbranche profitiert gegenwärtig mit bis zu 21 Prozent durch Investitionen aus ausländischem Kapital und ist ebenfalls auf ausländisches Kapital angewiesen.²⁷⁷ Umso wichtiger erscheint die Unterzeichnung des SAA um eine schrittweise Angleichung der Rechts- und Gesetzeslage zu ermöglichen womit die politische und wirtschaftliche Lage stabilisiert wird und Anreize für ausländische Investoren ermöglicht werden. Insofern sind eine politische und rechtliche Stabilisierung sowie eine endgültige Lösung des Konflikts mit Serbien besonders wichtig um Kosovo als Investitionsstandort für ausländische Investitionen interessanter zu machen.²⁷⁸

Die schlechte Wirtschaftslage und die hohe Arbeitslosenquote besonders unter der jungen Bevölkerung stellen für Kosovo einen destabilisierenden Faktor für den jungen Staat dar und benötigen Investitionen um Arbeitsplätze zu schaffen.²⁷⁹ Es ist insofern wenig überraschend, dass in Umfragen der UNDP der Pessimismus der Bevölkerung in die Politik, die Unzufriedenheit mit der politischen Führung des Landes und die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage Kosovos einen besonders hohen Prozentwert erreichen.²⁸⁰ Etwa 45-50 Prozent der Bevölkerung in Kosovo sehen das größte Problem in der hohen Arbeitslosigkeit, aber auch in der Korruption und der Kluft zwischen Staat und ihrer Bevölkerung.²⁸¹ Die letzte Regierung (unter Hashim Thaçi) fühlt sich nach Meinungsumfragen nicht für die Bevölkerung

²⁷⁶ Vgl. Podrimja, Fellanza (2013): Die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien: Eine Analyse am Beispiel des Normalisierungsabkommens, S.16.

²⁷⁷ Kosova dhe Shqipëria me korrupsionin më të lartë në Europën Juglindore, Koha Ditore, 03.12.2014.

²⁷⁸ Vgl. Podrimja, Fellanza (2013): Die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien: Eine Analyse am Beispiel des Normalisierungsabkommens, S.17-19.

²⁷⁹ Vgl. Petritsch, Wolfgang / Pichler, Robert (2005): Kosovo: Entscheidung in der Statusfrage, S.61.

²⁸⁰ Vgl. Hoogenboom, Jitske (2011): The EU as a peacebuilder in Kosovo, Civil Society Dialogue Network, S.3.

²⁸¹ Vgl. United Nations Development Programme, UNDP Public Pulse Report, 08.2013, S.16.

verantwortlich und arbeitet zumindest laut Umfragen nicht im Sinne der Menschen. Innerhalb der Bevölkerung entsteht dadurch der Eindruck, dass die kosovarische Regierung mehr Zeit damit verbringt ihr politisches Konzept der EU vorzustellen als der eigenen Bevölkerung.²⁸² Eine weitere Herausforderung betrifft die Integration der serbischen Minderheit in Kosovo.²⁸³ Hier muss jedoch eine Unterscheidung zwischen den Serben südlich des Ibarflusses und den Serben nördlich des Ibarflusses gemacht werden, wie in Abbildung 3 zu sehen ist. Die unsichere Lage und die Weigerung der Serben im Norden Kosovos, Kosovo als Staat zu akzeptieren, verhindert jegliche Beteiligung und Partizipation an den kosovarischen Institutionen, Umfragen, Volkszählungen und Wahlen.²⁸⁴

Während die Serben südlich des Ibarflusses, also in dem Territorium wo die Albaner die Mehrheit stellen, einen immer offeneren Umgang mit den staatlichen Institutionen Kosovos pflegen und am Dezentralisierungsprozess teilnehmen, ist die Situation im Norden Kosovos, in der die serbische Bevölkerung die Mehrheit stellt, eine völlig andere. Die Souveränität Kosovos ist in diesem Teil nahezu kaum vorhanden.

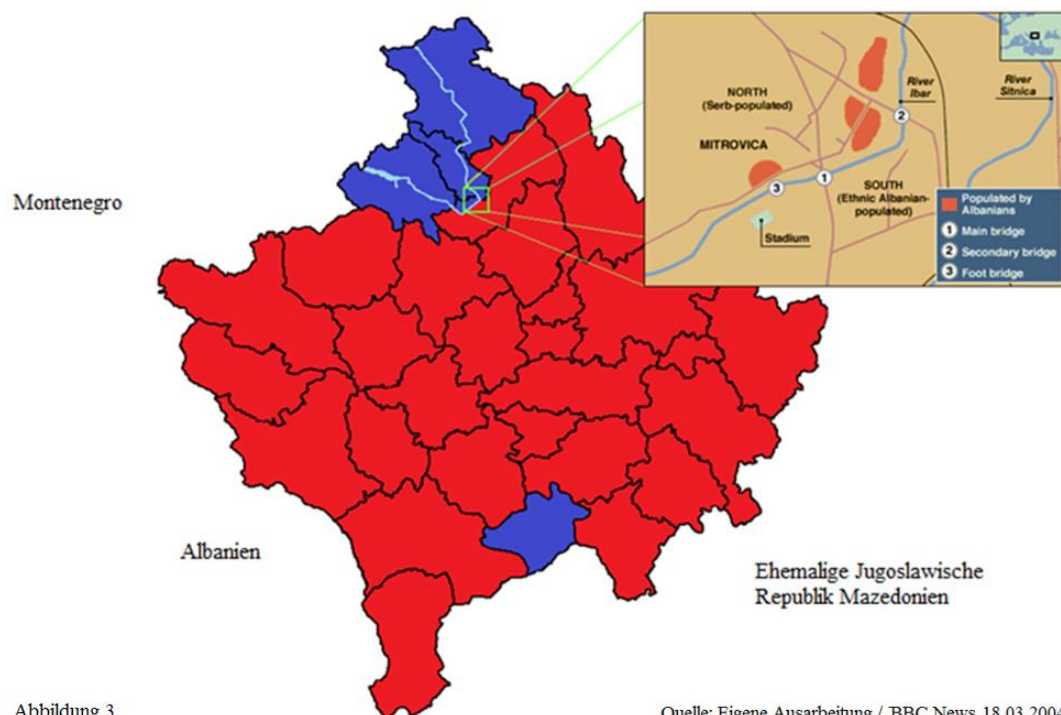


Abbildung 3

Quelle: Eigene Ausarbeitung / BBC News 18.03.2004

²⁸² Vgl. Hoogenboom, Jitske (2011): The EU as a peacebuilder in Kosovo, Civil Society Dialogue Network, S.6.

²⁸³ Vgl. United Nations Development Programme, UNDP Public Pulse Report, 08.2013, S.25-28.

²⁸⁴ Vgl. Nugent, Neill (2013): The EU-Kosovo Relationship in the Context of EU Enlargement Policy, Group for Legal and Political Studies (GLPS), S.14.

Abgesehen von Serbien und Kosovo, versuchen unterschiedliche Autoritäten mit unterschiedlichen Kompetenzen und unterschiedlichen Interessen ihre Gewalt mit verschiedenen Mitteln durchzusetzen. Ein jahrelanger Mangel eines einheitlichen Rechtssystems im Norden Kosovos führte zu einer Gemeinschaft ohne staatliche Gesetze in der die Übersichtlichkeit über Kompetenzen nicht mehr vorhanden ist. Diese Situation führte dazu, dass lokale Führer unter der Leitung ihrer Vorgesetzten in Serbien über Jahre hinweg tun und lassen konnten was sie wollten.²⁸⁵ Mit den finanziellen Unterstützungen Belgrads die den parallelen Strukturen im Norden zugekommen sind, können die kosovarischen Autoritäten nicht konkurrieren. Das wirtschaftliche und soziale Leben der Serben im Norden ist zu einem hohen Grad an Geldern aus Serbien angewiesen. Die im öffentlichen Dienst beschäftigten Serben wurden jahrelang durch ein zusätzliches „Kosovo-Gehalt“ unterstützt.²⁸⁶

Seit Ende des Kosovo-Krieges 1999 sind etwa sieben Milliarden Euro aus Serbien in das Kosovo geflossen, vieles davon für Parallelstrukturen im Norden des Landes. Die Kosten für die Mechanismen aus Belgrad die seit 1999 die Aufrechterhaltung des serbischen Einflusses garantieren sollen, gehen in die Milliardenhöhe und werden auf 300-400 Millionen pro Jahr geschätzt.²⁸⁷ Diese Zahlen zeigen, dass die Regierung in Prishtina mit einer kostenintensiven finanziellen Unterstützung aus Belgrad konkurrieren muss, sofern Prishtina den nördlichen Teil an den südlichen Teil des Landes integrieren möchte.²⁸⁸ Die Kluft zwischen Staat und der Bevölkerung im Norden Kosovos ist sowohl für die Sicherheit als auch für die Bevölkerung in Kosovo ein großes Problem.²⁸⁹ Zugleich ist der Norden ein Schlüsselfaktor für die Beziehungen zu Serbien, den Annäherungsprozess an die EU und das Ansehen des Landes auf internationaler Ebene.²⁹⁰

²⁸⁵ Vgl. Hoogenboom, Jitske (2011): The EU as a peacebuilder in Kosovo, Civil Society Dialogue Network, S.4.

²⁸⁶ Vgl. Ehrke, Michael (2012): Serbien: Zwischen Kosovo und der EU, Friedrich Ebert Stiftung, S.4.

²⁸⁷ International Crisis Group (2011): North Kosovo: Dual Sovereignty in practice, International Crisis Group, S.8-9.

²⁸⁸ Vgl. Hamilton, Aubrey (2012): From Technical Arrangements to Political Haggling: the Kosovo-Serbia Dialogue and the North of Kosovo, Group for Legal and Political Studies, S.27.

²⁸⁹ Vgl. Hoogenboom, Jitske (2011): The EU as a peacebuilder in Kosovo, Civil Society Dialogue Network, S.4.

²⁹⁰ Vgl. Rüger, Johannes / Schmidt, David (2010): Der Kosovo-Konflikt Analyse und zivilgesellschaftliche Lösungsperspektiven, Lehrforschungsprojekt: „Internationales Konfliktmonitoring“, Justus-Liebig-Universität Gießen, S.27.

5 Die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo

Als der Internationale Gerichtshof sein Rechtsgutachten zur Gültigkeit der Unabhängigkeitserklärung Kosovos veröffentlichte wonach die Unabhängigkeitserklärung nicht gegen das Völkerrecht verstoßen hatte, wurde im serbischen Parlament eine sogenannte „Kosovo-Resolution“ verabschiedet. Diese sollte vor der UNO die Unabhängigkeit Kosovos verurteilen und zu neuen Gesprächen über den Kosovo-Status forcieren. Während das serbische Außenministerium unter der Führung von Außenminister Vuk Jeremić die internationale Unterstützung für diese Resolution suchte, übten unterdessen EU-Politiker Druck auf Serbien aus, um Serbien davon zu überzeugen, dass diese Resolution der serbischen EU-Perspektive schaden könnte und in der Generalversammlung nicht angenommen werden würde.²⁹¹

Der „Gamechanger“ kam, als Serbien eine mit der EU abgestimmte Kompromiss-Resolution entworfen hatte. Die abgeänderte Version sollte nicht wie ursprünglich geplant, neue Statusgespräche fordern und die Unabhängigkeit Kosovos verurteilen. Die neue Fassung respektierte das Ergebnis des IGH und begrüßte die Bereitschaft der EU einen Prozess des Dialogs zwischen beiden Seiten zu leiten. Dieser Entwurfsvorschlag zielte auf eine Förderung der Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten ab, wodurch der Weg zur Europäischen Union gesichert und der Alltag der Menschen verbessert werden sollte. Dieser Kompromiss ebnete den Weg für einen Dialog zwischen Serbien und Kosovo Dialog, um über alle „offenen Fragen“ diskutieren zu können. Diese Resolution wurde von allen 27 EU Staaten und später in der Generalversammlung von 192 Staaten angenommen.²⁹² Für Catherine Ashton, die mit Boris Tadic eine akzeptable Lösung verhandelte, war es wohl der bis dahin größte Erfolg ihrer Amtszeit.²⁹³ Serbien hat den Fall Kosovo damit auf die Ebene der Europäischen Union übertragen²⁹⁴, womit Serbiens Kosovopolitik ab diesem Zeitpunkt im Rahmen der EU-Erweiterungspolitik untergeordnet wurde.²⁹⁵

Im März 2011 nahmen unter der Vermittlung der EU, Vertreter Kosovos und Serbiens erstmals seit 2008 wieder direkte Gespräche zur Regelung von technischen und behördlichen Fragen auf. Einige Monate nachdem der technische Dialog begonnen hatte, eskalierte allerdings die Situation im Norden Kosovos als Folge eines Zollstreits zwischen Serbien und Kosovo. Serbien

²⁹¹ Worsnip, Patrick (2010): Serbia backs compromise U.N. resolution on Kosovo, Reuters.com, 09.09.2010.

²⁹² Kosovo: Serbien gibt harten Kurs auf, EurActiv, 10.09.2010.

²⁹³ UN-Resolution zum Kosovo - Serbien lenkt ein, EurActiv, 09.09.2010.

²⁹⁴ Vgl. Ejodus, Filip (2014): The Brussels Agreement and Serbia's National Interests: A Positive Balance Sheet?, Konrad Adenauer Stiftung, S.2.

²⁹⁵ Vgl. Hasani, Shkelzen (2013): Die EU als internationaler Akteur: Eine Untersuchung am Fallbeispiel des Kosovokonflikts, S.34.

hatte den Import von Waren aus Kosovo verboten, weil es die Zollstempel ebenso wie die Unabhängigkeit des Landes nicht anerkannte. Während Serbien seine Waren und Produkte problemlos nach Kosovo importieren konnte, weigerte sich Serbien die Zollbeamten und Zollstempel der Republik Kosovo anzuerkennen. Der im März begonnene Dialog zwischen Serbien und Kosovo hatte damit bereits seinen ersten Rückschlag erhalten, nachdem sich beide Konfliktparteien auf kein Zollabkommen einigen konnten.

Der wirtschaftliche und innere Druck auf die Regierung in Prishtina, ein Zollabkommen zu erreichen nahm stetig zu. Aufgrund des wirtschaftlichen und politischen Drucks sah sich die Regierung in Prishtina mit zwei Alternativen konfrontiert. Eine rechtzeitige Einigung des Zollabkommens mit Serbien oder eine reziproke Maßnahme was ein sofortiges Importverbot serbischer Waren bedeutete. Mit der Begründung wonach Kosovo ein Importverbot kosovarischer Waren nach Serbien drei Jahre lang duldete ohne dabei reziproke Maßnahme zu setzen, reagierte die Regierung in Prishtina schlussendlich mit einem Importverbot serbischer Waren.²⁹⁶ Weil die beiden Grenzübergänge 1 und 31 (Brnjak und Jarinje) von Serben kontrolliert wurden, wurde dieses Importverbot von den (serbischen) Zollbeamten nicht umgesetzt. Am 25. Juli entsandte die Regierung in Prishtina eine Sonderspezialeinheit an beiden Grenzübergängen. Das Ziel war das Verbot mithilfe von Polizeitruppen durchzusetzen um „die gesetzliche Ordnung wiederherzustellen“. Bei der Besetzung ging es jedoch nicht allein um die Umsetzung des Importverbots. Dieser Schritt hatte auch eine symbolische Bedeutung da Serbien die zu Kosovo Grenze nicht als Staatsgrenze sondern als „administrative Linie“ definierte.²⁹⁷

Mit dieser Aktion sollte nach Maßgabe der Regierung in Prishtina „der staatliche Hoheitsanspruch Kosovos an den beiden Grenzübergängen durchgesetzt werden“.²⁹⁸ Die Serben im Norden Kosovos reagierten jedoch schnell und blockierten die Straßen die Richtung Grenzübergang 1 und 31 führten.²⁹⁹ Offensichtlich wurde die serbische Bevölkerung im Norden Kosovos mobilisiert, die daraufhin die Hauptstraße Prishtina-Kraljevo-Belgrad mit Baumstämmen und allerlei schweren Maschinen blockierten. Es kam zu heftigen Zusammenstößen mit mehreren Verletzten, wobei ein albanischer Polizist der Spezialeinheit seinen Verletzungen erlegen ist. Einheiten der internationalen Schutztruppe KFOR sicherten

²⁹⁶ Vgl. Hamilton, Aubrey (2012): From Technical Arrangements to Political Haggling: the Kosovo-Serbia Dialogue and the North of Kosovo, Group for Legal and Political Studies, S.7.

²⁹⁷ Vgl. Ehrke, Michael (2012): Serbien: Zwischen Kosovo und der EU, Friedrich Ebert Stiftung, S.1.

²⁹⁸ Vgl. Hamilton, Aubrey (2012): From Technical Arrangements to Political Haggling: the Kosovo-Serbia Dialogue and the North of Kosovo, Group for Legal and Political Studies, S.8.

²⁹⁹ Vgl. Ehrke, Michael (2011): Der Norden des Kosovo – ein gewalttätiger Raum?, Friedrich Ebert Stiftung, S.1.

daraufhin die Grenzübergänge und stundenlange Dreiecksverhandlungen zwischen Internationalen, Albanern und Serben führten zu einer Einigung. Beschlossen wurde die Rückkehr der Sonderpolizei nach Prishtina, die Auflösung aller Straßensperren, und der Zollposten Jarinje sollte ab diesem Zeitpunkt von serbischen und albanischen Kosovo-Polizisten betrieben werden.³⁰⁰ Zwei Tage später stürmten am Abend des 27. Juli 2011 ungefähr 50 maskierte Serben aus dem Norden Kosovos den Grenzübergang Jarinje und brannten den Grenzposten nieder. Etwa 25 Zollbeamte und Polizisten, darunter auch Vertreter der EULEX-Mission flüchteten nach Serbien. Die Angreifer attackierten auch einen KFOR-Posten in der Umgebung. Nach Angaben der Nato wurden auch Schüsse auf Nato-Soldaten und einen Helikopter abgegeben.³⁰¹ Als Reaktion auf die Unruhen wurden die Verhandlungen im Dialog zwischen Serbien und Kosovo intensiver und die zu klärenden Fragen spezifischer.³⁰²

Die Eskalation der Lage und viele weitere Zwischenfälle der letzten 15 Jahre sind auf die serbisch-albanischen Differenzen über die Souveränität Kosovos und den nördlichen Teil des Landes zurückzuführen. Mit dem Ende des Kosovo-Krieges hat sich eine demografische Entwicklung vollzogen. Während Serben sich nach dem Krieg vom gesamten Kosovo Richtung Norden bewegt haben, sind immer mehr Albaner südlich des Ibarflusses umgesiedelt. Dieser demographische Wandel ist besonders auf die Spannungen zwischen Serben und Albanern zurück zu führen. Damit wurde der nördliche Teil Kosovos zu einem umstrittenen Gebiet und Kosovo entlang einer ethnischen Linie geteilt. Die Weigerung der Serben im Norden einen kosovarischen Staat zu akzeptieren führte schlussendlich dazu, dass die Unabhängigkeit Kosovos zu einer de facto Teilung Kosovos inmitten der Stadt Mitrovica führte und zur Quelle vieler Konflikte wurde.³⁰³

Im Laufe der Jahre hat sich, gefördert durch den Status Quo und dem Mangel eines Systems von Recht und Ordnung, eine eigene Art von Souveränität, eine Selbstverwaltung und eine politische und finanzielle Selbstkontrolle im Norden Kosovos durchgesetzt, die ohne jeglichen Einfluss von den Behörden in Prishtina entstanden ist.³⁰⁴ Ein effektives Justizsystem, das sich mit der Kriminalität im Norden des Landes auseinandersetzen kann, ist nicht vorhanden wovon

³⁰⁰ Konflikt zwischen Serbien und Kosovo: Gewaltausbruch gefährdet Belgrads EU-Strategie, Spiegel Online, 28.07.2011.

³⁰¹ Vgl. Wysling, Andres (2011): Ein Stempel und ein Toter, Scharfmacher profilieren sich in Kosovo, Neue Zürcher Zeitung, 28.7.2011.

³⁰² Vgl. Lunacek, Ulrike (2012): Kosovo–Serbia: Will They Ever Come to Terms? What is the European Union’s Role?, Center for Transatlantic Relations, S.152.

³⁰³ Vgl. Dzihic, Vedran (2013): Bilanz und Zukunft des Westbalkans: Ungelöste Grenz- und Minoritätsfragen im Kontext der EU-Beitrittsbemühungen, Eine Bestandsaufnahme anlässlich des Beitritts Kroatiens zur EU, Österreichisches Institut für Internationale Politik, S.31.

³⁰⁴ Vgl. Ehrke, Michael (2012): Serbien: Zwischen Kosovo und der EU, Friedrich Ebert Stiftung, S.2.

vor allem die organisierte Kriminalität profitiert. Eine der größten Einnahmequellen ist der Schmuggel mit Benzin. Dieser unterliegt nämlich nicht der serbischen Mehrwertsteuer und wird zoll- und steuerfrei in den Norden Kosovos transportiert, an Behelfs-Tankstellen verkauft und in den restlichen Teil Kosovos geschmuggelt.³⁰⁵ Dies erklärt auch warum die organisierte Kriminalität in dieser Region kein Interesse an geregelten Verhältnissen hat.³⁰⁶ Die serbischen Parallelstrukturen konnten dabei auf jährliche Finanzhilfen aus Serbien in der Höhe von knapp 400 Mio. Euro zählen.³⁰⁷ Hinzu kommt, dass die Unabhängigkeitserklärung nichts an der Tatsache änderte, dass die mehrheitlich von Serben bewohnten Kommunen in Nord-Mitrovica, Leposavić, Zvečan und Zubin Potok mit etwa 55.000 – 65.000 Serben ihr eigenes Recht geltend machten.³⁰⁸

Mit dem neuen Ansatz der EU, Serbien und Kosovo per Dialog näher aneinander und näher an einen EU-Beitritt durch eine Normalisierung der Beziehungen zu leiten, zeigt die EU, dass sie trotz ihrer Spaltung gegenüber der Unabhängigkeit Kosovos über ausreichend Anreize und Mechanismen verfügt, beide Konfliktparteien an einen Tisch zu setzen, um sie zu einer Lösung ihres Konflikts zu bewegen.³⁰⁹ Der Dialog soll vor allem die Lage stabilisieren indem Serbien und Kosovo über eine Normalisierung der Beziehungen diskutieren. Weitere Fortschritte im EU-Integrationsprozess wurden nun an ein Abkommen zwischen Serbien und Kosovo geknüpft.³¹⁰

In einer Abschlusserklärung des Europäischen Rates im Dezember 2012 wird festgehalten, dass spürbare und nachhaltige Verbesserungen der Beziehungen und die Umsetzung aller Vereinbarungen gefordert werden. Außerdem soll ein konstruktives Verhalten dafür sorgen, dass Serbien und Kosovo sich auf ihrem europäischen Weg gegenseitig nicht behindern werden, womit der Prozess schrittweise zu einer Normalisierung der Beziehungen führen soll. Für Serbien wurde dies im Fortschrittsbericht der EU-Kommission als „prioritäres Kernziel“ festgehalten und direkt an die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen geknüpft.³¹¹

³⁰⁵ Vgl. Hamilton, Aubrey (2012): From Technical Arrangements to Political Hagglng: the Kosovo-Serbia Dialogue and the North of Kosovo, Group for Legal and Political Studies, S.10.

³⁰⁶ Vgl. International Crisis Group (2011): North Kosovo: Dual Sovereignty in practice, International Crisis Group, S.13.

³⁰⁷ Vgl. EU-Normalisierungsabkommen sorgt für Streit in Serbien, Handelsblatt, 03.05.2013.

³⁰⁸ Vgl. Czymmeck, Anja (2013): Meilenstein im Kosovo-Serbien-Dialog, Konrad Adenauer Stiftung e.v., S.1-3.

³⁰⁹ Vgl. Hoogenboom, Jitske (2011): The EU as a peacebuilder in Kosovo, Civil Society Dialogue Network, S.15.

³¹⁰ Vgl. Podrimja, Fellanza (2013): Die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien: Eine Analyse am Beispiel des Normalisierungsabkommens, S.13.

³¹¹ Rat der Europäischen Union (2012): Mitteilung an die Presse, 3210. Tagung des Rates, 11.12.2012.

5.1 Der Dialog zwischen Serbien und Kosovo

Der Dialogprozess zwischen Serbien und Kosovo darf nicht als ein transparenter oder demokratischer Prozess verstanden werden. Dieser fand hinter verschlossenen Türen statt, abgeschottet von den Medien. Die involvierten Personen im Dialog wurden auf wichtige Entscheidungsträger beschränkt, wodurch nur eine sehr begrenzte Anzahl von Personen im Prozess miteinbezogen worden ist. Im Laufe des Prozesses handelte es sich um einen nahezu totalen Ausschluss der Bevölkerung, worüber weder die Zivilgesellschaft, die Wissenschaft oder Verbände informiert waren und dadurch keinerlei Einfluss auf den Dialog nehmen konnten. Sowohl die kosovarische als auch die serbische Seite waren die gesamte Dauer des Dialogs der Rechenschaft gegenüber der EU verpflichtet, während Medien und die Bevölkerung nur Vermutungen anstellen konnte und höchstens über kurze Statements der Politiker den Fortgang des Dialogs erfahren durften.³¹²

Der technische Dialog sollte die Möglichkeit bieten, über alle administrativen Angelegenheiten verhandeln zu können, ohne den Status „Nordkosovos“ zu thematisieren. Die Europäische Union hat Serbien bereits vor Beginn des technischen Dialogs mitgeteilt, dass die territoriale Integrität Kosovos anzuerkennen ist und eine Teilung Kosovos nicht in Frage kommt.³¹³ Kosovo versuchte jegliche politische Verhandlungen zu vermeiden und wollte ausschließlich über „technische Fragen“ und Themen behandeln.³¹⁴ Die kosovarische Seite stellte oftmals ihren Standpunkt dar, wonach keine „politischen Themen“ besprochen werden sollten, da von der kosovarischen Seite politische Verhandlungen mit Verhandlungen über den Norden Kosovos gleichgesetzt wurden.³¹⁵ Serbien hingegen erklärte folgende Punkte für nicht verhandelbar: Die Grenzkontrollen zu Serbien, die Zölle für eingeführte Waren aus Serbien und ein Verbot der serbischen Kennzeichen.³¹⁶ Zu Beginn des am 8. März begonnenen (technischen) Dialogs zwischen Belgrad und Prishtina stützten sich die Sitzungen auf 3 Punkte, die regionale Kooperation, die Bewegungsfreiheit der Bürger und die Rechtsstaatlichkeit. In dem Dialog in

³¹² Vgl. Morina, Engjellushe (2014): Brussels “First Agreement” - A year after, Konrad Adenauer Stiftung, S. (6-7).

³¹³ Kosovo und Serbien auf Schmuskurs?, Deutsche Welle, 19.10.2012.

³¹⁴ Serbien-Kosovo: "Ein Koffer voller neuer Vorschläge", Die Presse, 08.03.2011.

³¹⁵ Priština team head announces next round of talks, B92, 09.10.2011.

³¹⁶ Vgl. Podrimja, Fellanza (2013): Die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien: Eine Analyse am Beispiel des Normalisierungsabkommens, S.3-4.

dem die heikle Statusfrage ausgeklammert wurde, sollten Fortschritte und Lösungen über praktische Fragen mithilfe technischer Zusammenarbeit erreicht werden.³¹⁷

Im Zeitraum von zwölf Monaten wurden neun Sitzungen auf Ebene der Delegationsleiter Edita Tahiri (Kosovo) und Borko Stefanović (Serbien) organisiert. Dabei wurden folgende Themen behandelt: Die finanzielle Kooperation zwischen beiden Seiten, die Anerkennung der Universitätsabschlüsse, der Telekommunikationssektor, der Flugverkehr, Zoll- und Grenzfragen (Integrierte Grenzkontrolle) und der Austausch von Personenstandsregistern.³¹⁸ Weitere Themen betrafen die Energieversorgung, die Bewegungsfreiheit, die Registrierung von Fahrzeugkennzeichen und die Präsenz Kosovos bei regionalen Konferenzen.³¹⁹ Im Laufe der Verhandlungen wurde immer deutlicher, dass die EU diesen Dialog zur Klärung der technischen Fragen auf ein höheres Niveau heben wollte, womit Gespräche zwischen den Ministerpräsidenten beider Seiten zur Normalisierung der Beziehungen führen sollten. Immer klarer schien auch die Strategie der EU von Anreizen und Sanktionen. Kompromisse und Einigungen sollten honoriert werden. Mangelnde Kooperation sollte zu Verzögerungen oder einer totalen Suspendierung der EU-Annäherung führen. Dadurch hat die EU eine Möglichkeit gefunden hat, beide Konfliktparteien am Verhandlungstisch zu halten. Die Gespräche wurden an die EU-Integration beider Staaten geknüpft, wonach die Normalisierung in erster Linie dazu beitragen sollte, dass beide Staaten anhand von Zusammenarbeit und Abkommen ungelöste Streitfragen behandeln und sich durch eine Annäherung aneinander im Integrationsprozess nicht weiter blockieren sollen.

Am 19. Oktober 2012 trafen der serbische Premier Ivica Dačić und der kosovarische Premier Hashim Thaçi in Brüssel zusammen. Allein das Zusammentreffen beider Ministerpräsidenten war für die EU ein erster diplomatischer Erfolg der EU. Das Ziel war, auch wenn zu diesem Zeitpunkt kaum explizit erwähnt, eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo. Die Gespräche leitete die ehemalige Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und ehemalige erste Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Catherine Ashton. Schon zu Beginn äußerten sich Thaçi und Dačić positiv zu den Gesprächen und schienen zumindest nach außen die Hoffnung einer historischen Einigung zu wahren. Interessanterweise standen sich hier zwei ehemalige „Kontrahenten“ gegenüber. Dačić wie

³¹⁷ Vgl. Busse, Nikolas / Martens, Michael (2011): Einigung im Zollstreit mit dem Kosovo, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.09.2011.

³¹⁸ Belgrade-Priština dialogue continues, B92.net, 28.03.2011.

³¹⁹ Vgl. Europäische Union (2012): Press Statement, EU facilitated dialogue: Agreement on Regional Cooperation and IBM technical protocol.

bereits erwähnt, einst Sprecher der Regierung von Slobodan Milošević und Hashim Thaçi, Mitbegründer und ehemaliger Führer der UÇK („Befreiungsarmee des Kosovo“). Interessanterweise verhandelte ausgerechnet Ivica Dačić mit Thaçi, der den damaligen Präsident Boris Tadić stark kritisierte, als dieser bei einer Konferenz in Dubrovnik dem kosovarischen Premier die Hand schüttelte. Nun lag es an Dačić eine Normalisierung der Beziehungen mit Kosovo zu Stande zu bringen.³²⁰

Für beide Politiker handelte es sich um ein gewagtes Vorhaben, denn sie sind in einen Dialog getreten durch diesen sie nicht nur dem Druck der Europäischen Union, sondern auch dem Druck der Oppositionsparteien im eigenen Land standhalten mussten.³²¹ Gerüchte und Vermutungen über vereinbarte Einigungen mit denen sich serbische und kosovarische Medien nahezu täglich auseinandersetzten, erschwerten das Verhandlungsklima immens. In den Medien tobte ein medialer und politischer „Interpretationskrieg“ rund um die Geschehnisse und Ergebnisse im Verhandlungsprozess. Unterschiedliche Medien und Politiker versuchten in Serbien und in Kosovo jedes Ereignis im eigenen Sinne zu interpretieren. Oppositionelle Parteien in Serbien warfen Dačić die indirekte Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos vor, wogegen Thaçi vorgeworfen wurde, dass er eine Autonomie im Norden Kosovos akzeptieren würde und die Entstehung einer „Republika Srpska“ in Kosovo nach Bosnischem Beispiel zulässt. Am 19.04.2013 führte die zehnte Verhandlungsrunde zu einem Abkommen zwischen Thaçi und Dačić über eine Normalisierung ihrer Beziehungen. Es schien der erste bedeutende Schritt auf dem Weg zu guten nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo. Das aus diesen Gesprächen zwischen beiden Seiten resultierende Normalisierungsabkommen, auf dessen Implementierung die EU drängt, stützt sich auf einen 15-Punkte plan:³²²

³²⁰ Vgl. Dacic and Thaci Meet in Brussels, Make History 0, BalkanInsight.com, 19.10.2012.

³²¹ Vgl. Serbia and Kosovo reach EU-brokered landmark accord, BBC.com, 19.04.2013.

³²² Vgl. Podrimja, Fellanza (2013): Die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien: Eine Analyse am Beispiel des Normalisierungsabkommens, S.13-14.

- 1. Es wird einen Verein/ eine Gemeinschaft der serbischen Gemeinden im Kosovo geben. Die Mitgliedschaft ist offen für jede andere Gemeinde, wenn die Mitglieder des Gemeindeverbandes zustimmen.*
- 2. Der Verband wird durch ein Statut begründet. Eine Auflösung erfolgt nur, wenn dies von den Mitgliedsgemeinden entschieden wird. Rechtliche Garantien werden nach geltendem Recht und Verfassungsrecht (einschließlich einer Zweidrittelmehrheit) zur Verfügung gegeben.*
- 3. Die Struktur des Gemeindeverbandes wird im Rahmen der bestehenden Satzung des Verbandes der Gemeinden Kosovos festgelegt werden.*
- 4. Im Einklang mit den Befugnissen, die die europäische Charta für Selbstverwaltung und das Kosovarische Gesetz regeln, haben die Gemeinden das Recht, zu kooperieren und ihre Befugnisse gemeinschaftlich zu erfüllen. Der Gemeindeverband hat einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung, Bildung, Gesundheit und Stadt- und Landplanung.*
- 5. Der Gemeindeverband kann zusätzliche Kompetenzen von der Zentralregierung übertragen bekommen.*
- 6. Der Gemeindeverband soll in allen zentralen Ebenen vertreten sein.*
- 7. Es soll eine Polizeigewalt geben, die den Namen Kosovo-Polizei haben wird. Die gesamte Polizei soll in die Struktur der Kosovo Polizei integriert werden. Gehälter werden nur von der Kosovo Polizei bezahlt.*
- 8. Mitglieder anderer serbischer Sicherheitsstrukturen wird ein Platz in einer äquivalenten Kosovarischen Struktur angeboten.*

- 9. Es soll einen regionalen Polizeikommandanten für die vier serbischen Gemeinden (Nord-Mitrovica, Zvecan, Zubin Potok und Leposavic) geben. Der Kommandeur der Region muss ein Serbe aus dem Kosovo sein der vom Innenministerium von einer Vorschlagsliste der Bürgermeister der vier Gemeinden, die sie im Namen des Gemeindeverbandes erstellen, ernannt wird. Die Zusammensetzung der Kosovo Polizei im Norden wird die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung der vier Gemeinden reflektieren. (Für die Gemeinden Süd-Mitrovica, Skenderaj und Vushtrri wird es ebenfalls einen Regionalkommandanten geben). Der Regionalkommandeur der vier Nord-Gemeinden wird mit den anderen Regionalkommandeuren kooperieren.*
- 10. Die Justizbehörden werden in den Rechtsrahmen des Kosovo integriert. Das Appellationsgericht in Prishtina wird ein Gremium der Kosovo-Serben-Richter für alle serbischen Gemeinden mit serbischer Mehrheit gründen. Eine Abteilung des Gerichts, bestehend aus Verwaltungskräften und Richtern wird dauerhaft einen Sitz in Nord-Mitrovica, (Amtsgericht Mitrovica) haben.*
- 11. Die Kommunalwahlen 2013 sollen in den nördlichen Gemeinden unter Koordinierung der OSZE im Einklang mit dem Kosovo Gesetz und internationalen Standards abgehalten werden.*
- 12. Ein Implementierungsplan mit einem Zeitplan soll bis 26. April erstellt werden.*
- 13. Die Diskussionen zu Energie und Telekommunikation werden von beiden Seiten intensiviert und bis 15. Juni abgeschlossen sein.*
- 14. Es wird vereinbart, dass keine Seite der anderen den Weg in die EU blockiert oder eine andere Partei dazu ermutigt.*
- 15. Ein Umsetzungskomitee wird von beiden Seiten mit Unterstützung der EU eingerichtet.*

³²³ Czymmeck, Anja (2013): Meilenstein im Kosovo-Serbien-Dialog, Konrad Adenauer Stiftung e.v.

5.2 Implementierung der Abkommen

Belgrad und Prishtina konnten sich im Dialog unter der Leitung der EU auf eine Reihe von Vereinbarungen einigen. Einige davon betreffen etwa die gemeinsame Verwaltung der (Grenz)Übergänge (IBM), die Reisefreiheit der kosovarischen Bürger mit einem Personalausweis, ein Abkommen über die Anerkennung von Universitätsabschlüssen und das Auftreten Kosovos bei internationalen Konferenzen, welches Serbien bis dato boykottiert hatte. Weitere wichtige Vereinbarungen sind unter anderem die Einführung des integrierten Grenzmanagements (IBM)³²⁴, die Errichtung von Verbindungsbüros in Belgrad und Prishtina³²⁵, die Zollerhebung und der Fond für die Entwicklung der vier serbischen Gemeinden im Norden.³²⁶

Gemäß des Abkommens über das Auftreten Kosovos, tritt Kosovo nach außen unter der Bezeichnung „Kosovo*“ mit einer Fußnote auf, welche auf das Urteil des Internationalen Gerichtshofes hinweist und keine Aussage über den Rechtsstatus Kosovos bedeutet.³²⁷ Somit können Vertreter der kosovarischen Institutionen ohne Referenz auf die UN-Resolution 1244 an regionalen Treffen oder Veranstaltungen teilnehmen.³²⁸ Davor wurde Kosovo durch die UNMIK repräsentiert.³²⁹ Serbien hingegen fühlt sich durch eine Anwesenheit der Kosovo-Delegation nicht „provoziert“ und muss dadurch nicht den Saal verlassen. Die EU kann dadurch mit Kosovo interagieren, ohne Kosovo dabei als Staat anzuerkennen.³³⁰ Die Umsetzung dieser Einigung war von vielen Hindernissen durch die serbische Seite geprägt.³³¹ Diese wurden meist überwunden indem die kosovarische Seite sich an die EU wandte und durch Vertreter der EU gelöst werden konnte.³³² Die Fußnote hat ihren Zweck jedoch bereits überschritten und wird mittlerweile von der kosovarischen Seite als Gefährdung der eigenen staatlichen Souveränität betrachtet. Die Einigung wurde teils auch unterschiedlich interpretiert, wodurch die Fußnote

³²⁴ Vgl. Ivanji, Andrej (2012): Grenzstreit beigelegt, Die Tageszeitung, 05.12.2012.

³²⁵ Vgl. Deda, Ilir / Qosaj-Mustafa, Ariana (2013): Zbatimi i marrëveshjes së dialogut politik Kosovë-Serbi, Instituti Kosovar për Kërkime dhe Zhvillime të Politikave (KIPRED), S.8.

³²⁶ Europäische Union (2012): Press Statement, EU facilitated dialogue: Agreement on Regional Cooperation and IBM technical protocol.

³²⁷ Vgl. Czymmek, Anja (2011): Zehn Jahre Ohrider Rahmen-abkommen, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., S.1.

³²⁸ Përfaqësimi dhe Bashkëpunimi Rajonal, Zyra e Kryeministrit, 25.02.2012.

³²⁹ Vgl. "Mehr Sportsgeist, mehr Druck auf Anerkennung Kosovos", Interview mit Ulrike Lunacek, EurActiv.de, 07.03.2014.

³³⁰ Vgl. Lehne, Stefan (2012): Kosovo and Serbia: Toward a Normal Relationship, Endowment for International Peace, S.3.

³³¹ Vgl. Malazogu, Leon / Bieber, Florian (2012): "The Future of Interaction between Prishtina and Belgrade." Südosteuropa Mitteilungen, S.26-43.

³³² Agreed Conclusions, Helsinki Committee for Human Rights in Serbia.

auch in Foren und Dokumenten verwendet wird, was allerdings nicht in den Geltungsbereich dieser Vereinbarung einfällt.³³³

Im Bereich des Grenzmanagements haben sich Belgrad und Prishtina am 02. Dezember 2011 auf eine gemeinsame Verwaltung der Kontrollstellen der sechs (Grenz)-Übergänge geeinigt wodurch nur einer der beiden Grenzposten verwendet wird an welchem serbische, kosovarische und EU-Beamte tätig sind.³³⁴ „IBM“ steht im herkömmlichen Sinn für „Integrated Border Management“, im Abkommen wird dieser Modus allerdings als „Integrated management for crossing points“ bezeichnet, da Serbien den (Grenz)Übergang nicht als Grenze betrachtet.³³⁵ Der Implementierungsprozess war von vielen Vorfällen geprägt und galt als ein sehr komplexer Prozess, wodurch die Umsetzung des IBM-Systems mittlerweile als großer Erfolg gewertet werden kann.³³⁶ Die bereits im technischen Dialog zustande gekommenen Vereinbarungen über die Reisefreiheit, ermöglicht die Grenzüberquerung mit einem Personalausweis bzw. kosovarischen Kennzeichentafeln was dahin nicht möglich war.³³⁷ Vor diesem Abkommen mussten die kosovarischen Staatsbürger ihre Dokumente verbergen und vor dem Eintritt in serbisches Territorium die Kennzeichentafeln wechseln.³³⁸

In den Vereinbarungen zwischen Belgrad und Prishtina wurde auch die Einrichtung eines Verbands / Assoziation / Gemeinschaft der serbischen Gemeinden in Kosovo vorgesehen die innerhalb des kosovarischen Rechtsrahmens funktionieren soll und in der kosovarischen Verfassung verankert sein soll.³³⁹ Diese wird nach dem Model des bereits bestehenden Kommunalverbands in Kosovo errichtet und soll über eine eigene Satzung und ein eigenes Gremien verfügen und gegenüber der Zentralregierung eine Vertretungsfunktion einnehmen.³⁴⁰

Die Punkte eins bis sechs des Brüsseler Abkommens die sich mit der Umsetzung und den Befugnissen der Gemeinschaft der serbischen Gemeinden in Kosovo beschäftigen, wurden bis dato jedoch nicht umgesetzt.³⁴¹ Daraus ergibt sich, dass auch weiterhin die mangelhafte

³³³ Vgl. Group for Legal and Political Studies (2014): The Implementation of the EU facilitated Agreement(s) between Kosovo and Serbia, S.6.

³³⁴ Menaxhimi i Integruar i Kufirit, Konkluzionet e dakorduara te IBM-it, Zyra e Kryeministrit, 02.12.2011.

³³⁵ EU-Kommission (2013) Gemeinsamer Bericht an das Europäische Parlament und den Rat, S.4, 13.

³³⁶ Vgl. Hamilton, Aubrey (2012): From Technical Arrangements to Political Haggling: the Kosovo-Serbia Dialogue and the North of Kosovo, Group for Legal and Political Studies, S.17-18.

³³⁷ Serbia and Kosovo sign deals, AlJazeera, 02.07.2011.

³³⁸ Vgl. Hamilton, Aubrey (2012): From Technical Arrangements to Political Haggling: the Kosovo-Serbia Dialogue and the North of Kosovo, Group for Legal and Political Studies, S.18.

³³⁹ Vgl. Jureković, Predrag (2013): Kosovo-Abkommen – Implementierung als Lackmustest, Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement, S.2-3.

³⁴⁰ EU-Kommission (2013) Gemeinsamer Bericht an das Europäische Parlament und den Rat, S.5.

³⁴¹ Vgl. Deda, Ilir / Qosaj-Mustafa, Ariana (2013): Zbatimi i marrëveshjes së dialogut politik Kosovë-Serbi, Instituti Kosovar për Kërkime dhe Zhvillime të Politikave (KIPRED), S.9.

Rechtsstaatlichkeit und die defizitären, intransparenten und pflichtwidrigen Institutionen im Norden Kosovos weiterhin existieren können.³⁴² Im Bereich der sogenannten „Assoziation der serbischen Gemeinden“ gibt es noch ausreichend Verhandlungspotenzial, da Serbien und Kosovo aber auch die Partei „Serbische Liste“ die Rechtsstellung der „Assoziation“ zu ihren Gunsten beeinflussen möchten. Am 13. Juni hat die Regierung in Kosovo ein Gesetz über die kommunale Selbstverwaltung verabschiedet um die Errichtung der „Assoziation der serbischen Gemeinden“ zu ermöglichen. Die Gemeinden im Norden Kosovos verfügen demnach über eine „Assoziation“, die jedoch einen NGO-Status hat und keine staatlichen Machtbefugnisse hat. Die Errichtung einer ethnisch motivierten „Assoziation“ steht dabei im Einklang mit der serbischen Außenpolitik, wodurch Serbien durch serbische Politiker im Norden Kosovos direkten Einfluss auf Kosovos Politik ausüben könnte, insbesondere sofern die Regierung in Prishtina staatliche Kompetenzen an die „Assoziation“ überträgt.³⁴³

Im Dialog zwischen Belgrad und Prishtina konnten auch Einigungen über den Energie- und Telekommunikationssektor erzielt werden. Die kosovarische Regierung fordert bereits seit der Unabhängigkeit eine eigene Telefonvorwahl, da Kosovo auch sieben Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung die serbische Vorwahl verwendet. Für Kosovo hat die Vorwahl eine besondere Bedeutung. Eine eigene Vorwahl soll demnach die Staatlichkeit Kosovos stärken. Belgrad will seinerseits die serbischen Mobiltelefonanbieter im Norden Kosovos beibehalten.³⁴⁴ Serbien versuchte in den Verhandlungen die Tätigkeit der serbischen Telekom in Kosovo bzw. zumindest im Norden Kosovos aufrecht zu erhalten. Der im Norden Kosovos ansässige serbische Anbieter soll nach dem Kompromiss auch weiterhin funktionieren. Frühestens 2015 sollte laut Vereinbarung eine Ausschreibung für einen weiteren Telefonanbieter ausgegeben werden. Verbindungen zwischen Serbien und Kosovo werden allerdings weiterhin als Lokalgespräche verrechnet. Die Monaco-Vorwahl für Kosovo wird seit mehreren Jahren über eine französische Gesellschaft organisiert, während, eine slowenische Gesellschaft IPKO die slowenische Vorwahl in Kosovo ermöglicht hat.³⁴⁵ Im Rahmen des Dialogs vereinbarten beide Seiten, dass Kosovo eine dreistellige Vorwahl (+383) mit den Standards und Prinzipien der Internationalen Fernmeldeunion in Übereinstimmung (International Telecommunication Union, ITU) erhalten soll. Dieser Prozess hätte Ende Januar 2015 abgeschlossen werden sollen. Ab diesem Zeitpunkt sollte die Vorwahl von allen

³⁴² Vgl. Gavrilović, Zoran / Dimitrijević, Pavle (2015): Report on the Implementation of the Brussels Agreement, Bureau for Social Research, S.20-21.

³⁴³ Vgl. Group for Legal and Political Studies (2014): The Implementation of the EU facilitated Agreement(s) between Kosovo and Serbia, S.3

³⁴⁴ Serbien und Kosovo einigen sich auf Kompromiss, Die Presse, 09.09.2013.

³⁴⁵ Rathfelder, Erich (2013): Teileinigung bei Kosovo-Gesprächen, Die Tageszeitung, 10.09.2013.

Betreibern in Kosovo genutzt werden, wodurch die serbische Vorwahl (+381) auch weiterhin gültig sein wird.³⁴⁶ Aktuell gibt es jedoch wenig bis kaum Fortschritte im Telekommunikationsbereich.³⁴⁷ Die Vergabe der Vorwahl scheiterte nach offiziellen Angaben Kosovos an der Erstellung eines Implementierungsplans, womit Kosovo auch 2015 keine eigene Vorwahl erhalten wird.³⁴⁸ Besonders problematisch erscheint dabei die Frage, inwiefern Kosovo die Vorwahl durch die Internationale Fernmeldeunion erhalten möchte, da Kosovo kein Mitglied der UNO ist und somit nicht in der Lage ist, einen eigenen Antrag zu stellen. Vorschläge wonach Serbien einen Antrag auf eine zweite Vorwahl stellt und diese Vorwahl dann an Kosovo weitergibt, wurden von der kosovarischen Seite bereits mehrmals zurück gewiesen. Weitere Treffen und Vereinbarungen zur Implementierung sind daher in den kommenden Verhandlungsrunden zu erwarten.

Im Bereich der Energieversorgung scheint es deutlich mehr Unstimmigkeiten zu geben, insbesondere im Bereich der Zuständigkeit der Energieversorgung des serbischen Nordens und beim Kraftwerk und Stausee Gazivoda, der sich zu einem Drittel auf serbischem Gebiet befindet. Serbien möchte den Einfluss in dieser Region nicht verlieren, während Kosovo das Kraftwerk und den Stausee Gazivoda für sich beansprucht.³⁴⁹ Im Bereich der Energieversorgung fordert Kosovo ein autonomes Elektrizitätsversorgungssystem, während Serbien im Norden Kosovos seine eigene von Prishtina unabhängige Energieversorgung beibehalten möchte.³⁵⁰ Beide Seiten haben laut Angaben bereits vereinbart, dass Mitarbeiter im Kraftwerk Valac im Norden Kosovos keine Arbeitsverträge mit ethnisch-albanischen Behörden unterzeichnen müssen.³⁵¹ Kosovo versucht dabei Verhandlungen dahingehend zu beeinflussen, wonach ausschließlich kosovarische Anbieter nach kosovarischen Regularien und Gesetzen Lizenzen für Bereiche der Energie- und Telekommunikation beantragen dürfen.³⁵² Sowohl Eigentumsfragen als auch Fragen über Energieunternehmen und der Übernahme der Stromversorgung wurden auf spätere Verhandlungsrunden vertagt. Für Serbien geht es hierbei nicht nur um den Einfluss im mehrheitlich von Serben bewohnten Norden Kosovos. Es geht auch um viel Geld denn sowohl die Telekom Srbija als auch serbische Stromversorger haben Einkünfte aus Kosovo die sie nicht verlieren möchten.³⁵³ Die Implementierung der

³⁴⁶ Kosovo bekommt doch noch eigene Telefonvorwahl, Die Presse, 27.08.2013.

³⁴⁷ Aranzhimet lidhur me Telekomunikacionin, Konkluzionet e dakorduara, Zyra e Kryeministrit, 08.09.2013.

³⁴⁸ Vgl. Kosova nuk starton me kodin telefonik nga 2015-a, 23.10.2014, Gazeta Koha.

³⁴⁹ Vgl. Miljkovic, Marijana (2013): Kosovo will eigene Vorwahl, Serbien Energie, Wirtschaftsblatt, 10.07.2013.

³⁵⁰ Vgl. Aranzhimet lidhur me Energjinë, Konkluzionet e dakorduara, Zyra e Kryeministrit, 08.09.2013.

³⁵¹ Vgl. Fortschritte bei Gesprächem zwischen Serbien und Kosovo, Die Welt, 09.09.2013.

³⁵² Vgl. Serbia, Kosovo Reach Deals On Energy, Telecoms, Radio Free Europa, 09.09.2013.

³⁵³ Vgl. Czarnowska, Martyna (2013): Eine Nummer für den Kosovo, Wiener Zeitung, 09.09.2013.

Vereinbarungen im Energie- und Telekommunikationssektor sind für die Entwicklung dieser Sektoren besonders wichtig wodurch weitere Verhandlungen zu erwarten sind.

Im Mai 2013 haben sich Belgrad und Prishtina auch auf Verbindungsbüros geeinigt, die dafür sorgen, dass Besuche von Vertretern beider Seiten nicht mehr über das EU-Büro, sondern über die Verbindungsbüros in Belgrad und Prishtina bekannt gegeben werden.³⁵⁴ Die Verbindungsbüros haben am 17. Juli 2013 offiziell ihre Arbeit aufgenommen.³⁵⁵ Während sich Serbien nach der Unabhängigkeitserklärung weigerte, in direkten Kontakt mit Offiziellen der Republik Kosovo zu treten, waren es vor allem die UNMIK und die EULEX, die als Vermittler ein Mindestmaß an Kommunikation zwischen beiden Seiten ermöglichten. Was in Kosovo de facto als Anerkennung Kosovos gewertet wird, wird in Serbien als eine Entbürokratisierung gesehen. Der Analyst und Balkanexperte Dušan Janjić sieht hierbei allerdings die ersten Schritte zur Etablierung von diplomatischen Beziehungen zwischen Belgrad und Prishtina.³⁵⁶

In Bezug auf die „Barrikade“ auf der Brücke des Ibarflusses konnte zwar die „Steinbarrikade“ entfernt werden, allerdings wurde diese durch eine „Parkbarrikade“ ersetzt. Diese Barrikade, die hauptsächlich aus Pflanzen besteht und einem Garten gleicht, wurde so gebaut, dass die physische Teilung der Stadt Mitrovica weiterhin gewahrt wird.³⁵⁷

Im Bereich der Anerkennung der Universitäts- und Schulabschlüsse einigte man sich darauf, dass eine von beiden Seiten akzeptierte internationale Agentur bzw. akademische Institution der EU die Zertifizierung der Universitätsabschlüsse übernimmt.³⁵⁸ Das Abkommen wurde am 02. Juli 2011 erreicht, jedoch hat der serbische Verfassungsgerichtshof die Anerkennung der Universitätsabschlüsse als Verfassungswidrig erklärt.³⁵⁹ Diesbezüglich hat die Regierung in Serbien einer Verordnung zugestimmt, die eine besondere Anerkennung der Hochschulunterlagen und der Evaluierung von Studiengängen der Universitäten Kosovos ermöglicht. Diese Verordnung wurde mit der Resolution 1244 in Einklang gebracht. In Bezug auf die weitere Implementierung gibt es allerdings noch keine aktuellen Daten.³⁶⁰

³⁵⁴ Vgl. Karadaku, Linda (2012): Kosovo and Serbia agree on liaison officers, Southeast European Times, 12.12.2012.

³⁵⁵ Vgl. Group for Legal and Political Studies (2014): The Implementation of the EU facilitated Agreement(s) between Kosovo and Serbia, S.6.

³⁵⁶ Kosovo talks: Liaison offices to issue visit permits, B92.net, 18.11.2014.

³⁵⁷ Vgl. Group for Legal and Political Studies (2014): The Implementation of the EU facilitated Agreement(s) between Kosovo and Serbia, S.5.

³⁵⁸ Erste Abkommen zwischen Serbien und Kosovo, EurActiv, 04.07.2011.

³⁵⁹ Pranimi i Diplomave Universitare, Konkluzionet e dakorduara, Zyra e Kryeministrit, 02.07.2011.

³⁶⁰ Serbia njih diplomat e universiteteve të Kosovës, “sipas rezolutës 1244 të KS të OKB-së”!, Telegrafi.com, 14.11.2014.

Am 02. Juli 2011 wurde eine Einigung über den Austausch von Zivilregister³⁶¹ und Kataster zwischen Serbien und Kosovo ausverhandelt.³⁶² Die alten Register wurden im Krieg 1999 aus Kosovo nach Serbien gebracht.³⁶³ Um eine Einigung zu erreichen, einigten sich die Parteien auf Kopien wovon bereits Mitte August 2014, 10.264 von 10.709 an EULEX und weiter an die Autoritäten Kosovos ausgehändigt wurden.³⁶⁴ Der Beginn der Lieferung dieser Dokumente wurde nur sehr schleppend umgesetzt.³⁶⁵ Die ursprünglich vereinbarte Frist wurde deutlich überschritten womit die EU ein Projekt über eine Million Euro bezahlte, um die amtlichen Unterlagen innerhalb eines Jahres in Serbien scannen zu lassen. Diese Unterlagen sind besonders zur Klärung der Eigentumsverhältnisse in Kosovo wichtig, wodurch es durch das Fehlen dieser Bücher seit 1999 zu vielen Manipulationen um den Verkauf von Grundstücken gekommen ist. Während das Abkommen über die Kopien der Zivilregister als Umgesetzt gilt, ist die Implementierung des Kataster-Abkommens nicht vollständig umgesetzt und wurde vom Verfassungsgerichtshof in Serbien als Verfassungswidrig erklärt, wodurch die Regierung in Serbien neue Möglichkeiten finden musste um das Abkommen umzusetzen.³⁶⁶ Eine weitere Vereinbarung betrifft den Zollstreit zwischen Serbien und Kosovo.³⁶⁷

Der Zollstreit zwischen Serbien und Kosovo wurde beigelegt, indem am 02. September 2011 eine Einigung getroffen wurde, wonach der Zollstempel Kosovos nicht mehr die Aufschrift „Republic of Kosovo“ sondern nur „Kosovo“ bzw. „Kosovo Customs“ trägt.³⁶⁸ Diese Vereinbarung hatte große Wellen geschlagen. Belgrad war ursprünglich nicht bereit Kosovo-Beamte an der „administrativen Linie“ akzeptieren zu wollen. Die Einigung führte dazu, dass die Regierung Kosovos diesen Schritt als Anerkennung der Unabhängigkeit wertete, während die Opposition dieses Abkommen als Konzession wertete, wonach Kosovo demnach auf seine Staatlichkeit verzichtet hat. Ähnliche Debatten wurden auch in Serbien geführt, wobei die Opposition kritisierte, dass Serbien Kosovo damit anerkannt habe, während die Regierung in Belgrad diese Lösung als Erfolg wertete, indem die Aufschrift „Republic Kosovo“ aus dem Zollstempel entfernt werden konnte. Diese Einigung wurde von beiden Seiten im September

³⁶¹ Librat amzë Konkluzionet e dakorduara, Zyra e Kryeministrit, 02.07.2011.

³⁶² Shenime kadastrale, Konkluzionet e dakorduara, Zyra e Kryeministrit, 02.09.2011.

³⁶³ Vgl. Serbien und Kosovo: Durchbruch bei Gesprächen, Die Presse, 02.07.2011.

³⁶⁴ Republika e Kosovës (2014): State of Play in Implementation of the Brussels Agreements, Government of the Republic of Kosovo, S.28.

³⁶⁵ Vgl. SEESOX (2014): Serbia/Kosovo: The Brussels Agreements and Beyond, South East European Studies at Oxford, S.3.

³⁶⁶ Vgl. Group for Legal and Political Studies (2014): The Implementation of the EU facilitated Agreement(s) between Kosovo and Serbia, S.5.

³⁶⁷ Vgl. Wölfl, Adelheid (2012): Neuer Anlauf für eine normalere Nachbarschaft im Kosovo, Standard.at, 26.08.2012.

³⁶⁸ Vula Doganore, Konkluzionet e dakorduara, Zyra e Kryeministrit, 02.09.2011.

2011 umgesetzt. Zu Beginn wurde diese Einigung auf vier von den sechs (Grenz)-Übergängen umgesetzt und im Laufe des Implementierungsprozesses auch an den zwei übrigen Übergängen.³⁶⁹

Das sogenannte „First Agreement“ wie das Brüsseler Abkommen auch genannt wird, führte außerdem dazu, dass erstmals alle in Kosovo lebenden Serben von Belgrad dazu aufgerufen worden sind, an den Wahlen in Kosovo im November 2013 teilzunehmen.³⁷⁰ Dennoch war die Wahlbeteiligung im Norden sehr gering und zwischenzeitlich von Spannungen, Aktionen zum Boykott der Wahlen, Drohungen und Attacken von serbischen extremistischen Gruppen gestört, die Serben im Norden Kosovos daran hindern wollten, an den Wahlen teilzunehmen.³⁷¹ Dennoch wurden die Vertreter der serbischen Bevölkerung im Norden Kosovos gewählt, womit Punkt 11 des Abkommens erfüllt wurde. Erstmals konnten am 03. November Wahlen der Republik Kosovo in diesem Teil des Landes durchgeführt werden. In drei Wahllokalen in Nord-Mitrovica musste allerdings erneut abgestimmt werden, weil nicht identifizierte Vermummte die Wahlhelfer angriffen, Tränengas warfen und die internationalen Wahlbeobachter verscheuchten. Davon abgesehen lag die Wahlbeteiligung in den vier nördlichen serbischen Gemeinden bei 15 Prozent.³⁷²

In Zukunft soll außerdem die Polizei im Norden Kosovos sowie die Justiz in die staatlichen Strukturen Kosovos eingebettet werden, wodurch ein einziges Polizeiorgan im Kosovo gebildet wurde. Dies bedeutet, dass sämtliche Polizeidienststellen in die Kosovo Polizei integriert wurden. Dieser Punkt wurde großteils umgesetzt wodurch die Polizeieinheiten integriert und funktionsfähig sind. Dies führte auch zu einer Steigerung der Sicherheit innerhalb der serbischen Gemeinanden. Zwar haben viele Kandidaten die sich für die Kosovo Polizei beworben haben auch eine Stelle erhalten, allerdings ist die Fähigkeit der Ausübung der polizeilichen Funktionen unter der Leitung der Institutionen Kosovos sehr stark vom begrenzten Vertrauen in die Institutionen und dem Druck der serbischen Regierung beeinflusst.³⁷³ Zusätzlich zu dieser Einigung, soll vom kosovarischen Innenministerium anhand einer Liste von Personen die von den vier Gemeinenden im Norden Kosovos vorgelegt wird,

³⁶⁹ Vgl. Group for Legal and Political Studies (2014): The Implementation of the EU facilitated Agreement(s) between Kosovo and Serbia, S.5-6.

³⁷⁰ Vgl. Martino, Francesco (2014): Kosovo Beyond the 'Brussels Agreement, Institute for International Political Studies (ISPI), S.4.

³⁷¹ Vgl. Martino, Francesco (2014): Kosovo Beyond the 'Brussels Agreement, Institute for International Political Studies (ISPI), S.5.

³⁷² Vgl. Reljic, Dusan (2013): Kosovo: Die EU hält Kurs, doch die Fahrt führt ins Ungewisse, Stiftung Wissenschaft und Politik.

³⁷³ Vgl. Group for Legal and Political Studies (2014): The Implementation of the EU facilitated Agreement(s) between Kosovo and Serbia, S.4.

ein regionaler Polizeikommandant für die vier serbischen Gemeinden im Norden bestimmt werden. Diese Vereinbarung wurde bereits im Juni 2013 umgesetzt. Ebenso wurde im Rahmen der Kosovo Polizei eine Einheit von 200 Polizisten gegründet, die den Schutz des religiösen und kulturellen Erbes gewährleisten sollen.³⁷⁴ In Bezug auf die „parallelen Strukturen“ im Norden Kosovos haben sich beide Delegationen auf eine Lösung geeinigt, wonach den im Norden Kosovos agierenden Angestellten der serbischen Sicherheitsstrukturen ein Posten in den kosovarischen Einheiten angeboten wird.³⁷⁵ Die Teilnahme der serbischen Richter wurde im Februar 2015 unter der Leitung der Hohen Vertreterin Federica Mogherini gesichert. Im Bereich des Justizwesens hat man sich darauf geeinigt, dass alle Justizbehörden in den Rechtsrahmen Kosovos integriert werden und in diesem Rahmen agieren sollen. Das Berufungsgericht in Prishtina wird mit einem eigenen Gremium ausgestattet, dessen Richter aus Kosovo-Serben bestehen soll. Dieses Gericht behandelt Rechtssachen im Zusammenhang mit den serbischen Gemeinden im Norden und soll über eine ständige Kammer im nördlichen Teil von Mitrovica verfügen, mit Zweigstellen in Zubin Potok und Leposavić.³⁷⁶ Das Amtsgericht im Norden Mitrovicas wird aus neun serbischen und neun albanischen Richtern bestehen, während das Gericht im Süden Mitrovicas eine Teilung von 14 zu 11 zugunsten der albanischen Richter vorsieht. Der Vorsitzende des Gerichts im Norden Mitrovicas wird der serbischen Community angehören.³⁷⁷

Nachdem die kosovarische Seite die Einigung über das Gericht und die Justiz im Norden Kosovos an die Bildung der Gemeinschaft der serbischen Gemeinden im Norden Kosovos geknüpft hatte, ebnet diese Einigung nun den Weg für die Implementierung von Punkt 1 bis 6 des Brüsseler Abkommens und die Bildung der sogenannten „Assoziation serbischer Gemeinden“ im Norden Kosovos. Außerdem sieht das Brüsseler Abkommen in Punkt 12 einen Implementierungsplan vor der bis 26. April 2013 erstellt werden musste, dessen Inhalt sich auf eine stufenweise Umsetzung der Punkte des Brüsseler Abkommen bezieht. In diesem Implementierungsplan findet sich etwa die Schließung der Einrichtungen der Sicherheitsstrukturen im Norden Kosovos, die Einstellung der Gehaltszahlungen bei einem Eintritt in die kosovarischen Strukturen, Stellenangebote in Justizstrukturen, die Schließung aller Justizorgane aus Serbien im Norden Kosovos, eine von Serbien detaillierte Übersicht über die Finanzierung aller Institutionen in Kosovo, die Zusammensetzung der Justizbehörden soll

³⁷⁴ Vgl. Deda, Ilir / Qosaj-Mustafa, Ariana (2013): Zbatimi i marrëveshjes së dialogut politik Kosovë-Serbi, Instituti Kosovar për Kërkime dhe Zhvillime të Politikave (KIPRED), S.7.

³⁷⁵ Vgl. Group for Legal and Political Studies (2014): The Implementation of the EU facilitated Agreement(s) between Kosovo and Serbia, S.4.

³⁷⁶ EU-Kommission (2013) Gemeinsamer Bericht an das Europäische Parlament und den Rat, S.6.

³⁷⁷ Parafriran sporazum o pravosuđu, Tanjug.rs, 10.02.2015.

die ethnische Zusammensetzung der örtlichen Zuständigkeit des Gerichts reflektieren, sowie auch die Entstehung von Task Forces zur Umsetzung der Brüsseler Abkommen und die Umsetzung aller erforderlichen rechtlichen Änderungen zur Umsetzung des Abkommens.³⁷⁸

Eine detaillierte Übersicht über die Finanzierung aller Institutionen in Kosovo durch das Implementierungskomitee ist nicht erfüllt worden, während der Punkt in Bezug auf die Informationen über serbische Regierungsmitarbeiter und in Sicherheitsstrukturen im Norden Kosovos die Interesse an einer Einbindung in die Strukturen Kosovos haben, laut zugänglichen Reports umgesetzt wurde. In Bezug auf die Schließung aller Einrichtungen, so sind polizeiliche Einrichtungen durch die kosovarischen Polizeiorgane ersetzt worden, wobei keine Informationen über weitere Schließungen von Sicherheitsstrukturen bekannt sind. Durch das Abkommen im Bereich der Justiz im Norden Kosovos dürfte es auch im Bereich der Justiz eine Frage der Zeit sein, bis diese Vereinbarung umgesetzt wird und durch kosovarische Gerichte ersetzt wird. Dies wird unter anderem davon abhängen, inwiefern die Kapazitäten für einen Übergang zur kosovarischen Rechtsanpassung vorhanden sind.

Im Hinblick auf die serbischen Parallelstrukturen sollten 800 Sicherheitskräfte im Norden Kosovos abgebaut worden sein. Die Einstellung der Gehaltszahlungen ist bis dato nur im Bereich der Kosovo Polizei erfolgt. Laut kosovarischer Regierung wurden im Bereich des Abbaus des Zivilschutzkorps und den Dienststellen die dem serbischen Innenministerium unterliegen, die direkt dem Einfluss Belgrads unterliegen, allerdings kaum Fortschritte gemacht.³⁷⁹

Eine Frage die sich stellt ist, wie Serbien und Kosovo es schaffen wollen, die volle Umsetzung des Abkommens gegen die Stimmung ihrer Bevölkerung durchzusetzen, besonders wenn man bedenkt, dass die Bevölkerung in beiden Staaten im Dialog zur Normalisierung der Beziehungen nicht miteinbezogen wurden.³⁸⁰ Aus serbischer Sicht verfügt der Implementierungsmechanismus über geringe finanzielle, personalbezogene und institutionelle Ressourcen zur Implementierung des Brüsseler Abkommens.³⁸¹ Zudem fehlt ein Mechanismus zur Vorlage von Reports und der Verantwortlichkeit bzw. einer Sanktionierung im Falle eines Scheiterns der Umsetzung des Abkommens. Der Implementierungsprozess ist insbesondere in

³⁷⁸ Vgl. Gavrilović, Zoran / Dimitrijević, Pavle (2015): Report on the Implementation of the Brussels Agreement, Bureau for Social Research, S.21-23.

³⁷⁹ Vgl. Republika e Kosovës (2014): State of Play in Implementation of the Brussels Agreements, Government of the Republic of Kosovo, S.5.

³⁸⁰ Vgl. Czymmeck, Anja (2013): Meilenstein im Kosovo-Serbien-Dialog, Konrad Adenauer Stiftung e.v., S.3.

³⁸¹ Vgl. Jureković, Predrag (2013): Kosovo-Abkommen – Implementierung als Lackmustest, Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement, S.4

Serbien nicht transparent und nicht-partizipativ, wodurch nur eine bestimmte Anzahl von Beteiligten mit einbezogen sind was dazu führt, dass die Legitimität und die Unterstützung für die beteiligten Personen in Frage gestellt werden. Die Koordinierungstreffen der Beteiligten in der Realisierung des Brüsseler Abkommens sind nicht öffentlich zugänglich und deren Ergebnisse bleiben unbekannt. Indem die Entscheidungsprozesse zentralisiert sind, entsteht eine mangelhafte Vertretung der Standpunkte und Meinungen der im „Nordkosovo“ lebenden serbischen Bevölkerung. Die neuen lokal-gegründeten Selbstverwaltungseinheiten in „Nordkosovo“ sind weiterhin nicht funktionsfähig. Die Abteilungen wurden zudem nicht im Einklang mit den Gesetzen Kosovos gegründet, weshalb es weiterhin unklar ist, wie der öffentliche Dienst betrieben werden soll, wie viele Personen in der kommunalen Selbstverwaltung beschäftigt werden sollen oder aber auch die Arbeitsbedingungen der „Assoziation“ ungeklärt bleiben. Ein großes Problem besteht auch in der Marginalisierung und Exklusion aller politischen Parteien in allen wichtigen Prozessen für die serbische Community, sofern diese nicht Teil der „Serbischen Liste“ sind. Dabei wird auch Druck auf die serbische Bevölkerung ausgeübt um sie zur Partizipation an der „Serbischen Liste“ zu drängen die sich als „einzig staatlich-unterstützte Vertretung der serbischen Interessen in Kosovo“ bezeichnet. Hinzu kommt, dass im Norden Kosovos auch weiterhin ein großer Vertrauensmangel in die kosovarischen Institutionen besteht und der Zugang zu Gerechtigkeit, Recht und Ordnung für die Bevölkerung insbesondere im Norden Kosovos auf einem niedrigen Niveau ist.³⁸²

In Bezug auf die Zollerhebung haben sich beide Seiten dazu geeinigt, dass ein Entwicklungsfonds entstehen soll, wodurch die Einnahmen den vier serbischen Gemeinden zugutekommen sollen.³⁸³ Die Regierung in Kosovo hat die Implementierung des Entwicklungsfonds bereits Ende 2013 abgeschlossen. Hinzu kommt, dass die EU parallel zu diesem Fond einen eigenen EU-Fond mit einem Wert von 38.5 Mio. Euro zur Unterstützung des Nordens errichtet hat.³⁸⁴

In Bezug auf die Mitgliedschaft Kosovos in internationalen Organisationen bzw. der Mitgliedschaft in der UNO oder OSZE, einigten sich beide Seiten ausschließlich darauf, dass sich beide Staaten auf dem Weg zur EU nicht behindern werden, womit die Mitgliedschaft in der UNO und OSZE mit keinem Wort erwähnt wird.³⁸⁵

³⁸² Vgl. Gavrilović, Zoran / Dimitrijević, Pavle (2015): Report on the Implementation of the Brussels Agreement, Bureau for Social Research, S.17-18.

³⁸³ Belgrad und Prishtina erzielen Kompromiss über Grenzabgaben, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.01.2013.

³⁸⁴ Vgl. Group for Legal and Political Studies (2014): The Implementation of the EU facilitated Agreement(s) between Kosovo and Serbia, S.5.

³⁸⁵ Vgl. Fuster, Thomas (2013): Belgrad und Pristina blicken nach vorn, Neue Zürcher Zeitung, 22.4.2013.

Diese Vereinbarungen wurde dahingehend ausgearbeitet, wonach die Konfliktparteien nicht als staatliche Parteien betrachtet werden. Darüber hinaus handelt es sich um kein „internationales Abkommen“ das unter einer Schutzherrschaft von internationalen Gesetzen oder ähnliches steht. Das Abkommen und der Implementierungsplan des „politischen Dialogs“ wurden hingegen sowohl vom kosovarischen als auch vom serbischen Parlament ratifiziert.³⁸⁶ In Kosovo hat das Brüsseler Abkommen den Stellenwert eines internationalen Abkommens, während in Serbien die Vereinbarung als ein rein politisches Abkommen betrachtet wird.³⁸⁷ Die Umsetzung der Vereinbarungen beruht in erster Linie auf dem Willen beider Seiten, wodurch die EU als Garant für die Realisierung der Vereinbarungen gilt.³⁸⁸

Die Regierung in Prishtina erhoffte sich durch dieses Abkommen, dass die restlichen fünf Staaten die Kosovo nicht anerkennen, dies nun tun würden. Rückblickend kann festgehalten werden, dass dies nicht geschehen ist. Die Einigung zwischen Belgrad und Prishtina führte immerhin dazu, dass die EU-Kommission die Terminvergabe für Beitrittsverhandlungen mit Serbien empfohlen hat, während Kosovo die Eröffnung von Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU zugesichert wurde. Serbien hat laut der EU die Schlüsselpriorität erfüllt, wodurch Kosovo und Serbien aus der Sicht der EU sichtbare Schritte zu einer Normalisierung der Beziehungen mit Kosovo unternommen haben.³⁸⁹

Einer der wohl wichtigsten Veränderungen des Dialogs ist, dass Belgrad mit dem Abkommen seine direkte Kontrolle über die Bereiche der Verwaltung, der Polizei, der Sicherheitskräfte und der Justiz und somit über die parallelen Strukturen aufgibt. Im Grunde bedeutet dies, dass Serbien grünes Licht für eine Integration der serbischen Mehrheit in den Verfassungsrahmen der Republik Kosovo gibt. Dadurch ermöglicht Serbien auch die Ausübung der Souveränität Kosovos über den nördlichen Teil Kosovos. Andererseits ist es Belgrad gelungen, seinen Einfluss über die „Serbische Liste“ und „Assoziation der serbischen Gemeinden“ im Norden auf die Innenpolitik Kosovos auszuweiten. Diese werden größtenteils von Serbien finanziert und verfügen zukünftig über eine volle Entscheidungsmacht in den Bereichen der wirtschaftlichen Entwicklung, dem Bildungssektor, dem Gesundheitssektor und der Stadt- und Raumplanung.³⁹⁰

³⁸⁶ Vgl. Group for Legal and Political Studies (2014): The Implementation of the EU facilitated Agreement(s) between Kosovo and Serbia, S.3.

³⁸⁷ "Briselski sporazum je politički", B92, 14.12.2014.

³⁸⁸ Vgl. Hamilton, Aubrey (2012): From Technical Arrangements to Political Haggling: the Kosovo-Serbia Dialogue and the North of Kosovo, Group for Legal and Political Studies, S.13.

³⁸⁹ EU-Kommission empfiehlt Beitrittsverhandlungen mit Serbien, Der Standard, 21.04.2013.

³⁹⁰ Vgl. Martino, Francesco (2014): Kosovo Beyond the 'Brussels Agreement, Institute for International Political Studies (ISPI), S.3.

Positiv ist, dass sich durch den Dialog eine friedliche Konfliktaustragungskultur entwickelt hat, wonach Probleme und Herausforderungen am Verhandlungstisch zwischen Serbien und Kosovo angesprochen werden.

Dieses Abkommen enthält Kompromisse zwischen beiden Regierungen, wonach Kosovo die Etablierung seines Gewaltmonopols durch eine einheitliche Gerichtsbarkeit und Polizei ermöglicht wird, während Serbien seinen Einfluss aufgrund einer weitgehenden Autonomie der serbischen Gemeinden im Norden Kosovos wahren konnte. Beiden Konfliktparteien wurde außerdem mehrmals klar gemacht, dass eine Normalisierung der Beziehungen eine Voraussetzung für eine Annäherung an die EU ist. Fortschritte werden demzufolge seit Beginn des technischen Dialogs in den Fortschrittsberichten der Kommission erwähnt.³⁹¹ Ein kurzer Blick auf das Abkommen zeigt, dass die Hauptanliegen die Verbesserung der rechtlichen Lage Norden Kosovos betreffen, wobei Schwerpunkte auf den Bereich der Polizei, der Justiz und den Gemeinden liegen.³⁹² Sechs Punkte des Abkommens beziehen sich auf den Ahtisaari-Plan, während nur zwei Punkte die Normalisierung der Beziehungen betreffen.³⁹³ Zwölf der 15 Punkte des Abkommens beziehen sich auf den Versuch einer Integration der Kosovo-Serben aus dem nördlichen Teil des Landes in den institutionellen Rahmen Prishtinas.³⁹⁴ Insbesondere konnte Serbien auch eine Besserung des Umfelds für die Bevölkerung im Norden Kosovos bewirken. Mit dem Abkommen konnte Serbien dafür sorgen, dass zumindest eine realistische, zukunftsfähige und geordnete Basis für die Menschen im Norden hergestellt wird.

Obwohl das Abkommen fern von einer territorialen Autonomie ist, sind weitreichende Kompetenzen in den Bereichen der ökonomischen Entwicklung, Gesundheitswesen, Bildung und der urbanen und ländlichen Planung vorgesehen.³⁹⁵ Dieses Abkommen zwischen beiden Seiten stellt die erste Grundlage für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Seiten dar.³⁹⁶ Erste Anzeichen lassen sich bereits bei regionalen Treffen und Veranstaltungen erkennen, wodurch auch die EU-Kommission in ihren Fortschrittsberichten eine gute Zusammenarbeit zwischen Vertretern Serbien und Kosovos festgestellt hat. Selbst wenn es sich

³⁹¹ Vgl. Džihic, Vedran / Sagmüller, Maximilian (2014): Serbien zwischen EU-Pragmatismus und neuen autoritären Tendenzen, Österreichisches Institut für Internationale Politik, S.11.

³⁹² Vgl. Morina, Engjellushe (2014): Brussels "First Agreement" - A year after, Konrad Adenauer Stiftung, S.1-2.

³⁹³ Vgl. SEESOX (2014): Serbia/Kosovo: The Brussels Agreements and Beyond, South East European Studies at Oxford, S.4.

³⁹⁴ Vgl. Martino, Francesco (2014): Kosovo Beyond the 'Brussels Agreement, Institute for International Political Studies (ISPI), S.6.

³⁹⁵ Serwer, Daniel (2013): What Serbs Get, BalkanInsight, 22.04.2013.

³⁹⁶ Inching closer, A new normality is slowly emerging between two old Balkan foes, The Economist, 02.02.2013.

hierbei ausschließlich um regionale Zusammentreffen handelt, so kann davon ausgegangen werden, dass diese Kooperation die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo zumindest auf indirektem Wege fördert und diese multilateralen Zusammentreffen den Vertretern beider Seiten einen sichtlichen Austausch ihrer politischen Positionen ermöglichen. Zudem trägt jede Annäherung zu einer Entstehung einer neuen Vertrauensbasis und einer besseren Diskussionsatmosphäre, insbesondere im institutionellen Bereich.³⁹⁷ Auch wenn das Abkommen kein Ende des Konflikts bedeutet, so handelt es sich dennoch um eine Grundlage, womit das Zusammenleben zwischen Serben und Albanern verbessert wird.³⁹⁸

Die jahrelangen Verhandlungen zwischen Belgrad und Prishtina unter dem Druck der EU hatten ein Abrücken der Maximalpositionen beider Regierungen zur Folge.³⁹⁹ Die EU legt hierbei nicht nur die Tagesordnung der Verhandlungen fest. Sie arbeitet auch die Lösungen heraus und versucht anhand der „carrot and stick“ Methode beide Seiten näher aneinander zu bringen.⁴⁰⁰ Während vor Beginn der Verhandlungen von verhärteten Fronten gesprochen werden konnte, ließen sich mit dem Lauf der Verhandlung immer stärkere Tendenzen einer Auflockerung dieser Positionen feststellen. Im Grunde handelt es sich um ein Abkommen das erzielt werden musste, sofern Serbien und Kosovo sich ihre EU-Perspektive bewahren wollten. Die Schirmherrschaft für den Verhandlungsprozess trug die EU, die USA und Russland, die Vereinten Nationen. Dies spricht besonders für die breite und internationale Unterstützung des Dialogs. Sowohl Belgrad als auch Prishtina waren sich durchaus bewusst, dass ein Verlassen des Verhandlungstisches negative Konsequenzen für die EU-Perspektive bedeutet hätte und auf internationaler Ebene für erhebliche Kritik gesorgt hätte.

Indem die Gespräche von „technischen Verhandlungen“ auf eine Ebene zur „Normalisierung der Beziehungen“ gehoben worden sind, an dem unter der Leitung der ehemaligen Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und ersten Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Catherine Ashton die Ministerpräsidenten zu Verhandlungen eingeladen worden sind, führten die Verhandlungsthemen zu einer deutlich politischeren Richtung. Die Teilnahme von Thaçi und Dačić und die Leitung der Verhandlungen durch die HV verliehen dem Dialog einen neuen Stellenwert, wodurch auch der Druck auf die

³⁹⁷ Vgl. Ejduš, Filip / Minić, Jelica / Musliu, Vjosa (2014): Kosova - Serbia: Potenciali për bashkëpunim dhe sfidat kyçe të perspektivës së përbashkët evropiane, Instituti për Politika Zhvillimore (INDEP), S.17-19.

³⁹⁸ Vgl. Czymmek, Anja (2013): Meilenstein im Kosovo-Serbien-Dialog, Konrad Adenauer Stiftung e.v., S.2-3.

³⁹⁹ Vgl. Podrimja, Fellanza (2013): Die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien: Eine Analyse am Beispiel des Normalisierungsabkommens, S.4.

⁴⁰⁰ Vgl. Lehne, Stefan (2012): Kosovo and Serbia: Toward a Normal Relationship, Endowment for International Peace, S.8.

Verhandlungen deutlich zugenommen hat und beide Seiten ihre Maximalpositionen aufgeben mussten.

Obwohl in den Medien von einem endgültigen Durchbruch bzw. Kompromiss und einem historischen Abkommen zwischen Serbien und Kosovo die Rede war, hatten beide Seiten dafür gesorgt, dass das „Normalisierungsabkommen“ innenpolitisch zu ihren Gunsten interpretiert wurde.⁴⁰¹ In Serbien ließ die Regierung verlautbaren, dass mit diesem Abkommen die Interessen Serbiens und der serbischen Bevölkerung in Kosovo gewahrt werden konnten.⁴⁰² Nach dem das Abkommen unterschrieben wurde, erklärte der damalige Ministerpräsident Dačić, dass die kosovarische Delegation alle Forderungen Serbiens akzeptierte.⁴⁰³ In Kosovo erklärte Hashim Thaçi hingegen, dass das Abkommen zwischen Serbien und Kosovo dabei hilft, die Wunden der Vergangenheit zu heilen, eine Teilung sowie einen speziellen Status für den Norden Kosovos verhindert hat und Serbien „die Souveränität und Integrität der Republik Kosovo respektiere und de jure auch anerkenne“.⁴⁰⁴ Bestimmte Punkte des Abkommens werden demzufolge von beiden Staaten unterschiedlich interpretiert.⁴⁰⁵

Der Europäische Rat verabschiedete zwei Monate nach dem Abkommen die Empfehlung der Europäischen Kommission, Beitrittsverhandlungen mit Serbien zu eröffnen.

„The Council agreed to recommend to the European Council to open accession negotiations with Serbia. The Council also agreed in principle on draft Council decisions authorising the opening of negotiations on a stabilisation and association agreement (SAA) between the European Union and Kosovo, to be adopted on 28 June 2013, following the necessary procedures.“⁴⁰⁶

Im September des Jahres trat das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Serbien in Kraft. Im Dezember 2013 verabschiedete der Rat den Verhandlungsrahmen mit Serbien wodurch die erste EU-Serbien Regierungskonferenz am 21. Jänner 2014 abgehalten wurde. Serbien sicherte sich einen weiteren großen Schritt im EU-Integrationsprozess und die für Serbien wichtigen Beitrittsverhandlungen.⁴⁰⁷ Für Kosovo folgten ebenfalls wichtige Annäherungsschritte. Kosovo war das einzige Land in der Region, welches mit der EU noch kein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen unterzeichnet hatte. Am 28.10.2013 wurden offiziell erste Verhandlungen über das SAA eingeleitet, die im Mai 2014 abgeschlossen

⁴⁰¹ Vgl. Serbien stimmt Normalisierungsabkommen mit dem Kosovo zu, Zeit Online, 27.05.2013.

⁴⁰² Vgl. EU meldet Durchbruch im Kosovo-Konflikt, Kleine Zeitung, 09.09.2013.

⁴⁰³ Vgl. Beograd zyrtar: Të gjitha propozimet tona, Kosova i njohu, BalkanWeb.com, 19.04.2013.

⁴⁰⁴ Vgl. Podrimja, Fellanza (2013): Die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien: Eine Analyse am Beispiel des Normalisierungsabkommens, S.5.

⁴⁰⁵ Vgl. Serbischer Streit im Kosovo, Deutsche Welle, 02.04.2013.

⁴⁰⁶ Rat der Europäischen Union (2013): Press Release, Council of the European Union.

⁴⁰⁷ Serbien, Erweiterung und Beitrittswillige Länder, Website EU-Kommission.

wurden. Am 25.7.2014 paraphierten die Verhandlungsführer der EU und Kosovos das SAA-Abkommen zwischen der EU und Kosovo. Eine Unterzeichnung bedeutet allerdings noch kein Inkrafttreten des SAA. Erst wenn das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen in Kraft ist, beginnt die vertragliche Bindung mit allen Rechten, Pflichten und finanziellen Transfers zwischen der EU und Kosovo. Die EU öffnet Kosovo damit ihren Markt für Produkte aus Kosovo. Der Inhalt dieses Abkommens enthält außerdem alle Elemente der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Kosovo und der EU.⁴⁰⁸ Damit leitet die EU mit Kosovo eine neue Phase der Beziehungen ein, womit dieses Abkommen das erste vertragsrechtliche Abkommen zwischen Kosovo und der EU ist.⁴⁰⁹ Damit übernimmt die EU auch erstmals eine aktive Rolle als eigener Akteur.⁴¹⁰

6 Zusammenfassung und Schlussfolgerung

Der theoretische Ausgangspunkt dieser Forschungsarbeit setzt sich mit Fragen auseinander, inwiefern die EU ihren Einfluss trotz der Uneinigkeit der EU-Staaten auf die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo ausüben kann bzw. welche Konsequenzen die Uneinigkeit der EU-Staaten auf die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo hat. Dabei sollte geklärt werden, ob die EU in der Lage ist, die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo in eine Richtung leiten kann, wodurch zumindest eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Seiten erreicht werden soll. Der actorness-Ansatz von Joseph Jupille und James A. Caporaso ermöglicht es, die Akteursqualität der EU-Außenpolitik durch ihre Handlungen und Aktionen in einer theoretischen Dimension zu erfassen. Jupille und Caporaso setzen die Akteursqualität dabei nicht mit Einfluss und Effektivität gleich, sondern gehen davon aus, dass diese Akteursqualität erst die Einflussnahme auf einen Bereich oder Konflikt ermöglicht. Sie beschreiben die EU im Sinne einer „collection of States“ die aus einer großen Anzahl von Mitgliedstaaten und Institutionen besteht und verschiedene Ebenen nach unterschiedlichsten nationalen Interessen Entscheidungen treffen. Die Handlungen eines Akteurs sollen dabei nicht erst als gegeben hingenommen werden, sondern werden als Handlungen betrachtet, die erst durch ihre Interaktion bestimmt werden. In diesem Zusammenhang werden Kriterien als

⁴⁰⁸ Stabilisation and Association Agreement negotiations successfully completed, EU-Office in Kosovo, 02.05.2014.

⁴⁰⁹ Kosova: Negotiations On Stabilization And Association Agreement Seem Imminent, Unrepresented Nations and Peoples Organization, 28.10.2013.

⁴¹⁰ The Form of an EU-only agreement, EU starts the Stabilisation and Association Agreement negotiations with Kosovo, Website EU-Kommission, 28.10.2013.

Voraussetzung für die Akteursqualität bestimmt, um mehrere Dimensionen der Handlungsfähigkeit erfassen zu können. Für diese Analyse haben Jupille und Caporaso vier Kriterien zur Messung der Akteursqualität entworfen: „recognition“, „authority“, „autonomy“ und „cohesion“. Mit dem Kriterium „recognition“ (Anerkennung) ist im Grunde die rechtliche oder auch politische Anerkennung der EU durch andere Akteure gemeint, in dem sie versucht zu beschreiben, ob dieser Akteur überhaupt als solcher „existiert“ und de jure oder de facto anerkannt wird. Die Kategorie „authority“ umfasst die rechtliche Zuständigkeit und Kompetenz der Union in dem sie sich unter anderem mit dem Einfluss nach außen zu handeln beschäftigt und auf die rechtliche Zuständigkeit und Kompetenz der Union als Auftragsgeber der EU-Mitgliedstaaten hinweist. Die Kategorie „autonomy“ versucht zu erfassen, inwieweit die EU eine autonome europäische Politik gegenüber den einzelnen Mitgliedern aufweisen kann und sich als eigenständiger Akteur profiliert, in dem eine institutionelle Unterscheidbarkeit und Unabhängigkeit festgestellt werden kann. Da die Akteursqualität stark von der Kohäsion des Akteurs abhängig ist und ein Minimum an Kohäsion erfordert, beschäftigt sich die Kategorie „cohesion“ mit der Qualität eines internationalen Akteurs und behandelt den Grad der politischen Übereinstimmung innerhalb eines Akteurs.

Der Fortschritt der Außen- und Sicherheitspolitik der EU hat sich zwar erst relativ langsam entwickelt und stieß Jahre lang auf Unmut der Mitgliedsstaaten, die ihre Souveränität nicht aufgeben wollten, doch die Verschiebung der internationalen Machtverhältnisse führte schlussendlich dazu, dass Krisen und Konflikte und die Machtlosigkeit der EU wie etwa beim Zerfall Jugoslawiens zum Umdenken geführt hat, wodurch eine Zusammenarbeit der EU-Staaten in der Außen- und Sicherheitspolitik unumgänglich wurde. Auch wenn weiterhin eine Schwäche besteht, die auf der nationalen Souveränität der Mitgliedsstaaten zurück zu führen ist, lässt sich dennoch feststellen, dass die EU mit ihren Aufgaben zu wachsen bereit ist und sich in einem stetigen Entwicklungsprozess befindet.⁴¹¹ Die Veränderung der EU ist dabei nicht nur auf die Neugestaltung der vertraglichen Grundlage zurück zu führen, sondern auch auf die wachsende Akzeptanz der EU als Akteur im internationalen System.

Während das Engagement der EU zu Beginn der 1990er Jahre bescheiden ausfällt und von zahnlosen diplomatischen Maßnahmen geprägt war, war das Thema Kosovo in der Phase zwischen 1993 und 1997 keine sekundäre Angelegenheit mehr.⁴¹² Als der Konflikt zwischen

⁴¹¹ Vgl. Sutterlüty, Tamara (2011): Externes Nation- und Statebuilding der Europäischen Union zwischen Anspruch und Wirklichkeit am Beispiel des Kosovo, S.95.

⁴¹² Vgl. Saito, Jun (2011): EU-Ansatz zur Konfliktlösung: Am Beispiel des Kosovo-Konflikts, Wissenschaftsplattform des Akademisches Forum für Außenpolitik S.19.

Serben und Albanern immer gewalttätiger ausgetragen wurde, versuchte die EU sich besonders zwischen 1998 und 1999 immer aktiver in die Geschehnisse einzugreifen um beim Konfliktmanagement mitzuhelfen, wobei sie vor allem seit 1999/2000 versucht hatte, Frieden und Stabilität durch Integration in die EU zu erwirken.⁴¹³ Spätestens seit der EU-Serbien Resolution kann davon ausgegangen werden, dass die EU mit ihrer Erweiterungspolitik als zentraler Akteur der Region des „Westbalkans“ anerkannt wird.⁴¹⁴ Dies stellt einen Wendepunkt dar, denn ab diesem Zeitpunkt wurde der Bereich der Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo dem Einflussbereich der EU untergeordnet. Dies kündigte nicht nur den Beginn eines Dialogs zwischen Belgrad und Prishtina an, sondern befähigte die EU mittels eines völkerrechtlichen Dokuments einen Dialog über „offene Fragen“ zu ermöglichen, wodurch weitere Statusverhandlungen und die Teilung Kosovos endgültig vom Tisch waren. In dem Serbien dem Druck nachgegeben hatte und sich dazu bereit erklärte, unter der Leitung der EU einem Dialog beizutreten, zeigt sich, dass mit dem Dialog eine neue Phase der Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo eingetreten ist. Die EU verfügt nun über einen großen Einfluss, den sie anhand eines Anreiz- und Sanktionsmechanismus auf beide Konfliktparteien ausüben kann.

Die Resolution zwischen der EU und Serbien bedeutete nicht nur den Verzicht Serbiens auf seinen umstrittenen Resolutionsentwurf der die Unabhängigkeit Kosovos verurteilen sollte. Vielmehr bedeutete sie auch den Beginn eines Dialogs unter der Vermittlung der EU auf einer völkerrechtlichen Grundlage. Damit wurde die EU durch die Vereinten Nationen bevollmächtigt einen Dialog über „offene Fragen“ zu führen, womit sich die Kompetenzen der Europäischen Union in den Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo deutlich erweitert haben. Eine mangelhafte Kooperationsbereitschaft kann die EU nun sowohl durch ihre Erweiterungspolitik sanktionieren als auch vor den Vereinten Nationen verurteilen. Die Autorität der EU als Akteur ist damit deutlich bestätigt. Der Einfluss der EU ist durch diese Resolution ebenso wie der Druck auf beide Seiten erheblich gestiegen. Die Regierungen in Belgrad und Prishtina haben sich trotz innenpolitischem Drucks deutlich Richtung EU positioniert und sich zu einer Normalisierung der Beziehungen verpflichtet, um die Beitrittsperspektive nicht zu gefährden. In dem sich beide Staaten der Erweiterungspolitik der untergeordnet haben, haben sich Serbien und Kosovo dazu verpflichtet die Bedingungen der

⁴¹³ Vgl. Saito, Jun (2011): EU-Ansatz zur Konfliktlösung: Am Beispiel des Kosovo-Konflikts, Wissenschaftsplattform des Akademisches Forum für Außenpolitik S.13.

⁴¹³ European Parliament urges EU members to recognise Kosovo, SETimes.com, 08.07.2010.

⁴¹⁴ Vgl. Kurbogaj-Ajeti, Resmije / Ajeti, Faruk (2012): Die Rolle der EU-Außenpolitik im Kosovo (1989 – 2008), S.99.

EU zu akzeptieren, wodurch die EU die Rolle des Hauptakteurs eingenommen hat. In Bezug auf die Kategorie „recognition“ kann in dem Zusammenhang davon ausgegangen werden, dass diese Anerkennung der EU als Akteur, trotz ihrer Uneinigkeit, klar vorhanden ist. Indem Serbien und Kosovo den Bedingungen der EU-Integrationsprozesse nachkommen und die EU zusätzlich als Verhandlungsführer für eine Normalisierung der Beziehungen anerkennen, zeigt sich sehr deutlich, dass die EU über eine Anerkennung als Akteur in Bezug auf die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo verfügt.

Die Perspektive auf einen EU-Beitritt spielt dabei eine große Rolle im Anreizsystem. Die Staaten die der EU beitreten möchten, betrachten die Aussicht auf den Zugang zum EU-Binnenmarkt, den EU-Siegel als stabiles demokratisches und marktwirtschaftlich ambitioniertes Land und die politische Einflussnahme innerhalb der EU-Organen als Ansporn Reformen durchzusetzen. Durch diesen Anreiz wird auch die Einflussnahme der EU im Westbalkan erheblich gestärkt.⁴¹⁵ Für Staaten des „Westbalkans“, die nicht der EU angehören, besteht weiterhin eine starke subjektive Wahrnehmung der Unsicherheit. Daher streben die Staaten nach Sicherheit und innerer Stabilität. Demzufolge spielt der EU-Beitritt besonders in den Transformationsprozessen dieser Staaten eine wichtige Rolle.⁴¹⁶ Indem die Europäische Union den Dialog zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo zur wichtigsten Angelegenheit erklärt hat, verfügt sie über ausreichend Anreizpotenzial und Einfluss um die Positionen beider Konfliktparteien beeinflussen zu können.⁴¹⁷ Die Perspektive und die Attraktivität eines EU-Beitritts und vor allem die finanziellen Mechanismen tragen dazu bei, dass die Union anhand eines leistungsstimulierenden Anreiz- und Sanktionssystems beide Konfliktparteien dazu bewegen kann, im Dialog Kompromisse einzugehen was erneut bestätigt, dass die EU als Akteur anerkannt wird.

Trotz der Spaltung der EU-Staaten in der Statusfrage, unterstützen die supranationalen Institutionen der EU den Dialog zwischen Serbien und Kosovo, die Normalisierung der Beziehungen und den Annäherungsprozess beider Staaten an die EU. In den technischen und politischen Verhandlungen, einigte man sich schlussendlich zu einem Dialog, indem die Statusfrage ausgelassen wurde. Dadurch konnte ein Dialog entstehen, der nicht durch die Statusfrage belastet ist, womit beiden Seiten eine Möglichkeit zur Normalisierung der

⁴¹⁵ Vgl. Sutterlüty, Tamara (2011): Externes Nation- und Statebuilding der Europäischen Union zwischen Anspruch und Wirklichkeit am Beispiel des Kosovo, S.85.

⁴¹⁶ Vgl. Sutterlüty, Tamara (2011): Externes Nation- und Statebuilding der Europäischen Union zwischen Anspruch und Wirklichkeit am Beispiel des Kosovo, S.86-87.

⁴¹⁷ Vgl. Džihic, Vedran (2013): Bilanz und Zukunft des Westbalkans: Ungelöste Grenz- und Minoritätsfragen im Kontext der EU-Beitrittsbemühungen, Eine Bestandsaufnahme anlässlich des Beitritts Kroatiens zur EU, Österreichisches Institut für Internationale Politik, S.4.

Beziehungen geboten wird. Die ungelösten Fragen die im Rahmen des Beitrittsprozesses ohnehin geklärt werden müssen, können somit durch einen Normalisierungsprozess diskutiert werden. Dadurch können beide Seiten beweisen, dass sie in der Lage sind, Probleme und Herausforderungen mit Nachbarn zu diskutieren und damit eine regionale Zusammenarbeit fördern.

Während sich die Staaten untereinander gegenwärtig nicht einigen können, aber dennoch ein allgemeines Engagement von allen Seiten für eine Lösung besteht, konnte die EU ihre Differenzen der Statusfrage anhand einer taktischen Kohärenz umgehen. Indem ranghohe EU Politiker bereits mehrmals betont haben, dass Serbien und Kosovo der EU nicht beitreten können, sofern sich die Beziehungen zwischen beiden Staaten nicht normalisieren, zeigt sich, dass beide Seiten unter Druck stehen, eine Lösung zu finden. Insofern bleibt die Aufschiebung der Statusfrage nur für einen gewissen Zeitraum eine Lösung. Es liegt die Vermutung nahe, dass die EU-Staaten damit rechnen, dass sich Serbien und Kosovo im Zuge eines mehrjährigen Normalisierungsprozesses auf eine Lösung einigen werden. Die EU hat in den letzten Jahren mehrmals klargestellt, dass sie keine Konflikte importieren möchte, wodurch erst eine von der EU geforderte Normalisierung der Beziehungen mit einem völkerrechtlich bindenden Abkommen indem beide Staaten sich auf eine Lösung einigen können, den Weg für einen EU-Beitritt beider Staaten ebnet.

Indem die EU-Staaten und ihre supranationalen Institutionen über einen Konsens verfügen und betonen, dass für Serbien und Kosovo ein EU-Beitritt nicht möglich ist, wenn sie sich nicht an den Standards der EU anpassen und ihre Differenzen im Dialog lösen müssen, kann hier eine deutliche prozedurale Kohärenz in Bezug auf eine Entscheidungsfindung und ein gemeinsames Verständnis über die Regeln und Vorgehensweise erkannt werden. Die Ziel- und Wertekohärenz liegt zum gegenwärtigen Zeitpunkt ausschließlich in der Hoffnung, dass Serbien und Kosovo seine Differenzen im Dialog lösen werden. Denn nach wie vor ist nicht klar, ob und inwiefern beide Staaten der EU beitreten werden, sollten alle technischen und politischen Fragen gelöst werden, die gegenseitige Anerkennung ausbleibt. Die EU rechnet mit einem nachhaltigen Frieden in der Region und eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo. Die Output-Kohärenz der EU lässt sich in diesem Fall nur in einer generellen Übereinstimmung der EU-Mitgliedsstaaten in der Frage der Perspektive und der Normalisierung der Beziehungen feststellen. Aus dieser grundlegenden Kohärenz wird auch die Beitrittsperspektive für beide Staaten ermöglicht. Insofern kann hierbei durchaus davon ausgegangen werden, dass die EU einen bestimmten Grad an Kohärenz

gefunden hat, wodurch sie über eine grundsätzliche politische Einigung verfügt und negative Konsequenzen der Uneinigkeit auf Serbien und Kosovo überwinden kann.

Damit die EU ihren Sanktions- und Anreizmechanismus aufrechterhalten kann, muss sie jedoch darauf achten, dass Staaten für ihre Kompromisse belohnt werden, denn ansonsten wäre die EU mit einer steigenden Unzufriedenheit und einem geringerem Engagement im Dialog konfrontiert. Die Kategorie „autonomy“ lässt sich daher besonders an der Handhabung mit der Situation in Kosovo analysieren. Auch wenn die fünf Staaten Kosovo nicht anerkennen, so hat die EU-Kommission ein Engagement gezeigt, um den Annäherungsprozess Kosovo an die EU nicht zurückfallen zu lassen. Dabei hat die Europäische Union stets die EU-Beitrittsperspektive Kosovos bestätigt. Bis zu einem Grad konnte sich die EU in der Form der Kommission auch als eigenständiger Akteur profilieren.⁴¹⁸

Der Dialog selbst spielt hierbei auch eine besondere Rolle, da er in seiner zweiten Phase von der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik als Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Vorsitzende des Rates für Auswärtige Angelegenheiten und Außenbeauftragte des Europäischen Rates die früheren Ämter als Hohe Vertreterin für die GASP und des Kommissars für Außenbeziehungen vereinigt.⁴¹⁹ Dadurch wird der Dialog zwischen Serbien und Kosovo nicht von Vertretern der Mitgliedsstaaten, sondern von den supranationalen Institutionen der EU geführt. Der Dialog zwischen Serbien und Kosovo wird zwar von allen Staaten der EU unterstützt, diese sind aber nicht der zentrale Akteur im Dialog. Dies mag auf den ersten Blick erneut für eine „autonomy“ der EU sprechen. Allerdings lässt sich an diesem Dialog kaum eine unabhängige Politik im Vergleich zu den EU-Staaten erkennen, da die EU in der Form der Kommission keine Annäherungsschritte setzt, die von Mitgliedsstaaten nicht unterstützt werden. Dies erschwert allerdings die Anreizmaßnahmen. Dadurch wird beispielsweise in Kosovo von Seiten der politischen Akteure und der Bevölkerung der Eindruck erweckt, dass die Position der fünf EU-Staaten dazu beiträgt, dass Kosovo im Annäherungsprozess im Vergleich zu anderen Staaten der Region weit zurück fällt. Dies verstärkt sich nur zusätzlich durch die Tatsache, dass Kosovo das einzige Land am „Westbalkan“ ist, in welchem die EU die Visumpflicht aufrechterhalten hat.⁴²⁰ Nach langen Jahren hat sich die EU zwar auf die Machbarkeitsstudie mit Kosovo geeinigt. Allerdings deckt die EU dieses Abkommen rechtlich ab, indem sie betont, dass ein solches Abkommen nicht

⁴¹⁸ Vgl. Stahl, Bernhard / Harnisch, Sebastian (2009): Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008, S. 276.

⁴¹⁹ Vgl. Sutterlüty, Tamara (2011): Externes Nation- und Statebuilding der Europäischen Union zwischen Anspruch und Wirklichkeit am Beispiel des Kosovo, S.122.

⁴²⁰ Thaçi, nga Brukseli fajëson Brukselin!, Telegrafi, 10.02.2015.

ausschließlich allgemein anerkannte und souveräne Staaten als Vertragspartner akzeptiert, wodurch der neutrale Status der EU-Staaten, bedingt durch die Kosovopolitik der fünf EU Staaten erneut in den Vordergrund tritt.⁴²¹ Aufgrund dessen, dass weder die EU-Kommission, noch der Rat der Europäischen Union Kosovo als einen unabhängigen Staat betrachten, gestalten sich die „Belohnungen“ der EU als komplexe Angelegenheit, da die EU-Kommission und der Rat der Europäischen Union die Position der Mitgliedsstaaten berücksichtigen muss.

In Bezug auf die Artikulierung von bindenden Auflagen und Bedingungen der EU, lässt sich die Inkohärenz der europäischen Außenpolitik besonders gut ablesen. Je mehr sich die dritte Phase des Normalisierungsprozesses näherte, umso deutlicher wurden auch die Botschaften einzelner EU Staaten an Serbien. Bedingungen werden jedoch oft nicht von allen Staaten gestützt, wodurch die Uneinigkeit der EU besonders hervorgehoben wird und sich die starke Rolle der einzelnen Mitgliedsstaaten auf die Außenpolitik der EU hervorhebt. Dies führt zu einer schwachen Artikulierung von bindenden Auflagen und Bedingungen, wodurch die Regierungen in Belgrad und Prishtina unterschiedliche Botschaften und Signale erhalten. Eine Inkohärenz führt im Umkehrschluss dazu, dass das Verhältnis zwischen Zielen und der Realisierung der EU-Mechanismen zu einer Verzögerung der EU-Annäherungsprozesse führt.⁴²² Das Problem der Inkohärenz führt zu einer Problematik, wonach bestimmte Mechanismen eine langwierige Planung und Struktur nach sich ziehen. Im Gegenzug würde mehr Kohärenz innerhalb der EU eine größere Effektivität ihrer „policies“ bedeuten.⁴²³ Indem Bedingungen nicht von allen Staaten ausreichend artikuliert werden, bestätigt sich eine mangelnde Kohärenz, wodurch als weitere Konsequenz der Uneinigkeit der EU nicht nur das Engagement, sondern auch die Effektivität der EU und somit auch ihre Akteursqualität leiden. Dies spiegelt sich unter anderem auch an Forderung einiger EU-Staaten darunter Deutschland und Großbritannien wider, wonach Serbien Kosovo aus seiner Verfassung entfernen muss, um die ersten EU-Kapitel zu öffnen wider. Dass dies aktuell nicht einfach wird, bestätigt eine Aussage von Präsident Nikolić, der zufolge Serbien nicht bereit ist seine Verfassung zu ändern.⁴²⁴ Während Außenminister Dačić offen über eine Änderung der Verfassung spricht, hält Nikolić nach aktuellem Stand eine Verfassungsänderung für ausgeschlossen. Dies zeigt zugleich sehr deutlich, dass eine neue Phase der offenen Konfrontation mit dem Kosovostatus

⁴²¹ Europäische Kommission (2012): Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat, S.3.

⁴²² Vgl. Bilge Yabanci (2009): Assessing the Impact of the European Union in Kosovo Conflict Resolution, Building States and Societies upon Tabula Rasa?, S.52.

⁴²³ Vgl. Bilge Yabanci (2009): Assessing the Impact of the European Union in Kosovo Conflict Resolution, Building States and Societies upon Tabula Rasa?, S.43.

⁴²⁴ Vecernje novosti: Serbia not ready to violate its Constitution because of Kosovo, Focus Information Agency, 21.11.2014.

eingeleitet ist. Auch wenn die EU und Serbien formal die Beitrittsverhandlungen eröffnet haben, wartet die Regierung in Belgrad seit Jänner 2014 auf die Öffnung der ersten Kapitel. Mittlerweile hat sich auch innerhalb der EU der Vorschlag durchgesetzt wonach erst die Kapitel 23, 24 und Kapitel 35 (das sogenannte „Kosovokapitel“) behandelt werden müssen, bevor andere Kapitel geöffnet werden.⁴²⁵ Dies würde bedeuten, dass Serbien sich gänzlich dem Dialog mit Prishtina und der Normalisierung der Beziehungen widmen muss, um weitere Schritte auf dem Weg zur EU machen zu können.⁴²⁶

Zusammenfassend lässt sich als weitere Konsequenz der Uneinigkeit feststellen, dass die führende Rolle der Mitgliedsstaaten im Bereich der „autonomy“ deutlich zu erkennen ist, die zu einer neutralen Haltung der supranationalen Institutionen gegenüber der Unabhängigkeit Kosovos führt. Ein Hauptproblem besteht weiterhin darin, dass Serbien weiterhin ausreichend Raum für Argumentationen gegen die Anerkennung Kosovos ermöglicht wird und dadurch eine asymmetrische Situation erzeugen, in dem Serbien und Kosovo sich auf divergierenden Prozessen des Dialogs und Annäherungsprozesses befinden und mit ungleichwertigen „Belohnungen“ honoriert werden. Diese Staaten sind es auch, die verhindern, dass die EU klar und unmissverständlich mit einer Stimme sprechen kann und ihren Einfluss möglichst gewichtig ausüben kann.⁴²⁷

In Bezug auf die Maßnahmen der EU, konnte sich die EU mit Strategien und Fähigkeiten ausrüsten, die vor allem den Einfluss der EU gesteigert haben. Dies gilt besonders für den Aspekt der Instrumente wie etwa das IPA, das Kosovo und Serbien mithilfe finanzieller und technischer Unterstützung zu Reformen und der Anpassung an die Normen der Union unterstützt. Reformen sollen demnach Fortschritte im Bereich der Demokratie, der Staatsführung, Rechtsstaatlichkeit, oder Wettbewerbsfähigkeit erwirken. Damit existiert auch ein Mechanismus der Leistungskontrolle womit festzustellen ist, ob die erwarteten Ergebnisse umgesetzt werden. Eine zielgerichtete Hilfe der EU, die effizient, nachhaltig von einem ergebnisorientierten Charakter bestimmt ist. Aber auch wenn die EU immer stärker zu einem wichtigen Akteur auf der internationalen Bühne wird und sich in mehreren Fällen erfolgreich engagiert hat, so bedarf es einer deutlich kohärenteren Außenpolitik, um das ökonomische Gewicht der EU auf politischer Ebene effektiver durchsetzen zu können.⁴²⁸ Es bleibt weiterhin

⁴²⁵ Kur do të hapet "kapitulli i Kosovës"?, Telegrafi.com, 13.08.2014.

⁴²⁶ "Serbia ready for chapter on Kosovo", B92.net, 19.11.2014.

⁴²⁷ Vgl. "Mehr Sportsgeist, mehr Druck auf Anerkennung Kosovos", Interview mit Ulrike Lunacek, EurActiv, 07.03.2014.

⁴²⁸ Vgl. Katsioulis, Christos (2008): Europäische Außenpolitik auf dem Prüfstand, Auf halber Strecke zum globalen Akteur?, Friedrich Ebert Stiftung, S.14-15.

eine Grundvoraussetzung der EU-Integration, dass alle Staaten des „Westbalkans“ sich gegenseitig anerkennen. Dahingehenden muss das Engagement der EU hinarbeiten sofern sie das Konfliktpotenzial in der Region beseitigen möchte.⁴²⁹ Als Folge der kriegesischen Auseinandersetzungen in den 90er Jahren und des Zerfalls Jugoslawiens sind zahlreiche neue Staaten entstanden die eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union angestrebt haben. Für die Staaten des „Westbalkans“ hat der EU Beitritt mittlerweile oberste Priorität. Dieser Beitritt stellt für jene Staaten eine große Herausforderung dar und ist mit einer Reihe institutioneller, politischer und sozio-ökonomischer Reformen verbunden. Im Fall Serbien und Kosovo bedeutet dies, dass der europäische Integrationsprozess, die Umsetzung von EU-Gesetzen, Paradigmen, Normen und Wertvorstellungen in die Strukturen beider Staaten erfordert. Demgegenüber steht beiden Staaten zusätzlich ein Dialog zur Normalisierung der Beziehungen gegenüber. Dieser Dialog basiert auf einem Prinzip der Beilegung von Differenzen der beiden Staaten, wodurch jegliche Verzögerungen auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft verhindert werden sollen.

Für Serbien und Kosovo ist ein EU-Beitritt praktisch unmöglich ist, ohne dass beide Konfliktparteien ihre Streitigkeiten beilegen. Insofern verhandeln Serbien und Kosovo, um ihr größtes Hindernis auf dem Weg zur EU zu bewältigen.⁴³⁰ Mit der Beitrittsperspektive und dem Dialog zur Normalisierung der Beziehungen ist es der EU gelungen ein Mechanismus zu entwickeln, um anhand einer Strategie der politischen Konditionalität Serbien und Kosovo zur Anpassung an Regeln und Normen der EU zu bewegen. Dabei dient der Annäherungsprozess als Anreizmechanismus an dem die Erfüllung von Konditionen an Belohnungen geknüpft wird, wodurch die EU durch ihren Einfluss und ihre Anziehungskraft das Konflikt- und Verhandlungsverhalten beider Seiten verändern kann.⁴³¹ Sofern die EU keinen oder nur mangelnden Fortschritt bemerkt, werden dementsprechend auch die erforderlichen Belohnungen zurückgehalten wodurch der politische Druck steigt.⁴³² Damit gelingt es der EU für den nötigen Druck aufzubauen um beide Konfliktparteien zu Reformen und Kompromisse am Verhandlungstisch zu drängen. Die EU versucht diese Staaten zu mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu Bewegung um den Erweiterungsprozess zu unterstützen und die politische Stabilität in der Region zu verbessern. Im politischen und rechtlichen Bereich wird

⁴²⁹ Vgl. Sutterlüty, Tamara (2011): Externes Nation- und Statebuilding der Europäischen Union zwischen Anspruch und Wirklichkeit am Beispiel des Kosovo, S.137.

⁴³⁰ Vgl. Lutz, Philipp (2013): Überwindung des Nullsummenspiels, Spieltheoretische Fallstudie zu den Verhandlungen zwischen Serbien und dem Kosovo, S.11.

⁴³¹ Vgl. Lutz, Philipp (2013): Überwindung des Nullsummenspiels, Spieltheoretische Fallstudie zu den Verhandlungen zwischen Serbien und dem Kosovo, S.12.

⁴³² Vgl. Lutz, Philipp (2013): Überwindung des Nullsummenspiels, Spieltheoretische Fallstudie zu den Verhandlungen zwischen Serbien und dem Kosovo, S.5.

dadurch eine Anpassung an das Rechtssystem der EU die Rechtsstaatlichkeit und Demokratie durch die Erfahrungen der EU-Staaten gefördert, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten ermöglicht und die Prävention und Bekämpfung der organisierten Kriminalität unterstützt. Insbesondere die politische Stabilität und die rechtlich-regulativen Elemente von Staaten sind Faktoren, die Anreize für ausländische Investitionen ermöglichen. Dabei dienen die Reformen der 35 Kapitel des Community acquis als eine investitionsfördernde Maßnahme, da Investitionen gesteigert werden können in dem Investitionsabläufe durch die Rechtsangleichung erheblich erleichtert werden. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die EU-Annäherung die Attraktivität Serbiens und Kosovos als Investitionsstandort fördert und stärkt.⁴³³

Dieser Prozess der europäischen Annäherung auf dem Westbalkan wird, wie man am Konflikt zwischen Belgrad und Prishtina deutlich erkennen kann, durch ungelöste Konflikte verzögert.⁴³⁴ Der aktuelle Dialog zwischen Serbien und Kosovo, dessen dritte Phase im Februar 2015 gestartet ist, begann im März 2011 und mit technischen Verhandlungen und endete mit einem sechs Punkte Abkommen im März 2012. Der zweite Normalisierungsprozess mit den Ministerpräsidenten beider Staaten begann im Oktober 2012 und endete im März 2014 mit einem 15 Punkte Abkommen.⁴³⁵ Das Abkommen, zwischen Belgrad und Prishtina ist ein diplomatischer Erfolg der EU. Es vergrößert die Chancen, dass ein historisch gewaltsames Kapitel am Balkan geschlossen wird. Mit dem Abkommen haben beide Seiten zugestimmt, dass die Bereiche der Verwaltung, der Polizei, der Sicherheitskräfte und der Justiz in den Verfassungsrahmen der Republik Kosovo übergeben, womit eine Integration der serbischen Bevölkerung im Norden Kosovos ermöglicht wird. Durch die Vereinbarungen zwischen Belgrad und Prishtina, verfügt die serbische Mehrheit im Norden Kosovos nun über autonome Kompetenzen um durch eine Assoziation eine eigene Verwaltung der serbischen Gemeinden zu ermöglichen. Ein wichtiger großer Fortschritt des Dialogs ist allerdings, dass Serbien und Kosovo eine Form der friedlichen Konfliktaustragungskultur entdeckt haben, wonach Probleme und Herausforderungen am Verhandlungstisch angesprochen werden. Dadurch können Spannungen kanalisiert und offen angesprochen werden, womit die Situation in der Region stabilisiert werden konnte und Gewalt zwischen beiden Bevölkerungen ausbleibt.

⁴³³ Vgl. Podrimja, Fellanza (2013): Die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien: Eine Analyse am Beispiel des Normalisierungsabkommens, S.26.

⁴³⁴ Vgl. Lutz, Philipp (2013): Überwindung des Nullsummenspiels, Spieltheoretische Fallstudie zu den Verhandlungen zwischen Serbien und dem Kosovo, S.3.

⁴³⁵ Vgl. Ejodus, Filip (2014): The Brussels Agreement and Serbia's National Interests: A Positive Balance Sheet?, Konrad Adenauer Stiftung, S.1-3.

Betrachtet man die verhärteten Fronten zwischen Serbien und Kosovo, so ist das Normalisierungsabkommen vom 19. April 2013 ein erster großer Schritt in die richtige Richtung. Es hat sich herausgestellt, dass es im Interesse beider Staaten war ein Normalisierungsabkommen zu unterzeichnen, um den Annäherungsprozess nicht zu blockieren. Die missliche politische, wirtschaftliche und soziale Situation, aber auch der internationale Druck veranlassen beide Staaten sich im Sinne von wirtschaftlicher Prosperität und politischer Stabilität auf die Anreize der EU einzulassen, um somit von der EU-Annäherung profitieren zu können.⁴³⁶ Beide Seiten sind durch die Bedingungen der EU und den Anreizen der Annäherung von ihrem Nullsummenspiel abgerückt. Ohne die Anreize der EU wäre ein Abkommen über die Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo zumindest in dieser Phase auch nicht zustande gekommen.⁴³⁷

Aufgrund der Teilnahme hochrangiger Politiker befand sich der Dialog auf einem hohen politischen Niveau, wurde mit einem hohen Tempo geführt und war von international großem Druck geprägt. Das Vermittlerduo im Dialog, Cooper-Ashton hatte eine starke symbolische Kraft, wodurch die Bedeutung des Dialogs einmal mehr betont wurde.⁴³⁸ Ein strafforganisierter Zeitplan mit hochrangigen Verhandlungsrunden an dem jeden Monat Sitzungen organisiert wurden, sorgte für den nötigen Antrieb, um beide Seiten zu einer Einigung zu bewegen. Es zeigt sich auch, dass die EU trotz der Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise dennoch über ausreichend Anziehungskraft verfügt, um mit der Aussicht eines EU-Beitritts Drittstaaten zu einer friedvollen Beilegung ihrer Konflikte bewegen zu können.⁴³⁹

Eine Hypothese dieser Forschungsarbeit ist davon ausgegangen, dass es der EU gelingt, trotz der Uneinigkeit der EU Staaten in Bezug auf die Unabhängigkeit Kosovos, die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo in Richtung einer Normalisierung der Beziehungen zu beeinflussen. Diese Hypothese konnte bestätigt werden. Um die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo durch ihren Einfluss zu stabilisieren, setzte das Engagement der EU auf eine Reihe wirtschaftlicher und politischer Mittel und Maßnahmen an, um im Rahmen der Erweiterungspolitik die Stabilisierung und Entwicklung dieser Region unterstützen zu können.

⁴³⁶ Vgl. Podrimja, Fellanza (2013): Die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien: Eine Analyse am Beispiel des Normalisierungsabkommens, S.32-34

⁴³⁷ Vgl. Podrimja, Fellanza (2013): Die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien: Eine Analyse am Beispiel des Normalisierungsabkommens, S.32.

⁴³⁸ Vgl. Blockmans, Steven (2013): Kosovo-Serbia deal shows value of EU diplomatic service, EUobserver, 23.04.2013.

⁴³⁹ Vgl. Blockmans, Steven (2013): Kosovo-Serbia deal shows value of EU diplomatic service, EUobserver, 23.04.2013.

Dies lässt sich deutlich an dem Dialog, der daraus resultierenden Vereinbarungen und ihrer Implementierung ablesen.

Aufgrund dessen, dass der Dialog auf einem völkerrechtlichen Dokument basiert und die EU bevollmächtigt wurde diesen Dialog zu leiten, haben sich die Kompetenzen der EU erhöht. Damit wurde eine neue Phase der Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo eingeleitet, womit die EU anhand eines Anreiz- und Sanktionsmechanismus Einfluss auf beide Konfliktparteien ausüben kann. Die EU verfügt zwar über keinen Konsens, ermöglicht aber in der Form der EU-Erweiterungspolitik der Kommission eine Beitrittsperspektive für Serbien und Kosovo.

Serbien und Kosovo setzen sich mit ähnlichen Herausforderungen auseinander, die unter anderem auf ökonomische Faktoren zurückzuführen sind. Die EU ist sich der wirtschaftlichen und politischen Lage in Serbien und Kosovo bewusst und verfügt über Mechanismen, indem sie durch Anreiz- und Sanktionsmechanismus nicht nur den EU-Beitritt beider Staaten fördert, sondern auch ihre politischen und wirtschaftlichen Einflussmöglichkeiten steigert. Anhand der Visaliberalisierung, dem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen, dem Instrument für Heranführungshilfe verfügt dementsprechend über ausreichend Mittel um den Annäherungsprozess finanziell und wirtschaftspolitisch zu unterstützen und Kompromisse im Dialog zu erwirken. Im wirtschaftlichen Bereich sorgt die EU für eine aufgelockerte Handelspolitik, import- und exportbezogene Handelsübereinkünfte, Investitionen in die Region oder einer stufenweise Öffnung des EU-Absatzmarktes. Dadurch verfügt sie über Mittel wirtschaftlichen Wachstum zu steigern, eine funktionsfähige Marktwirtschaft aufzubauen, eine Stabilisierung der Wirtschaftspolitik und auch neue Handelsbeziehungen zu ermöglichen, indem der steigende Handel mit der EU die heimischen Unternehmen fördert und Investitionen anlockt wovon vor allem die Handelsakteure in Serbien und Kosovo profitieren. In erster Linie lässt sich feststellen, dass die ökonomischen Anreize der EU deutlich überwiegen. Dadurch kann auch erklärt werden, warum Bedingungen der EU großteils an finanziellen Hilfen und Unterstützungen geknüpft werden. Dadurch lässt sich herableiten, warum beide Konfliktparteien sich aufgrund eines Ineinandergreifens ihrer Prioritäten bereit erklärt haben, ihren Konflikt durch eine Normalisierung der Beziehungen zu lösen.

Die zweite Hypothese, welche sich auch auf eine der Forschungsfragen bezieht, wonach die Uneinigkeit der EU in der Frage des Kosovo-Status, die Akteursqualität deutlich mindert, kann teilweise bestätigt werden. Die EU ist durch ihren mangelnden Konsens in einer Position, in der sie rechtliche und politische Grundlange erst diskutieren muss, um den

Integrationsfortschritt in Serbien und Kosovo und im Dialog zwischen Serbien und Kosovo voranzutreiben. Die EU-Staaten befinden sich in einer Situation in der die EU-Außenpolitik von Befürwortern und Gegnern der Kosovounabhängigkeit geprägt ist. Damit wird verhindert, dass die EU klar und unmissverständlich mit einer Stimme sprechen kann und ihren Einfluss möglichst gewichtig ausüben kann, wodurch auch weiterhin die grundlegende Auseinandersetzung zwischen dem Beharren auf die Prioritäten der Souveränität einzelner Staaten und der Notwendigkeit, Kompetenzen auf EU-Ebene zu übertragen, fortgeführt wird.

In Bezug auf die Anerkennung der EU als Akteur in den Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo ist allerdings dennoch deutlich festzustellen, dass die EU als eigenständiger Akteur anerkannt wird. Serbien und Kosovo kommen den Bedingungen der EU-Integrationsprozesse nach und akzeptieren die EU als Verhandlungsführer. Während sich die EU-Staaten untereinander nicht einigen können, existiert ein allgemeines Engagement um eine Lösung zu finden, wodurch die EU ihre Differenzen der Statusfrage umgeht und offiziell weder die gegenseitige Anerkennung als souveräne Staaten fordert. Somit gelingt es ihr, den Annäherungsprozess Serbiens und Kosovos an die EU zu fördern.

Bis zu einem Grad konnte sich die EU in der Form der Kommission auch als eigenständiger Akteur behaupten, da die EU-Kommission Kosovo nicht anerkennt, Kosovo auf dem Annäherungsprozess jedoch nicht zurückfallen ließ. In dem die EU mehrmals betont hat, dass ein EU-Beitritt ohne eine Lösung des Konflikts nicht möglich ist, zeigt sich, dass die Aufschiebung für die aktuelle Situation sehr nützlich war, die Aufschiebung der Statusfrage allerdings keine langfristige Lösung ist und zu einem späteren Zeitpunkt geklärt werden muss. Insofern kann zwar von einer generellen Übereinstimmung und einer allgemeinen Kohärenz der supranationalen Institution der EU in der Frage der Perspektive und der Normalisierung der Beziehungen gesprochen werden, konkrete autonome Schritte in Richtung EU-Beitritt werden jedoch sehr stark von den Mitgliedsstaaten beeinflusst, woran die führende Rolle der Mitgliedsstaaten erkennbar wird. Das Problem der Inkohärenz führt auch zu einer EU-Außenpolitik im Erweiterungsprozess die bestimmte Mechanismen erst rechtlichen Grundlagen anpassen muss und zu langwierigen Diskussionen führt. Als Beispiel kann hier etwa die Entsendung der statusneutralen EULEX-Mission aber auch die Machbarkeitsstudie für ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen und der Prozess der Visaliberalisierung herangezogen werden.

Indem Bedingungen nicht von allen Staaten ausreichend artikuliert werden, bestätigt sich auch die mangelnde Kohärenz der EU, womit die Akteursqualität nicht ihrer wirtschaftlichen Stärke

entspricht. Serbien steht einer großen Mehrheit der EU gegenüber, die Kosovo anerkannt haben und die diesen Schritt von Serbien erwarten dürften, wenn Serbien der EU beitreten möchte. Kosovo hingegen baut zwar auf die Unterstützung der 23 EU-Staaten, allerdings erkennt die EU-Kommission und der Rat der Europäischen Union Kosovo nicht als einen unabhängigen Staat wodurch die „Belohnungen“ der EU zur schwierigen Angelegenheit wird und die Kommission und der Rat der Europäischen Union in dieser Hinsicht die Haltung der Mitgliedsstaaten berücksichtigen muss. Die mangelhafte „autonomy“ der supranationalen Institutionen gegenüber ihren Mitgliedsstaaten erschwert demnach die Anreizmaßnahmen der EU. Insbesondere auch deshalb, weil die EU-Staaten mit ihrer Uneinigkeit eine asymmetrische Situation geschaffen hat, indem sich Serbien und Kosovo unterschiedlichen Prozessen des Annäherungsprozesses befinden und mit ungleichwertigen „Belohnungen“ honoriert werden. Dadurch wird in Kosovo von Seiten der politischen Akteure und der Bevölkerung der Eindruck erweckt, dass die Positionen der fünf EU-Staaten den Annäherungsprozess blockieren, was eine Gefahr für das Vertrauen in die Institutionen der EU darstellen kann. Die Proteste und die massive Flucht der Kosovaren in den letzten Monaten zeigt, wie heikel die Lage in dieser Region ist. Ein Vertrauensverlust innerhalb der Bevölkerung, könnte Fortschritte im Dialog mit aber auch im gesamten Annäherungsprozess an die EU verzögern.

Auch wenn die Außenpolitik der EU deutliche Fortschritte zu den vergangenen Jahrzehnten zu verzeichnen hat, so besteht weiterhin die grundlegende Auseinandersetzung zwischen dem Beharren auf die Prioritäten der Souveränität einzelner Staaten und der Notwendigkeit, Kompetenzen auf EU-Ebene zu übertragen. Die historische Entwicklung der EU-Außenpolitik verdeutlicht sehr stark, dass die Dringlichkeit einer gemeinsamen Außenpolitik am Widerstand der einzelnen Staaten verzögert wurde. Das Bild der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik bleibt trotz ihrer Entwicklungen und Fortschritte der letzten Jahrzehnte weiterhin uneinheitlich. Die EU verfügt zwar über ein ansehnliches Instrumentarium, die Schwäche der EU zeigt sich aber in dem Ziel, eine kohärente Politik zu formulieren und gemeinsame Prioritäten festzulegen, denn als außenpolitischer Akteur bleibt die EU trotz ihrer Reformen von inneren Zerwürfnissen bedroht. Mit dem Vertrag von Lissabon hat sich die Europäische Union zu keiner Vergemeinschaftung der europäischen Außenpolitik durchgerungen. Vielmehr wurden die nationalstaatlichen außen- und sicherheitspolitischen Kompetenzen vor einem Zugriff durch die EU geschützt und die intergouvernementalen Eigenschaften der GASP festgeschrieben.⁴⁴⁰ Die Mitgliedsstaaten erwecken den Eindruck, als

⁴⁴⁰ Vgl. Katsioulis, Christos (2008): Europäische Außenpolitik auf dem Prüfstand, Auf halber Strecke zum globalen Akteur?, Friedrich Ebert Stiftung, , S.3.

betrachten sie die EU als ein Instrument⁴⁴¹, das sich mit „kleinen Problemen“ auseinandersetzen soll, während „high politics“ Angelegenheiten in der Hand der Mitgliedsstaaten bleiben soll.⁴⁴² Der Vertrag von Lissabon sollte besonders im Bereich der Kohärenz der europäischen Außenpolitik einen großen Schritt nach vorne bedeuten. Was die Position der Hohen Vertreterin anbelangt, wurde durch den Vertrag von Lissabon eine Position geschaffen, um für mehr Kohärenz in der EU zu sorgen, allerdings wird ihre Position besonders dadurch geschwächt, dass die meisten Kompetenzen bei den Staaten obliegen. Zusammenfassend muss sich die Europäische Union also überlegen in welche Richtung sie sich entwickeln möchte, um nicht nur wirtschaftlich konkurrenzfähig zu bleiben, sondern international gewichtig auftreten zu können. Angesichts der inneren Schwäche eine Einheit zu bilden, wird ihre Bedeutung in außen- und sicherheitspolitischen Fragen besonders im Vergleich zur USA und Russland hervorgehoben. Gewichtige Entscheidungen bleiben oft aus und werden durch die Rolle der Staaten wie Deutschland, Frankreich und Großbritannien übernommen. Sowohl in Serbien als auch in Kosovo hat der EU-Beitritt mittlerweile oberste Priorität. Die ungebrochene Attraktivität der EU als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ist für die politische und wirtschaftliche Situation in Serbien und Kosovo ein Ansporn Reformkurse konsequent umzusetzen. Für die EU ist es daher besonders wichtig, ihre Glaubwürdigkeit zu stärken, so dass potenzielle Beitrittsstaaten die Gewissheit haben, dass ihre Mühen und Kompromisse im Dialog zur Normalisierung der Beziehungen belohnt werden. Verzögerungen im Annäherungsprozess hätten nicht nur schwerwiegende Folgen für den Normalisierungsprozess. Vielmehr könnten populistische und nationalistische Parteien, die schlechte wirtschaftliche und politische Situation für eigene Interessen missbrauchen und ihre Staaten dadurch destabilisieren. Beide Staaten wären aufgrund ihres ethnisch-territorialen Konflikts hierzu besonders anfällig. Während Serbien und Kosovo sich der Bekämpfung von Korruption, der Anpassung von politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen EU-Standards widmen und an der Lösung ihres Konflikts interessiert sind, sind beide Konfliktparteien auch mit einem immensen innenpolitischen Druck konfrontiert, der mit dem Annäherungsprozess und speziell dem Normalisierungsprozess einher geht. Vor diesem Hintergrund muss sich die EU ihrer Verantwortung bewusst sein, dass die EU-Perspektive die treibende Kraft ist und der Fortschritt der Westbalkanstaaten auf dem Weg zur EU an der Glaubwürdigkeit der EU geknüpft sind.⁴⁴³

⁴⁴¹ Vgl. Gaedtke, Jens-Christian (2009): Europäische Außenpolitik, S.57.

⁴⁴² Vgl. Kurbogaj-Ajeti, Resmije / Ajeti, Faruk (2012): Die Rolle der EU-Außenpolitik im Kosovo (1989 – 2008), S.64.

⁴⁴³ Vgl. Duro, Foto / Dyrnishi, Arian / Lembovska, Magdalena / Qehaja, Florian / Raifi, Fjolla / Vrajolli, Mentor (2013): Progress in the Europeanization of the security sector in Albania, Kosovo and Macedonia, Kosovar Center for Security Studies, S.10-11.

7 Literaturverzeichnis

7.1 Wissenschaftliche Literatur

Algieri, Franco (2004): Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, in: Werner Weidenfeld (Hg.): Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S.420–440.

Bajrami, Agron: (2013): Kosovo–Serbia Dialogue: Windows of Opportunity or a House of Cards? Group for Legal and Political Studies, Prishtina, 03.2013, Online verfügbar unter: <http://legalpoliticalstudies.org/download/Policy%20Analysis%2003%202013.pdf> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Barnickel, Christiane / Böhm, Jana, Brandt, Tiago et al. (2009): Das europäische Chamäleon. Ist die EU ein normativer, ein realistischer oder ein imperialer Akteur? Forschungsgruppe Europäische Außenpolitik, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt, 18.02.2009, Online verfügbar unter: <http://www.kuwi.europa-uni.de/de/lehrstuhl/vs/politik2/lehre/lehrarchiv/WS0809/europaalsglobalerakteur/0Aufsatz190209.pdf> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Bilge Yabanci (2009): Assessing the Impact of the European Union in Kosovo Conflict Resolution, Building States and Societies upon Tabula Rasa?, Lund University, STVP17, Department of Political Science, Online verfügbar unter: <http://lup.lub.lu.se/luur/download?func=downloadFile&recordId=1397349&fileId=1497089> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Chiari, Bernhard / Keßelring, Agilolf (2008): Wegweiser zur Geschichte, Schöningh Paderborn, München, Wien, Zürich, 2008, Online verfügbar unter: <http://www.mgfa.de/html/einsatzunterstuetzung/downloads/meukosovoiiiiansicht01.pdf> [Letzter Zugriff am: 06.03.2015].

Czymmeck, Anja (2011): Zehn Jahre Ohrider Rahmen-abkommen, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Länderbericht Mazdonien, 12.08.2011, Online verfügbar unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_23618-1522-1-30.pdf?110812114143 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Czymmeck, Anja (2013): Meilenstein im Kosovo-Serbien-Dialog, Konrad Adenauer Stiftung e.v., Länderbericht Kosovo, Prishtina, 24.04.2013, Online verfügbar unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_34160-1522-1-30.pdf?130424114742 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Däumer, Michael / Grundberger, Sebastian / Kähler, Malte (2008): Kosovo – Präzedenzfall für Spanien? Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Madrid, 19.02.2008, Online verfügbar unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_13032-1522-1-30.pdf?080220091252 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Deda, Ilir / Qosaj-Mustafa, Ariana (2013): Zbatimi i marrëveshjes së dialogut politik Kosovë-Serbi, Instituti Kosovar për Kërkime dhe Zhvillime të Politikave (KIPRED), Analizë politike

Nr. 4/13, Prishtina, 06.2013, Online verfügbar unter:

http://www.kipred.org/advCms/documents/94431_Zbatimi_i_marreveshjeve_te_dialogut_politik.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Development Group (2012): Close to the EU, far from the citizens : the Kosovo-Serbia Dialogue, in cooperation with and supported by Friedrich Ebert Stiftung, Prishtina, 05.2012, Online verfügbar unter: http://www.fes-prishtina.org/wb/media/Publications/2012/Larg%20Qytetarit%20Afer%20BEse_finale%20eng.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Die Türkei und die EU, Der Zypernkonflikt, Centrum für angewandte Politikforschung an der LMU München, Online verfügbar unter: <http://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/eu/zypern.php> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Duro, Foto / Dyrnishi, Arian / Lembovska, Magdalena / Qehaja, Florian / Raifi, Fjolla / Vrajolli, Mentor (2013): Progress in the Europeanization of the security sector in Albania, Kosovo and Macedonia, Kosovar Center for Security Studies, Prishtine, November 2013, Online verfügbar unter: http://www.analyticamk.org/images/stories/files/Progress_of_Europeanisation_of_the_Security_Sector_in_Albania,_Kosovo_and_Macedonia.pdf , S.10-11 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Dzihic, Vedran (2013): Bilanz und Zukunft des Westbalkans: Ungelöste Grenz- und Minoritätsfragen im Kontext der EU-Beitrittsbemühungen, Eine Bestandsaufnahme anlässlich des Beitritts Kroatiens zur EU, Österreichisches Institut für Internationale Politik, Wien, 09.2013, Online verfügbar unter: http://www.oiiip.ac.at/fileadmin/Unterlagen/Dateien/Arbeitspapiere/Working_Paper_Dzihic_71-2013_vorlaeufig.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Dzihic, Vedran / Kramer, Helmut (2008): Der Kosovo nach der Unabhängigkeit, Friedrich Ebert Stiftung, Internationale Politikanalyse, 09.2008, Online verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/05695.pdf> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Dzihic, Vedran / Sagmüller, Maximilian (2014): Serbien zwischen EU-Pragmatismus und neuen autoritären Tendenzen, Arbeitspapier 75, Österreichisches Institut für Internationale Politik, 06.2014, Online verfügbar unter: http://www.oiiip.ac.at/fileadmin/Unterlagen/Dateien/Publikationen/Arbeitspapiere/AP_75_Serbien_EU.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Ehrke, Michael (2011): Der Norden des Kosovo – ein gewaltoffener Raum?, Friedrich Ebert Stiftung, Perspektive FES Belgrad, 08.2011, Online verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/08444.pdf> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Ehrke, Michael (2012): Serbien: Zwischen Kosovo und der EU, Friedrich Ebert Stiftung, Perspektive FES Belgrad, 02.2012, Online verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/08918.pdf> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Ejdus, Filip (2014): The Brussels Agreement and Serbia's National Interests: A Positive Balance Sheet?, Konrad Adenauer Stiftung, Belgrad, 25.04.2014, Online verfügbar unter:

http://www.kas.de/wf/doc/kas_12788-1442-1-30.pdf?140428121637 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Ejdus, Filip / Minić, Jelica / Musliu, Vjosa (2014): Kosova - Serbia: Potenciali për bashkëpunim dhe sfidat kyçe të perspektivës së përbashkët evropiane, Instituti për Politika Zhvillimore (INDEP), Belgrad, 05.2014, Online verfügbar unter: <http://www.docdroid.net/file/view/qkva/potenciali-pr-bashkpunim-dhe-sfidat-kye-t-perspektivs-s-prbashkt-evropiane-4.pdf> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Gaedtke, Jens-Christian (2009): Europäische Außenpolitik, UTB Verlag, Stuttgart.

Gavrilović, Zoran / Dimitrijević, Pavle (2015): Report on the Implementation of the Brussels Agreement (by the Republic of Serbia), Bureau for Social Research (BIRODI), Belgrad, 01.2015, Online verfügbar unter: <http://www.birodi.rs/wp-content/uploads/2015/02/Report-on-Implementation-of-the-Brussels-Agreement-ENG-summary-BIRODI.pdf> [Letzter Zugriff am: 10.02.2015].

Groen, Lisanne / Niemann, Arne (2012): The European Union at the Copenhagen climate negotiations: A Case of Contested EU Actorness and Effectiveness, Mainz Papers on International and European Politics, Johannes Gutenberg University, Mainz, 01.2012, Online verfügbar unter: <http://www.politik.uni-mainz.de/cms/Dateien/mpiep01.pdf> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Group for Legal and Political Studies (2014): The Implementation of the EU facilitated Agreement(s) between Kosovo and Serbia, A short analysis of the main achievements and challenges, Group for Legal and Political Studies, Prishtina, 08.2014, Online verfügbar unter: <http://legalpoliticalstudies.org/wp-content/uploads/2014/11/GLPS-on-Kosovo-Serbia-Dialogue.pdf> [Letzter Zugriff am: 10.02.2015].

Hajrullahu, Arben (2007): Langfristiger Frieden am Westbalkan durch EU-Integration: Der EU-Integrationsprozess als Chance für die Überwindung des serbisch-kosovarischen Konfliktes, Nomos, Baden-Baden, 24.12.2007.

Hamilton, Aubrey (2012): From Technical Arrangements to Political Haggling: the Kosovo-Serbia Dialogue and the North of Kosovo, Group for Legal and Political Studies, Policy Report, Prishtina, 02.2012, Online verfügbar unter: <http://legalpoliticalstudies.org/download/Policy%20Report%2002%202012%20english.pdf> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Hamilton, Aubrey / Merja, Albana (2013): Readyng Kosovo for SAA Negotiations: A blueprint of achievements, slow reforms and the path ahead, Policy Analysis, Group for Legal and Political Studies, Prishtina, 03.2013, Online verfügbar unter: <http://legalpoliticalstudies.org/download/Policy%20Analysis%2002%202013.pdf> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Hasani, Shkelzen (2013): Die EU als internationaler Akteur: Eine Untersuchung am Fallbeispiel des Kosovokonflikts, Bachelor + Master Publishing, Duisburg-Essen.

Höll, Otmar (2002): „Europäisierung“ der Österreichischen Politik? Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft, Außen- und Sicherheitspolitik, Demokratiezentrum Wien, Online verfügbar unter: http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/hoell_aussenpolitik.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Hoogenboom, Jitske (2011): The EU as a peacebuilder in Kosovo, Civil Society Dialogue Network, Bukarest, 28.06.2011, Online verfügbar unter: http://www.eplo.org/assets/files/2.%20Activities/Civil%20Society%20Dialogue%20Network/Member%20State%20Meetings/Romania/EPLO_Policy_Analysis_EU_as_a_Peacebuilder_in_Kosovo_CSDN_Meeting_Romania.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

International Crisis Group (2011): North Kosovo: Dual Sovereignty in practice, Europe Report N°211, International Crisis Group, Prishtina/Mitrovica/Brüssel, 14.03.2011, Online verfügbar unter: <http://www.crisisgroup.org/~media/Files/europe/balkans/kosovo/211%20North%20Kosovo%20---%20Dual%20Sovereignty%20in%20Practice.pdf> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

International crisis group (2012): Kosovo and Serbia: A Little Goodwill Could Go a Long Way, Europe Report N°215, Prishtina/Belgrad/Brüssel, International Crisis Group 02.02.2012, Online verfügbar unter: <http://www.crisisgroup.org/~media/Files/europe/balkans/kosovo/215%20Kosovo%20and%20Serbia%20-%20A%20Little%20Goodwill%20Could%20Go%20a%20Long%20Way.pdf> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Jupille, Joseph / Caporaso, James A. (1998): States, Agency, and Rules: The European Union in Global Environmental Politics. In: RHODES, Carolyn (ed.): The European Union in the World Community, Boulder, London. S. 213-230.

Jureković, Predrag (2013): Kosovo-Abkommen – Implementierung als Lackmustest, Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement, Landesverteidigungsakademie Wien, 07.2013, Online verfügbar unter: http://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/ifk_monitor_19_kosovo_abkommen_lackmustest_pj_web.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Kass, Ralph (2010): Die EU-Nahostpolitik im Rahmen des Nahostquartetts (2002-2008): Die Europäische Union als kohärenter außenpolitischer Akteur, Diplomica Verlag; Hamburg.

Katsioulis, Christos (2008): Europäische Außenpolitik auf dem Prüfstand, Auf halber Strecke zum globalen Akteur?, Internationale Politikanalyse, Friedrich Ebert Stiftung, Berlin, 09.2008, Online verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/05811.pdf> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Kellner, Hans-Günter (2008): Die baskische Nationalistische Partei, Auf Kurs in Richtung Unabhängigkeit, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Madrid, 30.08.2008, Online verfügbar unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_14945-1522-1-30.pdf?081031144410 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Klein, Tanja (2014): Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der Krise? Nationale Rollenkonzepte und Souveränität als Herausforderung europäischer

Handlungsfähigkeit, Institute for European Global Studies, Universität Basel, Online verfügbar unter:
https://europa.unibas.ch/fileadmin/europa/redaktion/PDF_Basler_Schriften/BS104.pdf
[Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Knoll, Bernhard (2009): Kosovo: Statusprozess und Ausblick auf die staatliche Souveränität, In: OSZE-Jahrbuch 2009, Bd. 14, S.133-175, Online verfügbar unter: <http://ifsh.de/file-CORE/documents/jahrbuch/08/Knoll-dt.pdf> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Kocjancic, Rudi (2006): Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, München, S.435-453, Online verfügbar unter: http://www.zaoerv.de/66_2006/66_2006_2_b_435_454.pdf
[Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Kurbogaj-Ajeti, Resmije / Ajeti, Faruk (2012): Die Rolle der EU-Außenpolitik im Kosovo (1989 – 2008), Masterarbeit, Universität Wien.

Ladjevac, Bojan (2012): Russland und Serbien, Eine neue Ära der Beziehungen? Internationale Politikanalyse, Friedrich Ebert Stiftung, Berlin, 11.2012, Online verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/09508.pdf> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Lehne, Stefan (2012): Kosovo and Serbia: Toward a Normal Relationship, Carnegie Endowment for International Peace, Policy Outlook, 03.2012, Online verfügbar unter: http://carnegieendowment.org/files/Kosovo_and_Serbia.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Lescher, Timotheus B. (2000): Die EU als eigenständiger Akteur in der Entstehung des internationalen Klimaregimes, 13.11.2000, Universität Trier, Online verfügbar unter: <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/resources/monographies/lescher.pdf> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Lunacek, Ulrike (2012): Kosovo–Serbia: Will They Ever Come to Terms? What is the European Union’s Role?, S.147-158, in.: Dzihic, Vedran / Hamilton, Daniel (2012): Unfinished Business: The Western Balkans and the International Community, Center for Transatlantic Relations, Washington DC, Online verfügbar unter: http://transatlantic.sais-jhu.edu/publications/books/Unfinished%20Business%20Pdf/ch15_Lunacek.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Lutz, Philipp (2013): Überwindung des Nullsummenspiels, Spieltheoretische Fallstudie zu den Verhandlungen zwischen Serbien und dem Kosovo, Universität Bern, 30.08.2013, Online verfügbar unter:
http://www.academia.edu/4481982/%C3%9Cberwindung_des_Nullsummenspiels [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Malazogu, Leon / Bieber, Florian (2012): The Future of Interaction between Prishtina and Belgrade, Project on Ethnic Relations Kosovo, in: Südosteuropa Mitteilungen, München 05.06, S.26-43.

Martino, Francesco (2014): Kosovo Beyond the 'Brussels Agreement, Analysis No. 254, 05.2014, Institute for International Political Studies (ISPI), Online verfügbar unter: http://www.ispionline.it/sites/default/files/pubblicazioni/analysis_254__2014.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Mayer, Sebastian (2004): Die EU als weltpolitischer Akteur. Anmerkungen zum Forschungsstand, in: WeltTrends Nr. 42, Potsdam, Jg. 12, 2004, S.65-77., Online verfügbar unter: http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2010/4634/pdf/6_eu_weltpolitischer_wt42.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Morina, Engjellushe (2014): Brussels “First Agreement” - A year after, Policy Briefs Kosovo, Konrad Adenauer Stiftung, 04.2014, Online verfügbar unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_37608-1522-1-30.pdf?140429132226 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Nugent, Neill (2013): The EU-Kosovo Relationship in the Context of EU Enlargement Policy, Policy Report, Group for Legal and Political Studies (GLPS), Prishtina, 03.- 05.2013 Online verfügbar unter: <http://legalpoliticalstudies.org/download/Policy%20Report%2003%202013.pdf> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Petritsch, Wolfgang / Pichler, Robert (2005): Kosovo: Entscheidung in der Statusfrage, Europäische Rundschau 33. Jhg. No. 4, 2005, S.59-78, Online verfügbar unter: http://www.wolfgangpetritsch.com/images/articles/2005/2005_europ_rundschau_4.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Podrimja, Fellanza (2013): Die Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien: Eine Analyse am Beispiel des Normalisierungsabkommens, Grin Verlag GmbH, Regensburg, 02.12.2013.

Reljić, Dušan (2009): Russlands Rückkehr auf den Westbalkan, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, 17.07.2009, Online verfügbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2009_S17_rlc_ks.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

RIDEA (2013): Kosovo's Rocky Road To EU - Stabilisation and Association Agreement: Challenges and Opportunities, Research Institute of Development and European Affairs, Prishtina, 07.2013, Online verfügbar unter: http://ridea-ks.org/Articles/1/43/Docs/2629RIDEA_Report_-_SAA_Challenges_and_Opportunities_-_English_Version_-_Copy.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Rossbacher, Dina (2008): Die Interimsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) und die Rechtsstaatsmission EULEX der Europäischen Union. In: Chiari, Bernhard / Keßelring, Agilolf (Hrsg.) (2008): Wegweiser zur Geschichte. Kosovo, Paderborn, München, S.95-102, Online verfügbar unter: <http://www.mgfa-potsdam.de/html/einsatzunterstuetzung/downloads/wwkosovoiirrossbacherunmikeulex.pdf> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Rozée, Stephen (2011): The European Union as a Comprehensive Police Actor, Journal of Contemporary European Research, University of Salford, S.435-451, Online verfügbar unter: <http://www.jcer.net/index.php/jcer/article/download/301/303> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Rüb, Matthias (1999): Ursachen und Folgen eines Krieges, Deutscher Taschenbuch Verlag, München.

Rüger, Johannes / Schmidt, David (2010): Der Kosovo-Konflikt Analyse und zivilgesellschaftliche Lösungsperspektiven, Institut für Politikwissenschaft
Lehrforschungsprojekt: „Internationales Konfliktmonitoring“, Justus-Liebig-Universität Gießen, Online verfügbar unter: <http://www.uni-giessen.de/cms/fbz/fb03/institute/institut-fur-politikwissenschaft/Personen/birckenbach/lehre/lfp/dateien/kosovo> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Saito, Jun (2011): EU-Ansatz zur Konfliktlösung: Am Beispiel des Kosovo-Konflikts, Die Wissenschaftsplattform des Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA), Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien, Online verfügbar unter: http://afa.at/international/IR.at_Saito_3.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Schulmeister, Stephan (1988): Zur Krise der Weltwirtschaft in den siebziger und achtziger Jahren – ein Rekonstruktionsversuch, in: Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (Hrsg.): Verarbeitungsmechanismen der Krise, Braumüller, Wien, 1988, S.145–169.

Schwarz, Siegfried (2004): Zur Geschichte einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik, in: WeltTrends, Jg. 12 (2004), Nr. 42, 51-63, Universitätsverlag Potsdam, Online verfügbar unter: http://www.uni-potsdam.de/db/wtcms/contenido-4.4.5/cms/upload/pdf/lehre_kraemer_schwarz.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

SEESOX (2014): Serbia/Kosovo: The Brussels Agreements and Beyond, Workshop Report, South East European Studies at Oxford, University of Oxford, 03.2014, Online verfügbar unter: <http://www.sant.ox.ac.uk/seesox/publications/SerbiaKosovoWorkshopReport.pdf> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Sela, Ylber / Shabani, Lirim (2011): The European Union Politics in the Western Balkans, The Western Balkans Policy Review Volume 1, Kosovo Public Policy Center, Issue 2, Prishtina, 2011, Online verfügbar unter: <http://www.kppcenter.org/WBPRReview2011-1-2-Sela-Shabani.pdf> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Stahl, Bernhard / Harnisch, Sebastian (2009): Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008, Nomos, Baden-Baden.

Stein, Frank / Feucht, Michael (2013): Die Ehemalige Jugoslawische Republik Makedonien, Perspektiven des EU-Beitritt, Essay zur Makedonien-Exkursion (2013) des Lehrstuhls für Geschichte Südost- und Osteuropas der Universität Regensburg, Online verfügbar unter: http://www.uni-regensburg.de/philosophie-kunst-geschichte-gesellschaft/geschichte-suedost-osteuropa/medien/03-stein_und_feucht_eu_ambitionen__neu_.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Sutterlüty, Tamara (2011): Externes Nation- und Statebuilding der Europäischen Union zwischen Anspruch und Wirklichkeit am Beispiel des Kosovo, Diplomarbeit, Universität Wien, 05.2011, Online verfügbar unter: http://othes.univie.ac.at/14517/1/2011-05-16_0401186.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Ucakar, Karl / Gschiegl, Stefan (2010): Das politische System Österreichs und die EU, Facultas Auflage:2.

United Nations Development Programme, UNDP Public Pulse Report No. 6, (Prishtina: UNDP und USAID), Prishtina, 08.2013, Online verfügbar unter: http://www.undp.org/content/dam/kosovo/docs/Procurement/PPR6_Anglisht.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Wittkowsky, Andreas / Kasch, Holger (2012): Testfall Kosovo: Zwischenbilanz der europäischen Konfliktbearbeitung, Policy Briefing, Zentrum für Internationale Friedenseinsätze, Berlin, 05.2012, Online verfügbar unter: http://www.zif-berlin.org/fileadmin/uploads/analyse/dokumente/veroeffentlichungen/ZIF_Policy_Briefing_Andreas_Wittkowsky_Holger_Kasch_Mai_2012_01.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

7.2 Journalistische Quellen

Annäherung zwischen Serbien und Kosovo, oe24.at, 02.07.2011, Online verfügbar unter: <http://www.oe24.at/welt/Durchbruch-in-Gespraechen-Annaeherung-zwischen-Serbien-und-Kosovo/32990306> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Aus für South Stream bedeutet Schiffbruch für Serbien, Focus Online, 02.12.2014, Online verfügbar unter: http://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/unternehmen-aus-fuer-south-stream-bedeutet-schiffbruch-fuer-serbien_id_4316256.html [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Bardos, Gordon N. (2012): The Balkans, Post-Pax Americana, The National Interest, 10.2012, Online verfügbar unter: <http://nationalinterest.org/commentary/the-balkans-post-pax-americana-7537> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Beitrittsverhandlungen Serbiens mit der Europäischen Union, Online verfügbar unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Beitrittsverhandlungen_Serbiens_mit_der_Europ%C3%A4ischen_Union [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Belgrad und Prishtina erzielen Kompromiss über Grenzabgaben, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.01.2013, Online verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/verhandlungen-ueber-nordkosovo-belgrad-und-prishtina-erzielen-kompromiss-ueber-grenzabgaben-12029478.html> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Belgrade, Priština discuss freedom of movement, B92.net, 16.04.2011, Online verfügbar unter: http://www.b92.net/eng/news/politics-article.php?yyyy=2011&mm=04&dd=16&nav_id=73835 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Belgrade-Priština dialogue continues, B92.net, 28.03.2011, Online verfügbar unter: http://www.b92.net/eng/news/politics-article.php?yyyy=2011&mm=03&dd=28&nav_id=73473 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Beograd zyrtar: Të gjitha propozimet tona, Kosova i njohu, BalkanWeb.com, 19.04.2013, Online verfügbar unter: <http://www.arkivalajmeve.com/Beograd-zyrtar-Te-gjitha-propozimet-tona-Kosova-i-njohu.1047360206/> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Bewerberländer, Website der EU-Kommission, Online verfügbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/policy/glossary/terms/candidate-countries_de.htm [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Blockmans, Steven (2013): Kosovo-Serbia deal shows value of EU diplomatic service, EUobserver, 23.04.2013, Online verfügbar unter: <http://euobserver.com/opinion/119903> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Blome, Nikolaus / Koelbl, Susanne / Müller, Peter et al. (2014): Zurück im Kalten Krieg, Der Spiegel, 47/2014 (Printausgabe, S.20-22), 16.11.2014, Online verfügbar unter: <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/130335526> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Brey, Thomas (2014): Serbien dient sich Russland an – zum eigenen Schaden, Impulse.de, 14.05.2014, Online verfügbar unter: <http://www.impulse.de/unternehmen/serbien-dient-sich-russland-an-zum-eigenen-schaden> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Briselski sporazum je politički, B92.net, 14.12.2014, Online verfügbar unter: http://www.b92.net/info/vesti/index.php?yyyy=2014&mm=12&dd=14&nav_category=12&nav_id=936315 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Busse, Nikolas / Martens, Michael (2011): Einigung im Zollstreit mit dem Kosovo, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.09.2011, Online verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/serbien-einigung-im-zollstreit-mit-dem-kosovo-11131322.html> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Chapter 35 on Kosovo cannot open new topics, B92, 23.01.2014, Online verfügbar unter: http://www.b92.net/eng/news/politics.php?yyyy=2014&mm=01&dd=23&nav_id=89082 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Czarnowska, Martyna (2013): Eine Nummer für den Kosovo, Wiener Zeitung, 09.09.2013, Online verfügbar unter: http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/europa/europaeische_union/574049_Eine-Nummer-fuer-den-Kosovo.html [Letzter Zugriff am: 10.02.2015].

Dacic and Thaci Meet in Brussels, Make History 0, BalkanInsight.com, 19.10.2012, Online verfügbar unter: <http://www.balkaninsight.com/en/article/dacic-and-thaci-meet-in-brussels-make-history-0> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Das Burgenland war für Ungarn noch verschmerzbar, Interview mit Ostmitteleuropa Experte Peter Haslinger, Der Standard, 31.08.2009, Online verfügbar unter:

<http://derstandard.at/1250691116026/Streit-Ungarn-Slowakei-Das-Burgenland-war-fuer-Ungarn-noch-verschmerzbar> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Dempsey, Judy (2008): Russia's Gazprom Takes Control of Serbian Oil Monopoly, New York Times, 23.01.2008, Online verfügbar unter: http://www.nytimes.com/2008/01/23/world/europe/23serbia.html?_r=0 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD), Auswärtiges Amt, 08.12.2014, Online verfügbar unter: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Aussenpolitik/EAD_node.html [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD), EurActiv, 06.09.2010, Online verfügbar unter: <http://www.euractiv.de/globales-europa/linkdossier/der-europaeische-auswaertige-dienst-ead-000120> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Website der Europäischen Union, Online verfügbar unter: http://europa.eu/legislation_summaries/institutional_affairs/treaties/lisbon_treaty/ai0009_de.htm [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Der Prozess bis zum Beitritt eines neuen Mitgliedstaates, Website der Europäischen Union, 28.02.2007, Online verfügbar unter: http://europa.eu/legislation_summaries/enlargement/ongoing_enlargement/114536_de.htm [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Der Weg zur EU-Mitgliedschaft, Website der EU-Kommission, Online verfügbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/policy/steps-towards-joining/index_de.htm [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Deutschland will Balkan-Staaten an EU heranzuführen, Handelsblatt, 28.08.2014, Online verfügbar unter: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/konferenz-deutschland-will-balkan-staaten-an-eu-heranzufuehren/10621728.html> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Día de la Constitución - Tag der Verfassung, Denia-Info.com, Online verfügbar unter: http://www.denia-info.com/cms/index.php?option=com_content&task=view&id=1006&Itemid=87 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Die Akteure der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP), Auswärtiges Amt, 01.07.2013, Online verfügbar unter: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Aussenpolitik/GASP/AkteureGASP_node.html [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union: Politische und institutionelle Grenzen, Newsletter des Österreichischen Instituts für Europäische Sicherheitspolitik, Maria Enzersdorf 12.12.2006, Online verfügbar unter: http://www.aies.at/download/oeies/OEIES_06_03.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Die Entwicklung der GASP, Auswärtiges Amt, 02.02.2012, Online verfügbar unter: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Aussenpolitik/GASP/GeschichteGASP_node.html [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), Auswärtiges Amt, 15.11.2012, Online verfügbar unter: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Aussenpolitik/GSVP/GSVP-Start_node.html [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Die Kapitel des Besitzstands Website EU-Kommission, Online verfügbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/policy/conditions-membership/chapters-of-the-acquis/index_de.htm [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Domanovic, Milka (2014): List of Kosovo War Victims Published, Balkan Insight, 10.12.2014, Online verfügbar unter: <http://www.balkaninsight.com/en/article/kosovo-war-victims-list-published> [Letzter Zugriff am: 06.03.2015].

Einem, Caspar (2014): Die EU gemeinsam verteidigen, Die Presse, 17.01.2014, Online verfügbar unter: <http://diepresse.com/home/spectrum/zeichenderzeit/1550332/Die-EU-gemeinsam-verteidigen> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Entstehungsgeschichte der EU, Website Republik Österreich, Online verfügbar unter: <http://www.parlament.gv.at/PERK/PE/EU/EUEntstehung/> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

EP unterstützt Vorschlag des UN-Sonderbeauftragten Martti Ahtisaari zu Kosovo, Europäisches Parlament, Europarl.at, 29.03.2007, Online verfügbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=IM-PRESS&reference=20070326IPR04617&format=XML&language=DE> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Erste Abkommen zwischen Serbien und Kosovo, EurActiv, 04.07.2011, Online verfügbar unter: <http://www.euractiv.de/erweiterung-und-nachbarn/artikel/erste-abkommen-zwischen-serbien-und-kosovo-005043> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

ETA will den Terror einstellen, Handelsblatt, 20.10.2011, Online verfügbar unter: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/strategiewechsel-eta-will-den-terror-einstellen/5335508.html> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

EU Gipfeltreffen Thessaloniki - westliche Balkanstaaten, Website der EU-Kommission, 21.06.2003, Online verfügbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_PRES-03-163_de.htm [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

EU meldet Durchbruch im Kosovo-Konflikt, Kleine Zeitung, 09.09.2013, Online verfügbar unter: <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/3402858/eu-meldet-durchbruch-kosovo-konflikt.story> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

EU prüft 2013 Beitrittswünsche von Balkanstaaten, KleineZeitung.at, 12.12.2012, Online verfügbar unter: <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/3188779/eu-prueft-2013-beitrittswuensche-balkanstaaten.story> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

EU relations with Kosovo*, Website European Union External Action, Online verfügbar unter: http://eeas.europa.eu/kosovo/index_en.htm [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

EU-Erweiterung: Serbien, Auswärtiges Amt, 15.07.2014, Online verfügbar unter: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Erweiterung/Serbien_node.html [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

EU-Informationen Deutschland, EU-Info Deutschland, Online verfügbar unter: <http://www.eu-info.de/europa/eu-aussenpolitik/> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

EU-Kommission empfiehlt Beitrittsverhandlungen mit Serbien, Der Standard, 21.04.2013, Online verfügbar unter: <http://derstandard.at/1363708715503/EU-Kommission-empfoehlt-Beitrittsverhandlungen-mit-Serbien> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

EU-Normalisierungsabkommen sorgt für Streit in Serbien, Handelsblatt, 03.05.2013, Online verfügbar unter: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/machtkampf-eu-normalisierungsabkommen-sorgt-fuer-streit-in-serbien/8159400.html> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

EU-Perspektive für Kosovo, Auswärtiges Amt, 15.05.2014, Online verfügbar unter: <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Erweiterung/Kosovo.html> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Europäische Union (2012): Press Statement, EU facilitated dialogue: Agreement on Regional Cooperation and IBM technical protocol, 5455/12, Presse 9, 24.02.2012, Online verfügbar unter: http://www.parlament.gv.at/PAKT/EU/XXIV/EU/07/40/EU_74005/imfname_10020216.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

European Parliament urges EU members to recognise Kosovo, SETimes.com, 09.07.2010, Online verfügbar unter: http://www.setimes.com/cocoon/setimes/xhtml/en_GB/features/setimes/features/2010/07/09/feature-01 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Finanzhilfe für den Kosovo, Website der EU-Kommission, Online verfügbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/instruments/funding-by-country/kosovo/index_de.htm [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Finanzhilfe für Serbien, Website der EU-Kommission, Online verfügbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/instruments/funding-by-country/serbia/index_de.htm [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Forcohen zyret ndërlihdhëse në Prishtinë dhe Beograd, Zeri.info, 14.11.2014, Online verfügbar unter: <http://www.zeri.info/aktuale/6870/forcohen-zyret-nderlidhese-ne-prishtine-dhe-beograd/> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Fortschritte bei Gesprächen zwischen Serbien und Kosovo, Die Welt, 09.09.2013, Online verfügbar unter: <http://www.welt.de/newsticker/news1/article119831516/Fortschritte-bei-Gespraechen-zwischen-Serbien-und-Kosovo.html> [Letzter Zugriff am: 10.02.2015].

Fouchet-Pläne, EUABC.com, Online verfügbar unter: <http://de.euabc.com/word/505> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Fuster, Thomas (2013): Belgrad und Pristina blicken nach vorn, Neue Zürcher Zeitung, 22.4.2013, Online verfügbar unter: <http://www.nzz.ch/aktuell/international/uebersicht/belgrad-und-pristina-blicken-nach-vorn-1.18068845> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Gazprom übernimmt Mehrheit bei serbischer NIS, Die Presse, 24.12.2008, Online verfügbar unter: <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/440142/Gazprom-uebernimmt-Mehrheit-bei-serbischer-NIS> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), Website der Deutschen Bundesregierung, Online verfügbar unter: http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Europa/EuropaLexikon/_function/glossar_catalog.html?lv2=435810&lv3=21500&id=GlossarEntry243110 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Geschichte der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, Website Bundesministerium der Verteidigung, 03.12.13, Online verfügbar unter: http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/!ut/p/c4/NU1NC4MwDP1HrTKYsNtkCLs48LLpRaqGGqZpSaO77MevHVCD95HXnSn45LZ0RpBR2bRD92OeBpealh3qwKOM_AMKMG7BQWfCkma6ReH3rE1hOHLgRRs7LwBDPGu3yiK-p5-TKDGJCEAiSpxbIRx8o7liU5G3N0FE66zfJLmeXZf_L3sanKuisOxbWubtqv6_kDpB9TDg!!/ [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Gipfeltreffen in Thessaloniki, ein Meilenstein der Beziehungen zwischen der EU und den Ländern des westlichen Balkans, Website EU-Kommission, 18.06.2003, Online verfügbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-03-860_de.htm [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Gjermania bllokoi bisedimet e Serbisë me BE-në, shkaku i Kosovës, Zeri.info, 13.11.2014, Online verfügbar unter: <http://zeri.info/aktuale/6747/gjermania-bllokoi-bisedimet-e-serbise-me-be-ne-shkaku-i-kosoves/> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Gradualisht te njohja, Kosova Press, 21.03.2012, Online verfügbar unter: <http://www.kosovapress.com/sq/arkiva/gradualisht-te-njohja-144702/?old=1> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Grci spremni da ulože 3 mlrd. Evra, B92, 01.04.2008, Online verfügbar unter: http://www.b92.net/biz/vesti/srbija.php?yyyy=2008&mm=04&dd=01&nav_id=291824 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Greece supports Serbia as friendly country, B92, 13.06.2008, Online verfügbar unter: http://www.b92.net/eng/news/politics-article.php?yyyy=2008&mm=06&dd=13&nav_id=51072 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Griechenland tritt in Handelsbeziehungen mit Kosovo, Radio Stimme Russlands, 08.03.2013, Online verfügbar unter: http://german.ruvr.ru/2013_03_08/Griechenland-tritt-in-Handelsbeziehungen-mit-Kosovo/ [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Hahn Tells Serbia to Join Sanctions on Russia, Balkan Insight, 20.11.2014, Online verfügbar unter: <http://www.balkaninsight.com/en/article/eu-commissioner-calls-belgrade-to-pose-sanctions-on-russia> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Heyer, Julia Amalia (2011): Die Puppenspieler, Der Spiegel Online, 08.08.2011, Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-79805386.html> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Inching closer, A new normality is slowly emerging between two old Balkan foes, The Economist, 02.02.2013, Online verfügbar unter: <http://www.economist.com/news/europe/21571182-new-normality-slowly-emerging-between-two-old-balkan-foes-inching-closer> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Instrument für Heranführungshilfe (IPA), Die Fonds, Website der EU-Kommission, Online verfügbar unter: http://ec.europa.eu/regional_policy/thefunds/ipa/works_de.cfm [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Instrument für Heranführungshilfe (IPA), Zusammenfassungen der EU-Gesetzgebung, Website der Europäischen Union. Online verfügbar unter: http://europa.eu/legislation_summaries/agriculture/enlargement/e50020_de.htm [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Instrument für Heranführungshilfe, Website der EU-Kommission, Online verfügbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/instruments/overview/index_de.htm [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Instrumente der GASP, Auswärtiges Amt, 02.06.2014, Online verfügbar unter: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Aussenpolitik/GASP/InstrumenteGASP_node.html [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Ivanji, Andrej (2012): Grenzstreit beigelegt, Die Tageszeitung, 05.12.2012, Online verfügbar unter: <http://www.taz.de/Serbien-und-Kosovo/!106903/> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Karadaku, Linda (2012): Kosovo and Serbia agree on liaison officers, Southeast European Times, 12.12.2012, Online verfügbar unter: http://www.setimes.com/cocoon/setimes/xhtml/en_GB/features/setimes/features/2012/12/12/feature-01 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Klaus Johannis gewinnt Präsidentschaftswahl, Zeit Online, 17.11.2014, Online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-11/johannis-rumaenien-praesident> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Konflikt zwischen Serbien und Kosovo: Gewaltausbruch gefährdet Belgrads EU-Strategie, Spiegel Online, 28.07.2011, Online verfügbar unter:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/konflikt-zwischen-serbien-und-kosovo-gewaltausbruch-gefaehrdet-belgrads-eu-strategie-a-777168.html> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Kosova dhe Shqipëria me korrupsionin më të lartë në Europën Juglindore, Koha Ditore, 03.12.2014, Online verfügbar unter: <http://koha.net/?id=27&l=35562> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Kosova nis zyrtarisht negociatat për MSA, Deutsche Welle, 28.10.2013, Online verfügbar unter: <http://www.dw.de/kosova-nis-zyrtarisht-negociatat-p%C3%ABr-msa/a-17188357> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Kosova nuk starton me kodin telefonik nga 2015-a, , Gazeta Koha, 23.10.2014, Online verfügbar unter: <http://koha.net/?id=27&l=30516> [Letzter Zugriff am: 10.02.2015].

Kosova: Negotiations On Stabilization And Association Agreement Seem Imminent, Unrepresented Nations and Peoples Organization, 28.10.2013, Online verfügbar unter: <http://www.unpo.org/article/16528> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Kosovo & EU: Political & economic relations, Website EU Office in Kosovo, Online verfügbar unter: http://eeas.europa.eu/delegations/kosovo/eu_kosovo/political_relations/index_en.htm [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Kosovo als "Bestandteil" Serbiens: Belgrad will Verfassung ändern, Der Standard, 13.12.2014, Online verfügbar unter: <http://derstandard.at/2000009342872/Kosovo-als-Bestandteil-Serbiens-Belgrad-will-Verfassung-aendern> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Kosovo bekommt doch noch eigene Telefonvorwahl, Die Presse, 27.08.2013, Online verfügbar unter: <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/1445696/Kosovo-bekommt-doch-noch-eigene-Telefonvorwahl> [Letzter Zugriff am: 10.02.2015].

Kosovo govt. announces new round of talks, B92.net, 16.07.2011, Online verfügbar unter: http://www.b92.net/eng/news/politics-article.php?yyyy=2011&mm=07&dd=16&nav_id=75469 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Kosovo Launches Crucial SAA Talks With EU, Balkan Insight, 28.10.2013, Online verfügbar unter: <http://www.balkaninsight.com/en/article/kosovo-launches-saa-dailogue-with-the-eu> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Kosovo Memory Book 1998-2000, Humanitarian Law Centre, Humanitarian Law Centre Kosovo, Online verfügbar unter: <http://www.kosovomemorybook.org/> [Letzter Zugriff am: 06.03.2015].

Kosovo talks: Liaison offices to issue visit permits, B92.net, 18.11.2014, Online verfügbar unter: http://www.b92.net/eng/news/politics.php?yyyy=2014&mm=11&dd=18&nav_id=92279 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Kosovo Troika Calls It Quits After Failed Negotiations, Deutsche Welle, 10.12.2007, Online verfügbar unter: <http://www.dw.de/kosovo-troika-calls-it-quits-after-failed-negotiations/a-2996241> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Kosovo und Serbien auf Schmusekurs?, Deutsche Welle, 19.10.2012, Online verfügbar unter: <http://www.dw.de/kosovo-und-serbien-auf-schmusekurs/a-16319819> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Kosovo, Erweiterung, Website der EU-Kommission, Online verfügbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/countries/detailed-country-information/kosovo/index_de.htm [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Kosovo: Serbien gibt harten Kurs auf, EurActiv, 10.09.2010, Online verfügbar unter: <http://www.euractiv.de/erweiterung/kosovo-serbien-gibt-harten-kurs-news-497658> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Kosovo-Status: EU-Kommission hält Ahtisaari-Plan für beste Variante, RIA Novosti, 13.08.2007, Online verfügbar unter: <http://de.ria.ru/world/20070813/71252351.html> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Kur do të hapet "kapitulli i Kosovës"?, Telegrafi.com, 13.08.2014, Online verfügbar unter: <http://www.telegrafi.com/lajme/kur-do-te-hapet-kapitulli-i-kosoves-2-49241.html> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Länderinfo: Kosovo, Außenpolitik, Auswärtiges Amt, 09.2014, Online verfügbar unter: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Kosovo/Aussenpolitik_node.html [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Länderinfo: Kosovo, Wirtschaftspolitik, Auswärtiges Amt, 09.2014, Online verfügbar unter: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Kosovo/Wirtschaft_node.html [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Lawrow überzeugt Slowenien und Serbien zu South-Stream-Bau, Russia Beyond the Headlines Online, 11.07.2014, Online verfügbar unter: http://de.rbth.com/wirtschaft/2014/07/11/lawrow_ueberzeugt_slowenien_und_serbien_zu_south-stream-bau_30261.html [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Librat amzë, Konkluzionet e dakorduara, Zyra e Kryeministrit, 02.07.2011, Online verfügbar unter: http://www.kryeministri-ks.net/repository/docs/Konkluzionet_0210_librat.pdf [Letzter Zugriff am: 10.02.2015].

MacShane, Denis (2014): Time for Greece to Lead on Kosovo, The Globalist, 09.11.2014, Online verfügbar unter: <http://www.theglobalist.com/time-for-greece-to-lead-on-kosovo/> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Mehr Sportsgeist, mehr Druck auf Anerkennung Kosovos", Interview mit Ulrike Lunacek, EurActiv, 07.03.2014, Online verfügbar unter: <http://www.euractiv.de/erweiterung-und-nachbarn/interview/mehr-sportsgeist-mehr-druck-auf-anerkennung-kosovos-006542> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Miljkovic, Marijana (2013): Kosovo will eigene Vorwahl, Serbien Energie, Wirtschaftsblatt, 10.07.2013, Online verfügbar unter:

<http://wirtschaftsblatt.at/archiv/printimport/1428545/Kosovo-will-eigene-Vorwahl-Serbien-Energie> [Letzter Zugriff am: 10.02.2015].

Mission der Vereinten Nationen zur Übergangsverwaltung des Kosovo (UNMIK), Informationszentrum der Vereinten Nationen, 10.1999, Online verfügbar unter: <http://www.unric.org/de/frieden-und-sicherheit/26357> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Mosser-Schuöcker, Birgit (2014): Alles regional?, Die Presse, 24.10.2014, Online verfügbar unter: <http://diepresse.com/home/spectrum/zeichenderzeit/4196131/Alles-regional> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Nach IGH-Entscheidung: EU stellt Serbien und Kosovo Integration in Aussicht, Spiegel Online, 22.07.2010, Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/nach-igh-entscheidung-eu-stellt-serbien-und-kosovo-integration-in-aussicht-a-707993.html>

NATO and Greece, Clinton's visit, Coverge.Org, 27.11.1999, Online verfügbar unter: <http://www.converge.org.nz/pma/a271199.htm> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Niederlage für Serbien, Spiegel Online, Gerichtshof erkennt Kosovos Unabhängigkeit an, Spiegel Online, 22.07.2010, Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/niederlage-fuer-serbien-gerichtshof-erkennt-kosovos-unabhaengigkeit-an-a-707940.html> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

OMV-Chef Roiss: Aus für South Stream „kein Beinbruch“, Tiroler Tageszeitung Online, 02.12.2014, Online verfügbar unter: <http://www.tt.com/wirtschaft/wirtschaftspolitik/9336212-91/omv-chef-roiss-aus-f%C3%BCr-south-stream-kein-beinbruch.csp> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Parafiran sporazum o pravosuđu, Tanjug.rs, 10.02.2015, Online verfügbar unter: <http://www.tanjug.rs/novosti/164791/parafiran-sporazum-o-pravosudju.htm> [Letzter Zugriff am: 10.02.2015].

Parteiloser Millionär wird slowakischer Präsident, Die Welt Online, 30.03.2014, Online verfügbar unter: <http://www.welt.de/politik/ausland/article126354035/Parteiloser-Millionaer-wird-slowakischer-Praesident.html> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Petersberger Aufgaben, Offizielle Website der Europäischen Union, Online verfügbar unter: http://europa.eu/legislation_summaries/glossary/petersberg_tasks_de.htm [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Political Relations Between the Republic of Serbia and the European Union, Website Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Serbia, Online verfügbar unter: <http://www.mfa.gov.rs/en/foreign-policy/eu/political-relations-between-the-republic-of-serbia-and-the-european-union> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Ponta: I am in favor of a rapid recognition of Kosovo. Băsescu is more cautious than I am, Antena3.ro, 04.06.2013, Online verfügbar unter: <http://www.antena3.ro/en/politics/ponta-i-am-in-favor-of-a-rapid-recognition-of-kosovo-basescu-is-more-cautious-than-i-am-216731.html> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Priština team head announces next round of talks, B92, 09.10.2011, Online verfügbar unter: http://www.b92.net/eng/news/politics-article.php?yyyy=2011&mm=10&dd=09&nav_id=76771 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Proissl, Anneliese (2014): Serbien: Wirtschaft immer stärker im Abwärtssog, 06.03.2014, Online verfügbar unter: <http://www.format.at/news/international/serbien-wirtschaft-abwaertssog-373245> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Ramani, Samuel (2014): Serbia's Future- EU Accession or A Closer Alliance with Russia, Huffington Post, 25.11.2014, Online verfügbar unter: http://www.huffingtonpost.com/samuel-ramani/serbias-future-eu-accessi_b_6213336.html [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Randow, Gero von (2014): Stützt Serbien sich auf Putin?, Zeit Online, 23.11.2014, Online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-11/serbien-russland-putin-eu-nato>, [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Rathfelder, Erich (2013): Teileinigung bei Kosovo-Gesprächen, Die Tageszeitung, 10.09.2013, Online verfügbar unter: <http://www.taz.de/!123420/> [Letzter Zugriff am: 10.02.2015].

Reljic, Dusan (2013): Kosovo: Die EU hält Kurs, doch die Fahrt führt ins Ungewisse, Stiftung Wissenschaft und Politik, 12.11.2013, Online verfügbar unter: <http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/kurz-gesagt/kosovo-die-eu-haelt-kurs-doch-die-fahrt-fuehrt-ins-ungewisse.html> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Ristic, Marija (2013): Serbian Police Official Apologises for Kosovo War Crimes, Balkan Insight, 14.05.2013, Online verfügbar unter: <http://www.balkaninsight.com/en/article/serb-high-official-apologizes-for-war-crimes-in-kosovo> [Letzter Zugriff am: 06.03.2015].

Romania will not recognize Kosovo independence, Reuters, 18.02.2008, Online verfügbar unter: <http://www.reuters.com/article/2008/02/18/us-kosovo-romania-idUSL18447620080218> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Roser, Thomas (2014): EU-Anwärter Serbien droht der Bankrott, Die Presse, 20.07.2014, Online verfügbar unter: <http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/3841553/EUAnwaerter-Serbien-droht-der-Bankrott> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Rujevic, Nemanja (2014): Serbischer Spagat zwischen Moskau und Brüssel, Deutsche Welle, 07.08.2014, Online verfügbar unter: <http://www.dw.de/serbischer-spagat-zwischen-moskau-und-br%C3%BCssel/a-17838968> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Rujevic, Nemanja (2014): Umstrittener Putin-Besuch in Serbien, Deutsche Welle, 15.10.2014, Online verfügbar unter: <http://www.dw.de/umstrittener-putin-besuch-in-serbien/a-17996873> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Rumania njeh pasaportat e Kosovës, Telegrafi.com, 10.05.2013, Online verfügbar unter: <http://www.telegrafi.com/lajme/rumania-njeh-pasaportat-e-kosoves-2-31948.html> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Rumänien lehnt Anerkennung der Unabhängigkeit weiter strikt ab, Der Standard, 05.06.2008, Online verfügbar unter: <http://derstandard.at/3333294> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Rumunia njeh pasaportat e Kosovës, Gazetatea.net, 10.05.2013, Online verfügbar unter: <http://www.gazetatea.net/web/2013/05/10/rumania-njeh-pasaportat-e-kosoves/> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Schritt für Schritt, Planung und Programmierung von IPA-II, Website Europäische Kommission, Online verfügbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/instruments/how-does-it-work/index_de.htm [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Serbia and Kosovo reach EU-brokered landmark accord, BBC.com, 19.04.2013, Online verfügbar unter: <http://www.bbc.com/news/world-europe-2222624> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Serbia and Kosovo sign deals, AlJazeera, 02.07.2011, Online verfügbar unter: <http://www.aljazeera.com/news/europe/2011/07/201172202625940367.html> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Serbia getting ever closer to EU, B92, 16.10.2008, Online verfügbar unter: http://www.b92.net/eng/news/politics-article.php?yyyy=2008&mm=10&dd=16&nav_id=54270 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Serbia kushtëzohet me Kosovën, Telegrafi.com, 20.11.2014, Online verfügbar unter: <http://www.telegrafi.com/lajme/serbia-kushtezohet-me-kosoven-2-53951.html> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Serbia njeh diplomat e universiteteve të Kosovës, “sipas rezolutës 1244 të KS të OKB-së”!, Telegrafi.com, 14.11.2014, Online verfügbar unter: <http://www.telegrafi.com/lajme/serbia-njeh-diplomat-e-universiteteve-te-kosoves-sipas-rezolutes-1244-te-ks-te-okb-se-2-53608.html> [Letzter Zugriff am: 10.02.2015].

Serbia ready for chapter on Kosovo, B92.net, 19.11.2014, Online verfügbar unter: http://www.b92.net/eng/news/politics.php?yyyy=2014&mm=11&dd=19&nav_id=92294 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Serbia, Greece could improve economic relations, B92, 19.06.2013, Online verfügbar unter: http://www.b92.net/eng/news/business.php?yyyy=2013&mm=06&dd=19&nav_id=86681 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Serbia, Kosovo Reach Deals On Energy, Telecoms, Radio Free Europa, 09.09.2013, Online verfügbar unter: <http://www.rferl.org/content/energy-telecommunications-serbia-kosovo/25099774.html> [Letzter Zugriff am: 10.02.2015].

Serbien steht praktisch am Rande des Bankrotts“, Format.at, 08.10.2013, Online verfügbar unter: <http://www.format.at/news/international/serbien-rande-bankrotts-367550> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Serbien stimmt Normalisierungsabkommen mit dem Kosovo zu, Zeit Online, 27.05.2013, Online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-05/serbien-kosovo-normalisierungsabkommen> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Serbien und Kosovo einigen sich auf Kompromiss, Die Presse, 09.09.2013, Online verfügbar unter: <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/1450314/Serbien-und-Kosovo-einigen-sich-auf-Kompromiss> [Letzter Zugriff am: 10.02.2015].

Serbien und Kosovo: Durchbruch bei Gesprächen, Die Presse, 02.07.2011, Online verfügbar unter: http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/674711/Serbien-und-Kosovo_Durchbruch-bei-Gespraechen- [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Serbien verbrennt EU-Steuer Gelder und steht vor dem Bankrott, Deutsche Wirtschafts Nachrichten, 09.10.2013, Online verfügbar unter: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/10/09/serbien-verbrennt-eu-steuer-gelder-und-steht-vor-dem-bankrott/> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Serbien, Erweiterung und Beitrittswillige Länder, Serbien, Erweiterung und Beitrittswillige Länder, Website EU-Kommission, Online verfügbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/countries/detailed-country-information/serbia/index_de.htm [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Serbien: Rekord-Erfolg am Arbeitsmarkt, Kosmo Online, 14.11.2014, Online verfügbar unter: <http://www.kosmo.at/news/Serbien-Rekord-Erfolg-am-Arbeitsmarkt> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Serbien-Kosovo: "Ein Koffer voller neuer Vorschläge", Die Presse, 08.03.2011, Online verfügbar unter: http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/640371/SerbienKosovo_Ein-Koffer-voller-neuer-Vorschlaege [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Serbiens größte EU-Hürde heißt Kosovo, Der Standard, 21.01.2014, Online verfügbar unter: <http://derstandard.at/1389857659167/Serbiens-groesste-EU-Huerde-heisst-Kosovo> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Serbische Verfassung: Die Provinz Kosovo wird als Bestandteil Serbiens verankert, News.at, 27.10.2006, Online verfügbar unter: <http://www.news.at/a/serbische-verfassung-die-provinz-kosovo-bestandteil-serbiens-154941> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Serbischer Streit im Kosovo, Deutsche Welle, 02.04.2013, Online verfügbar unter: <http://www.dw.de/serbischer-streit-im-kosovo/a-16712376> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Serwer, Daniel (2013): What Serbs Get, BalkanInsight, 22.04.2013, Online verfügbar unter: <http://www.balkaninsight.com/en/blog/what-serbs-get> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Slovak PM: No recognition of Kosovo, B92, 21.09.2009, Online verfügbar unter: http://www.b92.net/eng/news/politics-article.php?yyyy=2009&mm=09&dd=21&nav_id=61881 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Slowakei erwägt Anerkennung des Kosovo, Wiener Zeitung, 13.04.2012, Online verfügbar unter: http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/europa/europaarchiv/450593_Slowakei-erwaegt-Anerkennung-des-Kosovo.html [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

South-Stream-Stopp - Serbien entgeht Investment von 2 Mrd. Euro, Tiroler Tageszeitung, 02.02.2014, Online verfügbar unter: <http://www.tt.com/home/9336233-91/south-stream-stopp---serbien-entgeht-investment-von-2-mrd.-euro.csp> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Spain court suspends Catalonia independence referendum, BBC, 29.09.2014, Online verfügbar unter: <http://www.bbc.com/news/world-europe-29410493> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Spanien: 80 Prozent stimmen für unabhängiges Katalonien, Der Standard, 10.11.2014, Online verfügbar unter: <http://derstandard.at/2000007920432/Mehr-als-16-Millionen-Katalanen-stimmen-fuer-Unabhaengigkeit> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Stabilisation and Association Agreement negotiations successfully completed, EU Office in Kosovo, 02.05.2014, Online verfügbar unter: http://eeas.europa.eu/delegations/kosovo/press_corner/all_news/news/2014/20140502_03_en.htm [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Stenuick, Jean-Yves (2013): Carrot and stick, Eyes on Europe, 09.04.2013, Online verfügbar unter: <http://www.eyes-on-europe.eu/carrot-and-stick/> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Székler-Marsch: Orbán-Regierung unterstützt "territoriale Autonomie"-Forderungen der Rumänienungarn, Pester Lloyd.net, 28.10.2013, Online verfügbar unter: <http://www.pesterylloyd.net/html/1344szeklarmarsch.html> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Teams report "progress" in Kosovo meetings, B92.net, 29.03.2011, Online verfügbar unter: http://www.b92.net/eng/news/politics-article.php?yyyy=2011&mm=03&dd=29&nav_id=73488 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Teksti i plotë me 15 pika i Marrëveshjes Kosovë-Serbi, Agjencia Kombëtare e Lajmeve, 19.04.2013, Online verfügbar unter: <http://noa.al/artikull/post/305479.html> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Thaçi, nga Brukseli fajëson Brukselin!, Telegrafi, 10.02.2015, Online verfügbar unter: <http://www.telegrafi.com/lajme/thaci-nga-brukseli-fajeson-brukselin-2-58388.html> [Letzter Zugriff am: 10.02.2015].

Thanei, Christoph (2010): 90 Jahre nach Trianon: Träume von „Großungarn“, Die Presse, 03.06.2010, Online verfügbar unter: http://diepresse.com/home/zeitgeschichte/570922/90-Jahre-nach-Trianon_Traeume-von-Grossungarn [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

The Form of an EU-only agreement, EU starts the Stabilisation and Association Agreement negotiations with Kosovo, Website EU-Kommission, 28.10.2013, Online verfügbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-938_en.htm [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Tschechiens Solidarität mit der Slowakei: Ungarn gefährdet die Stabilität, Radio Praha, 07.06.2010, Online verfügbar unter: <http://www.radio.cz/de/rubrik/tagesecho/tschechiens-solidaritaet-mit-der-slowakei-ungarn-gefaehrdet-die-stabilitaet> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

UN pulls out of Kosovo flashpoint, BBC News, 18.03.2004, Online verfügbar unter: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/3525396.stm> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Ungarn und die Slowakei steuern auf neue Konflikte zu, Pester Lloyd, 21.02.2012, Online verfügbar unter:

http://www.pestertloyd.net/2012_08/08slowakeivorderwahl/08slowakeivorderwahl.html [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Ungelöste Kosovo-Frage spaltet die EU, EurActiv, 07.03.2014, Online verfügbar unter: <http://www.euractiv.de/erweiterung-und-nachbarn/artikel/ungeloeste-kosovo-frage-spaltet-die-eu-006609> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

UNMIK Background, UNMIK established, Online verfügbar unter: <http://www.un.org/en/peacekeeping/missions/unmik/background.shtml> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

UN-Resolution zum Kosovo - Serbien lenkt ein, EurActiv, 09.09.2010, Online verfügbar unter: <http://www.euractiv.de/wahlen-und-macht/artikel/un-resolution-zum-kosovo---serbien-lenkt-ein-003614> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Unser Protektorat, Zeit Online, 05.12.2007, Online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/2007/50/Kosovo-Zukunft> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Vecernje novosti: Serbia not ready to violate its Constitution because of Kosovo, Focus Information Agency, 21.11.2014, Online verfügbar unter: <http://www.focus-fen.net/news/2014/11/21/355087/vecernje-novosti-serbia-not-ready-to-violate-its-constitution-because-of-kosovo.html> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Verlängerung des Mandats der EULEX Mission im Kosovo, Website Bundesministerium für Inneres Republik Österreich, 24.06.2014, Online verfügbar unter: http://www.bmi.gv.at/cms/bmi_auslandseinsatz/_news/bmi.aspx?id=6C3234645A2B617437376B3D&page=0&view=1 [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Volksbefragung trotz Verbot, Zeit Online, 09.11.2014, Online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-11/katalonien-abstimmung-inoffiziell-unabhaengigkeit> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Voraussetzungen für die Mitgliedschaft, Website der EU-Kommission, Online verfügbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/policy/conditions-membership/index_de.htm [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Vuçiq: Edhe Evropa edhe Kosova!, Zeri.info, 07.12.2014, Online verfügbar unter: <http://zeri.info/aktuale/10027/vuciq-edhe-evropa-edhe-kosova/> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Who Recognized Kosova as an Independent State? Online verfügbar unter: <http://kosovothanksyou.com/> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Wirtschaftsdaten kompakt: Serbien, Germany Trade and Invest, Bonn, 11.2014, Online verfügbar unter: http://www.ahk.de/fileadmin/ahk_ahk/GTaI/serbien.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Wölfl, Adelheid (2012): Neuer Anlauf für eine normalere Nachbarschaft im Kosovo, Standard.at, 26.08.2012, Online verfügbar unter: <http://derstandard.at/1345165226596/Kosovo-Neuer-Anlauf-fuer-eine-normalere-Nachbarschaft> [Letzter Zugriff am: 10.02.2015].

Worsnip, Patrick (2010): Serbia backs compromise U.N. resolution on Kosovo, Reuters.com, 09.09.2010, Online verfügbar unter: <http://www.reuters.com/article/2010/09/09/us-serbia-kosovo-un-idUSTRE6885IJ20100909> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Wysling, Andres (2011): Ein Stempel und ein Toter, Scharfmacher profilieren sich in Kosovo, Neue Zürcher Zeitung, 28.7.2011, Online verfügbar unter: <http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/kosovo-serben-albaner-kfor-jarinje-1.11677480> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Ziele und Charakteristika der GASP, Auswärtiges Amt, 02.02.2012, Online verfügbar unter: http://www.auswaertiges-amt.de/sid_753E4F076FC5EDB75AA2DDAB913462F1/DE/Europa/Aussenpolitik/GASP/Ziele_GASP_node.html [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

7.3 Dokumente

Agjencia e Statistikave të Kosovës, Republika e Kosovës, Online verfügbar unter: <http://ask.rks-gov.net/> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Agreed Conclusions, Helsinki Committee for Human Rights in Serbia, Online verfügbar unter: <http://www.helsinki.org.rs/doc/all%20agreed%20conclusions%20%282011-2012%29.pdf> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Aranzhimet lidhur me Energjinë, Konkluzionet e dakorduara, Zyra e Kryeministrit, 08.09.2013, http://www.kryeministri-ks.net/repository/docs/Aranzhimet_per_energjiene_shqip_perkthim_jozyrtar_080913.pdf [Letzter Zugriff am: 10.02.2015].

Aranzhimet lidhur me Telekomunikacionin, Konkluzionet e dakorduara, Zyra e Kryeministrit, 08.09.2013, http://www.kryeministri-ks.net/repository/docs/Aranzhimet_per_Telekomunikacionin_shqip_perkthim_jozyrat_08092013.pdf [Letzter Zugriff am: 10.02.2015].

EU budget 2013 Financial Report, Also covering Multiannual Financial Framework 2007–13, Publications Office of the European Union, Online verfügbar unter: http://ec.europa.eu/budget/financialreport/2013/lib/financial_report_2013_en.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

EU-Kommission (2014): Fortschrittsbericht Kosovo, Enlargement, 10.2014, Online verfügbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2014/20141008-kosovo-progress-report_en.pdf [Letzter Zugriff am: 10.02.2015].

EU-Kommission (2014): Fortschrittsbericht Serbien, Enlargement, 10.2014, Online verfügbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2014/20140108-serbia-progress-report_en.pdf [Letzter Zugriff am: 10.02.2015].

Europäische Kommission (2012): Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat über eine Machbarkeitsstudie für ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kosovo*, Brüssel, 10.10.2012, Online verfügbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2012/package/ks_feasibility_2012_de.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Europäische Kommission (2013) Gemeinsamer Bericht an das Europäische Parlament und den Rat über die Fortschritte Serbiens bei der Erreichung des notwendigen Maßes an Erfüllung der Beitrittskriterien und insbesondere des prioritären Ziels von Schritten im Hinblick auf eine spürbare und nachhaltige Verbesserung der Beziehungen zum Kosovo*, Europäische Kommission, Die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Brüssel, 22.04.2013, Online verfügbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2013/sr_spring_report_2013_de.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Europäische Kommission (2014): 11 Mrd. Euro zur Unterstützung der Reformanstrengungen in Südosteuropa, Pressemitteilung, Brüssel, 25.09.2014, Online verfügbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-1043_de.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

First Accession Conference with Serbia, Rat der Europäischen Union, 5486/14, Brüssel, 21.01.2014, Online verfügbar unter: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/140676.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Instrument for Pre-Accession Assistance (IPA II), Indicative Strategy Paper for Kosovo* (2014-2020), 20.08.2014, Online verfügbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2014/20140919-csp-kosovo.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Instrument for Pre-Accession Assistance (IPA II), Indicative Strategy Paper for Serbia (2014-2020), 19.08.2014, Online verfügbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2014/20140919-csp-serbia.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Jahresbericht 2013 über die finanzielle Unterstützung des Erweiterungsprozesses, Website der EU-Kommission, 30.9.2014, Online verfügbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/financial_assistance/ipa/2014/2013-ipa-report_de.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Lochbihler, Barbara (2009): Die Förderprogramme der Europäischen Union 2007-2013, The Greens, Online verfügbar unter: <http://barbara->

lochbihler.de/cms/upload/PDF/Frderprogramme_Barbara_Lochbihler_2007-2013.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Menaxhimi i Integruar i Kufirit, Konkluzionet e dakorduara te IBM-it, Zyra e Kryeministrit, 02.12.2011, Online verfügbar unter: http://www.kryeministri-ks.net/repository/docs/Konkluzionet_0210_ibm.pdf [Letzter Zugriff am: 10.02.2015].

Ministerial meeting opening the Intergovernmental Conference on the Accession of Serbia to the European Union, General EU Position, 21.01.2014, Online verfügbar unter: http://www.seio.gov.rs/upload/documents/pristupni_pregovori/neg_frame.PDF [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

NATO oder EVG, Aspekte der Tätigkeit der Bundesregierung im Jahre 1952, Online verfügbar unter: http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/k/k/k1952k/kap1_1/para2_2.html [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Përfaqësimi dhe Bashkëpunimi Rajonal, Konkluzionet e dakorduara, Zyra e Kryeministrit, 25.02.2012, Online verfügbar unter: http://www.kryeministri-ks.net/repository/docs/Konkluzionet_0210_arranzhime.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Pranimi i Diplomave Universitare, Konkluzionet e dakorduara, Zyra e Kryeministrit, 02.07.2011, Online verfügbar unter: http://www.kryeministri-ks.net/repository/docs/Konkluzionet_0210_universitare.pdf [Letzter Zugriff am: 10.02.2015].

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Website der Bundesregierung, 28.08.2014, Online verfügbar unter: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2014/08/2014-08-28-erklarung-westbalkankonferenz.html> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Rat der Europäischen Union (2012): Mitteilung an die Presse, 3210. Tagung des Rates, 11.12.2012, Online verfügbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_PRES-12-517_de.htm?locale=FR [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Rat der Europäischen Union (2013): Press Release, Council of the European Union, 3251st Council meeting, Brüssel, 25.06.2013, Online verfügbar unter: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/137614.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Republika e Kosovës (2014): State of Play in Implementation of the Brussels Agreements, Government of the Republic of Kosovo, Prishtina, 16.01.2014, Online verfügbar unter: http://www.kryeministri-ks.net/repository/docs/Kosovo_Report_on_implementation_state_of_play_of_the_Brussels_Agreements_160114-signed.pdf [Letzter Zugriff am: 10.02.2015].

Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat Kopenhagen, 21.-22.06.1993, Online verfügbar unter: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Serbia Progress Report, Enlargement, EU-Kommission, 10.2014, Online verfügbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2014/20140108-serbia-progress-report_en.pdf [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Shenime kadastrale, Konkluzionet e dakorduara, Zyra e Kryeministrit, 02.09.2011, Online verfügbar unter: http://www.kryeministri-ks.net/repository/docs/Konkluzionet_0210_shenime.pdf [Letzter Zugriff am: 10.02.2015].

Stabilitäts- und Assoziationsrat EU-Serbien, Beschluss des Rates und der Kommission, Amtsblatt der Europäischen Union, 18.10.2013, Online verfügbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:278:FULL:DE:PDF> [Letzter Zugriff am: 03.02.2015].

Vula Doganore, Konkluzionet e dakorduara, Zyra e Kryeministrit, 02.09.2011, Online verfügbar unter: http://www.kryeministri-ks.net/repository/docs/Konkluzionet_0210_vula.pdf [Letzter Zugriff am: 10.02.2015].

8 Abkürzungsverzeichnis:

CEFTA -	Mitteuropäischen Freihandelsabkommen
CIVCOM -	Ausschuss für die zivilen Aspekte des Krisenmanagements
CIVCOM -	Ausschuss für die zivilen Aspekte des Krisenmanagements
EAD -	Europäischer Auswärtiger Dienst
EEA -	Einheitlichen Europäischen Akte
EPZ -	Europäischen Politischen Zusammenarbeit
ESS -	Europäische Sicherheitsstrategie
ESVP -	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union
ETA -	Baskenland und Freiheit, ETA (Euskadia Ta Askatasuna)
EULEX -	Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo
EUMC -	Militärausschuss der EU
EUMS -	Militärstab der EU
EVG -	Europäischen Verteidigungsgemeinschaft
GASP -	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GSVP -	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
HLC -	Humanitarian Law Center
ICO -	Überwachungsbehörde der Kosovounabhängigkeit -
ICTY -	Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien
IGH -	Internationaler Gerichtshof
KFOR -	Kosovo Force
KSZE -	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OSZE -	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PMG -	Politisch-Militärische Gruppe
PNV -	Die baskische Nationalistische Partei
PP -	Die spanische Volkspartei (Partido Popular)
PSK -	Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee
PSOE -	Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (Partido Socialista Obrero Español)
RCC -	Regional Cooperation Council
RfAB -	Rat für Außenbeziehungen
SAP -	Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen
SNS -	Serbische Fortschrittspartei
SPS -	Sozialistische Partei Serbiens
SRS -	Serbische Radikale Partei
UÇK -	„Befreiungsarmee des Kosovo“
UNMIK -	United Nations Interim Administration Mission in Kosovo
UNOSEK -	United Nations Office of the Special Envoy for Kosovo

9 Anhang

9.1 Abstract

Diese Forschungsarbeit untersucht anhand des actorness Ansatzes von Joseph Jupille und James A. Caporaso den Einfluss der EU auf die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo. Während Serbien sich weigert Kosovo anzuerkennen und diesen in der Verfassung als Teil des serbischen Territoriums betrachtet, ist Kosovo weiterhin kein staatliches Mitglied der UNO. Es handelt sich hierbei um zwei Staaten, die nicht in der Lage sind ihre Streitigkeiten eigenständig beizulegen, während die Europäische Union in diesem Konflikt trotz ihrer Uneinigkeit zum Kosovostatus als friedensstiftender Akteur eine immer gewichtigere Rolle einnimmt. Der theoretische Ausgangspunkt dieser Forschungsarbeit setzt sich mit Fragen auseinander, inwieweit die EU ein autonomer und kohärenter Akteur im Serbien-Kosovo-Konflikt ist und inwiefern sie ihren Einfluss auf die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo ausüben kann. Während gegenwärtig 23 Staaten der 28 EU-Staaten die Unabhängigkeit anerkennen, zählen Spanien, die Slowakei, Rumänien, Griechenland und Zypern zu den Staaten die eine Anerkennung Kosovos ablehnen. Die Europäische Union verfügt zwar über keine Einigkeit in Bezug auf die Statusfrage, übt allerdings Einfluss anhand ihrer Erweiterungspolitik und dem Dialog zwischen Serbien und Kosovo aus. Dieser leistungsstimulierende Anreiz- und Sanktionsmechanismus der EU soll beide Staaten näher aneinander und näher an die EU führen, um friedvolle und stabile Verhältnisse garantieren zu können und bietet zugleich eine neue Möglichkeit, Differenzen zu überwinden. In dieser Forschungsarbeit wurden auch die bis dato stattgefundenen technischen und politischen Verhandlungen, die daraus resultierenden Abkommen und ihre Bedeutung für die Beziehungen zwischen beiden Staaten analysiert. Anhand dessen lassen sich geregelte Formen des Konfliktaustrags feststellen an denen die von der EU geleiteten Verhandlungen zwischen Serbien und Kosovo anknüpfen. Die Analyse der Akteursqualität zeigt, inwiefern die EU in der Lage ist, Einfluss auf Serbien und Kosovo ausüben kann und sie im Dialog zu Konzessionen drängen kann. Diese Forschungsarbeit behandelt außerdem die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten die beide Konfliktparteien bewältigen müssen und ohne (finanzielle) EU-Unterstützung nicht bewältigen können. Dies betrifft nicht nur die bereits erwähnte schlechte politische und wirtschaftliche Situation, sondern auch das Fehlen einer Lösung des Konflikts und die notwendige Aufnahme von Beziehungen zwischen zwei Staaten, ohne die ein EU-Beitritt nicht möglich sein wird.

Keywords: EU-Erweiterung, Außenpolitik, Akteursqualität, Kosovo, Serbien, Dialog

9.2 Eigenständigkeitserklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich diese Arbeit selbstständig und nur mit den angegebenen Hilfsmitteln angefertigt habe und dass ich alle Stellen, die dem Wortlaut oder dem Sinn nach anderen Werken oder dem Internet entnommen sind, durch Angabe der Quellen als Entlehnung kenntlich gemacht habe.

Wien, am 11. März 2015

Dren Elezi

9.3 Curriculum Vitae

Persönliche Daten

Vor/Nachname:	Dren Elezi
Geburtsort:	Prizren / Kosovo
Staatsangehörigkeit:	Österreich

Schul Ausbildung & Studium

Seit 2012 –	Politikwissenschaft, Master, Universität Wien
Oktober 2009 - Februar 2012:	Politikwissenschaft, Bachelor, Universität Wien
Januar 2009 - Juli 2009:	Präsenzdienst beim österreichischen Bundesheer
Oktober 2007 - Oktober 2008:	Politikwissenschaft, Bachelor, Universität Wien
1999 – 2007:	Brigittenauer Gymnasium, Karajangasse, Wien

Forschungsschwerpunkte

Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo
Konflikte in Südosteuropa
EU-Erweiterung

Sprachkenntnisse

Muttersprache(n):	Deutsch / Albanisch
Andere Sprachen:	Englisch – Fließend Italienisch - Grundlagen